

## Die marxistische Wirtschaftsphilosophie

HUMANUM

Veröffentlichungen der Internationalen Stiftung Humanum

Die marxistische Wirtschaftsphilosophie

ARTHUR F. UTZ

DIE MARXISTISCHE  
WIRTSCHAFTSPHILOSOPHIE

SCIENTIA HUMANA INSTITUT · BONN

**CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek**

**Utz, Arthur:**

Die marxistische Wirtschaftsphilosophie / Arthur F. Utz  
Scientia-Humana-Institut, Bonn.

Bonn: WBV Weiskirch, 1982. (Humanum)

ISBN 3-92302-00-8.

1982

WBV · H. Weiskirch - Buchvertrieb und Verlag GmbH

D - 5300 Bonn 3, Finkenbergsstraße 61

Gesamtherstellung: Franz Schmitt, 5200 Siegburg

## INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort . . . . .	7
Zur Einführung . . . . .	11
ERSTES KAPITEL: Die marxistische Methode . . . . .	21
I. Die marxistische Kritik an der kapitalistischen Wirtschafts- theorie (Übersicht) . . . . .	21
Uneinigkeit in der Bestimmung des Objekts . . . . .	21
Unfähigkeit zur Abstraktion . . . . .	22
Ungeschichtliches Selbstverständnis der Kapitalisten . . . . .	24
II. Die marxistische Kritik am Objekt und der Abstraktion der „kapitalistischen“ Wirtschaftstheorie: Das Wesen des Kapi- talismus in marxistischer Sicht . . . . .	27
III. Objekt und Abstraktion im Selbstverständnis des Marxismus	32
IV. Der philosophische Weg zur Definition eines Wirtschafts- systems – Das Wesen des Kapitalismus . . . . .	37
ZWEITES KAPITEL: Die Kritik an der quantitativen Wertlehre der klassischen Schule . . . . .	49
I. Die Analyse der klassischen Schule . . . . .	49
Grundsätzliches . . . . .	49
Der Gebrauchswert – die Konsumwahl . . . . .	53
Der Tauschwert . . . . .	61
II. Die Arbeit als Wert . . . . .	63
Die nützliche Arbeit . . . . .	63
Die abstrakte Arbeit . . . . .	63
Jedem nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung	66
Der Fetischcharakter der Ware – Die Enthumanisierung der Arbeit im Kapitalismus . . . . .	72
Zusammenfassung (zu II) . . . . .	76
DRITTES KAPITEL: Die marxistische Kritik an der Verteilung im Kapitalismus . . . . .	81
Die Verteilung als Strukturprinzip der Wirtschaft – Bedarfs- deckungs- und Erwerbswirtschaft? . . . . .	81
Wer bestimmt den gesellschaftlichen Bedarf? . . . . .	85
Die praktische Anwendung des marxistischen Verteilungs- prinzips . . . . .	87
Der Lohn . . . . .	91
Das leistungsstimulierende Interesse . . . . .	94
VIERTES KAPITEL: Die marxistische Kritik an der Funktion des Kapitalismus . . . . .	99

I. Die Analyse der Produktionsweise als vordringliches Anliegen . . . . .	99
II. Der Mehrwert in der kapitalistischen Produktionsweise . . .	100
Mehrwert und Mehrwertrate . . . . .	100
Philosophische Würdigung der marxistischen Wertanalyse .	104
Der Mehrwert in der sozialistischen und in der kapitalistischen Wirtschaft . . . . .	105
III. Die organische Zusammensetzung des Kapitals . . . . .	109
IV. Die Profitrate und das Gesetz des Falls der Profitrate . . . .	111
V. Die Krise . . . . .	117
Die Krise als Problem der Reproduktion . . . . .	117
1. Möglichkeit der Krise in der einfachen Warenproduktion?	119
2. Die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus . . . . .	120
3. Die Widersprüche des Kapitalismus und ihre Auflösung:	
Das Problem des Zusammenbruchs . . . . .	124
Die philosophische Grundlage der Zusammenbruchstheorie . . . . .	124
Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion unter dem Aspekt des ethischen Normbewußtseins . . . . .	131
Die Beseitigung der Spannungen als dauernde Aufgabe des Kapitalismus . . . . .	142
VI. Weltwirtschaft, Faschismus, Imperialismus, Kolonialismus .	145
FÜNFTES KAPITEL: Die marxistische Kritik am kapitalistischen Staat . . . . .	149
1. Der kapitalistische Staat als Staat der Konkurrenzwirtschaft . . . . .	149
Zusammenfassung der neomarxistischen Kritik der kapitalistischen Staatskonzeption . . . . .	159
2. Die marxistische Kritik der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik . . . . .	160
3. Die neomarxistische Konzeption von Staat, Wirtschafts- und Sozialpolitik . . . . .	168
4. Würdigung der konstruktiven Ideen der neomarxistischen Staats- und Wirtschaftsphilosophie . . . . .	174
Einheit von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat . . . . .	174
Das Eigentumsrecht, das Hindernis der totalen Demokratisierung . . . . .	176
Die verfassungsrechtliche Formulierung des Wirtschaftssystems . . . . .	181
Literaturverzeichnis . . . . .	183
Personenverzeichnis . . . . .	237

## VORWORT

Es gehört zur Loyalität und mehr noch zur Ehrlichkeit eines Wissenschaftlers, Gegner und Andersdenkende ernst zu nehmen, ihre Äußerungen zu studieren und nach ihrer tieferen Begründung zu untersuchen. Es hat mich darum immer verwundert, daß manche Vertreter der freiheitlichen Marktwirtschaft die wissenschaftlichen Erzeugnisse der Marxisten so leicht mit den diskriminierenden Ausdrücken wie „Kollektivismus“, „Planwirtschaft“, „Utopie“ abtun konnten, ohne sich zu fragen, ob hinter den rein wirtschaftswissenschaftlichen Theorien nicht grundsätzlichere Überlegungen wirksam sind, die durch die konkrete Erfahrung zwar widerlegt werden können, die aber auf lange Sicht, weil irgendwo in der Natur des Menschen verankert, ihren Wahrheitskern erfahrbar machen werden. Die These von der fallenden Profitrate z.B. mag, rein wirtschaftswissenschaftlich betrachtet, widerlegt werden können. Man muß sich aber doch fragen, warum auch heute noch marxistische Wirtschaftstheoretiker, deren ökonomisches Wissen sicher dem der Gegenseite gleichkommt, daran festhalten. Das hat tiefere, nämlich philosophische Gründe, die sich nicht einfach mit dem Hinweis auf den dialektischen Materialismus abtun lassen. Es handelt sich vielmehr um unmittelbar die Wirtschaft betreffende philosophische Prinzipien. Diese muß man aufdecken und, sofern dies möglich ist, widerlegen. In dieser Absicht wurde die vorliegende Schrift verfaßt. Es ist immerhin zu bedenken, daß der Marxismus in seiner Wirtschaftsphilosophie ein beachtliches Quantum von Gedanken aus der christlichen Tradition geschöpft hat, und es ist deshalb nicht verwun-

derlich, daß sich gerade christliche Theologen in Marx bestätigt finden. Was aber von diesen Theologen nicht beachtet wurde, ist die Frage, auf welchem Grad der Abstraktion die christlichen und die marxistischen Wirtschaftsprinzipien stehen und wie der Denkprozeß weiter zu verfolgen ist, der zur Formulierung von konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen führt.

Zur Bearbeitung des Themas habe ich eine unabsehbare Literatur studiert. Da es mir vor allem darauf ankam, den ohne Zweifel großartigen, geschlossenen philosophischen Aufbau der marxistischen Wirtschaftstheorie möglichst kompakt darzustellen, habe ich mich jedoch darauf beschränkt, im Fußnotenapparat die mehr philosophisch gehaltene Literatur zu berücksichtigen und dem an der Literatur interessierten Leser ein bibliographisches Verzeichnis an die Hand zu geben.

Dem *Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung* sei für die großzügige finanzielle Hilfe, die er für die Vorarbeiten zu dieser Schrift geleistet hat, aufrichtig gedankt.

Mein Dank richtet sich natürlich auch an meine Mitarbeiter, im besonderen an meine langjährigen Mitarbeiter *PD Dr. P.P. Müller-Schmid* und *Dr. Wolfgang Ockenfels*, sowie an die durch Jahrzehnte hindurch meine wissenschaftlichen Arbeiten begleitende Assistentin *Dr. Brigitta Gräfin von Galen*, ohne deren Hilfe diese Schrift nie entstanden wäre. In *Prof. Dr. Rudolf Hickel* (Bremen) habe ich einen loyalen, marxistisch orientierten Dialogpartner gefunden. Reiche Anregung habe ich von Herrn *Theo Hieronimi* erhalten, ebenso von *Dr. Peter Werhahn*.

Die Schrift erscheint in der Sammlung der Internationalen Stiftung Humanum. Und das hat seinen bestimmten Grund. Von dieser Stiftung kamen die ersten Impulse zum Thema. Die Internationale Stiftung Humanum sucht den Dialog zwischen Christentum und Welt, in der Sorge um eine soziale Ordnung, in der die Menschen zugleich menschenwürdig und frei ihre Entfaltung finden können. Die mannigfache Vermischung von

Marxismus und christlichem Ordnungsdenken mußte für die Internationale Stiftung Humanum ein Gegenstand der Untersuchung sein, dies vor allem im Hinblick auf die Dritte Welt, in die die Stiftung nun schon seit ihrer Gründung hineinwirkt. Dem Geschäftsführer der Stiftung *Dr. Rudolf Sieg* ist auf diesem Weg für seine ideenreiche Hilfe zu danken. Ebenso darf nicht unerwähnt bleiben die sorgfältige Schreib- und Korrekturarbeit von Frau *Hedwig Weiskirch*.

Fribourg, den 31. August 1981

*Arthur F. Utz*



## ZUR EINFÜHRUNG

In dieser Schrift wird eine philosophische Analyse der marxistischen Wirtschaftskonzeption angestrebt. Die philosophische Analyse ist dadurch gekennzeichnet, daß sie einen konkreten Vorgang oder einen konkreten Sachverhalt nach den letzten Prinzipien, aus denen ein Prozeß oder eine konkrete Sache erklärbar wird, untersucht. Zum Beispiel muß es im Sein selbst und nicht nur in irgendwelchen konkreten Bedingungen begründet sein, wenn man von einem existenten Ding sagen kann, es sei kontingent, zufällig, nicht absolut. *Aristoteles* hat daraus auf eine nicht mehr greifbare, aber erschließbare Komposition von Akt und Potenz geschlossen.

In ähnlicher Weise kann man nach den letzten Sinngründen wirtschaftlichen Handelns sowohl des einzelnen Menschen wie der Menschen in Kooperation fragen. Dabei geht es nicht um das tatsächliche konkrete Wollen der Menschen. Denn das kann unter Umständen sehr sinnwidrig sein, wie wir im Hinblick auf unsere Konsumgesellschaft feststellen. Vielmehr handelt es sich um die letzten Ziele, die der Mensch im wirtschaftlichen Handeln und in der wirtschaftlichen Kooperation eigentlich verfolgen sollte, wenn er seiner Natur entsprechend handelt und kooperiert. Man mag dies normatives Denken nennen. Doch dürfte man dann unter normativ nicht etwas Irreales denken. Auch der Kochkünstler der Feinschmeckerklasse muß sich an die Normen der Gesundheit halten, die nichts anderes sind als die Forderungen, die unsere körperliche Natur an unser Ernährungsverhalten stellt.

In einer systematischen Darstellung der Wirtschaftsphilosophie würde man beim Menschenbild beginnen und von da aus

den Weg in die Wirtschaft suchen. Hier aber geht es um die Analyse einer bestimmten Wirtschaftstheorie, nämlich der marxistischen. Man muß also dem Gedankengang dieser Theorie folgen, dabei aber stets fragen, welche letzten Wertvorstellungen den logischen Gedankengang bestimmten.

Die Marxisten untersuchen den Kapitalismus, näherhin den kapitalistischen Unternehmer. Sie fragen nach seinen Motiven, um die sozialen Konsequenzen dieser Motive zu ermitteln und unter Umständen sogar den Ausgang der aus diesen Handlungsmotiven sich ergebenden ordnungspolitischen Widersprüche vorauszusagen.

Entscheidend ist natürlich die marxistische Definition des Kapitalismus bzw. der Handlungsweise des kapitalistischen Unternehmers. Zu dieser Definition wenden die Marxisten eine eigene Abstraktion an. Für die Kritik an der marxistischen Kritik ist die Frage zu beantworten, ob die Abstraktionsweise, mit der die Marxisten den Kapitalismus angehen, die einzig mögliche ist oder ob sich eine andere aufweisen läßt, mittels derer man zu einer grundverschiedenen Kapitalismusdefinition gelangt. Da die Marxisten, wie sich zeigen wird, die gleiche Abstraktion für ihre eigene konstruktive Idee benutzen, verstärkt sich die Notwendigkeit, nach einer anderen Abstraktion zu suchen, wenn man aus der Alternative Kapitalismus oder Sozialismus herauskommen will. Denn tatsächlich gibt es auf der Grundlage der Abstraktion, mit der die Marxisten operieren, nur die Alternative des Sozialismus.

Der erkenntnistheoretische Ansatz steht also zunächst im Vordergrund unserer Untersuchung (erstes Kapitel). Die Marxisten folgen in der Kritik des Kapitalismus der Abstraktionsweise des Liberalismus. Der Liberalismus ist bekanntlich ein Individualismus, der seinerseits seine Wurzeln im Nominalismus hat. Gemäß dem Nominalismus kann man keine allgemeine Natur erkennen. Man kann also auch nichts darüber aussagen, was hinter aller Einzelerfahrung eigentlich die menschliche

Naturanlage ist, aus der heraus der Mensch die Zwecke seiner Handlungen bestimmen sollte, wenn er gemäß seiner Natur leben würde. Der Nominalismus kennt nur einzelne Handlungsmotive. Er kann lediglich ein einzelnes Handlungsmotiv von anderen klar ablösen (abstrahieren) und typologisieren, d. h. zu einem System ausbauen. In dieser Weise hat nun der Liberalismus den Eigennutz von anderen Motiven abstrahiert und zum Prinzip eines Systems der wirtschaftlichen Kooperation gemacht. Dieselbe Abstraktionsweise kennzeichnet die Phänomenologie *Edmund Husserls*. *W. Eucken* hat sie als „pointierend hervorhebende Abstraktion“ seiner Bestimmung der Wirtschaftssysteme zugrundegelegt. Dieser Abstraktionsweise folgen auch die Marxisten in ihrer Kritik des Kapitalismus. Darum ihre Definition des Kapitalismus, die wir heute als überholt bezeichnen. Wenn nun die Marxisten zur Definition ihrer eigenen Position die gleiche Abstraktion benutzen, dann könnte man annehmen, daß sie lediglich auf der gleichen Abstraktionsebene weiterschreiten, um ihr Verständnis der Wirtschaftsordnung darzustellen. Doch sind sie auch und besonders aus einem anderen Grund mit der pointierend hervorhebenden Abstraktion verbunden. Auch der historische Materialismus kennt keine Universalnatur, an der man konkrete Handlungsmotive normieren könnte. Der marxistische Naturbegriff ist konkret geschichtlicher Art. Die Natur des Menschen ist identisch mit dem Geschichtsprozeß der Menschheit in ihrer Gesamtheit. Aus dieser Sicht ergibt sich als Handlungsmotiv des Einzelmenschen die Solidarität mit der Menschheit. Wirtschaftliches Handeln kann darum nur soziales Handeln sein. Damit scheiden alle rein individuellen Motive aus der wirtschaftlichen Betrachtung aus. Sie gehören in den Vorraum, der in der Frage nach der Wirtschaftsordnung außer Betracht bleibt. *O. Šik* hat versucht, das Individuelle als Eigeninteresse in die Sozialökonomie hereinzuholen. Seine Auffassung vom Eigentumsrecht beweist aber, daß sein „Dritter Weg“ keine echte Alternative zum Sozialismus ist.

Auf der kurz dargestellten erkenntnistheoretischen Grundlage analysiert der Marxist das Produkt des wirtschaftlichen Handelns, um herauszustellen, welche Werte sich in ihm verbergen (zweites Kapitel). Da der Liberalismus nur individualistische Handlungsmotive kennt, muß er für die wirtschaftliche Handlung, d. h. die Arbeit im weitesten Sinn verstanden, als Ziel den individuellen Gebrauchswert setzen, der im sozialen Kontext dann zum Tauschwert wird. Der Marxist kann den Nutzwert nur als gesellschaftliche Kategorie verstehen. Die Arbeit, die diesen Nutzwert schaffen soll, kann darum nur von der gesellschaftlichen Zielsetzung aus verstanden werden. Diesem vom Individuellen abstrahierenden Nutzwert entspricht der Begriff der abstrakten Arbeit, der in der marxistischen Wertlehre eine zentrale, oft wenig beachtete Bedeutung hat. Mit seiner Hilfe wird der individualistisch geprägte Begriff des Gebrauchswerts ausgeschaltet. Der Marxist verfolgt dann die Beziehung der abstrakten Arbeit zum Produkt, wobei er auf dem Boden der pointierend hervorhebenden Abstraktion verbleibt, d. h. einzig die Arbeit im Hinblick auf das gesellschaftlich bestimmte Produkt im Auge hat. Um das Leistungsprinzip nicht auszuschalten, um die einzelnen Arbeiten differenzieren zu können, benutzt er den Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“. Es handelt sich hierbei um einen Durchschnittswert, der für die Bewertung der einzelnen Leistung zugrundegelegt wird. *O. Šik* hat diese Art der Bewertung überwunden, indem er die individuellen Interessen einbaute. Allerdings scheidet bei ihm aus dem Begriff des individuellen Interesses das Interesse am Eigentumserwerb aus. Da bei *Marx* nur die unmittelbare Beziehung der Arbeit zum Produkt ins Auge gefaßt wird, kann der Begriff der Arbeit nicht den gesamten Komplex, der vor der das Produkt unmittelbar erstellenden Arbeit liegt (Organisation, weitere Vorleistungen usw.), erfassen. *H. Nahr* hat diesem Mangel kritisch seine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Allerdings ist mit dieser Kritik die marxistische

These, daß es nur die Arbeit (wenngleich eine ganze Skala von Arbeitsleistungen) ist, die den Wert des Produkts schafft, nicht ausgeräumt. Der Marxist kann darum immer noch erklären, daß der Wert, der nicht aus Arbeitsleistung stammt, ein Pseudowert ist, d. h. ein Mehrwert aus Ausbeutung. Der Tausch, der diesen Mehrwert erzeugt, mache die Ware zum Fetisch.

Die Tauschwirtschaft kehre, so erklärt der Marxist, die Bedarfsdeckungswirtschaft um in die reine Erwerbswirtschaft. Damit werde das Prinzip einer menschenwürdigen Verteilung des Produktionsergebnisses verletzt. Statt die Arbeit nach ihrem inneren Wert einzuschätzen, werde sie auf dem Markt Objekt des Handelns (drittes Kapitel). Der Lohn werde verpreist. Gerade die sozialen Dienstleistungen widerstrebten der Verpreisung. Die Vermarktung öffentlicher Dienstleistungen gebe, wie besonders *R. Hickel* betont, von dieser Pervertierung der Wertordnungen Zeugnis. Andererseits ist zu erwidern, daß ein Schlüssel für differenzierte Leistungen gefunden werden muß, denn davon hängt die Bewertung des Arbeitsplatzes ab.

Um diese Bewertung auf möglichst breiter Basis und in unkontrollierter Freiheit verwirklichen zu können, braucht es den Markt. Will man diesen nicht, dann muß man die Bewertung der Administration überlassen mit der Konsequenz, daß auch die Arbeitsplätze administriert sind. Diese Konsequenz haben besonders die Autoren der DDR aus der marxistischen Arbeitswertlehre gezogen. Das Problem der Verteilung des Produktes wird dadurch auf das Problem der Verteilung des Arbeitsplatzes zurückgeführt. Es ist nicht zu leugnen, daß damit das Problem der sozialen Dienstleistungen, ihrer quantitativen Bestimmung und ihrer qualitativen Bewertung, leichter gelöst würde, aber natürlich um den Preis von Freiheit. Die Administration der Arbeitsplatzverteilung setzt ihrerseits die Planung des Wirtschaftsprozesses voraus und diese die Vorausbestimmung des allgemeinen Bedarfs. Für den Marxisten kann dieser Gedanke nichts Befremdendes enthalten, denn es scheint selbstverständ-

lich, daß man den Bedarf nach den Produktionsverhältnissen definiert und nicht nach irgendwelchen individuellen Konsumwünschen. Es wird nicht um des Wirtschaftens willen gewirtschaftet, auch nicht, sofern man sozial denkt, um irgendeines isolierten Nutzens willen, der unter Umständen überhaupt nicht ins Lebenskonzept der Gesellschaft paßt. Der Einsatz von Arbeit sollte immer im kulturellen Zusammenhang des Ganzen stehen. Wenn die Verwirklichung eines komfortablen materiellen Wohlstandes eine hektische Arbeitswelt zur Voraussetzung hat, ist es sinnvoller, weniger zu arbeiten und mehr Kultur zu pflegen. Einem höheren Arbeitseinkommen kann eine wertgefüllte Freizeit vorzuziehen sein. Im Kapitalismus wird diese ethische Entscheidung den Konsumenten überlassen. Die Wirtschaftsmoral ist im Kapitalismus keine Sozial-, sondern eine Individualethik. Im sozialistischen System wird die sozial-ethische Entscheidung von einem um das Wohl aller „Wissenden“ gefällt, der entweder eine diktatorische Partei oder eine demokratisch gewählte Behörde ist. Letztere Version ist die der Neomarxisten des Westens. Der Einzelne ist zwar nicht verpreist, aber administriert, trotz seines Votums, das er in einer Abstimmung hat. Das gilt auch für das System von O. Šik.

Die marxistische Kritik am Kapitalismus gipfelt in der Aufdeckung von Funktionswidersprüchen im Kapitalismus (viertes Kapitel). Legt man die marxistische Definition des Kapitalismus zugrunde, dann wird man diese kritischen Anmerkungen nicht von der Hand weisen können. Die Verfechter der freien, nicht-sozialistischen Marktwirtschaft tun gut daran, diese „Widersprüche“, die durchaus im Bereich des Möglichen auch unseres Kapitalismus liegen, zur Kenntnis zu nehmen. Die These des im Zug der Kapitalakkumulation sich einstellenden Profitratenfalls sollte nicht einfach als Hirngespinnst abgetan werden, dies besonders nicht im Hinblick auf den Stillstand des Wachstums.

Letztgültig entscheidend ist die Konzeption des Staats und seiner Funktionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (fünftes

Kapitel). In der marxistischen Literatur treten bei Behandlung dieses Themas die alternativen Vorschläge am deutlichsten in Erscheinung. Es wird hierbei einsichtig, daß im Grund der marxistischen Staatsauffassung die Einstellung zum Privateigentum das entscheidende Element darstellt. Damit führt der Entwicklungsgang der Ideen zurück zum Thema der Legitimierung des Eigentums und zur Definition des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Es erweist sich an diesem Punkt erneut, worauf in dieser Darstellung der marxistischen Wirtschaftsphilosophie gleich zu Anfang hingewiesen wird, daß man das Wirtschaftssystem nicht einfach nach dem jeweiligen wirtschaftspolitischen Instrumentarium bestimmen kann, daß man vielmehr die philosophische Begründung des Eigentums zugrundelegen, also von den Normen der Wirtschaftsordnung ausgehen muß, wenn man die Unterscheidung von Wirtschaftssystemen vornehmen will. Die These der Marxisten, daß es im Grunde nur zwei Wirtschaftssysteme gibt, eines, in dem das Produktionsmitteleigentum anerkannt ist, das andere, in dem es kein individuelles Produktionseigentum gibt, diese These stimmt. Insofern gibt es keinen Dritten Weg. Die Annahme eines Dritten Weges fußt auf einer sich vom Liberalismus, also vom alten Kapitalismus distanzierenden Legitimierung des Produktionsmitteleigentums. Auch die marxistische These, daß es nur zwei Staatsformen gibt, den kapitalistischen und den sozialistischen Staat, stimmt. Auch hier gilt wiederum: eine dritte Staatsform ist nur denkbar aufgrund eines vom alten Kapitalismus unterschiedenen Kapitalismus, in dem das Recht auf Produktionsmitteleigentum in einem ganz anderen Kontext steht als im Liberalismus (vgl. S. 46–48).

Den Neomarxisten wird es bei der Lesung dieses Buches befremdend erscheinen, daß ihre konstruktiven Ideen, das heißt ihre Vorstellung von der Organisation einer nicht-kapitalistischen Wirtschaft undifferenziert kritisiert werden, als ob es keinen Unterschied gäbe zwischen den Marxisten in der DDR und

in der Bundesrepublik Deutschland. Herr Kollege *R. Hickel* hat sich an dieser Identifizierung gestoßen. Er möchte genau unterschieden wissen zwischen marxistisch-orthodoxer Kapitalismuskritik und politischem Marxismus. Den *Neo-Marxismus* sieht er mit mir durch die Problematisierung des „Staatsinterventionismus“ charakterisiert. Politisch bezeichnet sich *R. Hickel* ausdrücklich als unorthodoxen Marxisten, um neuere Entwicklungsprozesse in die Theorie integrieren zu können. Mit Hinweis auf *Ernst Bloch* meint er: „Mit seiner Vision von der ‚konkreten Utopie‘, die übrigens viel Religiöses umgreift, ist er Marxist, aber doch niemals Rechtfertiger der DDR“. Desgleichen erklärt er von *Rudolf Bahro*: „ein lucider Kritiker des Kapitalismus, aber er kommt damit auch zur Kritik der DDR“. Nur die „Neue Philosophie“ in Frankreich sehe in *Marx* unmittelbar die stalinistische Entartung systematisch angelegt. „Zwischen Kapitalismuskritik und realer Sozialismuspolitik klafft eine Lücke. Das erklärt die vielfältige Ausprägung heutiger Marxisten“.

Ich fühlte mich verpflichtet, diese Bemerkungen *R. Hickels* hier besonders zur Kenntnis zu bringen. Dies nicht nur, um die sorgfältige Lesung meines Manuskripts durch Herrn Kollegen *Hickel* dankbar anzuerkennen, sondern auch, um zu notieren, daß westliche Marxisten sich in allem Ernst bemühen, eine demokratische Wirtschaftsverfassung zu konzipieren, die sich aus dem intensiven Studium der *Marx'schen* Kapitalismuskritik ergibt.

Dennoch muß ich bezüglich der Unterscheidung von orthodoxem Marxismus in der Kapitalismuskritik und unorthodoxem Marxismus in der politischen Realisierung vom wirtschaftsphilosophischen Gesichtspunkt aus einen entscheidenden Einwand machen. Alle politisch unorthodoxen Marxisten kommen in der Ablehnung des Produktionsmitteleigentums überein, sonst könnten sie bezüglich der Kapitalismuskritik nicht mehr orthodox sein. Mit der Ausräumung des Produktionsmitteleigentums

ist der Grundstein einer unverfälschten Marktwirtschaft herausgebrochen. Die mit der Abschaffung des Produktionsmitteleigentums unausweichlich gegebene Verpolitisierung der Wirtschaft, wie sie am stärksten in der sowjetischen und der DDR-Planwirtschaft zutage tritt, aber ebenso manifest ist in den durch demokratische Funktionsmechanismen gelockerten Wirtschaften (sei es nach jugoslawischem Muster oder gemäß der „Humanen Wirtschaftsdemokratie“ O. Šiks oder der Eurokommunisten) ist allgemeines Gedankengut aller Marxisten, auch der politisch unorthodoxen. Die Person ist ihrer vorstaatlichen Rechte beraubt. Es gibt für sie kein Eiland mehr, auf dem sie Zuflucht vor dem Leviathan Staat finden könnte, so demokratisch dieser auch verfaßt sein mag.



## ERSTES KAPITEL

# DIE MARXISTISCHE METHODE

### I. Die marxistische Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftstheorie (Übersicht)

Die Marxisten werfen der kapitalistischen Wirtschaftswissenschaft vor, erstens sie bestimme ihr Objekt nicht eindeutig, zweitens sie sei sich über ihre Abstraktion, also die Methode, Wesentliches vom Unwesentlichen zu unterscheiden, nicht im klaren, drittens sie sei unfähig, geschichtlich zu denken.

#### *Uneinigkeit in der Bestimmung des Objekts*

Die Definition des zu untersuchenden Objekts steht am Anfang jeder wissenschaftlichen Untersuchung. Hierüber aber scheint unter den nicht-marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern keine Einigkeit zu bestehen. Zur Erhärtung dieser Kritik führt *Sweezy*<sup>1</sup> verschiedene Definitionen an: „Die Natur und die Ursachen des Wohlstands der Nationen (*Adam Smith*), die Gesetze, die die Verteilung des Ertrags der Erde regeln (*Ricardo*), Aktivitäten im gewöhnlichen Geschäftsleben (*Marshall*), der Preis, seine Ursachen und Folgewirkungen (*Davenport*), menschliches Verhalten als ein Verhältnis zwischen Zwecken und knappen Mitteln, die alternativen Nutzen dienen (*Robbins*).“

In allen diesen Definitionen ist, vielleicht abgesehen von der *Marshall*'schen, entscheidend: Wohlstandsschaffung (*Smith*), gerechte Verteilung der materiellen Güter (*Ricardo*), gerechter Preis (*Davenport*), Knappheitsminderung (*Robbins*). Im Grunde kommen alle in der letzten Intention überein: Wohlstand für alle. Die Unterschiede liegen einzig in der Mittel-

<sup>1</sup> Theorie, 24.

ordnung, in den Regelprinzipien, die befolgt werden müssen, damit Wohlstand wirklich zustande kommt. Es ist nicht gut verständlich, wie man diesen Definitionen vorwerfen kann, sie seien nicht klar. Ihre oberste gemeinsame Norm ist die beste Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zum Wohle aller. In dieser Norm ist auch die Forderung enthalten, niemanden im Wirtschaftsprozeß auszubeuten. Ob die jeweils angegebenen Mittel hierzu ausreichen, ist eine andere Frage. Der Marxismus impliziert im Grunde die gleiche Norm, die gerechte Verteilung des Produktionsresultats an die, die die Werte geschaffen haben. Der Streit kann darum nur darüber entstehen, wer Wert-schaffender ist. Diesbezüglich kann der Marxist aus seiner Sicht dem nicht-marxistischen Theoretiker vorwerfen, er verfehle den Wertmaßstab. Denn der nicht-marxistische Theoretiker geht von der als selbstverständlich angenommenen Voraussetzung aus, daß das Privateigentum legitimiert und damit auch ein Wertmaßstab ist.

### *Unfähigkeit zur Abstraktion*

Unter diesem Betracht ist tatsächlich die nicht-marxistische Abstraktion ungenügend. Die Analyse wirtschaftlichen Handelns muß auf einem höheren, also abstrakteren Niveau beginnen, nämlich dort, wo der Mensch vor jeder Eigentumsordnung zu produzieren beginnt.

Die Kritik an der nicht-marxistischen Abstraktion bezieht sich aber noch mehr auf einen anderen Sachverhalt, nämlich auf das Unvermögen der kapitalistisch eingestellten Autoren, im eigenen System zu unterscheiden zwischen dem, was wesentlich und dem, was unwesentlich ist. Dieses Unvermögen beweise der nicht-marxistische Theoretiker schon durch die Behauptung, die Marxisten hätten sich in der Voraussage, daß der Kapitalismus dem Ruin entgegengehe, getäuscht. Dagegen erklärt *Sweezy*, *Marx* sei es bei der Analyse des Kapitalismus auf dessen Wesenszüge angekommen. Um dieses Wesen zu er-

fassen, müsse man wie *Marx* die Gesellschaft als Ganzes betrachten. Die Gesellschaft als Ganzes sei im Kapitalismus gekennzeichnet durch den Konflikt zweier Klassen, wie es im Kommunistischen Manifest ausgesprochen sei: „Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat<sup>2</sup>“. Verursacht ist diese Spaltung nach *Marx* durch das Privateigentumsrecht auf Produktionsmittel. Diese Institution zementiere die Rolle von abhängig Arbeitenden und damit auch von Ausgebeuteten, denn das Prinzip des Privateigentumsrechts sei nichts anderes als die Anerkennung des Eigennutzes. Eine so in ihrem Wesen gegen die originäre Natur des Menschen gerichtete Ordnung könne nur Unordnung sein, das heißt, sie trüge in sich den Keim der Selbstzerstörung. Die Gesellschaft könne nicht als Ganzes begriffen werden, wenn sie innerlich zerrissen ist in Bourgeoisie und Proletariat. Eine Wirtschaft, die nur mit dem Prinzip des Eigennutzes arbeite, erfülle nicht das Erfordernis der Sozialnatur des Menschen. Sie müsse also einmal die bestehende Gesellschaft auflösen, und sei es auf dem Weg der Revolte des Proletariats.

Nach Ansicht der Marxisten sind die Kapitalisten unfähig, diese Einsicht zu gewinnen, weil sie nicht verstehen erstens, was das eigentliche Wesen des Kapitalismus ist, zweitens, daß ein wesentlicher Widerspruch nicht existieren kann, sosehr es, rein zeitlich gesehen, scheint, daß der Kapitalismus auftretende soziale Probleme zu lösen weiß. Solche Lösungsversuche sind aber an sich systemwidrig; der Kapitalismus sollte aber nicht systemwidrig handeln, weil er so sein Wesen verliert, d. h. sich selbst aufhebt. Diese Gedanken sind grundlegend für das Verständnis der marxistischen Krisen- und Zusammenbruchstheorie.

<sup>2</sup> *Karl Marx - Friedrich Engels*, Manifest der Kommunistischen Partei (1848), MEW, Bd. 4, 463.

Die Ansicht, daß ein widersprüchliches Handeln gegen ein Prinzip (Profitstreben), das Wesensgrund eines ganzen Handlungssystems (Kapitalismus) ist, das System zugrunderichten muß, dürfte ohne weiteres einleuchten. Die Frage ist aber, ob es stimmt, daß das Profitstreben das Wesen der Handlungsmotivation des Kapitalisten ausmacht. Mit anderen Worten: ist die Abstraktion, mit der die marxistische Bestimmung des Wesens des Kapitalismus zustandekommt, die Abstraktion, die zur Bestimmung des Wesens des Kapitalismus notwendig ist? *Marx* hat die Abstraktionsweise des Individualismus übernommen und nicht gesehen, daß die Kapitalisten mit ihren systemwidrigen Interventionen zur Behebung der durch das Profitstreben entstandenen sozialen Schäden zugleich ihr eigenes Selbstverständnis geändert haben, und zwar mit Hilfe einer anderen, ihnen vielleicht nicht bewußt gewordenen, aber mit der menschlichen Vernunft naturhaft verbundenen Abstraktion. Die Abstraktion des Individualismus, die identisch ist mit der des Nominalismus, mit der der Kapitalismus angetreten ist und die auch *Marx* in seiner Kritik am Kapitalismus übernimmt, wird uns noch eingehend beschäftigen.

### *Ungeschichtliches Selbstverständnis der Kapitalisten*

Der dritte Vorwurf, den der Marxismus den nicht-marxistischen Wirtschaftswissenschaftlern macht, betrifft die Einstellung der kapitalistischen Theoretiker zur eigenen Geschichte.

Die nicht-marxistischen Wirtschaftstheoretiker sind insofern unhistorisch, als sie das Privateigentum als eine naturrechtliche Institution ansehen, so daß jedes andere Wirtschaftssystem nur im Vergleich zur Marktwirtschaft beurteilt werden kann. Es mag stimmen, daß unter dem Gesichtspunkt der rein wirtschaftlichen Effizienz das kapitalistische System jedem anderen überlegen ist. Ist aber die Betrachtung der rein wirtschaftlichen Effizienz ein echter Parameter für die Beurteilung wirtschaftlichen Handelns? Ist dieser Maßstab, vom Humanum aus betrachtet,

nicht zu begrenzt, ein Erzeugnis einer Zeit, in der sich die neue Klasse der Industriellen mit dem Wachstum als Emblem gegen die alten Feudalherren durchzusetzen suchte? Die Selbstverständlichkeit, mit der man in Marktpreisen rechnete, hat etwas Ungeschichtliches an sich. Es sei damit nicht bestritten, daß die Klassiker wohl wußten, daß der Kapitalismus nicht das einzige Wirtschaftssystem der Geschichte ist. *Adam Smith* spricht von einem ursprünglichen Zustand, in dem der ganze Wert des Produkts aus Arbeit bestand: „In jenem ursprünglichen Zustand der Dinge, der sowohl der Bodenaneignung als auch der Kapitalansammlung vorhergeht, gehört das ganze Arbeitserzeugnis dem Arbeiter. Er hat weder mit einem Grundbesitzer noch mit einem Arbeitgeber zu teilen<sup>3</sup>“. Wie *S. Hollander*<sup>3a</sup> bemerkt, vertritt *A. Smith* trotz solcher Äußerungen nicht die Arbeitswertlehre, sondern, wie *Marx* richtig feststellt, eine Theorie der Produktionspreise.

Das geschichtliche Charakteristikum des Marxismus liegt in dessen Ansatz bei dem originären Zustand, der zugleich als Norm der Beurteilung der folgenden Entwicklung dient, nicht zwar so, daß die Rückentwicklung zum ursprünglichen Zustand als primärer Produktionsweise empfohlen würde, jedoch in der Weise, daß die Wertung des Produkts der Arbeit in einer Analyse des originären Zustands gewonnen wird. Die in der ökonomischen Entwicklung sich vollziehenden Wandlungen verlaufen dialektisch. Die zur Grundnorm widersprüchlichen Erscheinungen provozieren die Selbstaufhebung, in der wiederum neue Widersprüche verursacht werden, bis zuletzt die reine ursprüngliche Wertordnung obsiegt: ursprünglich der Tausch nach dem Arbeitsaufwand, dann Tausch gemäß dem Gebrauchswert, akzentuiert durch das Geld als Tauschmittel, und zwar zunächst von Produkten, die von den Eigentümern der Produktionsmittel selbst produziert wurden (einfache

<sup>3</sup> Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes I, 82.

<sup>3a</sup> *The Economics of Adam Smith*, 128.

Warenproduktion), dann von Produkten, die durch Arbeiter produziert wurden, die ihre Arbeitskraft als Ware den Besitzern von Produktionsmitteln verkaufen mußten (kapitalistische Warenproduktion), in der Folge selbstverursachter Ruin des Kapitalismus mit seinem Profitstreben im Zuge der fallenden Profitrate, schließlich der Kommunismus als Wiederherstellung der ursprünglichen Wertordnung, sei es durch spontane Entwicklung, sei es durch die Revolution des Proletariats.

Wie man leicht sieht, erfolgt diese Entwicklung nicht gemäß einer von den wirtschaftenden Subjekten abstraktiv gewonnenen Norm, sondern gesetzmäßig im Sinn des historischen Prozesses von These, Antithese und Synthese. Sie darf daher nicht, wie *K. R. Popper* meint, mit dem Naturrecht identifiziert werden. Wir werden auf diesen Sachverhalt noch eingehend zurückkommen müssen.

Die entscheidenden Momente der marxistischen Kritik am Kapitalismus sind das Objekt der kapitalistischen Wirtschaftstheorie und die Abstraktion. Die Stellung zur Geschichte ist nur ein Corollarium, das in diesen beiden Momenten impliziert ist (vgl. unten die Ausführungen über den Fetischcharakter der Ware).

Im folgenden sollen Objekt und Abstraktion untersucht werden, die der Marxist am Kapitalismus kritisiert. Hat der Marxist das Selbstverständnis des Kapitalisten erfaßt oder hat er in seiner Interpretation nicht etwas unterschoben, was der „Kapitalist“ gar nicht so verstanden wissen wollte? Anders formuliert: Gehören jene Momente, die der Marxist als unwesentliche, ja sogar als fremde Elemente am Kapitalismus bezeichnet, gemäß dem Selbstverständnis des Kapitalisten nicht doch zum Wesen des Kapitalismus?

Darauf ist dann die Frage zu stellen, wie der Marxist das Objekt der Wirtschaftswissenschaft von seiner Sicht aus bestimmt und mit welcher Abstraktion er seinerseits arbeitet, sofern er konstruktiv ein Wirtschaftssystem erstellen will.

## II. Die marxistische Kritik am Objekt und der Abstraktion der „kapitalistischen“ Wirtschaftstheorie: Das Wesen des Kapitalismus in marxistischer Sicht

Gehen wir zunächst der Frage nach, wie der Marxist Wesentliches vom Unwesentlichen im Kapitalismus unterscheidet. Der vorkapitalistische Unternehmer, d. h. der Unternehmer der einfachen Warenproduktion tauscht eine Ware gegen die andere oder verkauft sein Produkt gegen Geld, um sogleich ein anderes seinem Gebrauch oder Verbrauch dienliches Produkt zu erwerben. Er will zwar seine ökonomische Lage verändern, aber nur im Hinblick auf die Vermehrung der Gebrauchswerte. Der kapitalistische Unternehmer wird nun nicht als ein weiterentwickelter Typ des vorkapitalistischen Unternehmers verstanden. Das heißt, er ist nicht ein Unternehmer, der unter Beibehaltung der Orientierung auf den Gebrauchswert zusätzlich noch eine weitere Intention, nämlich die des Gewinns, verfolgt. Er wird vielmehr typisiert. Das Merkmal, das ihn vom vorkapitalistischen Unternehmer unterscheidet wird in pointierend hervorhebender Abstraktion, die nur konkrete Aspekte oder Modalitäten aus dem komplexen Sein herausortiert, aber nicht das Ganze in seiner Universalität abstrakt erfaßt, personifiziert: Der kapitalistische Unternehmer ist einzig auf Gewinn eingestellt. Er beginnt mit Geld ( $G$ ), kauft dafür eine Ware ( $W$ ) und verkauft sie zu einem höheren als dem Kostenpreis ( $G'$ ). Die Formel hierfür ist:  $G-W-G'$ , wobei  $G'$  größer ist als  $G$ . Der kapitalistische Unternehmer wird also „als“ Kapitalist in seinen Intentionen analysiert, als ob er nun nicht mehr ein Unternehmer wäre, dem etwas an den Gebrauchswerten liegen könnte.

Gemäß dem Marxismus kann es einen solchen Unternehmer nicht geben, weil in seiner Sicht das kapitalistische System dazu zwingt, nur auf Profitmaximierung hin zu tauschen. Für den kapitalistischen Unternehmer sind die Produktionsmittel, folgt

man genau der pointierend hervorhebenden Abstraktion, nicht Mittel, etwas zu produzieren, sondern eine Größe, Gewinne zu machen. „Kapital ist nicht einfach ein anderer Ausdruck für Produktionsmittel, es ist vielmehr: die auf einen qualitativ homogenen und quantitativ meßbaren Fonds an Wert zurückgeführten Produktionsmittel. Der Kapitalist ist nicht an Produktionsmitteln als solchen interessiert, sondern an Kapital, und das bedeutet notwendigerweise Kapital, das als eine Quantität betrachtet wird, denn das Kapital hat nur eine Dimension, die Dimension der Größe<sup>3b</sup>.“ Produzieren im Hinblick auf Gebrauchswerte und Produzieren im Hinblick auf Gewinn sind zwei Welten, die nie ineinander übergehen können. Heute würden wir sagen, der Marxist analysiere einen denaturierten Unternehmer, während wir den heutigen, an sozialen Normen und damit am Gebrauchswert orientierten Unternehmer als den „normalen“ und wirklichen Kapitalisten bezeichnen. Diese Unterscheidung setzt aber voraus, daß wir einen anderen ethischen und, noch tiefer, einen anderen erkenntnistheoretischen Standpunkt einnehmen als es jener war, mit dem der Kapitalismus antrat und den der Marxist in seiner Analyse zugrundelegt.

Die Annahme, daß das kapitalistische System einzig die Gewinnmaximierung der Produktion und des Tausches unter Ausschluß von sozialen Elementen wie Wohlfahrtsmehrung kennt, hängt wesentlich mit der pointierend hervorhebenden Abstraktion zusammen. Davon ist im folgenden die Rede.

Die pointierend hervorhebende Abstraktion ist rein formalistisch. Mit der gleichen Abstraktion hat *Max Weber* in seiner Schrift „Die Politik als Beruf“ den Politiker analysiert. Das Unterscheidungsmerkmal des Politikers gegenüber anderen sozialen Tätigkeiten ist nach ihm das Streben nach Macht. Die Politik wird demnach einzig als Kampf um die Macht definiert.

<sup>3b</sup> *Sweezy*, Theorie, 396.

Es wird völlig unterdrückt, daß der Politiker ebenso wie der soziale Reformler seiner Naturanlage nach die Macht nicht um ihrer selbst willen, sondern im Grund aus seiner sozialen Intention anstrebt. Die pointierend hervorhebende Abstraktion ist nur als theoretisches Training wertvoll. Angewandt auf die Praxis, ist sie irreführend, weil unrealistisch. Man kann Personen, die ihre Hände mit Seife waschen, nicht einfach nach der Benutzung der Seife von denen trennen, die die Hände ohne Seife waschen. Der Gebrauch der Seife ist grundsätzlich nicht von der Intention, die Hände zu waschen, zu trennen, so interessant es für einen Spekulanten sein mag, den die Seife Gebrauchenden „als solchen“ zu betrachten.

*Marx* folgt genau der pointierend hervorhebenden Abstraktion, wenn er den Kapitalisten „als kapitalistischen“ Unternehmer in die Wirklichkeit projiziert. Wenngleich in der Wirklichkeit der Kapitalist keinen Profit erhoffen kann, wenn er nicht in eine Marktlücke vorstößt, wo sein Produkt eine gewissermaßen konkurrenzlose Nachfrage, also einen Konsumenten, der einen Gebrauchswert sucht, findet, so wendet der Marxist mit Recht ein, daß der kapitalistische Unternehmer niemals die Intention, dem Nutzen der Konsumenten zu dienen, hätte, wenn er keinen Profit daraus zöge. Die erste Intention des Kapitalisten sei demnach der Profit. Der Gebrauchswert sei in seiner Intention irrelevant, beziehungsweise nur Mittel zum Zweck. Außerdem beruhe die kapitalistische Theorie des Unternehmers entsprechend ihrem Abstraktionsmodus auf der Vorstellung des Unternehmers „als“ Gewinnmaximierers. Gemäß dem Marxisten produziert der Kapitalist eigentlich keine Güter, sondern nur Mittel zur Gewinnung eines höchstmöglichen Profits aus dem investierten Geldkapital. Ihm liegt darum bei aller Produktion nichts am Produkt, sondern einzig an der käuflichen Ware.

Dieser Einwand ist ernstzunehmen, denn die Möglichkeit dieser Willenseinstellung kann nicht gelehnet werden. Es ist denkbar, daß ein Kapitalist einzig verdienen will, um was immer es

sich handeln mag, wenn es um das Angebot geht. Er kann sein Produkt mittels einer psychologisch geschickten Werbung als vorzüglichen Gebrauchswert anpreisen, so daß ihm seine reine Profitintention gelingt, wie genauso der Politiker über alle ethischen Überlegungen hinweg nur Gewalt suchen kann und nichts anderes.

Von der Ethik her und realistisch auf lange Sicht ist aber der typisierte Politiker eine Mißgestalt der Politik, ebenso ist der typisierte Kapitalist ein deformierter Unternehmer. Es ist absurd, ein politisches System einzurichten, in dem einzig die Machtkonflikte organisiert werden ohne Rücksicht auf die sozialen Folgen. Und ebenso sinnwidrig wäre es, wenn eine Gesellschaft freier Unternehmer nur die Profitsucht organisiert unter völliger Vernachlässigung der Wohlfahrt aller. Das kapitalistische System der Nur-Kapitalisten „als Kapitalisten“ gibt es nicht in einer Gesellschaft, die die Wohlfahrt aller im Auge hat. Die Ordnungsnormen der kapitalistischen Gesellschaft gehören darum wesentlich zu diesem System, sofern es ethisch einwandfrei, d. h. naturbezogen ist.

Der Marxist sieht aber in diesen Ordnungsnormen unwesentliche, in der Analyse zu vernachlässigende Daten, weil sie seiner Ansicht nach nicht zum Wesen des Kapitalismus gehören. Er kann dies damit begründen, daß die Lehrmeister des Kapitalismus den Menschen einzig vom sensualistischen Glücksstreben beherrscht sahen und so den Unternehmer nur als Profitsucher charakterisieren konnten. Erkenntnistheoretisch geht dieser Sensualismus auf den Nominalismus zurück, d. h. auf die Lehre, daß wir nur Konkretes erfassen können und alle Allgemeinaussagen unwirkliche Erkenntnisstützen sind, mittels derer wir Vergleiche vom einen zum anderen anstellen. Von dieser erkenntnistheoretischen Basis aus besteht kein realer Zusammenhang mehr zwischen dem Streben nach Profit und dem Streben nach Versorgung der Gesellschaft mit Gebrauchswerten. Der Kapitalist ist darum ein Unternehmer mit völlig anderen

Strebungen als der Unternehmer der einfachen Warenproduktion. Mit seinen Vorgängern hat er den Besitz von Produktionsmitteln gemeinsam. Er unterscheidet sich aber von ihnen durch das Motiv der Gewinnmaximierung aus dem Einsatz seiner Produktionsmittel. Typisiert man dieses Distinktivum im Sinn der pointierend hervorhebenden Abstraktion, dann muß man mit dem Marxisten folgerichtig erklären, das Wesen des Kapitalisten bestehe im Bestreben, durch Einsatz des Eigentums an Produktionsmitteln die Profitrate zu vergrößern. Dies kann nach Ansicht des Marxisten nur geschehen durch ständige Ausbeutung der angeheuerten Arbeitskraft, weil nur die Arbeit produktiv sei. Der Kapitalismus muß darum als ein System bezeichnet werden, das gekennzeichnet ist durch den Klassenkonflikt: einerseits die auf Gewinnmaximierung bedachten Eigentümer von Produktionsmitteln, andererseits die abhängigen und ausgebeuteten Arbeitnehmer.

Wenn nun der Kapitalist erklärt, dieser von den Marxisten anvisierte Kapitalismus gehöre der Vergangenheit an, dann erwidert der Marxist, daß die Wandlung des Kapitalismus sich einzig auf der Ebene der unwesentlichen Elemente des Kapitalismus vollzogen habe, daß auch heute noch jeder kapitalistische Unternehmer sein Kapital nur dort einsetze, wo er den Gewinn maximieren könne.

Man kann dieser Replik nur beipflichten, denn jeder Unternehmer, der nicht Gewinnmaximierung anstrebt, ist vom Untergang bedroht. Das System der Konkurrenz zwingt ihn zu solchem Verhalten. Darum konnte *Marx* von der „Klasse“ der Kapitalisten sprechen, weil alle mit dem System verhangen sind.

In der Theorie der Wirtschaftspolitik ist die pointierend hervorhebende Abstraktion und damit die Sicht des Unternehmers als eines Gewinnmaximierers immer noch voll in Geltung. Zwar wurden im Zug der Etablierung einer „Politischen Ökonomie“ auch die sozialen und politischen Konstituanten einer wirtschaftlichen Situation mit einbezogen. Man hat sich davon über-

zeugen lassen, daß verschiedene gesellschaftliche Gruppen, darunter besonders die Gewerkschaften, und die politischen Kräfte, darunter in erster Linie die Parteien<sup>4</sup>, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung beeinflussen. Aber die Einbeziehung dieser Faktoren änderte nichts an der Abstraktion, mit der das wirtschaftliche Handeln des Unternehmers bestimmt wird. Für den Unternehmer bleibt das Motiv der Gewinnmaximierung maßgebend, wie es entsprechend der pointierend hervorhebenden Abstraktion typisiert wird. Die Politische Ökonomie der modernen Theorie der Wirtschaftspolitik ist nichts anderes als ein Konglomerat von Einzelementen, die alle mit Hilfe dieser Abstraktion erfaßt sind. Die Spieltheorie und die Theorie der Entscheidungsprozesse, die vornehmlich zur Interpretation Verwendung finden, bewegen sich einzig auf dem Niveau dieser Abstraktion. Damit ist aber die Gesellschaft als Ganzes nicht erkannt, worauf der Marxist in seiner Politischen Ökonomie Wert legt. Die Konfliktgesellschaft ist bei der Bestimmung des Objekts der Wirtschaftswissenschaft nicht überwunden. Sie ist vielmehr theoretisch unterbaut.

### III. Objekt und Abstraktion im Selbstverständnis des Marxismus

Da der Marxismus sich durch die Kritik am Kapitalismus, so wie er diesen verstand, gebildet hat, ist es nicht leicht, eine exakte Idee von dem zu gewinnen, was man als konstruktiven Marxismus bezeichnen könnte. Die konkrete Ausgestaltung des marxistischen Wirtschaftssystems ist gekennzeichnet durch einen noch akzentuierteren Pragmatismus als den des Kapitalismus im Verlauf etwa der beiden letzten Jahrhunderte. Immerhin lassen sich sowohl das Objekt der wirtschaftlichen Handlung als auch die Abstraktionsweise, gemäß der dieses Objekt in der Wirklich-

<sup>4</sup> Vgl. die Wahlversprechungen der Parteien.

keit weiter verfolgt wird, bestimmen und daraus ebenso wesentliche Folgerungen ziehen, wie es der Marxist aus dem Wesen des Kapitalismus gewinnt.

Der Marxist beginnt seine Überlegungen dort, wo an Privateigentum noch nicht gedacht werden kann. Er betrachtet die Welt als der gesamten Gesellschaft zur Verfügung stehend. Gesellschaft besagt hierbei die ganze Menschheit. Indem der einzelne Mensch die zu seiner Existenz und zu seiner Entfaltung notwendigen materiellen Güter in Anspruch nimmt, greift er an etwas Soziales. Seine Handlung hat darum wesentlich sozialen Charakter. In der Produktion, die ohne die natürlichen, der ganzen Menschheit verfügbaren Ressourcen nicht möglich ist, wird Arbeit mobilisiert, die ihrerseits nicht einem individuell, sondern nur sozial bestimmten Gebrauchswert dienen darf, denn wenn der Arbeitende gemäß seiner Willkür den Gebrauchswert bestimmen würde, dann würde er ein natürlich gegebenes Objekt als „sein“ betrachten. Dies aber widerspräche der Grundvoraussetzung, daß die materiellen Güter keinen Eigentümer haben dürfen.

Der Marxist impliziert in diesen Gedanken, daß das menschliche Streben originär nicht vom Individualinteresse, sondern vom Gemeinwohl motiviert ist, daß darum im Wirtschaftssystem diese originäre Motivation fixiert werden muß. Die Priorität des Gemeinwohls vor dem Eigenwohl ist nicht etwa rein normativ im Sinne einer moralischen Forderung, die ihre Seinswirklichkeit durch die entsprechende Willensentscheidung erhält. Sie ist vielmehr real in der sozialen Natur des Menschen. Diese naturhafte Verfassung ist die theoretische Begründung dafür, daß die Regierungen von kommunistischen Ländern ihre Bürger vor dem Einfluß der kapitalistischen Länder abschirmen, um sie nicht vom Eigennutz, d. h. dem Gewinnstreben der Kapitalisten infizieren zu lassen. Dies hindert natürlich nicht, daß in der Praxis das politische Motiv der Machthaber vordringlich wirkt.

Die vom Eigentumsrecht unberührte Natur der Dinge bringt es mit sich, daß im Produkt einzig die Arbeit als Wertfaktor auftritt und darum einzig die Arbeit als Produktionsfaktor gelten kann.

In diesem gesamten Gedankengang verbirgt sich ein, allerdings umgedeutetes, Erbe christlichen Wertdenkens. Auch nach christlicher Auffassung, wie sie besonders bei den Kirchenvätern der ersten Jahrhunderte bis zu *Thomas von Aquin* betont dargestellt wurde, ist die gesamte Natur ohne Eigentumsrechte der Menschen zu betrachten. Die materielle Welt ist für die Menschheit geschaffen. Es steht also niemandem, auch nicht einer Generation von Menschen, zu, sie als Eigentum zu behandeln. Der Mensch ist grundsätzlich nur Sachwalter der irdischen Güter zur Nutznießung für alle Menschen. Der Titel des Okkupanten ist eine rein menschliche „Erfindung“, nachdem vorgängig die Eigentumsordnung ihre Legitimation erfahren hat. Aus diesem Grund wurde auch nur die Arbeit als wertschaffend im Tausch betrachtet. Darum das Zinsverbot. Darum auch die Ansicht von *Thomas von Aquin*, ein Händler dürfe nur nach dem Maß seiner in der Ware investierten Arbeit (Transport) einen höheren Preis als die Erstehungskosten verlangen. Er hat zwar dem Händler, der beispielsweise eine Ware in Paris eingekauft hatte, die in Bologna höher im Kurs stand, gestattet, sich an den Preis von Bologna zu halten, doch einzig in Anpassung an die dortige Preisbildung, keineswegs aber aus dem Motiv des Gewinnes (natürlich die Transportkosten in Rechnung stellend)<sup>5</sup>. Diese Überlegungen bewegen sich auf dem Niveau der einfachen Warenproduktion.

Auch nach christlicher Auffassung gilt das Prinzip, daß es zur menschlichen Vollkommenheit gehört, dem Gemeinwohl vor dem Eigenwohl den Vorrang zu geben. Das Axiom „Gemeinwohl geht vor Eigenwohl“ gehört übrigens zum allgemeinen

<sup>5</sup> S. Theol. II-II 77,4 ad 2; vgl. meinen Kommentar in Bd. 18 der Deutschen Thomasausgabe, Heidelberg-Graz 1953, 542ff.

menschlichen Moralkodex. Auch die Arbeit ist nach christlicher Auffassung sozial bestimmt. Die alten Mönche verfolgten dies Ideal durch ihre kulturaufbauende Tätigkeit. Durch sie, so glaubten und hofften sie, verdienten sie sich die Retribution durch die Gesellschaft, der sie dienten.

Die geschilderte christliche Auffassung ist im Grunde nichts anderes als eine naturrechtliche Beurteilung der Sachlage. Es scheint somit, daß der Marxist sich als guten Christen und vornehmlichen Vertreter der Naturrechtslehre bezeichnen könnte. Er wäre beides auch tatsächlich, wenn nicht zwischen der christlichen und der naturrechtlichen Sicht einerseits und der marxistischen andererseits ein wesentlicher Unterschied bestände. Der originäre Zustand ist im marxistischen Verständnis die Natur des Menschen, die aus sich ihre Entwicklung erzwingt, so daß dieser Prozeß das Bewußtsein des Menschen bestimmt. Das Bewußtsein ist nichts anderes als ein Pendel, das gemäß dieser Entwicklung ausschlägt, keineswegs aber das Regulativ, das in Freiheit die natürlichen Anlagen als Norm der Handlungen anerkennt und in jeweils sehr verschiedener Weise konkretisiert. Auch das naturrechtliche Denken kennt die Gesetzmäßigkeiten der menschlichen Natur, die gewisse reale Folgen hervorbringt, je nachdem man ihr entsprechend handelt oder nicht. Die Relation von übermäßigem Konsum von Genußmitteln und Ruin der Gesundheit ist hierfür das einfachste Beispiel. Die Freiheit kann im naturrechtlichen Verständnis nicht als Potenz begriffen werden, daß man tun kann, was man will, sondern entsprechend *Tocqueville*, daß man tun kann, was man soll. Diese normative Seite des Naturbegriffes fehlt in der marxistischen Interpretation. Aus diesem Grund vermag der Marxismus keine echte Ethik zu erstellen. Was er als Ethik anbieten kann, ist einzig der vermeintliche Aufweis der natürlichen Gesetzmäßigkeit, die sich aus dem originären Zustand ergibt. Der Mensch ist nicht aufgerufen, in eigener Verantwortung die Ordnung der Natur anzuerkennen und entsprechend seinem

Verständnis zu verwirklichen. Vielmehr besteht sein Ethos in nichts anderem, als in wissenschaftlicher Erforschung die dialektisch verlaufende Gesetzmäßigkeit zu erkennen und sich dieser Notwendigkeit zu unterwerfen, entsprechend *Hegels* Anschauung, daß die Freiheit die Potenz ist, sich der Notwendigkeit zu ergeben. Für den Aufbau der Gesellschaft ist darum die Bildung des personalen Verantwortungsbewußtseins nur störend, das beste dagegen die Schulung im dialektischen Materialismus. Im Gegensatz hierzu kann die Naturrechtslehre die Ordnung der Natur nur als abstrakte Hinweise verstehen, die über die praktische Vernunft eines jeden Menschen erst zu dem werden, was man Norm nennen darf. Die marxistische Gesellschafts- und Wirtschaftsphilosophie unterscheidet sich darum von der naturrechtlichen und damit auch von der christlichen wie Physik und Moral. Beide sind Finallehren von der Natur des Menschen. Die marxistische Philosophie ist aber die Finallehre physischer Notwendigkeiten, die Naturrechtslehre (wenigstens im Verständnis des *Thomas von Aquin*) dagegen die Finallehre personaler Selbstverantwortung. Voraussetzung für die Einbeziehung der Finalität, das heißt hier: des vom Schöpfer gewollten, der Natur des Menschen immanenten Zweckes in die personale Verantwortung ist eine Abstraktionsweise, die sich wesentlich von der pointierend hervorhebenden Abstraktion unterscheidet, an die sich nicht nur die „kapitalistischen“ Wirtschaftstheoretiker und in ihrem Gefolge die marxistischen Kritiker des Kapitalismus, sondern auch die Marxisten in ihrem eigenen Selbstverständnis halten.

Die originäre Motivation wirtschaftlichen Handelns (Arbeit nicht nur zur, sondern sogar „als“ Selbstverwirklichung in der Gesellschaft) ist gemäß dem Marxismus in ihrem Wesen bezogen auf die Produktion von gesellschaftlich bestimmten Gebrauchswerten. Von daher ist die klassenlose Gesellschaft begriffen. Kulturschaffen ist darum ebenfalls ein Schaffen zur Stabilisierung der Arbeitswelt als ökonomischer Kategorie. Wie

der Marxist den Kapitalisten einzig vom Gewinnstreben her definiert, so definiert er sich selbst vom Gesichtspunkt des Menschen aus, der sein Wesen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß entfaltet. Wie hinter der kapitalistischen Gewinntheorie der Sensualismus steht, so steht hinter der marxistischen Theorie der Arbeit der historische Materialismus. Beide Philosophien sind nicht imstande, die ganze menschliche Motivation, die in der Produktion wirksam ist, auszuschöpfen. Um ein dem integralen menschlichen Streben entsprechendes Wirtschaftssystem zu erstellen, braucht man eine Abstraktion, die komprehensiv alle jene Motivationen erfaßt, die dem Ziel der menschlichen Entfaltung dienen. Die Frage, die sich dabei stellt, ist die, ob sich dann noch ein echtes Wirtschaftssystem ergibt oder ob nicht die Suche nach einem Wirtschaftssystem illusorisch wird. Das Problem scheint zwar die Analyse der marxistischen Politischen Ökonomie nicht direkt zu berühren, es ist aber unumgänglich, wenn man die sachliche Berechtigung der marxistischen Kritik des Kapitalismus kritisch betrachten will. Im folgenden sei darum kurz davon die Rede.

#### IV. Der philosophische Weg zur Definition eines Wirtschaftssystems – Das Wesen des Kapitalismus

Sowohl *Marx* als auch die von ihm kritisierten Klassiker fundierten das von ihnen präkonisierte Wirtschaftssystem mit einer philosophischen Grundanschauung. Die Klassiker gingen von ihrer Meinung nach gerechtfertigten und im menschlichen Gesamtstreben vorherrschenden Eigennutz aus. *Marx* sah das urmenschliche Streben in der Solidarität gemeinsamer Arbeit verwirklicht. Beide Seiten betrachteten diese Verhaltensweisen isoliert, d. h. in pointierend hervorhebender Abstraktion, als Regulativ wirtschaftlicher Kooperation. In beiden Fällen ist die Bedingung eines Wirtschaftssystems erfüllt, nämlich die Supposition eines einheitlichen Regelprinzips. Im einen ergibt sich

daraus die kommunistische Wirtschaft mit der Notwendigkeit eines gesamtgesellschaftlichen Plans, im anderen die Marktwirtschaft im Sinn der vollkommenen Konkurrenz, die die Gewinnmaximierung der Unternehmer erzwingt. Wirtschaftstheoretisch unterscheiden sich die beiden Systeme gemäß der Gegenüberstellung von Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Doch diese Typisierung fußt auf einem sehr beschränkten, nämlich rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt. Sie ist wiederum eine Konsequenz der pointierend hervorhebenden Abstraktion, angewandt auf die Betrachtung der rein wirtschaftlichen Kooperation, bei der wiederum nur ein nachgeordneter Teilaspekt zur Definition verwandt wird.

Kennzeichnend für dieses Vorgehen ist die Bestimmung der Wirtschaftssysteme bei *W. Eucken*. *Eucken*<sup>6</sup> unterschied die Wirtschaftssysteme gemäß der Art und Weise, wie die Wirtschaftspläne zustandekommen. Danach entwickelte er zwei Grundformen des Wirtschaftens oder zwei idealtypische Wirtschaftssysteme: die zentralgeleitete Wirtschaft und die Tauschwirtschaft, d. h. die Verkehrswirtschaft. Ein deutliches Unterscheidungsmerkmal liegt dabei in der Stellung zum Privateigentum.

*K. P. Hensel*<sup>7</sup> geht ähnlich vor, nur nimmt er als Kriterium die Knappheitsminderung, da ökonomisches Handeln in seiner Effizienz danach beurteilt wird, wie es mit dem Problem der Knappheit fertig wird. *Hensel* erkennt zwei Formen der gesamtwirtschaftlichen Knappheitsanzeigen: die mengenmäßigen güterwirtschaftlichen Plansalden und die Preise. Diesen entsprechen die zentrale und die dezentrale Planung.

Nun gehen allerdings in der Wirklichkeit diese beiden Formen der Planung ineinander über. Auch in der Marktwirtschaft kann

<sup>6</sup> Die Grundlagen der Nationalökonomie, 5. Aufl., Godesberg 1947, 126ff.

<sup>7</sup> Das Verhältnis von Allokations- und Wirtschaftssystemen, und: Über die sozialwissenschaftliche Bestimmung von Wirtschaftssystemen.

ein Unternehmer mit mengenmäßigen güterwirtschaftlichen Plansalden rechnen. In der Wirtschaftspolitik wird von einzelnen Ländern zur Erhaltung des eigenen Marktes mengenmäßig güterwirtschaftliches Planen angewandt. Die Einfuhrkontingentierung von Futtermitteln in der schweizerischen Agrarpolitik ist dafür ein offenkundiges Beispiel, wengleich damit auf internationaler Ebene das Prinzip der Marktwirtschaft nicht befolgt wird. Man könnte auch auf die Diskussion der EWG-Länder mit Japan bezüglich der Automobilindustrie hinweisen.

Es ist offenbar unmöglich, auf der Basis der rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise zu einer Systemdifferenzierung zu gelangen, dies aus dem Grunde, weil nur konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen ins Auge gefaßt werden, nicht aber das grundlegende, noch abstrakte Ordnungsprinzip, von dem aus sehr verschiedene konkrete Maßnahmen möglich sind.

An diesem Punkt hat die Frage nach der grundlegenden Unterscheidung von Wirtschaftssystemen einzusetzen, näherhin an der Frage, ob das Produktionsmitteleigentum nur nach gegebener Situation seine wirtschaftspolitische Berechtigung hat oder ob vor allen rein pragmatischen Überlegungen, bezogen auf wirtschaftspolitische Situationen ad hoc, das Produktionsmitteleigentum eine tiefere, der Anthropologie entstammende Begründung hat. Im zweiten Fall wäre es im Hinblick auf die grundsätzliche Priorität des Produktionsmitteleigentums nicht mehr angängig, global von Mischsystemen zu sprechen. Trotz der Mischung an sich verschiedener wirtschaftspolitischer Instrumente, etwa der Sozialisierung oder Privatisierung, wäre die wertmäßige Dominanz des Produktionsmitteleigentums ein völlig ausreichendes Distinktivum gegenüber einem Wirtschaftssystem, in dem seine Dominanz ebenso aus einer grundsätzlichen Stellungnahme heraus abgelehnt wird.

Die Suche nach dem Unterscheidungsmerkmal von Wirtschaftssystemen hat darum auf einer der Wirtschaft vorgelager-

ten, *normativen* Ebene zu erfolgen, nämlich bei der Frage, wie die Menschen die Ausbeutung der materiellen Welt im Sinne der der materiellen Welt immanenten Zwecke vornehmen sollen.

Der Marxismus beginnt, wie schon dargestellt, zu Recht mit dieser Betrachtung. Er betrachtet aber die Forderung der sozialen, d. h. dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen dienenden Ausbeutung unmittelbar als sachlichen Zwang unter Ausschluß jeder Möglichkeit, daß sich zur kommunistisch organisierten Ausbeutung mit voller Berechtigung eine andere Alternative anbieten könnte. Der Grund für diese Verengung des Gesichtspunkts liegt in der Ignorierung der metaphysischen Abstraktion.

Der Ausdruck „metaphysisch“ klingt in den Ohren der Marxisten wie der modernen Wirtschaftstheoretiker, die wie die Wissenschaftstheoretiker seit der Klassik bis heute maximal die pointierend hervorhebende Abstraktion kennen, mysteriös und irreal, was man angesichts der vielfältigen Übertreibungen, die diese Abstraktionsweise erfahren hat, in etwa verstehen kann. Dem Marxisten dürfte sie eigentlich weniger fremd sein als dem rein empirisch orientierten Wirtschaftstheoretiker. Denn das fundamentale Prinzip, daß das, was kontradiktorisch und absurd ist, nicht von Dauer sein kann, mit dem der Marxist den Kapitalismus kritisiert, ist metaphysischer Art. Metaphysisch wird eine Erkenntnis genannt, die in den Dingen eine Wesensform erfaßt, die für alle Einzelsubjekte gilt, so verschieden diese Einzelnen als Einzelne sein mögen. Es handelt sich hierbei nicht um rein intelligible Wesenheiten, die nur als nominelle Erkenntnisbrücken im Sinn von Gedankenexperimenten im Hinblick auf die Erfahrung dienen, sondern um Realerkenntnisse. Die Menschenrechte konnten nur auf dieser Erkenntnisgrundlage statuiert werden. Die naturhafte Gleichheit, die durch die metaphysische Abstraktion gewonnen wird, braucht durchaus nicht univok verstanden zu werden. Niemand denkt daran, aus der Gleichheit von Mann und Frau als Menschen auf die gleiche soziale Funktion zu schließen, obwohl supponiert wird, daß die

Aussage „gleicher Mensch“ keineswegs nur einem Denkexperiment entspringt.

Die metaphysische Abstraktion hat die Eigenart, daß sie nicht partielle Gesichtspunkte aus einem komplexen Subjekt heraushebt, sondern als Totalabstraktion die Natur des Ganzen erfaßt. Mit der Erklärung, daß Mann und Frau in gleicher Weise Personen sind, sind wir der Überzeugung, daß das Menschsein nicht nur eine Art und Weise des Handelns, sondern ein bestimmtes Sein bedeutet.

Wenn wir nun die wirtschaftliche Handlung metaphysisch definieren wollen, dann stellen wir sie in den komplexen Zusammenhang des ganzen Menschen, einschließlich seiner natürlichen Zwecke. Der Mensch kann nicht willkürlich, ohne Rücksicht auf die durch seine Natur gesetzten Zwecke handeln, es sei denn er verfehlt seine Entfaltung. Diese Zwecke sind zugleich individueller wie sozialer Natur. Die Begrenzung individuellen Wollens ist der Freiheit des Menschen als Norm überantwortet. Wir können also das wirtschaftliche Handeln nicht von der personalen Entscheidungsmacht des Menschen trennen. So sozial dieses Handeln entsprechend der Zweckbestimmung der materiellen Güterwelt und der sozialen Natur des Menschen selbst auch sein mag, die personale Selbstverantwortung darf nicht ausgeschaltet werden. Weder der Zweck der materiellen Güterwelt noch die soziale Natur des Menschen bestimmen definitiv den Modus der Realisierung dieser natürlichen Ordnungsnormen. Der Mensch muß vielmehr entscheiden, in welcher Weise er der sozialen Finalität der Güterwelt wie seiner eigenen Natur im Konkreten gerecht wird.

Der marxistische Schluß von der Natur des Menschen auf den daraus notwendigen Prozeß ist ein Fehlschluß, weil, wie schon gesagt, die Natur als geschichtlicher Prozeß und nicht als (real gültige) Abstraktion verstanden wird, von der aus das menschliche Bewußtsein den konkreten Umständen entsprechend verschiedene Alternativen zu ermitteln und daraus eine als die dem

Zweck entsprechende in personaler Verantwortung zu wählen vermag.

Heißt dies aber, daß die Entscheidung für den Kommunismus oder jene für die private Eigentumsordnung grundsätzlich auf gleicher Ebene stehen? Wenn ja, dann haben diejenigen Recht, die keine grundsätzliche Befürwortung eines bestimmten Wirtschaftssystems anerkennen, sondern sich nach rein pragmatischen Gesichtspunkten für die eine oder die andere wirtschaftspolitische Maßnahme entscheiden.

Betrachtet man aber das tatsächliche menschliche Verhalten im Umgang mit den materiellen Gütern, dann kann man die universal gültige Regel feststellen, daß das Eigeninteresse dem Menschen näher liegt als das Gemeinwohl, so sehr das Gemeinwohl als übergeordnete Norm dem moralischen Bewußtsein eingepreßt ist. Es bleibt daher im Interesse der umsichtigen Nutzung der materiellen Güter nichts anderes übrig, als dem Sonderinteresse in der Praxis die Priorität zuzuerkennen, allerdings nicht, um der apriorischen Rechtfertigung des Eigennutzes willen, sondern zum Zweck der weitestmöglichen Verhinderung der Vergeudung. Das Produktionsmitteleigentum, dem aus anthropologischen Gründen eine grundsätzliche Priorität vor dem sozialisierten Eigentum zukommt, muß stets im Sinn seiner sozialen Zweckbestimmung in bestimmten Grenzen gehalten werden. Diese Begrenzung besagt, was die einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen betrifft, eine gewisse Mischung, jedoch ist wegen der grundsätzlichen sowohl wirtschaftspolitischen als auch gesellschaftspolitischen Bedeutung des Produktionsmitteleigentums die wirtschaftliche Kooperation gerade dadurch wesentlich gekennzeichnet.

Der Marxismus hat darum Recht, in der Stellung des Produktionsmitteleigentums den Kern eines Wirtschaftssystems zu sehen. Er täuscht sich aber, wenn er die Verwaltung des Produktionsmitteleigentums in der ausgereiften Marktwirtschaft mit dem isolierten Gewinnstreben identifiziert, als ob dieses

Gewinnstreben nicht eingebettet sein könnte in den sozialen Zweck, auf wirtschaftliche Weise der Gesellschaft mit Gebrauchswerten zu dienen. Der einzelne Unternehmer mag bewußtseinsmäßig den Gewinn im Auge haben. Wenn er Verantwortungsbewußtsein besitzt, wird er als Mensch, der er auch als Unternehmer bleibt, nützliche Werte produzieren wollen. Und außerdem wird er durch die Rahmengesetze, die die unternehmerischen Entscheidungen im Sinne der sozialen Zwecke des Privateigentums begrenzen, stets auf das Gemeinwohl verwiesen, durch welches das Produktionsmitteleigentum seine Legitimation erhält.

Damit ist gegenüber dem Kommunismus ein Wirtschaftssystem ermittelt, das ein einwandfreies Unterscheidungsmerkmal aufweist: die aus der Gemeinwohlforderung sich ergebende grundsätzliche Dominanz des Produktionsmitteleigentums, verbunden mit einem ebenso grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber sozialisierenden Maßnahmen. Allerdings gelingt dieser Art von Definition eines Systems nicht die Präzision, wie sie aufgrund der pointierend hervorhebenden Abstraktion erreicht wird, und dies mit Recht und zu ihrem Vorteil: denn überall dort, wo in eine Definition die Existenzzwecke des Menschen im normativen Sinn mitaufgenommen werden, spielt die Dynamik des menschlichen Lebens mit, das nicht zum voraus in eine wissenschaftlich präzise Definition einzufangen ist. Der Definition des Kapitalismus der Klassiker wie der Marxisten mangelt der Bezug zu den personalen Existenzzwecken des Menschen. Sie ist darum starr, verschlossen, abgekapselt gegenüber dem Wertreichtum des sozialen Lebens.

Bereits der hervorragende Vertreter des klassischen Liberalismus, *J. St. Mill*, hat gespürt, daß die Entfesselung des Eigenntuzes aller eine Reihe von sozialen Problemen hervorruft, die einen anderen Maßstab verlangen, als den der perfekten Konkurrenz. Für eine Reihe von Fällen hat er die staatliche Interven-

tion verlangt<sup>8</sup>. Besonders für die Ansprüche des Arbeiters, die in der Wirtschaft der Produktionsmitteleigentümer nicht ausreichend berücksichtigt seien, verlangt er die gesetzliche Regelung<sup>9</sup>. Wenn heute in der neuen Politischen Ökonomie der Theoretiker der Wirtschaftspolitik die Einflußnahme anderer sozialer und sogar politischer Kräfte ins Auge gefaßt wird, dann ist dies eine Anerkennung von Ansprüchen, die weit über das eng gefaßte Kräftespiel der Gewinnmaximierung hinausgehen, zugleich ein unbewußtes Eingeständnis, daß die pointierend hervorhebende Abstraktion, mittels derer man das Wirtschaftssystem definierte, die Natur der Wirtschaft nicht komprehensiv zu erfassen vermag. Eigentlich können diese bisher als außenstehende Daten betrachteten Realitäten nur in Rechnung gezogen werden, wenn man sie über die metaphysische Abstraktion als zur Wirtschaft gehörig erkennt, ein Zeichen, wie selbstverständlich und natürlich diese Abstraktionsweise tatsächlich ist. Erst auf diese Weise ist die von den heutigen Wirtschaftstheoretikern an die Marxisten gerichtete Replik gerechtfertigt, der heutige Kapitalismus, d. h. die soziale Marktwirtschaft, sei ein ganz anderer Kapitalismus als jener, den *Marx* anvisiert habe.

Nach dem Gesagten sind zwei gegensätzliche Wirtschaftssysteme zu ermitteln, die allerdings bezüglich der wirtschaftspolitischen Instrumente verschiedene Varianten zulassen. Entscheidendes Unterscheidungsmerkmal ist die grundsätzliche Befürwortung beziehungsweise Ablehnung des Produktionsmitteleigentums. Es muß hierbei klar präzisiert werden, daß das Eigentumsrecht zugleich das Verfügungsrecht einschließt. Denn das Eigentumsrecht allein ist nicht unmittelbar mit dem wirtschaftlichen Handeln verbunden. Erst das Verfügungsrecht des Produktionsmitteleigentümers schafft das Distinktivum zum kommunistischen System, in dem notwendigerweise der

<sup>8</sup> Vgl. Grundsätze der politischen Ökonomie, Fünftes Buch, passim; vgl. auch *P. Schwartz*, John Stuart Mill and Laissez Faire.

<sup>9</sup> A. a. O.

Staat als Eigentümer zugleich Verfügungsberechtigter ist. Diese enge Bindung des Verfügungsrechts an einen privaten Eigentümer wird von verschiedener Seite, von links und rechts, bestritten.

Mit dem Hinweis auf die vielgliedrige Kette von Managern sind manche Nationalökonomien der Auffassung, daß das Eigentumsrecht für den Prozeß des Wirtschaftens keine Bedeutung habe. Darum die Annahme, daß die Marktwirtschaft auch ohne Eigentumsrecht funktioniere<sup>10</sup>. Die Marxisten vermeiden mit größter Sorgfalt jeden Gedanken an einen Eigentümer. Das wirtschaftspolitische Programm O. Šiks für eine sozialistische Marktwirtschaft will ohne Eigentumsrecht auskommen. Das gleiche gilt von der jugoslawischen Selbstverwaltungsidee. Jedoch steht hinter dem Verfügungsrecht irgendein Recht auf die Substanz. Die Annahme, daß niemand Eigentümer ist, impliziert die These, daß alle Eigentümer sind. Das heißt also: die Gesellschaft als Ganzes. Die Gesellschaft als Ganzes ist aber der Staat. Wenn der Staat kraft seiner Autorität Gesetze über die Verfügung von Produktionsmitteln erläßt, ohne daß jemand als Eigentümer der Adressat dieser Gesetze ist, dann spricht er als Eigentümer. Nicht bestritten wird damit, daß der Staat im System, in dem es privates Eigentum an Produktionsmitteln gibt, Ordnungsregeln für die Verfügung über Produktionsmittel aufstellen kann (vgl. Mitbestimmung).

In letzter Analyse ist also das Verfügungsrecht in seiner Substanz mit dem Eigentumsrecht gekoppelt. Eigentümer ist entweder der Staat oder ein privates Rechtssubjekt, sei es nun ein Individuum oder eine Gesellschaft. Der Kapitalismus kann darum nicht besser definiert werden, als es *Marx* getan hat, nämlich unter Bezugnahme auf die dominierende Stellung des privaten Eigentümers der Produktionsmittel. Der Zusatz, den die

<sup>10</sup> Vgl. *E. Streissler*, Gefahren für das Eigentum, 63; ebenso *E. Gaugler*, Eigentum im Unternehmen, 99 (zugleich unter Berufung auf *E. Streissler*).

marxistische Definition des Kapitalismus enthält, daß nämlich der Kapitalismus nicht nur im Produktionsmitteleigentum, sondern zugleich in der Ausnutzung dieses Eigentums zu reinen Gewinnzwecken unter Ausschluß aller sozialen Zielsetzungen besteht, entfällt, wenn man nicht der pointierend hervorhebenden, sondern der metaphysischen Abstraktion folgt.

Daß in diesem System des Kapitalismus auch der Staat über bestimmte Produktionsmittel als Eigentümer verfügen kann, ist kein Argument gegen diese Definition. Denn auch bezüglich dieser Produktionsmittel verlangt man im Sinne des Kapitalismus, daß der Staat sich weitestmöglich den Regeln der Konkurrenz unterwirft. Außerdem können entsprechend den sozialen Beschränkungen, denen die Verfügungsfreiheit über die Produktionsmittel unterworfen ist, verschiedene Varianten des Kapitalismus erkannt werden. Darauf macht im besonderen *V. Holesovsky*<sup>11</sup> aufmerksam.

Wo hört nun der Kapitalismus auf, Kapitalismus zu sein? Diese Frage fällt zusammen mit der Frage nach der äußersten Grenze, an der die Dispositionsgewalt des privaten Kapitaleigentümers vernichtet wird, auf die Mitbestimmungsdebatte angewandt, mit der Frage, ob im kapitalistischen System dem Arbeitnehmer, der im Lohnarbeitsvertrag steht, das Recht zugestanden werden kann, den Kapitaleigentümer zu überstimmen, wenn es um die Investition geht.

Man könnte die Ansicht vertreten, daß der Kapitaleigentümer, sein Vermögen einzig als Erwerbsvermögen verstehend, im Grunde nur an der Rendite interessiert sei. Es stehe ihm jederzeit frei, das investierte Geldkapital aus dem Unternehmen zu ziehen und irgendwo anders zu investieren. Von dieser Sicht aus wäre der Besitzer von Geldkapital nichts mehr und nichts weniger als ein Börsenspekulant, das Unternehmen nur noch ein Kollektiv von Mitarbeitern, die in eigener Regie, ohne Eigentümer

<sup>11</sup> Economic Systems.

zu sein, das Unternehmen führen, wobei sie unter anderem besonders darauf zu achten hätten, die Kapitalgeber nicht durch eine zu geringe Rendite abzuschrecken. Der Gedanke ist deswegen verlockend, weil mit dieser Unternehmensverfassung der berüchtigte Vorwurf, der dem Kapitalismus von marxistischer Seite gemacht wird, nämlich die Klassengegensätze zu stimulieren, wie es scheint, erledigt wäre. Doch ist ganz offenbar, daß es auch dann immer noch Kapitalgeber gibt, die sich von den Mitarbeitern des Unternehmenskollektivs unterscheiden. Außerdem ist zweifelhaft, ob der einzelne Genosse des Betriebskollektivs sich nicht ebenso entfremdet fühlt wie in einem Unternehmen, in dem die Kapitalgeber bei Investitionen den Ausschlag geben. Wird er vom Kollektiv überstimmt, dann könnte seine Entfremdung noch größer sein, von den ordnungspolitischen Folgen, die eine solche Wirtschaft der Arbeiterselbstverwaltung hat und die nicht zuletzt auch den Genossen des Unternehmenskollektivs treffen, ganz zu schweigen<sup>12</sup>. Die vom Marxismus gerügte Fremdbestimmung vermag auch das auf „humanste“ Weise organisierte Kollektiv nicht zu beseitigen.

Entscheidend für eine humane gesellschaftliche Ordnung ist die Freihaltung eines Lebens- und Wirkbereichs für die menschliche Person, nicht nur für deren eigene Zwecke, sondern auch für ihren Einsatz zugunsten der Gesellschaft. Hier spielt aber das private Eigentum, und zwar gerade das private Produktionsmitteleigentum eine unentbehrliche Rolle. Das private Eigentum ist nicht nur ein Mittel zur Ermöglichung einer privaten Lebensgestaltung, es ist zugleich ein Stimulans zu personaler Leistung für die Wohlfahrt der Gesamtheit. Der Eigentümer ist in der industriellen Gesellschaft nicht nur als Manipulator von Vermögenswerten zu betrachten, er ist vielmehr zugleich auch Investor. Seine Investitionsfunktion wird

<sup>12</sup> Vgl. hierzu den instruktiven Artikel von *Christian Watrin*: Gesellschaftliches Eigentum und Arbeiterselbstverwaltung – ein Weg zur Humanisierung der Gesellschaft?

in den Kapitalgesellschaften von Vertretern ausgeübt, sie wird nicht eliminiert, wiewohl der einzelne Eigentümer de facto ein stärkeres Interesse an der Rendite als an der ordnungspolitisch grundlegenden Funktion des privaten Kapitaleigentums haben mag.

Der Kapitalismus endet also dort, wo die konkurrenzierte Investitionsfunktion oder Dispositionsgewalt des privaten Eigentümers mit rechtlichen Zwangsmitteln zunichte gemacht wird. Eine beschränkte unternehmerische Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist hierbei nicht ausgeschlossen. Erst recht ist nicht ausgeschlossen, daß auf privater Basis Kollektivbetriebe gegründet werden, wie der Kapitalismus überhaupt eine ansehnliche Skala von verschiedenen Formen des privaten Produktionsmitteleigentums kennt, ja sogar das staatliche Eigentum zuläßt, wo jegliche Konkurrenz unmöglich ist.

Zum Kapitalismus gehört der Arbeitsvertrag. Der Arbeitsvertrag ist nicht die einzige, so doch gemäß der Definition des Kapitalismus die nächstliegende Regelung des Verhältnisses von Kapitaleigentümer und Arbeitnehmer. Damit entsteht eine gewisse Abhängigkeit des Arbeitnehmers vom Kapitaleigentümer. Doch sollte man dieses Verhältnis nicht mit dem Begriff der „Klassengesellschaft“ verteufeln. Die kapitalistische Klassengesellschaft entsteht erst dann, wenn aufgrund einer höchst ungleichen Vermögensverteilung eine geringe Schicht von Kapitalbesitzern den Arbeitsmarkt zu vermachten vermag. Dieses gesellschaftliche Übel gehört aber nicht zum Wesensbestand des Kapitalismus. Der sozial temperierte Kapitalismus kennt die Mittel (oder sollte sie kennen), die krassen Vermögensunterschiede zu beseitigen.

ZWEITES KAPITEL  
DIE KRITIK AN DER QUANTITATIVEN  
WERTLEHRE DER KLASSISCHEN SCHULE

I. Die Analyse der klassischen Schule

*Grundsätzliches*

Die klassische Schule übernahm unreflektiert die utilitaristischen und sensualistischen Thesen des Individualismus und betrachtete daher auch als Ursache für das Streben nach materiellen Gütern den individuell bestimmten Bedarf. Da der einzelne Mensch allein nicht alle gewünschten Güter produzieren kann, sucht er in der Arbeitsteilung die Hilfe des Mitmenschen. Der eine verfertigt dies, der andere jenes. So ergibt sich notwendigerweise der Tausch. Im Tausch wird der Wert, d. h. der Preis der Güter bestimmt. Wo sich der Tausch und die Bestimmung des Preises auf dem Markt abspielen, tritt gewissermaßen automatisch der Preiswettbewerb ein. Dort wird das, was man vorher noch Konsumgüter nennen konnte, gemäß der marxistischen Formulierung zur Ware. Die ursprüngliche Bedarfswirtschaft erhält ein vermittelndes Stück, die Erwerbswirtschaft.

Das ist an sich ein normaler Prozeß. Man braucht nicht einmal das individualistische Menschenbild als Vorspann zu benutzen, sondern nur die menschliche Person als den kausalen Faktor der Leistung anzuerkennen. Allerdings fehlt dieser Konzeption ohne Zweifel ein soziales Element. Denn der Mitmensch wird nur als Gehilfe betrachtet, ohne den man das eigene Ziel nicht erreichen würde. Diesen individualistischen Zug kann man vermeiden, indem man von vornherein individuelle Bedarfsdeckung als Auftrag an alle betrachtet, im Sinne einer gemeinsamen Kulturleistung, in der die Einzelmenschen integriert sind. Jeder versteht dann seine Bedarfsdeckung als einen Teil der gemeinsamen Kooperation, ohne daß er dadurch seine Perso-

nalität einbüßen muß. Er muß nur in vollem Umfang dazu stehen, daß er ein zugleich individuelles und soziales Wesen hat. Die Individualisierung in der Form der privaten Eigentumsordnung ergibt sich nämlich erst aus praktischen Erwägungen im Hinblick auf die Verschiedenheit des Leistungswillens, um nicht Faule und Fleißige in gleicher Weise zu honorieren<sup>13</sup>. Damit ist das Soziale vom Anfang der Produktion an gerettet.

Aber die Klassiker und Neoklassiker sahen die Dinge nur aus dem Blickwinkel des Individualismus. Darum konnte für sie die Arbeitsteilung nicht ein ethischer Auftrag zur Solidargemeinschaft, sondern nur eine Konsequenz aus dem angestrebten Tauschgeschäft sein. So bei *Adam Smith*: „Diese Arbeitsteilung, aus welcher so viele Vorteile sich ergeben, ist nicht ursprünglich das Werk menschlicher Weisheit, welche die allgemeine Wohlfahrt, zu der es führt, vorgesehen und bezweckt hätte. Sie ist die notwendige, wiewohl sehr langsame und allmähliche Folge eines gewissen Hanges der menschlichen Natur, die keinen solch ausgiebigen Nutzen erstrebt, des Hanges zu tauschen, zu handeln und eine Sache gegen eine andere auszuwechseln“<sup>14</sup>.

Diese Interpretation des Tausches und der Arbeitsteilung hatte *Marx* und haben mit ihm auch heute noch die Neomarxisten vor Augen. Allerdings wäre ihre Kritik auch nicht anders ausgefallen, wenn sie eine Darstellung der Sozialpflichtigkeit der Bedarfsdeckung und der Produktion vor sich gehabt hätten, wie sie oben kurz skizziert wurde. Ihr Menschenbild ist grundsätzlich ein anderes. Aber darauf nehmen die neomarxistischen Wirtschaftstheoretiker keinen ausdrücklichen Bezug, sonst würde ihnen auffallen, daß der Streit eigentlich gar nicht um Tausch und Preisbildung, sondern um das Menschenbild geht.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu *A. F. Utz*, Zwischen Neoliberalismus und Neomarxismus, 129f.

<sup>14</sup> Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes I, 17.

Der Marxist kritisiert das wirtschaftswissenschaftliche Denken, das mit dem Tauschwert beginnt. Der Tauschwert entsteht aus einer rein quantitativen Beziehung zwischen Gütern, die durch den Tauschprozeß hergestellt wird. Die Arbeitsteilung ist in dieser Sicht eine Dienstleistung für die Warenproduktion, sie ist nicht von der Notwendigkeit diktiert, in Solidarität Konsumwerte zu erstellen, die die Kräfte des einzelnen übersteigen.

Die Behauptung der Marxisten, daß nichts anderes als Warenproduktion das Ziel der Arbeitsteilung sei, erscheint überspitzt und unkorrekt. Bedenkt man aber, daß wir uns stets auf dem Niveau der pointierend hervorhebenden Abstraktion befinden, dann kann man gegen diese Behauptung nichts einwenden. Wie schon gesagt, hatte sich *Max Weber* im Hinblick auf die politische Aktion nicht anders ausgedrückt, wenn er sagte, daß alle Intentionen, so sozial sie auch sein mögen, der einen Intention des Strebens nach Macht untergeordnet seien. Er hatte hierfür sogar zwei verschiedene Ethiken angenommen: die Verantwortungsethik für die Umkehrung der Zweck-Mittel-Ordnung und die Gesinnungsethik für die innere Verantwortung gegenüber absoluten Werten.

Gemäß der marxistischen Analyse der Arbeitsteilung zugrundeliegenden Abstraktion ist die gesellschaftliche Teilung der Arbeit „Existenzbedingung der Warenproduktion“<sup>15</sup>. Das heißt aber nicht, daß umgekehrt die Warenproduktion die Existenzbedingung gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist: „In der altindischen Gemeinde ist die Arbeit gesellschaftlich geteilt, ohne daß die Produkte zu Waren werden. Oder, ein näherliegendes Beispiel, in jeder Fabrik ist die Arbeit systematisch geteilt, aber diese Teilung nicht dadurch vermittelt, daß die Arbeiter ihre individuellen Produkte austauschen. Nur Produkte selbständiger und voneinander unabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber“<sup>16</sup>.

<sup>15</sup> *Marx*, Kapital I, MEW, Bd. 23, 56.

<sup>16</sup> *Marx*, Kapital I, MEW, Bd. 23, 56f.

Die Arbeitsteilung wird durchweg gerechtfertigt. Sie darf aber nicht ein Mittel zur Warenproduktion sein. Sie muß im unmittelbaren Kontakt mit dem Humanum der Arbeit bleiben. Nur so sieht der Marxist die Sozialität der Wirtschaft gewahrt, während er in der Ware nichts von der sozialen Natur der Wirtschaftenden finden kann. Es gehört zu den Prinzipien der marxistischen Wirtschaftsphilosophie, die Wirtschaft als authentisch soziale Relation zu verstehen, als menschliche Beziehung von Arbeiter zu Arbeiter.

Die Verödung des Sozialen in der Warenproduktion wird ausgeschaltet durch die Unterordnung der Warenproduktion, d. h. der Produktion für den Markt, unter soziale Ziele. Dadurch wird die Umkehrung der Zweck-Mittel-Ordnung vermieden. Diese Finalisierung wird gewiß in großem Ausmaß durch die staatliche Wirtschaftspolitik erreicht. Es wäre aber oberflächlich, die ethische Verantwortung des Produzenten selbst zu übersehen. Wie die Demokratie nur auf der Grundlage einer gefestigten Verantwortung der Bürger für das Gemeinwohl lebensfähig ist, so hängt auch die Marktwirtschaft von der Verantwortung des einzelnen Produzenten und Händlers ab. So sehr die wirtschaftsrechtlichen und staatlichen konjunkturpolitischen Maßnahmen den einzelnen Produzenten und Händler hinsichtlich der Gemeinwohlforderungen entlasten und ihm als Motiv die, im marxistischen Sinn verstandene, Warenproduktion erlauben, so ist er doch nicht der Pflicht enthoben, in seinen wirtschaftlichen Entscheidungen über die Gewinnmaximierung hinaus an die an den menschlichen Existenzzwecken gemessene Wohlfahrt zu denken. Es ist z. B. sozial nicht verantwortbar, wenn Lebensmittelproduzenten zur Gewinnmaximierung Mittel einsetzen, die sich schädlich für die Gesundheit des Konsumenten auswirken, wie z. B. die Anwendung von Hormonen zur Kälberaufzucht. Auch die Grenz-moral, der sich der einzelne Unternehmer anpaßt, hat ihre Grenzen.

Da der Marxist die Arbeitsteilung nicht ausschließen kann, noch, wie gesagt, will, ist ihm auch der Tausch an sich nicht fremd. Er verwirft aber den Tauschwert, der aus der Warenproduktion entsteht. Er akzeptiert allerdings auch jenen nicht, der aus dem Gebrauchswert entsteht. Vom marxistischen Verständnis des Gebrauchswertes und der damit verbundenen Konsumwahl ist im folgenden die Rede.

### *Der Gebrauchswert - die Konsumwahl*

In welchem Wirtschaftssystem man denken mag, man wird den Gebrauchswert irgendwie in die Kausalkette der Ökonomie einbeziehen müssen. Was immer produziert wird, wird irgendwo konsumiert. Das hat selbstverständlich auch *Marx* gesehen, wie *Franz Petry*<sup>17</sup> betont. Es kommt nur darauf an, ob der Gebrauchswert eine eigentlich ökonomische Größe ist. Der kapitalistische Unternehmer, verstanden als Gewinnmaximierer, faßt den Gebrauchswert erst in zweiter Ordnung ins Auge, d. h., als Mittel zur Gewinnmaximierung. Unter Umständen provoziert er durch Reklame Konsumwünsche, um seinem Produkt einen Gebrauchswert zu verschaffen. Der eigentliche Wert seines Produktes ist aber der Tauschwert. Eine Ware kann, an sich und absolut betrachtet, einen höheren oder niedrigeren Gebrauchswert im Vergleich zu ihrem Tauschwert haben. Der Markt nivelliert den Gebrauchswert entsprechend dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Er macht den an sich in jeder Ware spezifischen Gebrauchswert zu einem Wert-Abstraktum, zu einem Wert schlechthin. Das System der Marktwirtschaft ist nicht denkbar ohne den Gebrauchswert, denn dieser hängt wesentlich mit der freien Konsumwahl zusammen, ohne die die Marktwirtschaft nicht denkbar ist.

Anders im marxistischen Denken. Die Wirtschaftswissenschaft beginnt für den Marxisten erst dort, wo die zwischen-

<sup>17</sup> Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie, 17.

menschlichen Beziehungen einsetzen. Das Soziale in der wirtschaftlichen Kooperation wird präzise gemäß der pointierend hervorhebenden Abstraktion verfolgt. Es wird dann alles, was das Kennzeichen „sozial“ nicht besitzt, ausgeklammert. Es gehört ebensowenig zur Wirtschaft wie die natürlichen Güter mit ihrer rein physischen Produktivität. Konsumieren ist eine ganz individuelle Tätigkeit, nicht nur kausal, sondern auch final. Der Konsum ist ein Naturprozeß wie etwa das Stillen des Kindes durch die Mutter. Für den Marxisten ist darum der Gebrauchswert lediglich „ein Ausdruck einer bestimmten Beziehung zwischen dem Konsumenten und dem Konsumgut“<sup>18</sup>. „Der Gebrauchswert als Gebrauchswert liegt jenseits des Betrachtungskreises der politischen Ökonomie“<sup>19</sup>. Wie nun der einzelne Arbeiter zu den für ihn notwendigen Konsumgütern gelangt, ist eine andere Frage, die selbstverständlich auch vom Marxisten beantwortet werden muß. Das Problem wird aber erst nach dem wirtschaftlichen Prozeß relevant.

Diese Reihenfolge ist nicht durchweg zu verneinen. Denn auch im kapitalistischen System ist man sich klar, daß nichts verteilt und auch nichts konsumiert werden kann, was nicht vorher in der arbeitsteiligen, also sozialen Wirtschaft erarbeitet worden ist. Es besteht aber zwischen der marxistischen und der kapitalistischen Sicht der entscheidende Unterschied, daß für den Marxisten der Gebrauchswert nur sozial bestimmbar ist, nämlich durch die jeweiligen Produktionsverhältnisse, während der Produzent im kapitalistischen System den durch die subjektiven Konsumwünsche bestimmten Gebrauchswert in sein Kalkül einbezieht.

Daß er dabei im Interesse der Gewinnmaximierung die subjektiven Konsumwünsche beliebig stimulieren und u. U. auch fehlleiten kann, liegt in der Reichweite des Systems. Doch ist die

<sup>18</sup> Sweezy, Theorie, 40.

<sup>19</sup> Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, 16.

persönliche Entscheidung des heutigen Unternehmers nicht mehr, wie es vielleicht im klassischen Liberalismus der Fall war, einzig durch egoistisches Eigeninteresse, Gewinnsucht und Ausbeutung bestimmt, sondern auch von dem Motiv geleitet, etwas für die Gesellschaft zu leisten<sup>20</sup>.

Der Wirtschaftsprozess beginnt also auch nach dem (heutigen) Verständnis des Kapitalismus mit einem sozialen Element. Allerdings bedarf es zu diesem Selbstverständnis des Kapitalismus einer anderen Philosophie, wie bereits dargestellt.

Der Stellenwert des Gebrauchswerts im marxistischen Sinn wird dort besonders deutlich, wo der Marxist von der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ spricht. Im kapitalistischen Sinn ist eine bestimmte Arbeit gesellschaftlich notwendig im Hinblick auf die Produktion einer bestimmten Quantität von Gebrauchsgütern (und im Gefolge von Produktivgütern). Im marxistischen Sinn heißt gesellschaftlich notwendige Arbeit nichts anderes als die Quantität der Arbeit, die in einer gegebenen Gesellschaft durchschnittlich notwendig ist, um einen Gebrauchswert „darzustellen“: „Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen“<sup>21</sup>.

Wenn in dem zitierten Text von Gebrauchswert gesprochen wird, in Beziehung zu dessen Produktion die gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmt wird, dann heißt dies nicht, daß *Marx* nun doch den Gebrauchswert in die Ökonomie einbezieht. Selbstverständlich will auch die marxistische Wirtschaft brauchbare und nicht nutzlose Güter produzieren. Diese zählen aber zum reinen Existenzbereich, in dem sich alle natürlichen Güter befinden und alle natürlichen Prozesse abwickeln. Sie zählen als

<sup>20</sup> Vgl. *W. Weber*, *Der Unternehmer*.

<sup>21</sup> *Marx*, *Kapital I*, MEW, Bd. 23, 53.

solche nicht als wirtschaftliche Werte. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit als wirtschaftlicher Faktor darf daher nicht am Gebrauchswert gemessen werden. *Sweezy* erklärt darum: „Es sollte beachtet werden, daß der Begriff ‚gesellschaftlich notwendige Arbeit‘ sich nur auf die Quantität der geleisteten Arbeit bezieht und nichts mit Gebrauchswert oder Nutzen zu tun hat“<sup>22</sup>. Wenn man einmal begriffen hat, daß marxistisch alles Denken über den Menschen nicht beim Individuum, sondern bei der Gesellschaft beginnt, dann kann man den Gebrauchswert, der individuell bezogen ist, nicht an den Anfang ökonomischer Überlegungen stellen, denn Ökonomie – das ist das Grundgesetz – ist wesentlich gesellschaftlich. Natürlich muß die Gesellschaft auch bewerten, welches Gebrauchsgut für sie wertvoller ist als ein anderes. Insofern ist der Gebrauchswert als solcher „ein allgemeines Merkmal der menschlichen Existenz“<sup>23</sup>. Er findet sich demnach in jeder Gesellschaftsform. Er ist aber eigentlich erst dann als „Wert“ zu bezeichnen, wenn er durch den Tausch bestimmt wird. Darum kann *Marx* den Gebrauchswert einfach mit „Wert“ bezeichnen, eben im Zusammenhang damit, daß er erst Wert wird, wenn das Gebrauchsgut Ware geworden ist. In diesem Sinn schreibt *Marx* in den „Randglossen zu Adolph Wagners ‚Lehrbuch der politischen Ökonomie“: „Wovon ich ausgehe, ist die einfachste gesellschaftliche Form, worin sich das Arbeitsprodukt in der jetzigen Gesellschaft darstellt, und dies ist die ‚Ware‘. Sie analysiere ich, und zwar zunächst in der Form, worin sie erscheint. Hier finde ich nun, daß sie einerseits in ihrer Naturalform ein Gebrauchsding alias Gebrauchswert ist; andererseits Träger von Tauschwert. . . Weitere Analyse des letzteren zeigt mir, daß der Tauschwert nur eine ‚Erscheinungsform‘, selbständige Darstellungsweise des in der Ware enthaltenen Werts ist, und dann gehe ich an die Analyse des letzteren“<sup>24</sup>.

<sup>22</sup> Theorie, 58.

<sup>23</sup> Theorie, 42.

<sup>24</sup> *Marx*, MEW, Bd. 19, 369.

Wie gesagt, bestimmt auch der Marxist das Objekt der Produktion nicht ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, also den Gebrauchswert. Aber dieser ist für ihn eben kein Wert. Der Wert, der im Gebrauchsgut steckt, ist die Arbeit.

Für die Planung ist dieser Gesichtspunkt von besonderer Bedeutung. Es wird nicht geplant im Hinblick auf alle möglichen, vielleicht durch Werbung zu stimulierenden Bedürfnisse. Vielmehr werden zunächst die gesellschaftlichen Bedingungen, vorab das in humaner Weise einzusetzende Arbeitspotential ins Auge gefaßt, dann erst die Ausweitung des Gebrauchs und in der Folge der Produktion von Gebrauchsgütern. Vom Gesichtspunkt einer Gesellschaft mit freier Konsumwahl allerdings ist eine solche Planung nicht möglich, da hinter der freien Konsumwahl die unbegrenzten Wünsche der Konsumenten wirken, denen das freie Angebot auf dem Markt dienen soll. Entscheidend für die marxistische Schauweise ist die schwierige Frage, wer das gesellschaftliche Bedürfnis, das sich nur in Funktion zu den gesellschaftlichen Bedingungen entwickeln darf, definiert. Damit diese Entscheidung nicht diktatorisch gefällt wird, denkt man an die völlige Demokratisierung des Wirtschaftsprozesses. Ob dadurch die personale Freiheit ausreichend gewahrt ist, bleibt dahingestellt.

Nun weiß allerdings jeder Kapitalist, daß die Konsumwünsche sich auf dem Markt durch Nachfrage manifestieren und daß diese Nachfrage nur effektiv ist, entsprechend der Kaufkraft der Konsumenten. Die Kaufkraft ist aber wesentlich abhängig von der Einkommensverteilung. Die Einkommensverteilung ist aber in marxistischer Formulierung „eine Spiegelung der Produktionsbedingungen“, eine Spiegelung der Klassenstruktur der Gesellschaft<sup>25</sup>. In diesem Sinn sagt *Marx* : „Es sei hier ganz im Vorbeigehn bemerkt, daß das ‚gesellschaftliche Bedürfnis‘, d. h. das, was das Prinzip der Nachfrage regelt,

<sup>25</sup> *Sweezy*, Theorie, 67.

wesentlich bedingt ist durch das Verhältnis der verschiedenen Klassen zueinander und durch ihre respektive ökonomische Position, namentlich also erstens durch das Verhältnis des Gesamtmehrwerts zum Arbeitslohn und zweitens durch das Verhältnis der verschiedenen Teile, worin sich der Mehrwert spaltet (Profit, Zins, Grundrente, Steuern usw.); und so zeigt sich auch hier wieder, wie absolut nichts aus dem Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr erklärt werden kann, bevor die Basis entwickelt ist, worauf dies Verhältnis spielt<sup>26</sup>. „Es scheint also, daß auf Seite der Nachfrage eine gewisse Größe von bestimmtem gesellschaftlichem Bedürfnis steht, das zu seiner Löschung bestimmte Menge eines Artikels auf dem Markt erheischt. Aber die quantitative Bestimmtheit dieses Bedürfnisses ist durchaus elastisch und schwankend. Seine Fixität ist Schein. Wären die Lebensmittel wohlfeiler oder der Geldlohn höher, so würden die Arbeiter mehr davon kaufen, und es würde sich größeres ‚gesellschaftliches Bedürfnis‘ für diese Warensorten zeigen . . . Die Grenzen, worin das auf dem Markt repräsentierte Bedürfnis für Waren – die Nachfrage – quantitativ verschieden ist von dem wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnis, ist natürlich für verschiedene Waren sehr verschieden; ich meine die Differenz zwischen dem verlangten Quantum Waren und dem Quantum, das verlangt würde mit andren Geldpreisen der Ware oder andren Geld- resp. Lebensverhältnissen der Käufer“<sup>27</sup>. Damit glaubt der Marxist seine Position gestärkt zu sehen, „daß die Wertprobleme eher über die Produktionsbedingungen als über die subjektiven Wertungen der Konsumenten definiert werden sollten“<sup>28</sup>. Auf dieser Grundlage sieht er auch seine Arbeitstheorie gerechtfertigt, mit der er den Produktionsbedingungen, die für die einfache Warenproduktion spezifisch sind, voll Rechnung zu tragen vermag.

<sup>26</sup> Kapital III, MEW, Bd. 25, 191.

<sup>27</sup> Kapital III, MEW, Bd. 25, 198 f.

<sup>28</sup> Sweezy, Theorie, 68.

Die Konsumentenwünsche werden somit zur Kategorie der sich bloß reaktiv verhaltenden Elemente im gesellschaftlichen Leben gerechnet. „Wünsche, soweit sie nicht aus elementaren biologischen und physischen Bedürfnissen stammen, sind eine Spiegelung der technischen und organisatorischen Entwicklung der Gesellschaft, und nicht umgekehrt“<sup>29</sup>. Die Produktion steht also im Vordergrund, sie ist Ursache der Konsumtion: „Die Produktion produziert die Konsumtion daher, 1. indem sie ihr das Material schafft; 2. indem sie die Weise der Konsumtion bestimmt; 3. indem sie die erst von ihr als Gegenstand gesetzten Produkte als Bedürfnis im Konsumenten erzeugt. Sie produziert daher Gegenstand der Konsumtion, Weise der Konsumtion, Trieb der Konsumtion“<sup>30</sup>. Aber dies gilt nicht etwa nur für die Konsumwünsche, es gilt auch für das Bewußtsein des Menschen überhaupt<sup>31</sup>.

Damit sind wir bei jenem Punkt, in dem die Arbeitstheorie verankert ist: dem Materialismus. Der Mensch wird als unfähig betrachtet, über die gesellschaftlichen, vor allem Produktionsbedingungen hinauszudenken. Es erscheint von dieser Theorie aus sinnlos, Konsumenteninformation zu betreiben, Gesetze über die Werbung zum Schutz des Konsumenten zu erlassen, vor allem den Konsumenten moralisch zu beeinflussen, seine Konsum- und Kaufwünsche verantwortungsvoll auf sein Lebensziel einzugrenzen.

Gewiß ist es mit der Konsummoral unserer Wohlfahrtsgesellschaft nicht besonders gut bestellt. Aber immerhin ist diese Konsummoral möglich entgegen der Auffassung von *Marx*, der in ihr (sofern man von Konsummoral statt Konsumwunsch sprechen darf) nur eine Funktion der Produktionsbedingungen sieht.

Die Theorie der freien Konsumwahl setzt eine andere Auffassung vom Menschen voraus, als sie der Marxismus hat. Die Mar-

<sup>29</sup> *Sweezy*, Theorie, 68.

<sup>30</sup> *Marx*, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, 624.

<sup>31</sup> Vgl. z. B. *Marx*, MEW, Bd. 3, 26f.

xisten leugnen mit ihrer Theorie der völligen Abhängigkeit des Bewußtseins von den Produktionsbedingungen die Fähigkeit des Menschen, über das Angebot hinwegzudenken und sich am personalen Sinn seines Lebens zu orientieren. Daß diese Orientierung so schwach oder in unserer „verantwortungslosen Gesellschaft“<sup>32</sup> überhaupt nicht vorhanden ist, ist noch kein Beweis gegen die Möglichkeit ihrer Realisierung an sich.

Die Erkenntnis von der moralischen Ausrüstung des Menschen, so sehr sie vielleicht de facto brachliegen mag, ist von eminenter Bedeutung für die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Die Marktwirtschaft hängt wesentlich vom Verhalten der Konsumenten ab, sofern diese es verstehen, ihr sittliches Potential, das ihnen die Natur mitgegeben hat, zu nutzen. Wenn wir daran verzweifeln, dann ist es sinnlos, eine Wirtschaftstheorie zu entwickeln, die von den subjektiven Wertproblemen ausgeht.

Die Marxisten verfolgen mit einer gewissen Genugtuung den Trend der orthodoxen Ökonomen, von der subjektiven Werttheorie, d. h. von der Konsumentenwahl abzukommen und sich mehr dem Primat der Produktion und Einkommensverteilung zuzuwenden. *Sweezy* führt *J. A. Schumpeter* an, gemäß dem die Initiative der Konsumenten bei der Veränderung ihres Geschmacks – d. h. bei der Veränderung jener Daten, die die allgemeine Theorie unter den Begriffen „Nutzenfunktionen“ und „Indifferenzlinien“ zusammenfaßt – vernachlässigt werden kann und jede Veränderung im Geschmack der Konsumenten durch die Initiative der Produzenten angeregt und hervorgerufen wird<sup>33</sup>. *Sweezy* meint, fast alle modernen Konjunkturtheoretiker, unter ihnen besonders die Keynesianer, schenken den subjektiven Wertproblemen nur eine geringe Aufmerksamkeit, „ausgenommen, wenn sie ex professo von ‚reiner Theorie‘ sprechen, die, da sie weitgehend von realen Problemen befreit ist, zwangsläufig der letzte Stützpunkt veralteter Ideen

<sup>32</sup> *H.-D. Ortlieb*, Die verantwortungslose Gesellschaft.

<sup>33</sup> *I. A. Schumpeter*, *Business Cycles* I, 73.

ist“<sup>34</sup>. Dieses Vorgehen liegt aber in der Natur der Sache. Wenn es darum geht, den Kreislauf wiederum in Gang zu setzen, kann man von Nachfrage nur sprechen, wenn man vorgängig die Einkommensverteilung kritisch prüft, also die bestehenden Produktionsverhältnisse ins Auge faßt. Doch wirkt hinter dieser Sicht der Einkommensverteilung die Intention, die freie Konsumwahl zu stimulieren. In der Zweckordnung bleibt darum die subjektive Wertproblematik im Vordergrund. In der Kausalordnung allerdings erscheint die Produktion als erstrangiger Faktor der Bildung von Bedürfnissen. Das ist wohl der Grund dafür, daß selbst *Marshall* der Produktion im Hinblick auf die Formung der Bedürfnisse primäre Bedeutung zumaß<sup>35</sup>.

### *Der Tauschwert*

Mit dem Abschied von der subjektiven Werttheorie<sup>36</sup> ist das Urteil über den Tauschwert gefällt. Der Tauschwert ist eine Beziehung zwischen Dingen, die zur Ware geworden sind. Er ist eine rein äußere Darstellung von gesellschaftlichen Beziehungen zwischen privaten Eigentümern als den Produzenten der Ware, im Grund also eine Beziehung zwischen Produzenten. Dabei ist unterstellt, daß die Produzenten privat und isoliert arbeiten. Ihr Miteinander entsteht erst durch den Tausch. Ebenso erhält die Produktion, d. h. die Arbeit der Produzenten, den gesellschaftlichen Charakter erst durch den Tausch.

Die Analyse macht deutlich, daß in ihr als letzter Grund des Warenmarktes, dessen Motor die subjektive Wertbestimmung ist, das Eigentum erkannt wird. Gewiß kennen auch kommunistische Systeme einen gewissen Markt und damit auch das Geld. So entsteht darum der Eindruck, daß es dort auch Waren-

<sup>34</sup> *Sweezy*, Theorie, 69f.

<sup>35</sup> Vgl. *Talcott Parsons*, Wants and Activities in Marshall, in: Quarterly Journal of Economics, November 1931.

<sup>36</sup> Vgl. hierzu die Kritik der subjektiven Werttheorie vom marxistischen Standpunkt aus bei *Rudolf Hilferding*: Böhm-Bawerk's Marx-Kritik, in: Marx-Studien I, 1904.

produktion gibt. Es handelt sich aber auf der Anbieterseite nicht um voneinander unabhängige Produzenten. Die Produzenten sind, wenn auch nicht vollständig, so doch entscheidend gemeinsam im Plan vorprogrammiert. Das gilt auch von der Konzeption der sozialistischen Marktwirtschaft von *O. Šik*. Unabhängige Produzenten gibt es nur bei voller Anerkennung des Produktionsmitteleigentums.

Kennzeichnend für die marxistische Betrachtungsweise ist, daß sie den Tauschwert nicht als ein soziales Ordnungsprinzip versteht, erst recht nicht die sozialgerechte Intention des Unternehmers notiert, sich im Sinn der besten Güterversorgung dem Imperativ des Leistungswettbewerbs zu unterwerfen. Die sozialen Beziehungen im entwickelten kapitalistischen System wie auch die moralische Einstellung des einzelnen Produzenten werden ignoriert, es sei denn, daß man von der eigenwilligen Interpretation des Tausches auf die Ausbeutergesinnung des privaten Unternehmers schließt. Von der sehr veräußerlichten Perspektive des Tausches aus sucht der Marxist einen hintergründig versteckten sozialen Prozeß: die gesellschaftlich bestimmte Arbeit.

Der Kapitalismus versucht, wie *Franz Petry*<sup>37</sup> sagt, die Ware als Träger gesellschaftlicher Verhältnisse zu sehen, während die Ware nur als Arbeitsprodukt die soziale Eigenschaft repräsentiere, denn nur unter diesem Gesichtspunkt werde sie aus der Verklammerung mit der Konsumtion, die immer individuell und subjektiv ist, befreit und, mit der Produktion verbunden, als „vergegenständlichte menschliche Tätigkeit“ erkennbar, wobei die Arbeit als wesentlich soziale, nämlich ausschließlich in Arbeitsteilung vollführte Tätigkeit verstanden ist.

<sup>37</sup> Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie, 19.

## II. Die Arbeit als Wert

### *Die nützliche Arbeit*

Der „bürgerliche“ Wirtschaftstheoretiker betrachtet die Arbeit als Produktionsfaktor. Er sieht dabei in der Arbeit das Bemühen eines Menschen, etwas im Hinblick auf den Konsum zu produzieren und zugleich die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln. Auch hinter dem Begriff der Arbeit steht die subjektive Werttheorie.

Der Marxist betrachtet diesen nützlichen Aspekt der Arbeit in gleicher Weise wie den Gebrauchswert. Arbeit, sofern sie im Hinblick auf den Bedarf und damit auf den Gebrauchswert gesehen wird, ist, ebenso wie der Gebrauchswert, kein Objekt der Ökonomie als Gesellschaftswissenschaft. Sie wird von *Marx* einfach „nützliche Arbeit“ genannt<sup>38</sup>.

### *Die abstrakte Arbeit*

Wenn man den Gebrauchswert, d. h. die individuell subjektive Nützlichkeit von der Ware abstrahiert, dann existiert diese letztere nur noch als Wert. Man kann sich darunter einfach die Tauschbarkeit mit irgendeiner anderen Ware vorstellen. Der Tauschwert anonymisiert den Gebrauchswert. Ähnlich kann man nun auch mit dem Begriff der nützlichen Arbeit verfahren. Man abstrahiert von der Bestimmbarkeit der produktiven Arbeit und damit auch von ihrer Nützlichkeit und gelangt zu einem abstrakten Begriff von Arbeit als Verausgabung menschlicher Arbeitskraft. „Schneiderei und Weberei, obgleich qualitativ verschiedene produktive Tätigkeiten, sind beide produktive Verausgabung von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw., und in diesem Sinn beide menschliche Arbeit. Es sind nur zwei verschiedene Formen, menschliche Arbeitskraft zu verausgaben. Allerdings muß die menschliche Arbeitskraft selbst mehr

<sup>38</sup> Kapital I, MEW, Bd. 23, 56.

oder minder entwickelt sein, um in dieser oder jener Form verausgabt zu werden. Der Wert der Ware aber stellt menschliche Arbeit schlechthin dar, Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt<sup>39</sup>. Wenn *Marx* die Arbeit als die Substanz des Wertes bezeichnet, dann hat er die Arbeit als abstrakte Arbeit im Auge.

Durch Abstraktion von den verschiedenen Formen der Arbeit soll die Gesamtgröße der sozialen Arbeitskraft und ihr allgemeiner Entwicklungsstand ermittelt werden. Davon hängt es ab, was produziert werden kann, sei dies nun auf dem Konsum- oder auf dem Produktionsmittelsektor.

*Marx* hat sich bezüglich des Begriffs der abstrakten Arbeit auf *Benjamin Franklin* wie auch auf *Ricardo* gestützt. Von *Benjamin Franklin* sagt er: „Franklin ist sich nicht bewußt, daß, indem er den Wert aller Dinge ‚in Arbeit‘ schätzt, er von der Verschiedenheit der ausgetauschten Arbeiten abstrahiert – und sie so auf gleiche menschliche Arbeit reduziert. Was er nicht weiß, sagt er jedoch. Er spricht erst von ‚der einen Arbeit‘, dann ‚der andren Arbeit‘, schließlich von ‚Arbeit‘ ohne weitere Bezeichnung als Substanz des Werts aller Dinge“<sup>40</sup>. Es war nach *Marx* „ein ungeheurer Fortschritt von Adam Smith, jede Bestimmtheit der Reichtum zeugenden Tätigkeit fortzuwerfen – Arbeit schlechthin [zu verstehen], weder Manufaktur, noch kommerzielle, noch Agrikulturarbeit, aber sowohl die eine wie die andre“<sup>41</sup>.

Der Begriff der abstrakten Arbeit ist für das marxistische Verständnis der Wirtschaftspolitik das Hilfsmittel, um den in der Wirklichkeit unumgänglichen Formenwechsel der Arbeit zu fassen.

Den Formenwechsel der Arbeit gibt es auch im kapitalistischen System. In Zeiten der Arbeitslosigkeit muß man dem Arbeitslosen zumuten, sich umzuschulen und einen angebotenen Arbeitsplatz anzunehmen, wiewohl aufgrund der freien

<sup>39</sup> Kapital I, MEW, Bd. 23, 58f.

<sup>40</sup> Kapital I, MEW, Bd. 23, 65.

<sup>41</sup> Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, 635.

Berufswahl, die im Grundgesetz garantiert ist, die Zumutbarkeit des Arbeitswechsels und der Umschulung begrenzt ist. Das führt zur Frage, worin denn die Besonderheit der marxistischen Konzeption der abstrakten Arbeit im Vergleich zum Kapitalismus besteht.

Die Absicht der marxistischen Abstraktion ist die Loslösung der Arbeit vom Gebrauchswert, der auf die subjektive Wahl bezogen ist. Warum ist aber die abstrakte Arbeit nicht wenigstens auf einen abstrakten Gebrauchswert ausgerichtet? Dies schließt der Begriff des Gebrauchswertes aus, da der Gebrauchswert immer konkrete, d. h. je verschiedene Form hat. Er wird erst durch den Tausch auf dem Markt über den Preis verallgemeinert. In der Marktwirtschaft muß der Produzent, so sehr er die Gewinnmaximierung im Auge hat, an den subjektiven Gebrauchswert denken. Das zeigt schon die Reklame, mittels derer er sein Produkt vorstellt. Im kapitalistischen System kann man daher von abstrakter Arbeit höchstens im Sinne eines allgemeinen Ausdrucks für Arbeit sprechen, wobei diese aber immer im Hinblick auf die Bedarfsdeckung, also den Gebrauchswert verstanden wird. Die Bemessung der Arbeit kann darum vom produzierten Gebrauchswert nicht absehen. Aber gerade das will die marxistische Wirtschaftsphilosophie vermeiden, denn sonst müßte sie grundsätzlich den Markt akzeptieren, auf dem der Gebrauchswert quantifiziert wird. Die Planung, d. h. die Bestimmung, welche Gebrauchswerte produziert werden sollen, könnte nicht mehr nur nach der Gesamtgröße der Arbeitskraft erfolgen. Die Arbeit würde nicht mehr als erstes Ziel die Produktion von Gebrauchswerten der Gesamtgesellschaft haben, sondern vielfältige, miteinander nicht verbundene, von privaten Produzenten bestimmte Ziele verfolgen entsprechend den unbegrenzten Wünschen der Konsumenten.

Der Unterschied in der Auffassung der abstrakten Arbeit ist also so fundamental, daß man diesen Ausdruck in der Wirtschaftsphilosophie des Kapitalismus besser ganz vermeidet.

Wenn sich *Marx* auf liberale Autoren stützte, dann hatte er den allgemeinen Begriff der Arbeit mit seinem Fluch auf den Gebrauchswert verbunden. Den Liberalen lag es fern, den Gebrauchswert zu verdammen. Es ist darum nicht korrekt, daß die Marxisten zur Bestätigung ihres Begriffes der abstrakten Arbeit auf die Notwendigkeit des Arbeitswechsels im Kapitalismus hinweisen mit der Begründung, darin läge ebenfalls eine Abstraktion von den aus dem Gebrauchswert resultierenden Einzelformen der Arbeit. Man kann sagen, daß das Konzept der abstrakten Arbeit das entscheidende Unterscheidungsmerkmal der marxistischen Wirtschaftsphilosophie ist. Nur auf dieser Basis ist die Sozialisierung der Arbeit möglich.

Wo ist nun diese Abstraktion erkenntnistheoretisch einzuordnen? Es ist deutlich, daß die abstrakte Arbeit nur noch als Produktionsfaktor gesehen ist ohne Beziehung darauf, welchen Sinn das Produkt zu erfüllen hat. Damit wird die Wertfrage von vornherein reduziert auf die isoliert betrachtete Beziehung von Arbeit und Produkt. Rigoroser kann man die pointierend hervorhebende Abstraktion kaum anwenden. Was produziert werden soll, kann nun nur noch am vorhandenen Arbeitspotential abgelesen werden, denn das Gesamt der Arbeitskraft bestimmt zugleich den Konsum. Der Mensch ist mit seinen gesamten Wünschen und Wertvorstellungen selbst ein Produkt der Wirtschaftsbedingungen. Es gibt kein Spektrum von differenzierten Konsumwünschen. Die Gesellschaft als Ganzes hat den Konsumwunsch, der dem Gesamt der Arbeitskraft entspricht. Wünsche, die nicht egalisiert sind, sind illegitim, widersprüchlich. Das nennt man Kommunismus.

*Jedem nach seinen Fähigkeiten – jedem nach seiner Leistung*

Der Begriff der abstrakten Arbeit soll die für die Lohnfrage notwendige quantitative Bemessung der Arbeit ermöglichen. Um eine komplizierte Arbeit von einer durchschnittlichen, „einfachen“ Arbeit unterscheiden zu können, wird die komplizierte

Arbeit in die Summe einfacher Arbeit gebracht. Um eine einfache Arbeit zu taxieren, wird die Arbeitszeit eingesetzt, die unter den bestehenden gesellschaftlichen Bedingungen zu einer bestimmten Fertigung notwendig ist. Diese Arbeit wird, wie schon gesagt, „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit genannt. Der Ausdruck bezieht sich also nicht auf den gesellschaftlich notwendigen Gebrauchswert. Durch die Messung an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit soll jede Willkür ausgeschlossen werden. Ob es in einer hochdifferenzierten Industrie praktisch möglich sein wird, die vielfältigen Arbeitsleistungen, die in einem Produkt verwirklicht sind, auf diese Weise zu messen, ist eine Frage, der wir weiter unten nachgehen werden.

Untersuchen wir vielmehr zunächst die Wertvorstellung, die hinter diesem Konzept liegt. Nachdem im Produkt nur noch der Wert der Arbeit erkannt wird, bleibt nichts anderes übrig, als die Arbeitsteile im Produkt zu erkennen, wenn man die verschiedenen Leistungen individuell entlohnen will. Offenbar kommt hier das Leistungsprinzip ins Spiel. Dem einzelnen Arbeiter wird nicht zugetraut, daß er schlicht mitarbeitet, um dann aus dem Resultat das zu erhalten, was er braucht. An sich müßte man erwarten, daß der einzelne Arbeiter sich damit zufrieden gäbe, wenn er schon der Auffassung ist, daß seine Arbeit nur ein Teil der den gesamten Reichtum erzeugenden Tätigkeit der Gesellschaft ist. Auf geheimem Wege ist ein Prinzip der Zurechnung eingeführt, das noch individualistischer aussieht als das Prinzip der Bewertung des Produkts nach dem Nutzen. Denn der individuell-subjektive Gebrauchswert wird auf dem Markt gewissermaßen sozialisiert, nämlich auf ein Durchschnittsniveau gebracht gemäß Angebot und Nachfrage. In der *Marx*schen Bemessung der Arbeit enthält einzig die Verwendung des Begriffs der gesellschaftlich notwendigen Arbeit eine gewisse soziale Note, und das nur zum Zweck, um den Frieden zwischen Individuen zu wahren, von denen keiner etwas zugunsten des anderen abgeben möchte.

Diese Art und Weise der quantitativen Bemessung der Arbeit harmoniert eigentlich nicht mehr mit der marxistischen Grundanschauung von der Humanisierung der Arbeit. *Marx* nahm an, daß die originäre Einstellung des menschlichen Strebens nicht privat, sondern sozial gerichtet sei. Wenn man nun die für das gesellschaftliche Wohl eingesetzte Anstrengung honorieren wollte, müßte man den moralischen Einsatz des Arbeiters ins Auge fassen, mit anderen Worten: seinen guten Willen, jedenfalls nicht seine Talente, denn diese sind ein Naturprodukt. Man dürfte darum auf keinen Fall zur Beurteilung die im Produkt vergegenständlichte Arbeit zum Maßstab nehmen. Die Bewertung des moralischen Einsatzes entzieht sich jedoch der sozialen Kontrolle. Darum bleibt nur die vergegenständlichte Arbeit im Blickfeld.

Es erhebt sich aber die Frage, ob der Begriff der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ausreicht, um die gesamte im Produkt vergegenständlichte Arbeit zu decken. Mit anderen Worten: reicht die *Marxsche* Analyse des Produkts aus, um zu bestimmen, was an produktiver Arbeit im Produkt enthalten ist?

*Helmar Nahr*<sup>42</sup> hat die *Marxsche* Analyse einer sorgfältigen Überprüfung unterzogen. Den Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ ersetzt er durch den Begriff der „produktiven Arbeit“; er stellt also auf die Produktivität der Arbeit ab. Dabei behält er zunächst die Vorstellung einer Wirtschaft ohne Privateigentum bei und setzt ebenfalls voraus, daß es nur „Naturgüter“ und „Arbeit“ gibt, die „Arbeit“ in diesem Fall nun als „produktive Arbeit“ verstanden. Damit hat er sich bereits in einem beachtlichen Schritt von der *Marxschen* Konzeption entfernt. Denn der *Marxsche* Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ enthält ein Moment, das vom Produkt ablenkt in einen mit dem Produkt nicht unmittelbar verbundenen Bewertungsmaßstab. Es zeigt sich damit, daß es *Marx* doch nicht

<sup>42</sup> Mehrwert heute, 204.

ganz gelungen ist, die Arbeit im Produkt selbst zu sehen. Ob dieser gedankliche Umweg ein Versehen ist oder wesentlich zur *Marx*schen Konzeption gehört, soll später erörtert werden.

Die *Marx*sche Analyse setzt voraus, daß die Relation von Produkt und Arbeit bereits erschöpfend erfaßt ist durch die Relation des Produkts zu den unmittelbar in der Produktion Tätigen. *Nahr* stellt aber fest, daß in der arbeitsteiligen Wirtschaft außer der unmittelbaren Arbeit („Produktionsarbeit“) noch die „strukturierende Arbeit“ und die „strukturergestaltende Arbeit“ produktiv sind.

Eine Maschine muß repariert und schließlich ausgeschieden und durch eine andere ersetzt werden. Reparatur und Neubau sollen die maschinelle Ausstattung auf dem einmal erreichten Stand halten, sie sind somit strukturierende Arbeiten. Diese Art der strukturierenden Arbeit kann man, wie *Nahr* ausführt, noch in den Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ einbauen, d. h. man kann sie noch dem Produkt zuschlagen. Das gleiche könnte man von der Ausbildung und den Ersatzinvestitionen sagen. Sie sind der Wertlehre nicht unbekannt. Auch die betriebliche Einarbeitungszeit, obwohl *Marx* sie nicht kennt, könnte man noch dem Produkt zurechnen. „Schulung, Ausbildung und Einarbeitung sowie einwandfrei funktionierende Produktionsmaschinen setzen den unmittelbaren Produzenten instand, an seinem Arbeitsplatz rationelle Arbeit zu leisten. Ein Industrieprodukt entsteht jedoch nicht an einem einzigen Arbeitsplatz, sondern erst durch das Zusammenwirken mehrerer oder vieler Arbeiter. Deren Zusammenarbeit muß organisiert werden“<sup>43</sup>. Diese Organisationsarbeit, der *Nahr* den Namen „strukturierende Arbeit“ gibt, kann dem Produkt nicht mehr zugeschlagen werden, weil sie nicht quantifizierbar ist im Hinblick auf ein bestimmtes Produkt, von den weiteren, der Produktion folgenden Arbeiten wie Vertrieb usw. ganz zu

<sup>43</sup> A. a. O., 160.

schweigen. Auch sie müßten in einer ganzheitlichen Sicht des Produkts in Rechnung gezogen werden, allerdings nicht im einzelnen Produkt, sondern im Ausstoß des ganzen Unternehmens. Aber das bedeutet bereits eine beachtliche Entfernung von der eigentlich *Marxschen* Konzeption der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“. Tatsächlich wird in den sozialistischen Ländern der Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ auf den gesamten Ausstoß bezogen. Man könnte darum auch noch die von *Nabr* erwähnte „strukturierende Arbeit“ mit zur „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ rechnen.

Wie verhält es sich mit der „strukturgestaltenden Arbeit“? „Die strukturgestaltende Arbeit dient der Änderung der Struktur des Produktionsprozesses zum Zweck der Erhöhung der Arbeitsproduktivität“<sup>44</sup>. Hier geht es um die nötigen Informationen über die Möglichkeiten der Verbesserung der Arbeitsorganisation, des Vertriebes, der kaufmännischen und technischen Zusammenarbeit, der Organisation des Warenvertriebs usw. Die Quantifizierung der strukturgestaltenden Arbeit ist völlig unmöglich. Und doch muß auch sie berechnet werden. Da sie überbetriebliche, Branchen- und sogar nationale Dimensionen hat, kann man sie nur in einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfassen. Das heißt, der Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ hat sich vollends vom arbeitenden Individuum entfernt und ist nur noch bestimmbar durch diejenigen, die das Produkt der Gesamtwirtschaft planen.

Der Begriff der „gesellschaftlich notwendigen Arbeit“ erhält nun auf einmal einen zusätzlichen Sinn: er bezeichnet nicht mehr nur den allgemeinen Durchschnittswert der Arbeit eines einzelnen, sondern schließt zugleich die Bedingung ein, daß diese Arbeit ein Teil der gesamten Arbeit ist, die zur Deckung des gesamtgesellschaftlichen Bedarfs notwendig ist. Damit mündet der Begriff, der ursprünglich ein Maß für eine Arbeitseinheit sein

<sup>44</sup> A. a. O., 144.

sollte, in einen Zweckbegriff ein : nützlich für die Gesamtgesellschaft, und zwar im Sinn eines Gesamtplanes.

Daß dieser Gedankengang stimmt, beweist der DDR-Volkswirtschaftler *Hilmar Schmidt*: „Die Arbeit der Werktätigen ist unmittelbar Bestandteil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Sie existiert zugleich als Teil der Arbeit eines Betriebskollektivs, ist also betriebsindividuell verausgabte Arbeit. Das bedeutet, das Verhältnis zwischen der sozialistischen Gesellschaft und dem einzelnen Werktätigen ist auf der Grundlage der Vereinigung der Betriebe zu einem organischen Ganzen ein reales ökonomisches Verhältnis, das infolge der gesellschaftlichen Aneignung des geschaffenen Produkts direkt und indirekt, vermittelt durch den Betrieb, durch das Produktionskollektiv, auftritt. Auch beim sozialistischen Arbeitslohn wird dieses Verhältnis in doppelter Hinsicht wirksam. In seinem sozialökonomischen Charakter unterscheidet sich das durch den Betrieb vermittelte und daher indirekte Verhältnis nicht von der direkten ökonomischen Beziehung zwischen dem einzelnen Werktätigen und der Gesellschaft. Es resultiert aus dem arbeitsteiligen Realisierungsprozeß des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der Tatsache, daß jeder Produzent unmittelbar als Mitglied eines Kollektivs auftritt und innerhalb des Betriebskollektivs seine Eigentümerfunktion verwirklicht“<sup>45</sup>.

Das sozialistische System der Zurechnung der im Produkt verkörperten Leistung ist nur verständlich auf der Grundlage der Verstaatlichung sämtlicher Produktionsmittel und der Identifizierung der Arbeitsbewertung, die der einzelne für sich in Anspruch nehmen möchte, mit der, die aus dem Plan stammt.

Außerdem ist wesentliche Voraussetzung dieser Art der Distribution des wirtschaftlichen Produkts die geplante Distribution der Arbeitskräfte. „Ehe die Distribution Distribution der

<sup>45</sup> Der Arbeitslohn und die Prämie im Sozialismus. In: *Hans Rößler - Hilmar Schmidt - Helmut Seidl*, Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung, Berlin 1978, 50.

Produkte ist, ist sie: 1. Distribution der Produktionsinstrumente, und 2., was eine weitere Bestimmung desselben Verhältnisses ist, Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiedenen Arten der Produktion (Subsumtion der Individuen unter bestimmte Produktionsverhältnisse). Die Distribution der Produkte ist offenbar nur Resultat dieser Distribution, die innerhalb des Produktionsprozesses selbst einbegriffen ist und die Gliederung der Produktion bestimmt“<sup>46</sup>.

### *Der Fetischcharakter der Ware – Die Enthumanisierung der Arbeit im Kapitalismus*

Die Kritik des Marxismus am Kapitalismus gipfelt in der Anklage, der Kapitalismus habe die Ware zu einem Fetisch gemacht. Das will heißen, der Kapitalismus kenne als Maßstab der wirtschaftlichen Kooperation nur die Ware und beurteile unter diesem Aspekt die gesamte Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung. Es sind also zwei Aspekte, die gerügt werden: die Warenproduktion und die Bewußtseinsbildung aus der Warenproduktion.

Die Warenproduktion, die der Kapitalist aufgebaut hat, als sei sie die Substanz wirtschaftlicher Beziehungen, ist gemäß *Marx* zum Fetisch geworden. *Marx* scheut sich nicht, zur Erhärtung dieser Kritik das religiöse Bewußtsein als Analogie heranzuziehen: „Um daher eine Analogie zu finden, müssen wir in die Nebelregion der religiösen Welt flüchten. Hier scheinen die Produkte des menschlichen Kopfes mit eigenem Leben begabte, untereinander und mit den Menschen in Verhältnis stehende selbständige Gestalten. So in der Warenwelt die Produkte der menschlichen Hand. Dies nenne ich den Fetischismus, der den Arbeitsprodukten anklebt, sobald sie als Waren produziert wer-

<sup>46</sup> *Karl Marx*, Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, 628.

den, und der daher von der Warenproduktion unzertrennlich ist“<sup>47</sup>.

Die kapitalistische Warenproduktion unterscheidet sich in marxistischer Sicht, worauf bereits hingewiesen wurde, von der Warenproduktion „im allgemeinen“. In der Warenproduktion im allgemeinen werden lediglich von den Produzenten selbst erarbeitete Produkte gemäß ihrem Gebrauchswert im Hinblick auf die Bedarfsdeckung eines jeden getauscht. Diese Form der Warenproduktion ging der kapitalistischen voraus. Der Kapitalist macht nun selbst auch die Arbeit, die er angeheuert hat, zur Ware, indem er sie mittels des Marktes am Gebrauchswert des Produktes mißt. Damit sind sämtliche zwischenmenschlichen Beziehungen in der Ware verdinglicht. Die Entpersönlichung der produktiven Beziehungen ist auf ihren Höchststand gebracht. Nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer ist erniedrigt, der Arbeiter durch den Arbeitsvertrag, in dem seine Leistung nach Marktgesetzen honoriert wird, der Unternehmer durch die Notwendigkeit, sich den Preisveränderungen anzupassen.

Der Kapitalist sieht, so erklärt der Marxismus, in dieser höchstentwickelten Warenproduktion zugleich die Blüte der wirtschaftlichen Entwicklung. Er sei nicht in der Lage, über diesen status quo hinauszudenken. Die bestehende gesellschaftliche Ordnung werde von ihm wie eine „zweite Natur“ angenommen, erklärt *Georg Lukács*<sup>48</sup>. Darum auch der Vorwurf, der Kapitalist könne nicht historisch denken.

Wodurch beweist aber der Marxismus seine historische Einstellung? Um die Geschichte der Wirtschaft, die gemäß dem Marxismus wesentlich durch die gesellschaftlichen Beziehungen im Produktionsprozeß charakterisiert ist, zu erfassen, muß man gemäß dem Marxismus jene wesentliche soziale Beziehung im

<sup>47</sup> Kapital I, MEW, Bd. 23, 86f.

<sup>48</sup> Geschichte und Klassenbewußtsein, 97.

Produktionsprozeß ermitteln, die allen verschiedenen Formen von wirtschaftlich-sozialen Beziehungen zugrundeliegt.

Um die Entwicklung einer Wirklichkeit zu erfassen, muß man naturgemäß wissen, um welche Substanz es sich handelt, von der man annimmt, daß sie verschiedene Gestaltungsformen im Laufe der Geschichte angenommen hat. Der Kapitalist sieht das Wesen der wirtschaftlich-sozialen Beziehung im Austausch von Gebrauchswerten, und zwar aus der Erkenntnis, daß der Mensch nie produzieren würde, suchte er nicht einen Gebrauchswert, und daß er das Produkt seiner Produktion notwendigerweise tauschen muß, wenn er eine Vermehrung seines Nutzens erreichen will. Diese Schauweise setzt natürlich voraus, daß der Mensch das von ihm Erarbeitete als sein Eigentum betrachtet. Für den Kapitalisten ist dieser Eigentumserwerb ein Apriori. Das aber ist für den Marxisten eine falsche Voraussetzung, da für ihn der Wert des Produktes nur die abstrakte gesellschaftliche Arbeit ist. Das stimmt aber nur unter der Bedingung, daß das Wesen der Arbeit nicht in der Herstellung eines Gebrauchswertes, sondern in der Selbstverwirklichung des sozialen Wesens des Menschen besteht. Wiederum erweist sich das Menschenbild als der eigentliche Streitpunkt.

Die Antwort des Kapitalisten auf den Vorwurf der Marxisten, dem Fetisch der Warenproduktion verfallen zu sein, geht, wie aus dem Gesagten ersichtlich, von der Motivation des Produzenten, ob Arbeiter oder Unternehmer, aus, in der wirtschaftlichen Tätigkeit Gebrauchswerte zu schaffen und sich anzueignen. Wie schon dargestellt, kann auch der Marxist, wenn er von der quantitativen Zurechnung des Produkts an die verschiedenen Arbeiter spricht, diese Motivation nicht ignorieren, wenigstens nicht bezüglich der zur Existenz notwendigen Konsumgüter.

Es gibt aber eine wirksamere Replik auf die marxistische Kritik der Warenproduktion als dem Fetisch der Kapitalisten. Die erwähnte Motivierung des Arbeitens zur Gewinnung von

Gebrauchswerten ist gewiß unleugbar. Sie wird, wie gesagt, auch von den Marxisten nicht bestritten. Nur behauptet der Marxist, sie gehöre nicht zur Wirtschaft, weil sie als Existenztrieb noch keine soziale Qualität habe, wogegen argumentiert wurde, daß nicht einzusehen sei, warum von diesem ersten personalen Motor des Produzierens abstrahiert werden müsse. Setzen wir einmal voraus, daß der einzelne Arbeiter zunächst nicht an seine Existenzhaltung denke, sondern vorgängig die Existenz der Gesellschaft im Auge habe, von der er lebt. In diesem Fall ist sein Motiv die Schaffung von Gebrauchswerten zum Wohlergehen der Gesellschaft. Diese Schauweise müßte der marxistischen Konzeption der sozialen Solidarität entgegenkommen. Warenproduktion gäbe es bis zu diesem Stand der Dinge noch nicht trotz der Produktion von Gebrauchswert. Das Problem, das sich aber nun den Marxisten stellt, ist die Verteilung des gesellschaftlichen Gebrauchswerts. Dieses Problem kann er nicht lösen, ohne an die Individuen zu denken, weil das Konsumieren, wenigstens zum größten Teil, individuell ist. Als Verteilungsschlüssel kann man nur die individuelle Arbeitsleistung wählen. Wenigstens kann man darauf nicht verzichten, wie selbst der Marxist zugibt, wieweil jeder Arbeitende etwas an die sozialen Lasten zugunsten derjenigen, die nicht arbeiten können, und zu sonstigen sozialen Zwecken abgeben muß. Wir kommen damit erneut auf die Stimulierung von Leistung im Hinblick auf den ganz individuellen Nutzen zurück. Die Leistung in der Produktion hängt zu einem beachtlichen Teil von der personal verantworteten Unternehmerentscheidung ab. Dies aber führt uns zum Produktionsmitteleigentümer, der für seine selbstverantwortete Entscheidung mit seinem Risiko einsteht. Damit stehen wir vor der sozial geforderten Warenproduktion. In dieser sachgerechten Logik kann die Warenproduktion nicht mehr als Fetisch bezeichnet werden. Sie steht nicht mehr als vermeintliches Apriori am Anfang wirtschaftlichen Denkens, sondern als Schlußfolgerung aus dem Wesen

der Produktion als Kreation sozialer Gebrauchswerte. Sie ist also kein verabsolutierter Mechanismus, sondern untersteht der vernunftgeleiteten Ordnungsgewalt.

### *Zusammenfassung (zu II)*

Wenngleich wir noch nicht direkt vom Wertgesetz, das die Marxisten im Kapitalismus zu entdecken glauben, gesprochen haben, so wurde bis jetzt doch die grundsätzliche Wertbetrachtung behandelt. Zum Verständnis des Marxismus ist wichtig zu beachten, daß bei der ersten Wertung des wirtschaftlichen Prozesses das Niveau der philosophischen Behandlung des Themas nicht verlassen wird. Die Betrachtungsweise ist der des Ethikers zu vergleichen, dem es zunächst um die absoluten Werte geht ohne Rücksicht darauf, wieweit dieses Wertsystem in der praktischen Wirklichkeit funktioniert. Wir befinden uns darum noch auf dem Niveau einer allgemeinen Sollordnung. Der Marxismus überträgt allerdings diese Sollordnung direkt auf die Wirklichkeit und versucht vom Soll aus die Wirklichkeit zu gestalten, ohne auf irgendwelche Funktionsfragen einzugehen. Tatsächlich müßte ein System, dessen Soll aus der Natur des Menschen abgelesen wird, funktionieren, allerdings unter der Bedingung, daß die Menschen sich entsprechend diesem Soll verhalten. Für den Marxisten gibt es hier keine Zweifel. Das Soll ist das Naturhafte. Wer sich nicht entsprechend verhält, ist entfremdet und wird irgendwann in der Wirklichkeit an ein unüberwindbares Hindernis stoßen. Wieweit diese These stimmt, soll hier noch nicht diskutiert werden. Bedeutsam aber ist das Erkenntnisniveau, auf dem zunächst mit dem Marxismus diskutiert werden muß. Es ergibt sich somit die Frage: Hat der Marxismus mit seiner Kritik an der Wertlehre des Kapitalismus in vollgültiger Weise die Wertordnung erkannt, die dem Kapitalismus als Wirtschaftssystem vorgelagert ist? Welches ist der Wert, der vor der Aneignung der materiellen Güter durch private Hände im wirtschaftlichen Geschehen auftritt?

Es ist sicherlich nicht illegitim, sich eine Wirtschaft ohne Privateigentum vorzustellen. Tatsächlich kann niemand für sich in Anspruch nehmen, die materiellen Güter oder ein bestimmtes Quantum dieser Welt sei für ihn persönlich-privat da oder geschaffen worden. Für das Eigentumsdenken ist typisch die Vorstellung eines Robinson, der allein für sich arbeitet und die Güter benutzt, ohne daran denken zu müssen, daß er unter Umständen die Güter mit anderen teilen müßte. In der Analyse der wirtschaftlichen Tätigkeit eines Robinson kommt man von selbst auf den Gedanken, daß das, was er erarbeitet hat, ganz zu seinen persönlichen Diensten ist. Für ihn tragen alle Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit persönlichen Charakter. Auch er rechnet mit Kapital, insofern er zur Erleichterung seiner Arbeit sich zunächst irgendwelche Produktionsmittel (Hammer, Säge usw.) schafft und sich dabei überlegt, inwieweit sich diese Arbeit im Vergleich zu seinem Lebensziel rentiert. Sein Kapital wird also mit dem Quantum seiner Arbeit gemessen. Aber der Begriff der Arbeit ist hierbei ganz persönlicher Art. Der letzte Wert, an dem die Arbeit gemessen wird, ist der Gebrauchswert im Hinblick auf den Lebenszweck. Überträgt man nun das Bild des produzierenden Robinson in den gesellschaftlichen Raum, dann ergibt sich von selbst die Summe der Produzenten, von denen jeder an den Gebrauchswert persönlicher und privater Art denkt. Der gesellschaftliche Aspekt tritt dann erst in Erscheinung in dem Augenblick, in dem der Einzelne sein Fabrikat mit anderen privaten Produzenten austauscht. Der Bewertungsmaßstab wird nun nicht mehr die Arbeit sein, sondern der durch den Tausch nivellierte Gebrauchswert, der im Rahmen größerer gesellschaftlicher Gemeinschaft auf dem Markt festgelegt wird.

Der supponierte Robinson existierte nur fünf Jahre in der Gestalt des schottischen Matrosen *Alexander Selkirk*. Als Repräsentant des Einzelgängertums wurde er zur Figur eines Romans. Der Mensch ist immer nur als soziales Wesen denkbar und

wirklich. Die Überlegungen über das Wirtschaften dürfen darum nicht mit der Vorstellung eines Robinson beginnen. Es ist deshalb durchaus korrekt, wenn der Marxismus die wirtschaftliche Handlung erst dort erkennt, wo gesellschaftliche Beziehungen bestehen. In der Tat hat alles, was immer der Mensch tut und erarbeitet, sozialen Charakter. Da nun die Naturgüter nicht wie der Mensch sozial produzieren, zählen sie mit ihrer physischen Produktivität nicht bei der Bewertung des Arbeitsproduktes. Als einziger Maßstab bleibt die Arbeit. Als gesellschaftliches Wesen soll aber der Mensch immer nur im Rahmen der gesellschaftlichen Bedürfnisse produzieren. Wie und von wem werden die gesellschaftlichen Bedürfnisse bestimmt? Das ist die Schlüsselfrage. Da im marxistischen Denken die gesellschaftlichen Bedürfnisse auf keinen Fall das Ergebnis der vielen und verschiedenen Konsumwünsche, also die Gebrauchswerte sein dürfen, die Bestimmung des Gemeinwohls vielmehr vor dem Wirtschaftsprozess gesellschaftlich erfolgt, bleibt für die Bewertung des Produkts nur die Arbeitszeit. Doch muß diese, wenn sie als Maßstab nicht dazu führen soll, den Faulen zu prämiieren, eine qualitative Quantifizierung erhalten. Diese erfolgt entsprechend jener Arbeitszeit, die in der Gesellschaft zur Erstellung eines bestimmten Produktes durchschnittlich benötigt wird (= gesellschaftlich notwendige Arbeit). Selbstverständlich ist dieser Begriff je nach Industrie und Branche verschieden zu definieren. Um einen alle Branchen umfassenden Maßstab zu ermitteln, d. h. um die verschiedenen Bewertungsschlüssel theoretisch auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu können, muß ein universaler Begriff „Arbeit“ supponiert werden. Dieser ist der Begriff der „abstrakten“ Arbeit. Ohne diesen zentralen Wertbegriff ist die gesamte marxistische Analyse unbegreiflich. Er ist das weltanschauliche Fundament der Kollektivwirtschaft. Die Person als eigenständige Entscheidungsinstanz, die für sich allein ihren Lebenszweck bestimmt, die also einen privaten Raum beansprucht, der im Gemeinwohl

und damit auch im Begriff der gesellschaftlichen Notwendigkeiten eingeschlossen wäre, ist vom Begriff der abstrakten Arbeit aus nicht mehr denkbar.

Von dieser Basis aus ist das Verdikt der Marxisten gegen die Kapitalisten zu erklären, sie hätten aufgrund ihrer subjektiven Wertlehre die Wirtschaft nicht als soziales Geschehen begreifen können. In der Vorstellung des Robinson wird mit der Arbeit die Substanz des Produktes, also auch das Naturgut angeeignet, d. h. okkupiert. Der Erwerbstitel der Okkupation, der im Recht auf Eigentum impliziert ist, ist allerdings nicht erst von den Klassikern der Wirtschaftstheorie erfunden worden. Bereits die mittelalterlichen Wirtschaftsethiker kannten ihn und hielten ihn für legitim. Doch gingen sie dabei von der Unterstellung aus, daß die private Eigentumsordnung als solche bereits legitimiert ist. Diesen Umstand haben die Klassiker nicht mehr bedacht. Für sie ist, wie ebenfalls bereits gesagt, das Privateigentumsrecht ein ursprünglicher Titel der Person. Der Erstbearbeiter kann darum die ganze Substanz okkupieren. Dieser Ansatz der Legitimierung des privaten Eigentums ist falsch, weil unsozial. Ist dagegen die private Eigentumsordnung als solche einmal als sozial geforderte Ordnung erkannt, dann können weder die Dispositionsgewalt über erworbenes Eigentum noch auch die Intention des Arbeitenden, Eigentum zur privaten Disposition zu erwerben, ausgeschlossen werden.

An diesem Punkt scheiden sich die Geister. Während der Marxist die soziale Bindung als totale Integration versteht, so daß das persönliche Wohl und die persönlichen Wünsche nur aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten ihre Existenzberechtigung beziehen, erkennt der Nicht-Marxist die soziale Bindung als einen Ordnungsfaktor, durch den das persönliche Wohl und die persönlichen Wünsche in einer Beziehungseinheit mit dem Gesamtwohl stehen.

Aus dieser Sicht entstehen ganz verschiedene Wirtschaftsordnungen. Der Marxist kann sich mit einem Funktionssystem,

wie es der Markt darstellt, nicht abfinden. Er muß seine Aufgabe darin sehen, die Funktionslosigkeit dieses Systems nachzuweisen.

Wie aber kann er von seiner Prämisse aus zu einem Wirtschaftssystem gelangen, das funktioniert? Das ist die Frage, die die Kapitalisten stets den Marxisten vorhalten. Sie werfen dem Marxismus vor, nur Kritik zu üben, aber nicht fähig zu sein, ein haltbares System konstruktiv zu entwickeln.

Die Antwort des Marxisten ist einfach und plausibel, wenigstens von seiner Prämisse aus. Für ihn steht fest, daß vor der Aneignung die Arbeit als soziale Leistung in der arbeitsteiligen Gesellschaft steht. Das ist für ihn der Urzustand sozialgerechter Bewertung des Produkts. Alle anderen Bewertungen sind historische Modifizierungen. Das Privateigentum und mit ihm der Kapitalismus sind solche historischen Modifizierungen. Vom Kapitalismus aus die Wirtschaftsgeschichte zu betrachten, erscheint daher dem Marxisten als eine geistige Verdrehung, als Fetischismus. Geleugnet wird jedoch vom Marxisten nicht, daß die Wirtschaft ihre eigene Geschichte haben muß. Der Kapitalismus gehört darum zu dieser Geschichte. Wie der geschichtliche Prozeß verlaufen soll, ist nur in dauernder Kritik des je gegebenen Wirtschaftssystems zu ermitteln, wobei das Kriterium die Prämisse des Marxismus ist, daß einziger Wert des wirtschaftlichen Produkts die Arbeit, und zwar die gesellschaftliche Arbeit ist. Vom Marxisten einen perfekten konstruktiven Entwurf eines Wirtschaftssystems verlangen, heißt, seinen philosophischen Ansatzpunkt ignorieren. Das einzige Intentum des Marxisten kann nur sein, das Produktiveigentum abzuschaffen. Alles weitere ist ein geschichtlicher Prozeß, der allerdings, wie man weiß, in den heute existierenden Kollektivsystemen in verschiedener Weise promoviert wird. Diesen geschichtlichen Prozeß ohne Privateigentum in Gang zu setzen, dienen auch die verschiedenen Vorschläge neomarxistischer Wirtschaftspolitiker in der westlichen Welt.

## DRITTES KAPITEL

# DIE MARXISTISCHE KRITIK AN DER VERTEILUNG IM KAPITALISMUS

### *Die Verteilung als Strukturprinzip der Wirtschaft – Bedarfsdeckungs- oder Erwerbswirtschaft?*

Die Unterscheidung von Bedarfsdeckungs- und Erwerbswirtschaft ist nur auf kurze Sicht möglich. Das heißt, man kann sie nur vornehmen, wenn man zeitliche Teilstücke in Betracht zieht, indem man den Produktionsprozeß von der zur Bedarfsdeckung notwendigen Verteilung trennt. In letztem Betracht ist jede Wirtschaft auf den Bedarf ausgerichtet. Der Bedarf ist aber erst dann eine ökonomische Größe, wenn der Bedürftige die Mittel besitzt, ihn zu decken. Auf die arbeitsteilige Wirtschaft angewandt, heißt dies, er muß mit Kaufkraft ausgerüstet sein. Das kann er aber erst, nachdem er aus dem bisherigen Produktionsprozeß Einkommen bezogen hat. Von der Art der Verteilung hängt der gesamte Kreislaufzusammenhang ab und natürlich auch umgekehrt<sup>49</sup>. Die Verteilung gibt der Wirtschaft die Struktur (strukturelle Verteilung)<sup>50</sup>.

Dieser gesamtwirtschaftliche Zusammenhang wird von dem DDR-Wirtschaftstheoretiker *Hans Rößler* mit Nachdruck hervorgehoben: „Nur im Sozialismus können sich Produktion und Befriedigung der Bedürfnisse in Übereinstimmung entwickeln, kann die Verteilung eine solche Verwendung der erzeugten Produkte sichern, daß eine zunehmende Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse garantiert und zugleich die Entwicklung von Produktivität und Effektivität der Produktion stimuliert wird. Die für die gesamte sozialistische Gesellschaft bestehenden Wechselbeziehungen zwischen Entwicklung der

<sup>49</sup> K. E. Boulding, N. Kaldor, G. Bombach, C. Föhl, E. Preiser; vgl. „Verteilungstheorie“ in: Gablers Wirtschaftslexikon.

<sup>50</sup> W. Krelle, J. Niehans; vgl. a. a. O.

Produktion, Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie Niveau und Dynamik der Bedürfnisbefriedigung werden auch in der Verteilung wirksam. Die Verteilung wiederum fördert die engere Gestaltung dieser Beziehungen. Durch die Verteilung muß der vom Umfang der gesellschaftlichen Arbeit sowie vom Niveau ihrer Produktivität bestimmte Zusammenhang zwischen Arbeit und Verbrauch realisiert werden“<sup>51</sup>.

An der gerechten Verteilung erkennt man den eigentlich menschlichen Charakter einer Wirtschaft. Der Marxist rollt daher sein gesamtes Ordnungsdenken von diesem Anliegen aus auf. Die gesellschaftliche Arbeit ist sein Ausgangspunkt. Auf das Subjekt, das diese Arbeit geleistet hat, soll aus der Gesellschaft auch der Erfolg der Produktion zurückfließen. Der Arbeiter soll seinen Bedarf im Hinblick auf die Verwirklichung des Lebenszweckes decken können. Damit ist aber, wie dargestellt, keineswegs der Gebrauchswert in die Wertung des Produkts eingeführt.

Der Marxist ist der Auffassung, daß der Mensch dann am meisten leistet, wenn er das wieder zurückerhält, was er durch seine Arbeit der arbeitsteiligen Gesellschaft gegeben hat. Der Kapitalist steht seinerseits ebenfalls zu diesem Grundsatz. Doch ist hier genau zu differenzieren. Der Marxist erhält das zurück, was seinem gesellschaftlich bestimmten Anteil am Sozialprodukt entspricht. Auch der Arbeiter im Kapitalismus erwartet den Wert, der seiner Produktivität entspricht, er unterwirft aber sein Urteil dem Markt, auf dem seine Leistung gemessen wird. Sein Leistungslohn ist, wenigstens der Grundidee nach, der auf dem Arbeitsmarkt ausgehandelte Lohn. Der Lohn des Marxisten ist die direkte Vergütung seiner gesellschaftlichen Arbeit (wenigstens dem Modell nach). Der Marxist nimmt darum für sich in Anspruch, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik zu einer

<sup>51</sup> *Hans Rößler - Hilmar Schmidt - Helmut Seidl: Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung, 12.*

Einheit zusammenzubringen. Der gesamte Wirtschaftsprozeß ist der Sozialpolitik, genauer gesagt, der Gesellschaftspolitik gedanklich nachgeordnet<sup>52</sup>.

Wie wird nun der gesellschaftliche Bedarf bestimmt? Im kapitalistischen System ist der gesellschaftliche Bedarf, rein wirtschaftlich gesehen, das Resultat von vielen Einzelentscheidungen, die sich, wie gesagt, durch Kaufkraft auf dem Markt manifestieren. Die Lücken, die eventuell in wichtigen Versorgungsbereichen entstehen, werden aufgefüllt durch die Intervention wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen des Staates. Der Marxist kann diese Trennung von privater und öffentlicher, d. h. staatlicher Entscheidung nicht gelten lassen. Seine Absicht, den Lebensstandard der Gesellschaft stetig zu erhöhen, wird von vornherein bestimmt durch die Arbeits- und Produktionsbedingungen, folgt also nicht irgendwelchen individuellen Nachfragen.

An sich enthält diese Denkweise einen humanen Kern. Normalerweise überlegt sich der Mensch, welche Einbuße an Kultur- und Lebenswerten er durch ein Mehr an Arbeit auf sich nehmen muß, einzig um einen höheren Komfort zu erwerben. Das Freisein für kulturelle Beschäftigung, die Freizeit überhaupt, verstanden als Muße, ist es wohl wert, auf materiellen Zuwachs zu verzichten. Der kluge Mensch entscheidet darum seinen Bedarf, somit seinen Konsum, entsprechend seinem vernunftgeleiteten Willen zum Einsatz seiner Arbeitskraft. Der hektische Wettbewerb der Warenproduktion kann aus sich diese Seite des Lebens nicht entwickeln, es sei denn, er würde – und zwar auch auf internationaler Ebene – durch ein strenges Wirtschafts- und Arbeitsrecht gezügelt. Tatsächlich hat sich der reale, nicht modellierte Kapitalismus bemüht, dieses humane

<sup>52</sup> Allerdings ist im Kapitalismus die Überordnung der Gesellschaftspolitik – nicht der Sozialpolitik – über die Wirtschaftspolitik ebenfalls möglich, wenngleich in anderer Weise. Vgl. A. F. Utz, Zwischen Neoliberalismus und Neomarxismus, 148.

Element durch das Recht zu fördern. Es gelingt ihm aber im internationalen Wettbewerb nur in sehr geringem Maße. Das Modell des Wettbewerbs der Warenproduktion als solches, das der Marxist mit seiner Kritik anvisiert, enthält naturgemäß nichts von diesem humanen Anliegen.

Der Marxist behauptet, mit seiner Konzeption der Wirtschaftspolitik dem Humanum näher zu stehen. Was gesellschaftliche Lebensqualität ist, wird nach ihm in engstem Kontext mit den Arbeitsbedingungen bestimmt. Theoretisch mag dies humaner aussehen als die Art, in der im kapitalistischen System der gesellschaftliche Bedarf definiert wird. An die marxistische Denkweise ist aber die Frage zu richten, ob diese überindividuelle Bestimmung des gesellschaftlichen Bedarfs praktisch funktioniert, und zwar so funktioniert, daß erstens die Honorierung der einzelnen Leistung garantiert und zweitens der Leistungswille stimuliert wird. Wenn diese beiden Bedingungen nicht erfüllt sind, ist dem Prinzip „Man kann nicht verteilen, was nicht vorher erarbeitet wurde“ nicht Genüge getan.

Die zweite Bedingung ist noch wichtiger und vordringlicher als die erste. Denn was nützt es, jedem seine Leistung zu entgelten, wenn die Mehrzahl nur einen geringen Leistungswillen aufweist? Es ist zu bedenken, daß auch die beste Leistung im marxistischen System immer nur vom Gesamtergebnis aus bewertet werden kann. Mit Recht beschäftigt sich der Kapitalismus zunächst mit dieser Frage der Stimulierung der Leistung, und versucht dann, auf dem Weg über das Wirtschafts- und Arbeitsrecht die Frage nach der gerechten, dem Arbeitsaufwand entsprechenden Verteilung zu lösen.

Wir kommen in der Behandlung dieser zweiten Bedingung unmittelbar in das Problem hinein, von wem der gesellschaftliche Bedarf bestimmt wird.

*Wer bestimmt den gesellschaftlichen Bedarf?*

Es ist selbstverständlich, daß in der hocharbeitsteiligen Wirtschaft der Käufer sich nach dem Angebot richten muß. Es scheint also zu stimmen, was *Keynes* sagte, daß nicht die Konsumenten, sondern die Investoren den Konsumentenwunsch reell bestimmen. Nimmt man dann noch das soziologische Untersuchungsergebnis von *John H. Goldthorpe* hinzu, daß de facto die Arbeitswelt das Konsumverhalten bestimmt, dann kann man sich berechtigterweise fragen, ob es nicht besser sei, die Investition werde von vornherein durch die das Gesamtwohl vertretende staatliche Gewalt bestimmt, anstatt durch irgendwelche private Gewinnmaximierer, die offenbar nur jene Produktion im Auge haben, die ihre Kassen füllt. Der von den Marxisten gegen den Kapitalismus erhobene Vorwurf des Konsumterrors fußt auf diesen Gedanken.

Ohne Zweifel gibt es im Kapitalismus manipulative Einflüsse auf die Entscheidungen der Konsumenten, wenngleich sie teilweise durch konkurrierende Werbungen aufgehoben oder doch moderiert werden. Es steht aber zur Frage, ob man zur Vermeidung dieses Übels die Bestimmung des gesellschaftlichen Bedarfs der staatlichen Autorität anheimgeben soll. Die Antwort auf diese Frage kann nur vom Personbegriff aus gegeben werden. Wenn man die Person als vorstaatlichen Rechtsträger anerkennt, muß man ihr die Wertentscheidung belassen. Dies schließt nicht aus, daß es einer gewissen autoritären Moderierung der Produktion im Hinblick auf den gesellschaftlich legitimierte Lebensstandard bedarf. Diese Erkenntnis gehört auch zum ethischen Kodex des Kapitalismus (wenngleich dieser nur mit marktkonformen Maßnahmen interveniert). Selbst *Adam Smith* befürwortete einen staatlichen Eingriff in die individuellen Präferenzen, wenn diese von der postulierten gesellschaftlichen Bedürfnisskala abweichen<sup>53</sup>.

<sup>53</sup> Vgl. *Eberhard Wille* und *Martin Gläser*: Staatsausgaben bei *Adam Smith*, 69.

Um dem Übel einer offensichtlichen und sozial untragbaren Fehlleitung des Konsums zu steuern, darf man keine Lösung suchen, deren Prämisse durch die völlige Mißkennung der personalen Selbstbestimmung gekennzeichnet ist. Dies tut aber der Marxismus, gemäß dem das normative Denken der Gesellschaft einzig durch die Produktions- und Arbeitsbedingungen geprägt ist. Darum muß er jeglichen subjektiv orientierten Gebrauchswert ausschalten. Im Kapitalismus haben dagegen die subjektiven Konsumwünsche den Vorrang, solange nicht irgendwelche das Gemeinwohl gefährdende Konsequenzen zu befürchten sind. Die moralische Selbstverantwortung der einzelnen Person steht zu hoch im Kurs, als daß man zur Vermeidung eines Übels ein System erfinden dürfte, in dem sie überhaupt nicht mehr zur Geltung kommt. Es geht vielmehr darum, innerhalb eines freien Systems, hier gemeint die Marktwirtschaft, Mittel und Wege zu finden, grobe Unstimmigkeiten abzuriegeln. In erster Linie ist hierzu das Verantwortungsbewußtsein aller an der Wirtschaft Beteiligten, Produzenten und Konsumenten, aufgerufen.

Die hohe Ethik, Bedarf und Arbeitseinsatz aufeinander abzustimmen und Konsumwünsche dort einzuschränken, wo die zu ihrer Befriedigung nötige Arbeit die Harmonie des Lebens stören würde, ist im Kapitalismus keine Gesellschaftsethik, sondern eine Individualethik. Das Kriterium der Bemessung ist darum dem einzelnen Gewissen überlassen, das den Gebrauchswert für die einzelne Person bestimmt.

Der Marxist kann diese Mediatisierung der Sozialethik durch die Individualethik nicht anerkennen. Nach ihm ist die Arbeit nicht vom Verlangen nach einem individuell bestimmten Gebrauchswert stimuliert, sondern in erster Linie durch das Bestreben, den gesellschaftlichen Bedarf zu decken, aus dem jeder dann entsprechend seinem Leistungsanteil seinen individuellen Bedarf befriedigen kann, wobei das Angebot im voraus durch Planung begrenzt ist. Der im kapitalistischen System Arbeitende

kann dagegen, jedenfalls vom System her gesehen, entsprechend seinem individuellen Bedarf (der als potentieller Bedarf vom Produzenten vorausgesehen wird) die Produktion beeinflussen, so daß es nicht mehr die Produktions- und Arbeitsbedingungen sind, die die Investition bestimmen, sondern die summierten individuellen Konsumwünsche, die ihrerseits natürlich entscheidend von der Kaufkraft und somit vom Marktpreis abhängen. Um Krisenerscheinungen der Überproduktion und der Unterkonsumtion abzuriegeln, versucht der Marxismus, die Verteilung von vornherein vom Wettbewerb der Produktionskräfte abzuschirmen, indem er sie autoritativ nach den Produktions- und Arbeitsbedingungen bestimmt.

#### *Die praktische Anwendung des marxistischen Verteilungsprinzips*

Da die Arbeit des einzelnen Werk tätigen nur als gesellschaftliche Arbeit verstanden wird, ist der Lohn für die geleistete Arbeit nicht das erste Anliegen der Verteilung. Da es kein Privateigentum gibt, kann der Werk tätige den für die Reproduktion der Produktionsmittel sowie deren Expansion zu verwendenden Betrag wie auch die Verwaltungskosten, die Beträge zugunsten gesellschaftlicher Bedürfnisse (Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw.) und für die Arbeitsunfähigen, ferner die nicht-wirtschaftlich Tätigen (Politiker, Intellektuellen) als „sein“ Einkommen betrachten, das ihm auf irgendeine andere Weise als über den Lohn zugutekommt. Naturgemäß können diese Abzüge, die vorgängig vor dem für die Produktivität der Arbeitsleistung gesollten Betrag ins Auge gefaßt werden, nur berechnet werden auf der Grundlage des Betrages, den man als eigentlichen Lohn zu zahlen hat, den *Marx* als „notwendiges“ Produkt bezeichnet hat im Unterschied zum „Mehrprodukt“, das den gesellschaftlichen Zielsetzungen dient. Es gibt also auch im Marxismus, nicht nur im Kapitalismus, die Begriffe des notwendigen und des Mehrprodukts. Der Unterschied, auf den die Neomarxisten Wert legen, soll darin bestehen, daß das Mehr-

produkt in der sozialistischen Wirtschaft auf dem Weg über die sozialen Einrichtungen dem Werktätigen in irgendeiner Weise voll zugänglich sei, während es im Kapitalismus aufgrund des Privateigentums dem Eigentümer zufalle: „In der sozialistischen Gesellschaft eignet sich die Gesellschaft der assoziierten Produzenten das gesamte Produkt zum Zwecke ihrer Bedürfnisbefriedigung an. Damit verschwindet die kapitalistische Form des notwendigen Produkts und des Mehrproduktes. Auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und dem daraus resultierenden neuen Charakter der Arbeit erhalten das notwendige und das Mehrprodukt sowie ihre Wechselbeziehungen zueinander einen neuen sozialökonomischen Inhalt“<sup>54</sup>.

Wenn das Existenzminimum der Bemessung des Lohnes zugrundegelegt wird, ist das Verhältnis von notwendigem und Mehrprodukt leicht definierbar. Soll der Lohn mehr als die Erhaltung des Existenzminimums ausmachen, dann muß der Staat jeweils entsprechend dem niedersten Lebensniveau der Gesellschaft die Lohneinheit bestimmen. Die Gefahr, daß die Behörden das Quantum des notwendigen Produkts zugunsten des Mehrprodukts beschneiden, liegt nahe, da sie die Zwecke des Mehrprodukts bestimmen können, wie sie wollen, unter Umständen auch zu erhöhter Rüstung oder zu ihrem eigenen Nutzen.

Über die Unterscheidung des notwendigen vom Mehrprodukt sind sich die Autoren nicht einig. Jedenfalls verstehen alle die Unterscheidung als eine Gliederung des Nettoprodukts. Aus der Sicht der Produktion ist das notwendige Produkt etwa gleich dem Bruttolohn (Reproduktion der Arbeitskraft, Unterhalt der Familienangehörigen, Sozialversicherung, Steuer usw.) während das Mehrprodukt der Expansion der Produktion (Neuinvestitionen), dem Einkommen der Werktätigen in den nichtpro-

<sup>54</sup> Hans Rößler, a. a. O., 18f.

duzierenden Bereichen der Volkswirtschaft, den nationalen Aufgaben, den Reserve- oder Assekuranzfonds, den Fonds für Arbeitsunfähige, der Administration usw. zufließt. Aus der Sicht der Verteilung spricht man vom Produkt für sich und dem Produkt für die Gesellschaft. Die Begriffe „Produkt für sich“ und „notwendiges Produkt“ wie auch die Begriffe „Produkt für die Gesellschaft“ und „Mehrprodukt“ decken sich nicht. Das Produkt für die Gesellschaft ist umfangreicher als das Mehrprodukt und das Produkt für sich ist kleiner als das notwendige Produkt. Der Teil des notwendigen Produkts, der als Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und ähnliches abgeführt wird, bildet zusammen mit dem Mehrprodukt das Produkt für die Gesellschaft. „Aus ihm erhalten die Werkstätigen der produzierenden Bereiche jenen Teil des notwendigen Produkts, der vorwiegend unabhängig vom persönlichen Anteil des einzelnen an der Schaffung des gesellschaftlichen Produkts verteilt wird. Es handelt sich hierbei um Leistungen und Zuwendungen für die gemeinschaftliche Befriedigung von Bedürfnissen, wie zum Beispiel für die Bildung, medizinische Versorgung, Erziehung der heranwachsenden Generation, Altersversorgung. Quelle zur Konsumtion der produktiv Tätigen sind folglich das Produkt für sich und das Produkt für die Gesellschaft. Quelle für die Konsumtion der in den nichtproduzierenden Bereichen Tätigen sind das Produkt für die Gesellschaft und die umverteilten Einkommen der produktiv Tätigen aus dem Produkt für sich“<sup>55</sup>.

Das Mehrprodukt erfordert eine kritische Beurteilung. Der einzelne Werkstätige kommt in seinen Genuß nur über die Gesellschaft, die Eigentümerin der Produktionsmittel ist. Es wird in der gesamten sozialistischen Darstellung unterstellt, daß der einzelne Werkstätige zufrieden ist mit dem, was er aus der Gesellschaft bezieht, also mit den Schulen, dem Bildungswesen, der Sozialversicherung usw., und daß er ebenfalls einverstanden

<sup>55</sup> Hans Rößler, a. a. O., 22.

ist mit der Wirtschaftspolitik, von der aus nicht nur die Distribution des wirtschaftlichen Resultats, sondern auch die Distribution der Arbeitsplätze vorgenommen wird.

Im kapitalistischen System werden allerdings viele entscheidende Versorgungsfragen durch den Staat selbst oder staatliche Institutionen mit Selbstverwaltung gelöst. Dieser Sachverhalt verstärkt sich im Trend in die Staatsversorgung immer mehr. Insofern wird der Systemvergleich immer schwieriger. Jedoch hat der einzelne Bürger in einer marktwirtschaftlich geordneten Wirtschaftsgesellschaft immer noch soviel Nachfragekraft, daß er im Verbund mit den anderen Marktteilnehmern die Produktion entsprechend seinen individuellen Bedarfwünschen zu orientieren vermag. Außerdem hat er eine viel größere Sparmöglichkeit. Seine Abhängigkeit vom Staat, besonders was Bildung und Kultur anbelangt, ist darum bedeutend geringer. Und es hängt im Grunde von seiner eigenen moralischen Verfassung ab, inwieweit er den Versorgungsstaat vorantreibt.

Bedeutender ist der Unterschied in der Distribution der Arbeitskräfte. Das sozialistische System der Verteilung des wirtschaftlichen Produkts ist ohne verordnete Distribution der Arbeitsplätze nicht denkbar<sup>56</sup>. Der Wechsel des Arbeitsplatzes dürfte unter diesen Umständen sehr erschwert sein. Das gilt auch für eine sozialistische Marktwirtschaft.

Der Wechsel des Arbeitsplatzes ist naturgemäß auch im kapitalistischen System von den vorhandenen Produktionsverhältnissen abhängig. In Zeiten massiver Arbeitslosigkeit ist die freie Wahl de facto beinahe total eingeschränkt, so sehr rein juristisch die Berufswahlfreiheit garantiert sein mag. Immerhin wird niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen. Es ist jedem unbenommen, seine eigene Leistungskraft ins Spiel zu setzen. Vor allen Dingen kann jeder, der mit Ersparnissen umzugehen

<sup>56</sup> Vgl. den bereits zitierten Text aus *K. Marx*: Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, 628.

weiß und unternehmerische Qualitäten aufweist, - unter Umständen mit staatlicher Hilfe - als Selbständiger in den Produktionswettbewerb einsteigen.

### *Der Lohn*

Als Teil der Arbeit der Gesamtgesellschaft kann die Arbeit des einzelnen Werk tätigen im Sozialismus nicht persönlich ausgehandelt werden. Es ist darum auch nicht möglich, Kollektivverträge abzuschließen, wie sie in der kapitalistischen Wirtschaft üblich sind. Die Lohnfrage ist ein Element der allgemeinen Planung und kann, wenn es Gewerkschaften gibt, nur auf dieser Ebene beeinflußt werden. Auch der einzelne Betrieb, also nicht nur der einzelne Werk tätige, muß sich bezüglich der Lohnzuteilung an den Plan und die Lohnbestimmungen des Planes halten. Der Lohn wird also zentral geregelt. Die Arbeit der Werk tätigen ist Bestandteil der geplanten gesellschaftlichen Gesamtarbeit.

Sofern die zentrale Planungsbehörde sich an das sozialistische Programm hält und einzig die Entfaltung der Persönlichkeit intendiert, wie es von den marxistischen Autoren stets postuliert wird, steigt der Lohn in gleicher Weise wie das Mehrprodukt, das für gesellschaftliche Belange eingesetzt wird, entsprechend der Produktivität und gesamtheitlichen Effizienz der Wirtschaft. Die Willkür von Monopolisten ist also ausgeschlossen, allerdings unter der Bedingung, daß die Mitglieder der Planbehörde uneigennützig, unbestechlich und gerecht sind. Gemäß der Erfahrung ist diese Bedingung bislang nicht erfüllt worden. Im sozialistischen Lohnsystem gibt es keine Kampfmaßnahmen, es gibt keine Reservate, von denen aus der Arbeiter seine Rechte erkämpfen kann. Es liegt in der Logik des Systems, daß der Werk tätige nicht gegen die Gesellschaft streikt, in die er integriert ist.

Wenn man sich auf den Boden der zentralen Planung stellt, kann man nicht behaupten, der Werk tätige sei ungerecht entlohnt. Der Grundsatz „für gleiche Arbeit gleichen Lohn“ ist

ebenso gut durchführbar, vielleicht noch besser als im kapitalistischen System. Die verschiedenen Arten der Arbeit können nach einem einheitlichen Normenkodex taxiert werden. Der Werktätige muß nur damit einverstanden sein, daß die gesellschaftliche Zielsetzung, für die das Mehrprodukt eingesetzt wird, demgemäß dann die Grundnorm der Lohnhöhe bestimmt wird, zugleich auch seine eigene ist. Das heißt, er muß sich mit der sozialistischen Gesellschaft in eins setzen.

Daß die Lohnzahlung im Sozialismus entgegen der Ansicht von *Marx* nicht durch Arbeitszettel, sondern in Geldform erfolgt, wird nicht als Verrat an der sozialistischen Denkweise angesehen. Der Marxist verwahrt sich gegen die Behauptung, daß deswegen die Arbeit wie im Kapitalismus zur Ware werde. Denn im Sozialismus werde die ganze Arbeit ihrer Zeit und Qualität nach entlohnt, während im Kapitalismus ein Mehrwert entstehe, der eigentlich den Arbeitenden zustünde. Das eigentliche Wertverhältnis sei verdeckt: „Die Geldform der Verteilung des für die individuelle Konsumtion der Werktätigen bestimmten Teils des gesellschaftlichen Produkts erweckt den Anschein einer gewissen Ähnlichkeit mit dem Arbeitslohn im Kapitalismus. Aber im Kapitalismus ist die Geldform des Arbeitslohnes durch den Warencharakter der Arbeitskraft bedingt. Als Geldausdruck des Wertes der Ware Arbeitskraft ist der kapitalistische Arbeitslohn eine Erscheinungsform wie der Preis der Waren, der Zins oder die Grundrente, die das ihnen zugrunde liegende Wesen verdecken. Das Ausbeutungsverhältnis wird durch Ware-Geld-Beziehungen vermittelt und dadurch verschleiert, denn beim Kauf und Verkauf der Ware Arbeitskraft scheint es, als sei der Arbeitslohn nicht der Preis der Ware Arbeitskraft, sondern der Preis für die vom Arbeiter geleistete Arbeit. Der Wert oder Preis der Ware Arbeitskraft nimmt das Aussehen des Preises oder Werts der Arbeit selbst an. ,Obgleich nur ein Teil des Tagewerks des Arbeiters aus *bezahlter*, der andre dagegen aus *unbezahlter* Arbeit besteht und gerade diese unbe-

zahlte oder Mehrarbeit den Fonds konstituiert, woraus der *Mehrwert* oder *Profit* sich bildet, hat es den Anschein, als ob die ganze Arbeit aus bezahlter Arbeit bestünde' (Karl Marx: Lohn, Preis und Profit. In: MEW, Bd. 16, S. 134)<sup>57</sup>. Der vom Kapitalisten gezahlte Arbeitslohn wird mit *Marx* „als irrationelle Erscheinungsform eines dahinter versteckten Verhältnisses“<sup>58</sup> bezeichnet. „Als Erscheinungsform des für die individuelle Konsumtion bestimmten Teils des notwendigen Produkts ist der Arbeitslohn im Sozialismus das, als was er erscheint – Entlohnung entsprechend der Qualität und Quantität der für die Gesellschaft geleisteten Arbeit, gesellschaftliche Anerkennung der Arbeitsleistung der Werktätigen“<sup>59</sup>.

Jegliche Form von Arbeitslohn, sei es Zeit- oder Stücklohn oder Gehalt wird als Leistungslohn verstanden, bezogen auf die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Hier wird wiederum der Begriff der „abstrakten“ Arbeit<sup>60</sup> tragend. Die abstrakte Arbeit ist im marxistischen Sinn das über allen einzelnen Formen der Arbeit stehende und in allen sich ausdrückende Wesen der Arbeit als gesellschaftliches Produktionsverhältnis. „Der Arbeitslohn im Sozialismus verkörpert somit ein sozialistisches Produktionsverhältnis. Er bringt Beziehungen der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe der von Ausbeutung befreiten Werktätigen zum Ausdruck, die gesellschaftliche Eigentümer der Produktionsmittel sind und für sich selbst und die Gesellschaft arbeiten“<sup>61</sup>.

<sup>57</sup> Hilmar Schmidt, *Der Arbeitslohn . . .*, 47f.

<sup>58</sup> *Marx an Engels*, 8. Januar 1868, MEW, Bd. 32, 11.

<sup>59</sup> Hilmar Schmidt, a. a. O., 48.

<sup>60</sup> Vgl. das über diesen Begriff Gesagte, S. 63ff.

<sup>61</sup> Hilmar Schmidt, a. a. O., 49.

*Das leistungsstimulierende Interesse*

Der Bezug jeglicher Einzelarbeit auf die gesellschaftliche Produktion, also die in jeder Form von Arbeit enthaltene abstrakte Arbeit, ist der Grund dafür, daß das Motiv der Arbeit immer nur eines sein kann, die Einheit von gesellschaftlichem und persönlichem Interesse. Allerdings setzt diese Identität im Motiv eine bestimmte Bewußtseinslage voraus: „Um diese Interessenübereinstimmung als entscheidende Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus immer vollständiger zu nutzen, muß beachtet werden, daß sich die Menschen ihrer persönlichen Interessen im Alltagsleben bewußt werden, sie sich gewissermaßen als etwas Gegebenes darstellen. Anders jedoch die gesellschaftlichen Interessen. Ihre Erkenntnis erfordert eine bestimmte Verallgemeinerung der Erscheinungen der Wirklichkeit, das Eindringen in ihre Wesenszüge, die Ausdruck der objektiven Bedürfnisse der Entwicklung der gesamten Gesellschaft, Verkörperung des höchsten Kriteriums des gesellschaftlichen Fortschritts sind (Siehe W. I. Lenin: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907. In: Werke, Bd. 13, S. 240). Weil sich die gesellschaftlichen Interessen nicht im Selbstlauf verwirklichen und ihre Realisierung stets die Einheit von Objektivem und Subjektivem darstellt, müssen sich die Menschen ihrer auch bewußt werden, um ihnen entsprechend zu handeln, denn alles, ‚was die Menschen in Bewegung setzt, muß durch ihren Kopf hindurch‘ (Siehe Friedrich Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie. In: MEW, Bd. 21, S. 298). Das verdeutlichen auch die gesetzmäßig wachsenden Anforderungen an den Erkenntnisstand und das Bewußtsein der Werktätigen bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“<sup>62</sup>.

<sup>62</sup> Hilmar Schmidt, a. a. O., 56f.

In den hier ausgesprochenen Gedanken manifestiert sich wiederum das dem gesamten Gesellschafts- und Wirtschaftsdenken zugrundeliegende Menschenbild. Danach ist jegliches Handlungsmotiv nur legitimiert und entspricht auch nur der Wirklichkeit des Menschen, wenn sich in ihm individuelles und gesellschaftliches Interesse identifizieren. Es ist also ausgeschlossen, daß das gesellschaftliche Interesse durch das persönliche Interesse vermittelt (mediatisiert) wird, das heißt, daß der Mensch als personales Wesen den gesellschaftlichen Prozeß in Freiheit mitbestimmt, und zwar bereits auf der wirtschaftlichen, nicht erst auf der politischen Ebene.

Allerdings ist der Mensch tatsächlich nicht geteilt in einen individuellen oder persönlichen und einen gesellschaftlichen Teil. Er ist in seinem Wesen sozial. Wir kommen aber auf die bereits besprochene Frage zurück: ist der naturhafte Auftrag zur Kooperation auf allen Ebenen ein vollgültiger ethischer Auftrag, der sich an die gesellschaftlich nicht begründbare Freiheit des Menschen richtet, oder ist die Intention der Kooperation einfach eine Naturnotwendigkeit, die man nur erkennen muß, um sie zu verwirklichen, die darum keine Alternativen offen läßt, daß sie auf diese oder jene Weise zur vollendeten Wirklichkeit geführt werden kann? Wohl keine Anthropologie, die den Menschen als wesentlich sozial anerkennt, wird um die Notwendigkeit der Identität von persönlichem und gesellschaftlichem Wohl herumkommen. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich in den kapitalistischen Ländern die Einsicht durchgesetzt hat, daß wir eine gesunde Gesamtwirtschaft brauchen, um gesunde Unternehmen zu haben. Die Diskussion um die Stabilität des Geldes ist dafür ein manifestes Zeichen. Die personale vorstaatliche Freiheit ist aber nur gewahrt durch eine anthropologische Auffassung, gemäß der das gesellschaftliche Interesse ein ethischer Auftrag ist, dessen Realisierung über die Freiheit der Personen führt. Ein solcher Auftrag darf dann nicht als einfache Naturnotwendigkeit begriffen werden. Vielmehr muß er

abstrakten Charakter haben, dessen konkrete Gestaltung dem Verantwortungsbewußtsein der Gesellschaftsglieder anheimgestellt ist. Ohne Abstraktion, die – dies sei im Hinblick auf das früher Gesagte nur eben erwähnt – eine „totale Abstraktion“ im Sinn der aristotelischen Philosophie sein muß, ist ein solcher Imperativ nicht denkbar.

Wer diese Abstraktion ablehnt, aber dennoch die marxistische Anthropologie umgehen möchte, muß auf die apriorische Forderung der Identität von personalem und gesellschaftlichem Wohl verzichten. Er kann nur von der existentiellen Notwendigkeit der rechtlichen Regelung zur Ausbalancierung individueller Freiheiten und Willküren sprechen. Das ist ohne Zweifel eine Denkweise, gemäß der die Personenwürde respektiert wird. Nur dürfte man dann nicht mehr vom sozialen Wesen des Menschen sprechen. Gegenüber dem Marxismus ist dies eine schwache These, weil sie unfähig ist, das naturhafte Verantwortungsbewußtsein des Einzelmenschen für die Gesellschaft als Ganzes zu erklären.

Die Marxisten behaupten, die Kapitalisten seien niemals in der Lage, die Identität von individuellem und gesellschaftlichem Interesse zu verwirklichen. Tatsächlich ist dies das große Problem der kapitalistischen Ordnung. Wie aber weiß der Marxist, daß dem einzelnen Menschen das Eigenwohl näher liegt als das Gemeinwohl? Die Antwort auf diese Frage ist zugleich die Antwort auf eine andere, viel diskutierte Frage, ob nämlich das marxistische Denken notwendigerweise in der Praxis mit dem Einparteiensystem zusammenhängt. Die Antwort ist eindeutig durch den DDR-Theoretiker *Hilmar Schmidt* gegeben: „Die praktische Wirksamkeit der Übereinstimmung zwischen gesellschaftlichen, kollektiven und persönlichen Interessen hängt entscheidend davon ab, wie unter Führung der Partei der Arbeiterklasse die zentrale staatliche Leitung und Planung, die Wirtschaftstätigkeit der Betriebe und Kombinate und die schöpferische Initiative der Werktätigen verbunden werden, damit die

objektive Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und den persönlichen materiellen Interessen der Werktätigen ständig gesichert wird und die materielle Interessiertheit der Werktätigen an den Ergebnissen der gesellschaftlichen Arbeit als Triebkraft für die Entwicklung der sozialistischen Produktion und Steigerung ihrer Effektivität gesellschaftlich genutzt wird“<sup>63</sup>.

Mit anderen Worten: ganz entsprechend der Theorie-Praxis-Lehre des Marxismus muß der Werktätige – auch der Betriebsleiter – in der sozialistischen Praxis feststellen, wie die Planung zu bewerkstelligen ist. Er muß also praktisch sein Bewußtsein schulen im Sinn der sozialisierten Wirtschaftsgesellschaft. Dies erfordert, „die wissenschaftlich fundierte Leitungs- und Planungstätigkeit wirksam mit der materiellen und moralischen Interessiertheit der Werktätigen zu verbinden und diese verstärkt darauf zu richten, die sozialistische Einstellung zur Arbeit bei allen Werktätigen zu vertiefen, fleißige Arbeit, hohe Arbeitsmoral, sowie Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft zu fördern“<sup>64</sup>.

Man wende nicht ein, der Eurokommunismus könne ein anderes Organisationsprinzip wählen als dasjenige, das in den Oststaaten in Kraft ist. Im einzelnen können sich zwar die Formen der Organisation in den kommunistischen Wirtschaften unterscheiden. Das System der Selbstverwaltung, wie es in Jugoslawien besteht, erscheint nach außen hin wohl als das erträglichste. Es unterscheidet sich aber in seinem Wesen nicht von der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs. Jeder westliche Kommunist, der auf dem Verteilungsprinzip des Marxismus beharrt, muß in einem System enden, das das Wesen der Zentralverwaltungswirtschaft erfüllt und darum nur entsprechend der Mentalität der absoluten Identität von persön-

<sup>63</sup> A. a. O., 57.

<sup>64</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 35.

lichem und gesellschaftlichem Interesse organisiert werden kann. Die Vorstellung eines Mehrparteiensystems ist in diesem Zusammenhang absurd. Wenn sie vorgetragen wird, dann ist das Illusion oder bewußte Täuschung. Man könnte auf diese Propaganda in Umkehrung das Wort von *Marx* anwenden: „irrationelle Erscheinungsform eines dahinter versteckten Verhältnisses“.

## VIERTES KAPITEL

# DIE MARXISTISCHE KRITIK AN DER FUNKTION DES KAPITALISMUS

### I. Die Analyse der Produktionsweise als vordringliches Anliegen

Es mag vielleicht auffallen, daß *Marx* sein Augenmerk nicht auf die Nachfrage, sondern fast ausschließlich auf die Produktion gewandt hat. Das ist aber durchaus verständlich, und es braucht hierzu keiner Rechtfertigung, wie sie *Sweezy*<sup>65</sup> zur Ehrenrettung von *Marx* vornimmt. Selbstverständlich weiß auch der Marxist, daß der Mensch Konsumwünsche hat und Geld braucht, um sie durch Kauf der Güter zu befriedigen. Wenn man seine Arbeit nicht mit Naturalien zahlt, wenn man ihm vielmehr eine gewisse Wahl in der Konsumbestimmung belassen will, muß man ihm Kaufkraft vermitteln. Wie wir aber im vorigen Kapitel gesehen haben, ist diese Kaufkraft gemäß den Produktions- und Arbeitsverhältnissen vorprogrammiert.

Eine Analyse der Nachfrage wird erst dann unerläßlich, wenn man den Kapitalismus kritisch untersuchen will, weil die Nachfrage – entsprechend dem kapitalistischen System – als individuelle Nachfrage die Produktion bestimmen soll. Wie bereits dargestellt, erkennt aber der Marxist im Kapitalismus in keiner Weise diesen ersten Stimulus der Produktion, da der Konsument nur das erwerben könne, was ihm der Produzent anbiete. Und selbst wenn der private Produzent an die möglichen individuellen Konsumwünsche denke, um auf sie hin seine Produktion einzurichten, so werde er unter dem Druck der Konkurrenz doch nur das produzieren, von dem er hofft, einen Gewinn zu erzielen. Setzt nun diese Produktionsweise den Produzenten in die

<sup>65</sup> Theorie, 65 ff.

Lage, die gesellschaftlich notwendigen Güter zu produzieren? Vom Gewinnstreben des einzelnen Produzenten aus ergibt sich eine mögliche Fehlbeurteilung der Nachfrage und in der Folge die Krise. Es ist darum durchaus berechtigt, daß der Marxist zunächst die Funktion der Produktionsweise im kapitalistischen System kritisiert, um dann in einem zweiten Schritt das Problem der Nachfrage anzugehen, das den Blick in die Krisen eröffnen soll.

## II. Der Mehrwert in der kapitalistischen Produktionsweise

### *Mehrwert und Mehrwertrate*

Zunächst sollen der Mehrwert und die Mehrwertrate behandelt werden, dann die Profitrate, ferner die organische Zusammensetzung des Kapitals. Im Zusammenhang mit diesen Begriffen ergibt sich das Wertgesetz, gemäß welchem der Marxist den Kapitalismus kritisiert.

Anfang aller marxistischen Analysen ist immer der Gedanke, daß die originäre wirtschaftliche Wirklichkeit die Produktionsweise ohne privates Eigentum ist, daß darum die Gesellschaftsglieder im Austausch der produzierten Güter entsprechend der notwendigen Arbeitsteilung immer nur Arbeitswerte austauschen. Jede weitere Organisation der Produktion und des Tausches ist als Modifikation des ursprünglichen Verhältnisses anzusehen und darum von dort aus zu beurteilen. Je mehr die Funktion der Ware im Gütertausch offenbar wird, um so mehr entfernt man sich vom originären Zustand, um so entfremdeter werden die Produktionsverhältnisse. Die Entfremdung manifestiert sich in Ungleichheiten, in Krisen, in der Enthumanisierung der Wirtschaft und besonders der Arbeit, schließlich im völligen Zerfall des Wirtschaftssystems.

Vom marxistischen Standpunkt aus entsteht in dem Moment ein Mehrwert, in dem der Produzent für sich etwas in Anspruch

nimmt, was wertmäßig nicht aus seiner Arbeit stammt. Die intellektuelle Leistung des Unternehmers, d. h. die Organisation von Produktionsmitteln und Arbeit, wie auch die Amortisierung des Kapitals werden hierbei durchaus in Rechnung gezogen. Dem Kapital selbst darf, wie bereits dargestellt, kein Wert zugemessen werden, wenngleich es als physischer Produktionsfaktor eingestuft werden muß. Die Unterscheidung zwischen physischer Funktion und Wert ist hier ebenso grundlegend wie bei der Beurteilung der Konsumwünsche und der diesen folgenden Nachfrage. Die Konsumwünsche entstammen entweder elementaren biologischen und physischen Bedürfnissen oder der technischen und organisatorischen Entwicklung der Gesellschaft, gehören darum nicht zur wirtschaftlichen Wertbemessung. Das Kapital produziert physisch etwas, nämlich einen Teil im Produkt der Arbeit, es kann aber keinen Wert schaffen<sup>66</sup>. Dies alles wurde bereits erklärt.

Der Kapitalist, der die physische Produktivität des Kapitals als seine eigene ansieht, da er sich als Eigentümer des Kapitals betrachtet, kauft gemäß dem Marxismus Arbeitskraft, die er mit einer Lohnsumme berechnet, die dem Wert der Subsistenzmittel des Arbeiters entspricht. Nach beispielsweise einer Arbeit von fünf Stunden entsteht ein Produkt, dessen ganzer Wert (abzüglich der Amortisierung der Produktionsmittel) der Wert von fünf Arbeitsstunden ist. Wenn nun der Arbeiter zum gleichen Produkt wegen der physischen Produktivität des Kapitals

<sup>66</sup> W. J. Baumol, *The Transformation of Values*, 59: "Goods are indeed produced by labor and natural resources together. But the relevant social source of production is labor, not an inanimate 'land'. Thus profits, interest, and rent must also be attributed to labor, and their total is equal (tautologically) to the total value produced by labor minus the amount consumed by labor itself. The competitive process, that appears to show that land is the source of rent and capital the source of profits and interest, is merely a distributive phenomenon and conceals the fact that labor is the only socially relevant source of output." Man beachte in diesem Text das Adverb "socially", das ausschlaggebend ist, um etwas als wirtschaftlichen Faktor zu betrachten. Dies ist ganz im Sinn der marxistischen Wirtschaftsauffassung.

nur vier Stunden braucht, jedoch seinen Vertrag zum gleichen Lohn für fünf Stunden abgeschlossen hat, dann fällt das Produkt dieser zusätzlichen Stunde dem Kapitalisten zu. Das heißt, es entsteht ein Mehrwert zugunsten des Kapitalisten. Hätte der Arbeiter den Vertrag nur für die zur Erstellung des Produktes „notwendige“ Arbeit abgeschlossen und würde der Kapitalist das Produkt zum Wert der dazu notwendig gewesen Arbeit (unter Berechnung der Amortisation des Kapitals und seiner eigenen Arbeitsleistung, die aber nichts mit dem Titel des Eigentümers zu tun haben dürfte) verkaufen, dann entstünde kein Mehrwert. Das wäre der Gleichgewichtspreis: Preis gleich Aufwand. Es gäbe keine Arbeit für Mehrwert, sondern nur „notwendige“ Arbeit.

Im Rahmen des Modells der vollkommenen Konkurrenz könnte man annehmen, daß sich diese Gleichung ebenfalls ergibt: Preis gleich Aufwand. Doch besagt hier der Begriff Aufwand den Kostenpreis. Die marktwirtschaftliche Warenproduktion ist also impliziert. Die marxistische Analyse geht in der Bewertung von einem Standpunkt aus, auf dem die Preisrechnung vermieden wird. Dies hat seinen guten Grund, weil die Preisrechnung die originäre Wertbemessung verdeckt, wie von Seiten der Marxisten immer wieder betont wird. Da unter der Bedingung vollkommener Konkurrenz alle Kapitalisten („die Kapitalistenklasse“) die Tendenz haben, Gewinne zu machen, herrscht Einverständnis darüber, Mehrwert zu erzeugen, soweit es immer möglich ist, und stetig zum eigenen Nutzen zu akkumulieren. Die Preise für den Aufwand sind darum bereits „infiiziert“ vom Gewinnstreben, das heißt, sie enthalten in marxistischem Sinn bereits Mehrwerte, vor allem z. B. den Zins für das Kapital.

Der Bruttoerlös des Produkts setzt sich nach dem Gesagten aus folgenden Werten zusammen: Konstantes Kapital (Aufwand an Material, einschließlich der Abschreibung), das mit  $c$  bezeichnet wird, variables Kapital (Aufwand an Löhnen und

Gehältern), mit  $v$  bezeichnet, und Mehrwert (Einkommen, das für die Verteilung als Zinsen und Dividenden oder für die Neuinvestierung eingesetzt wird) mit  $s$  (surplus value, von *Marx* mit  $m$ ) bezeichnet. Somit:  $c + v + s =$  Gesamtwert. In der Anwendung auf das Volkseinkommen werden die Bezeichnungen verschieden definiert. Doch kann diese Nuance übergangen werden<sup>67</sup>.

Die Mehrwertrate ist dann das Verhältnis von Mehrwert zu variablem Kapital:  $s'$  (Mehrertrate)  $= \frac{s}{v}$ . Die Mehrwertrate ist, wie klar sein dürfte, die Ausbeutungsrate im *Marx*'schen Sinn, d. h. das Verhältnis von Mehrwert zu notwendiger Arbeit.

Die Ausbeutung als solche ist an sich keine besondere Eigenheit des Kapitalismus. Es gab sie in der Sklavenschaft und im Feudalismus. Es gab aber keinen durch den Markt bedingten Verkauf der Arbeitskraft an den Produktionsmittelbesitzer in Form des Arbeitsvertrages. Der Begriff der Mehrwertrate ist darum nur auf die kapitalistische Produktionsweise anwendbar. Hier ist die Mehrwertrate zugleich die Ausbeutungsrate.

<sup>67</sup> O. Šik (Humane Wirtschaftsdemokratie, 193ff. und besonders Anmerkung zu S. 194 auf S. 762) wendet sich gegen die marxistisch-dogmatische Definition von Kapital und Mehrwert. Er unterscheidet zwischen Kapital im engeren und im breiteren Sinn entsprechend seiner Unterscheidung in Markt im allgemeinen und im besonderen Sinn. In der Definition des Marktes im allgemeinen Sinn wird noch nicht bestimmt, ob es sich um einen kapitalistischen oder einen sozialistischen Markt handelt. Die orthodoxe marxistische Analyse geht auf eine Definition von Kapital zurück, die überhaupt mit Markt nichts zu tun hat. In der Vorstellung eines allgemeinen Marktes, der in kapitalistischen und sozialistischen Markt spezifiziert wird, ist der Gedanke eingeschlossen, daß die Güter nach ihrem Gebrauchswert taxiert werden. *Marx* hat aber richtig gesehen, daß die Zugrundelegung des Gebrauchswertes notwendigerweise beim kapitalistischen (auf dem Privateigentum gegründeten) Markt landet. Die Annahme eines allgemeinen Marktes setzt voraus, daß Markt auch denkbar sei, wo kein Eigentümer als Rechtssubjekt bezeichnet wird. Hier liegt das grundsätzliche Mißverständnis O. Šiks (vgl. unten S. 174ff.). Es ist ohne Zweifel korrekt, die Wertung der Güter nach dem Gebrauchswert vorzunehmen. Wenn dem aber so ist, dann muß man die entsprechende Konsequenz bejahen: den Eigentümer, wie immer dieser benannt werden mag als Staat, Betriebskollektiv oder Individuum. Unter Eigentümer ist dann nicht nur, wie an der angeführten Stelle dargestellt werden wird, im Sinn Šiks ein Verwalter zu verstehen.

Die Erhöhung der Mehrwertrate kann durch drei Faktoren geschehen: erstens durch Ausdehnung der Arbeitszeit ohne Lohnerhöhung (bei *Marx* absoluter Mehrwert), zweitens durch Senken des Reallohnes, drittens durch Zuwachs in der Produktivität der Arbeit, wodurch die notwendige Arbeit reduziert wird (bei *Marx* „Produktion des relativen Mehrwerts“), und naturgemäß durch eine Kombination der drei Faktoren.

In der Wertanalyse wird vorausgesetzt, daß die kapitalistische Produktionsweise sich im Sinn der vollkommenen Konkurrenz entwickle, daß also volle Mobilität des Kapitals und der Arbeitskraft vorliege. Daß unter Umständen die Mobilität des Kapitals größer ist als die der Arbeitskraft, wird als unbedeutendes Phänomen betrachtet. Unter dieser theoretischen Voraussetzung wird die Mehrwertrate als in allen Industriesektoren gleich angenommen.

#### *Philosophische Würdigung der marxistischen Wertanalyse*

Vom Standpunkt der phänomenologischen, pointierend hervorhebenden Abstraktion aus, der die Marxisten mit *Marx* folgen, ist die Analyse korrekt. Unter diesem Betracht ist der kapitalistische Unternehmer, wie dargestellt, einzig Gewinnmaximierer, der unter dem Naturgesetz des Wettbewerbs steht. Der Einwand, daß die Erhöhung der Produktivität der Arbeit der technischen Ausrüstung, der Kapitalintensivierung usw. zu verdanken, also nicht dem Arbeiter zuzurechnen ist, geht von der Voraussetzung des Eigentumsrechts des Unternehmers auf Produktionsmittel aus. Die Erwiderung auf die marxistische Wertanalyse müßte darum bei der Legitimierung des privaten Produktionsmitteleigentums ansetzen.

Die Annahme der gleichen Mehrwertrate in allen Industriezweigen scheint keine Bestätigung durch die Realität zu finden. Zwar wird von marxistischer Seite erklärt, daß die Technik sich mehr oder weniger in allen Sektoren im Gleichschritt vervollkomme, so daß die Produktivität der Arbeit und damit auch die

Mehrwert rate sich überall angleichen. Doch sind in der konkreten Wirklichkeit die Differenzen sehr beachtlich. Berücksichtigt man aber den hohen Abstraktionsgrad, auf dem die marxistische Analyse vorgenommen wird, dann spielen diese Differenzen keine Rolle. Im Konzept der vollkommenen Konkurrenz wird der technische Fortschritt als ausgeglichen gedacht. Die marxistische Analyse ist eine Wesensanalyse des vollkommenen Wettbewerbs. Zeitliche Unebenheiten fallen darum nicht ins Gewicht.

Man kann sich natürlich fragen, welchen Wert eine Analyse haben soll, die sich in der Wirklichkeit nicht bewährt. Doch trifft diese Analyse immerhin die gedachte Wirklichkeit aller jener Wirtschaftstheoretiker, die den Wettbewerb rein formal ohne unmittelbaren und wesentlichen Bezug zu sozialen Zielsetzungen verstehen, für die darum die sozialen Ziele reine Daten sind, die als außerwirtschaftlich in den Bereich der politischen Entscheidung fallen. Daß diese Vorstellung heute noch lebendig ist, erhellt aus der bereits erwähnten Tatsache, daß die heutigen Wirtschaftswissenschaftler zu einem beträchtlichen Teil die gleiche Abstraktion zur Grundlage ihrer Aussagen machen, mit der die Marxisten den Kapitalismus kritisieren. Das Verdikt, unrealistisch zu sein, trifft darum nicht weniger und sogar in erster Linie die nichtmarxistischen Wirtschaftstheoretiker.

#### *Der Mehrwert in der sozialistischen und in der kapitalistischen Wirtschaft*

Wie dargestellt, muß auch die sozialistische Wirtschaft im Hinblick auf die wirtschaftspolitische Expansion und die sozialpolitischen Ziele mit dem Mehrwert rechnen. Der einzelne Arbeiter erhält also nicht den ganzen Wert seiner individuellen Arbeit, sondern gibt einen Teil in die Gesellschaft als Beitrag zur Gesamtwirtschaft, zur Sozialpolitik und als Steuer zur Staatspolitik. Da aber die entnommenen Teile des Arbeitswertes der Gesamtgesellschaft gehören, die als Arbeitergesellschaft begrif-

fen wird, entsteht im marxistischen Verständnis kein eigentlicher Mehrwert, weil dieser im Grunde den Arbeitern gehört. Das philosophische Fundament dieser Verteilung oder Zuteilung ist, wie ebenfalls gesagt, die Konzeption der abstrakten Arbeit. Auf diese Weise kann der Wert der einen Ware mit dem der anderen gleichgestellt werden: "The Marxian assertion that, in so far as different products are socially treated as equal through being considered as interchangeable, the individual concrete labours which produced these products must be held to have been reduced to some common entity, viz., social abstract labour, cannot be denied"<sup>68</sup>. Mit Recht weist *Shibata* darauf hin, daß man konsequenterweise auch von einer sozialen abstrakten Nützlichkeit reden muß, die der sozialen abstrakten Arbeit entspricht. Das Problem wurde bereits besprochen. Es ist selbstverständlich, daß im sozialistischen Verständnis das Ziel der Produktion gemäß einer sozialen Nützlichkeit bestimmt wird. Doch ist dieses Ziel einmal gesteckt, dann wird der Wert des Produkts selbst nach der in ihr enthaltenen Portion der abstrakten Arbeit definiert. Es gibt also vom Gesichtspunkt der eigentumslosen Wirtschaft aus keinen Mehrwert. Die Supposition hierbei ist, daß Identität von gesellschaftlichem und individuellem Nutzen besteht. In der Wirklichkeit ist dies naturgemäß nur der Fall, wenn alle Arbeiter sozialistisch denken, sich demnach für das sozialistische Menschenbild entschieden haben.

Betrachtet man vom marxistischen Denken aus die kapitalistische Produktionsweise, dann muß man von einem echten Mehrwert sprechen, den der Produktionsmitteleigentümer für sich in Anspruch nimmt, der eigentlich dem Arbeiter zukäme. Dieser Mehrwert ist mit dem Profit identisch.

Der Gewinn, wie er in der auf Privateigentum basierenden Wirtschaft entsteht, kann aber nicht einfachhin nach der marxistischen Arbeitswertlehre beurteilt werden. Die Prämissen sind

<sup>68</sup> *Kei Shibata*, On the General Profit Rate, 41.

sehr verschieden. Schon in den sehr begrenzten Wettbewerbssektoren sozialistischer Wirtschaften gibt es Gewinne einzelner Unternehmen. Wenigstens ein Teil dieser Gewinne geht direkt in die Tasche der Betriebsangehörigen, hat also nicht den Charakter des marxistisch verstandenen Mehrwerts, d. h. eines Mehrwerts, der zu Lasten der Arbeiter geht. Ein anderer Teil wird – wenngleich nicht immer – vom Staat zur Verhinderung von Disproportionalität der verschiedenen Unternehmen oder zu sonstigen wirtschafts- und sozialpolitischen Zwecken abgeschöpft, soll also auf dem Weg über die Gesamtplanung den weniger erfolgreichen Unternehmen zugute kommen. In einer gesamtheitlichen Wettbewerbswirtschaft, wie sie nur bei grundsätzlicher Priorität des Produktionsmitteleigentums möglich ist, geht ein beträchtlicher Teil der Gewinne wiederum in die Wirtschaft, im Unterschied zu den im sozialistischen Wettbewerb stehenden Unternehmen, durch private Kapitalakkumulation. Sofern diese Akkumulation im Dienst einer geordneten Wirtschaft steht, kommt sie in gleicher Weise und noch mehr der Volkswirtschaft zugute, da der Stimulus, im Wettbewerb durch bessere Leistung einen Vorsprung gegenüber anderen Unternehmen zu gewinnen, in einem System, in dem behördlich Gewinne abgeschöpft werden, schwächer ist als in einem System, in welchem der ganze Erfolg der Leistung von den Leistenden selbst beansprucht werden kann. Die marxistische Analyse setzt allerdings nicht eine wirtschafts- und sozialpolitisch geordnete Wettbewerbswirtschaft voraus. Dies entspricht ihrer Abstraktionsweise, mit der sie das Wesen des Kapitalismus definiert und dieses von allem Unwesentlichen, wozu auch die ordnenden Eingriffe des Staates zählen, ablöst. Nimmt man noch die marxistische Grundthese, daß Eigentum Diebstahl ist (*Marx*) oder zumindest – in der sozialistischen Marktwirtschaft – seine Legitimation nur aus dem Plan erhält, hinzu, kommt man leicht zur Schlußfolgerung, daß Gewinn gleich Wert ist, der der Arbeit als Mehrwert entzogen wurde.

Nun ist auch in einer geordneten „kapitalistischen“ Wirtschaft der Produktionsmittelbesitzer immer noch in der Lage, aus dem an sich der Arbeit zuzusprechenden Ertrag einen Mehrwert zu ziehen. Diese Möglichkeit liegt im Arbeitsvertrag. Doch ist im Hinblick auf die Stärke der Gewerkschaften heute und auf die Publizität der Geschäftsführung in den Großbetrieben, wie ebenso auf die Mitbestimmung in verschiedenen Unternehmen diese Möglichkeit sehr begrenzt. Der Arbeitsvertrag, wie er in der freien Marktwirtschaft besteht, garantiert andererseits dem Arbeitnehmer die Mobilität der Arbeit. Überdies erhält der Arbeitnehmer bei gutem Jahresertrag eine entsprechende Gratifikation. Es herrscht heute sogar die Tendenz, den Arbeitsvertrag in einen Gesellschaftsvertrag überzuführen. Dies hätte allerdings Konsequenzen für die Mobilität der Arbeit und das Risiko des Arbeitnehmers.

Alle diese sozialen Korrekturen am alten Kapitalismus werden aber von den Marxisten als unwesentliche Elemente des Kapitalismus bezeichnet. Sie werden höchstens als Anzeichen dafür angesehen, daß der Kapitalismus sich langsam im Sinn des Sozialismus auflöst.

Es ist befremdend, daß der Marxist nur das Gewinnstreben der Kapitalisten rügt, das durch das auf dem privaten Produktionsmitteleigentum beruhende System und die daraus folgende Konkurrenz der Eigentümer untereinander im Bemühen um Erhöhung der Mehrwertrate angeregt wird. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist von seiner Begründung her nicht eine Einrichtung zugunsten der Kapitalisten, sondern zum Zweck einer wirksameren wirtschaftlichen Gesamtordnung im Dienst der freien Lebensgestaltung aller, auch der Arbeiter. Vom Gesichtspunkt der natürlichen Neigung liegt nicht nur dem Produktionsmitteleigentümer, sondern auch dem Arbeiter mehr am arbeitslosen Einkommen als daran, im Schweiß des Angesichts das Brot zu essen. Statistisch ist festzustellen, daß das Fernbleiben von der Arbeit durch Krank-

meldung in Zeiten der Vollbeschäftigung wächst im Vergleich zu Zeiten der Arbeitslosigkeit. Es braucht also auch einen institutionellen Stimulus der Arbeitsmoral. Es kommt nur noch darauf an, ob man die unter Umständen sehr willkürliche Festlegung des Arbeitslohnes, wie sie in der Planwirtschaft unvermeidlich ist, dem Stimulus des geregelten Arbeitsmarktes vorzieht. Auch hier erweist sich wiederum, daß die Diskussion im Grunde nicht um den Mehrwert geführt werden sollte, sondern vielmehr um das Menschenbild, das man der gesellschaftlichen Ordnung zugrunde legt. Ist der Mensch, entsprechend dem marxistischen Verständnis, in seiner Ganzheit in die Gesellschaft und in den Staat integriert, dann bleibt ihm nur die Möglichkeit, sein Lebensziel über den Staat zu verwirklichen. Der Mehrwert, den es in irgendeiner Weise immer geben muß, wenn man in die Zukunft hinein produzieren will, gehört eben dann nicht einem privaten Besitzer, sondern dem Staat, der sowohl die Lohnhöhe wie den Arbeitsplatz bestimmt.

### III. Die organische Zusammensetzung des Kapitals

Die organische Zusammensetzung des Kapitals ( $q$ ) gibt das Verhältnis des konstanten Kapitals, d. h. des Aufwandes an Material, einschließlich der Abschreibung ( $c$ ) zum gesamten in der Produktion eingesetzten Kapital, d. h. des Materials plus Löhne ( $c + v$ ) an:  $q = \frac{c}{c + v}$ . Im marxistischen Verständnis ist die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht eine physische oder mathematische Größe, sondern ein Wertausdruck. Die Vergrößerung des Maschinenparks als solche kann darum noch nicht als Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals betrachtet werden. Eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals liegt nur und in dem Maße vor, als die Produktivität pro Arbeiter erhöht wird. Wenn also von der Veränderung der organischen Zusammensetzung im Zu-

sammenhang mit der abnehmenden Profitrate die Rede ist, dann ist immer die Nettoveränderung gemeint. Das heißt, die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals wird nur unter Berücksichtigung der – in *Marx*'scher Formulierung sogenannten – „Verwohlfeilerung“ der Elemente des konstanten Kapitals definiert.

Um die marxistische Konzeption der organischen Zusammensetzung des Kapitals und ihre Bedeutung im marxistischen Denken zu verstehen, muß man sich erinnern, daß, marxistisch gesehen, einziger Produktionsfaktor die Arbeit ist, daß darum die erhöhte Produktivität, die im technischen Fortschritt liegt, einzig der Arbeit zugeschrieben werden muß. Wenn also der Produktionsmitteleigentümer vom Erfolg seiner Investition und seiner Organisation spricht, dann betrachtet dies der Marxist als die Aneignung eines Extramehrwerts, den der Kapitaleigentümer wiederum zu neuen Investitionen, d. h. zur Kapitalakkumulation benutzt.

Die kapitalistische Vorstellung, daß das Kapital produktiv ist, also einen echten Wert hervorbringt, der nur ihm zugeschrieben werden kann und ihm zugeschrieben werden muß, ist, wie bereits gesagt, ohne die Supposition des Produktionsmitteleigentümers nicht möglich. Denn der wirtschaftliche Wert muß, wie ebenfalls öfters betont, im marxistischen Verständnis sozialen Charakter haben. Das Privateigentum hat gemäß marxistischer und übrigens auch altliberaler Sicht diesen Charakter nicht. Der Maßstab, mit dem gemessen werden kann, wo der Einsatz von neuen Produktionsmitteln die Produktivität der Arbeit erhöht, ist gemäß der Arbeitswertlehre der mengenmäßige Saldo, auf keinen Fall also der Preis. Die organische Zusammensetzung des Kapitals ist in der marxistischen Kapitalismuskritik ein Schlüsselbegriff, an Hand dessen einerseits der Grad der Ausbeutung des Arbeiters, andererseits der Grad des Fallens der Profitrate ermittelt werden soll.

#### IV. Die Proftrate und das Gesetz des Falls der Proftrate

Die Proftrate ( $p$ ) gibt das Verhältnis des Mehrwerts zum gesamten Kapitaleaufwand ( $c + v$ ) an:  $p = \frac{s}{c + v}$ . Da der Marxist im kapitalistischen Unternehmer als wesentliches Charakteristikum die Sucht nach Profit sieht, nimmt er selbstverständlich an, daß der Kapitalist kein Interesse mehr an der Investition habe, wenn er die Proftrate, d. h. den Mehrwert im Verhältnis zum gesamten Kapitaleaufwand ( $c + v$ ) nicht mehr erhöhen kann. Fällt die Proftrate auf Null, dann erledigt sich der Kapitalismus von selbst.

Unter der Annahme, daß die Proftrate in allen Bereichen der Wirtschaft die gleiche ist und daß dasselbe gilt von der Mehrwertrate, muß auch die organische Zusammensetzung des Kapitals überall gleich sein. Was geschieht nun unter dieser Voraussetzung, wenn die organische Zusammensetzung erhöht wird? Die Antwort lautet: Die Proftrate nimmt überall ab. Die Proftrate ( $p$ ) wird als Funktion der Mehrwertrate ( $s'$ ) und der organischen Zusammensetzung des Kapitals ( $q$ ) in folgender Gleichung dargestellt:  $p = s' (1 - q)$ .  $1 - q$  drückt das Verhältnis des variablen Kapitals zum Gesamtkapital aus:  $\frac{v}{c + v}$ . Wenn also die organische Zusammensetzung des Kapitals wächst, verringert sich das Verhältnis des variablen zum Gesamtkapital, damit zugleich die Mehrwertrate und somit auch die Proftrate. Der Kapitalist mag sein konstantes Kapital vielleicht endlos aufzustocken sich mühen. Er kommt an ein Ende, es sei denn, es gelinge ihm, die Vergrößerung der organischen Zusammensetzung wettzumachen oder gar zu überbieten, indem er den Mehrwert erhöht. Es ist aber die Frage, ob hierbei die prozentuale Zunahme der Mehrwertrate höher sein wird als die prozentuale Abnahme des Verhältnisses von variablem Kapital zum Gesamtkapital.

Die These von der fallenden Profitrate basiert auf zwei grundsätzlichen Annahmen, daß erstens die organische Zusammensetzung des Kapitals in allen Wirtschaftsbereichen gleich ist und zweitens die Mehrwertrate im Gefolge der vom Kapitalisten als für seine Unternehmenspolitik wesentlich betrachteten Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals tendenziell fällt.

Dagegen erklärt der nichtmarxistische Wirtschaftswissenschaftler, daß sich bis jetzt nichts von der Theorie der abnehmenden Profitrate verwirklicht hat trotz Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und daß zudem alles andere eingetreten ist als die Ausbeutung des Arbeiters.

Der Marxist gibt zu, daß de facto die organische Zusammensetzung des Kapitals nicht in allen Bereichen der Wirtschaft die gleiche ist. Das Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital ist grundverschieden in der Stahl- und in der Textilindustrie. Man kann höchstens von einer Gleichheit zwischen Unternehmen im selben Sektor sprechen. Das Wertgesetz, das nach Ansicht von *Marx* im kapitalistischen System aufgrund des Wettbewerbs wie ein Naturgesetz wirkt und die Tendenz zur gleichen organischen Zusammensetzung des Kapitals, der Mehrwertrate wie auch der Profitrate verursacht, fällt damit dahin. Wie hilft sich der Marxist aus diesem Dilemma? Mit welcher Begründung kann er mit *Sweezy*<sup>69</sup> sagen, es sei „legitim, ein kapitalistisches System vorauszusetzen, in dem die organische Zusammensetzung des Kapitals überall gleich ist und daher das Wertgesetz Geltung hat“?

Dem Marxisten kommt es im Grund darauf an, zu beweisen, daß das kapitalistische System aus sich, d. h. aus seiner Struktur notwendigerweise nicht nur ein System der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Gewinnsucht privater Eigentümer ist, sondern sich selbst ad absurdum führt. Der theoretische Beweis

<sup>69</sup> Theorie, 91.

hierzu muß geführt werden aus einer bestimmten Art von Kapitalismus, eben einem mit gleicher organischer Zusammensetzung des Kapitals in allen Zweigen und entsprechend mit der gleichen Mehrwertrate und der gleichen Profiträte. Wenn nun de facto die Supposition nicht stimmt, dann kann dies die These der fallenden Profiträte nicht widerlegen, solange die Tatsache des Nichteintretens der Supposition Faktoren zugeschrieben werden muß, die für den Kapitalismus unwesentlich und außerdem sehr zeitbedingt sind. „Die Tatsache also, daß das Wertgesetz in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gilt, hängt nach Marx von einem Faktor bzw. von einer Reihe von Faktoren ab, die das Wesen des Kapitalismus nicht ausmachen, sondern verdecken. Gesetz, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals in allen Produktionssphären die gleiche wäre, so würde für den Austausch der Waren das Wertgesetz unmittelbar maßgebend sein, ohne daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten aufhörte und ohne daß für Umfang, Richtung und Technik der Produktion andere Rücksichten entscheidend würden als die Gewinnsucht der Kapitalisten“<sup>70</sup>. Man hat der marxistischen Schauweise vorgeworfen, daß in ihrer Rechnung die Produktivität des Kapitals und damit die Erhöhung der Produktivität der Arbeit nicht berücksichtigt worden seien. Doch stimmt dies nicht, denn, wie schon gesagt, wird die organische Zusammensetzung des Kapitals in Wertbegriffen, ihre Veränderung als Nettoveränderung, d. h. im reinen Sinn als Veränderung der Produktivität der Arbeit verstanden. Damit wird zugleich angenommen, daß die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nicht so rasch voranschreitet, wie es gemäß der Bruttoinvestition erscheinen mag.

Sobald man in Preisen rechnet, also dem Kapital eine eigene Produktivität zuordnet (was, wie gesagt, den Gedanken an

<sup>70</sup> *L. v. Bortkiewicz, Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System*, 30.

einen Eigentümer der Produktionsmittel impliziert, wie immer dieser verstanden wird), stimmt das Wertgesetz nicht mehr. Denn dann ergibt sich die Möglichkeit einer verschiedenen Erhöhung des Postens, den die Marxisten Mehrwert nennen, aufgrund des technischen Fortschritts, der Organisation des Betriebes, der Marktlage usw. Im Zug der Elektronik kann die Kapitalproduktivität um vieles die Produktivität der Arbeit übersteigen. Hier kann also das Gesetz vom Fall der Profitrate nicht mehr nach *Marx* erklärt werden (*R. Hickel*). Dagegen gibt es einen Typ technischen Fortschritts, bei dem die steigende Arbeitsproduktivität durch eine noch größere Steigerung der Kapitalintensität ausgelöst wird. Dann und nur dann fällt die Profitrate. Doch tritt dieser Fall irgendwann in der Realisierung ein. Die Mehrwertrate kann im Verhältnis zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung nicht ins Unendliche steigen. Die Profitrate kommt einmal an ein Ende. Die Ausflucht auf fremde Märkte bedeutet dann nur eine Zeitverschiebung, die allerdings unter Umständen sehr lang dauern kann. Der marxistische Ausgangspunkt ist der geschlossene Markt. Wenn einmal die gesamte Weltwirtschaft auf gleichem Niveau verbunden ist, dann gilt auch für sie die Betrachtung, wie sie für den geschlossenen Markt vorgenommen worden ist.

Es ist kein Zweifel, daß irgendwann die Kapitalakkumulation an dem Punkt anlangt, an dem der Mehrwert dem Kapitalzuwachs nicht mehr entspricht, d. h. die Profitrate zurückgeht. Die Überakkumulation hat ihre unvermeidlichen Konsequenzen. In diesem Sinn erklärt *Rudolf Hickel*: „Überzyklische Preisentwicklung und Stagnationsprozesse sind ursächlich auf Tendenzen zur Überakkumulation zurückzuführen. Diese Überakkumulation findet im ‚Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate‘ ihre Synthetisierung. Dieses ‚Gesetz‘ besagt für die langfristige Entwicklung, daß sich ein Zuviel an Kapitalwert bei beschränkter Ausdehnung der Mehrwertmasse nicht mehr zu ausreichender Rate verwerten kann. Oder anders ausgedrückt:

eine sich aufgrund profitrationaler Durchsetzung arbeitssparenden technischen Fortschritts entwickelnde Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals (steigender Anteil von konstantem im Verhältnis zu variablem Kapital) ist aus entwicklungsimmanenten Gründen durch eine entsprechende Veränderung der Mehrwertrate nicht kompensierbar<sup>71</sup>. In gleichem Sinn, sogar eingehender, drückt sich *R. Hickel* in seinem Artikel „Konjunktur und Krise – neu betrachtet“ aus: „Der Spielraum zur Eindämmung des Profitratenfalls [ist] durch Erhöhung des Exploitationsgrades systematisch begrenzt“<sup>72</sup>. Der vom Wachstumsoptimismus faszinierte kapitalistische Unternehmer unterliegt der Gefahr der Überakkumulation und damit der Konsequenzen, die *Hickel* anspricht. Auf diese Zusammenhänge werden wir in der Darstellung der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus und des mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem verbundenen Staatsbegriffs (besonders der Wirtschaftspolitik des „kapitalistischen“ Staates) zurückkommen.

Versteht man unter der kapitalistischen Wirtschaft das, was der Marxist aufgrund seiner Abstraktionsweise als wesentlich bezeichnet, das heißt, daß der kapitalistische Unternehmer zu wirtschaften und zu investieren aufhört, wenn er nicht mehr mit der Erhöhung der Profiträte rechnen kann, oder überakkumuliert im irrigen Glauben, daß das Wachstum ins Unendliche reicht, dann stimmt die Prognose der Marxisten, wiewohl sie sich erst in ferner Zeit verwirklichen wird. Es ist auch nicht zu leugnen, daß es heute noch solche kapitalistischen Produzenten gibt, die in ihrer Wachstumsgläubigkeit nicht zu belehren sind.

Doch ist auch dies das Bild eines denaturierten Kapitalismus und kapitalistischen Unternehmers. Wir werden immer leben und unsere Lebensqualität verbessern wollen, soweit dies

<sup>71</sup> Ökonomische Stabilisierungspolitik in der Krise, 97.

<sup>72</sup> XLIII.

möglich ist. Es wird darum auch und gerade in der privaten Eigentumsordnung Menschen geben, die auch bei Nullwachstum ihren Stolz darein setzen, dieser Aufgabe im Wettbewerb zu dienen, und wäre es nur dazu, um wie der Arbeiter durch ihre Unternehmeraktivität ihre Subsistenzmittel zu verdienen. Oder sollten die Sportler das Wettspiel aufgeben, weil sie feststellen, daß alle das gleiche Training erlangt haben und eine höhere Leistung nicht mehr zu erbringen sein würde, daß darum wenig Aussicht mehr für den Sieg besteht? Jede Generation hat ihre eigenen Lebensziele, ihre eigene Auffassung von Lebensqualität. Der von Natur strebende Mensch wird in jeder Generation und zu allen Zeiten versuchen, besseres zu leisten als seine Umwelt. Gerade diese echt menschliche Kreativität zu fördern, dient eine Wirtschaftsordnung, in der es möglichst vielen Eigenunternehmern gestattet ist, sich als Unternehmer zu betätigen. Das weitgestreute Eigenunternehmertum ist in gewissem Sinn der Garant eines dauerhaften „Kapitalismus“, der allerdings nicht die Signatur trägt, die die Marxisten dem Kapitalismus zuschreiben. Entscheidend für das Fortleben des Kapitalismus, verstanden als Wirtschaft auf der Grundlage des Produktionsmitteleigentums, ist die Unterordnung der Wirtschaft unter die gesellschaftlichen Normen, die zu umschreiben nicht der Wirtschaft, sondern dem Staat zusteht, der wirksame Maßnahmen sowohl zur Stabilisierung wie auch zur Vollbeschäftigung zu ergreifen hat. Allerdings behaupten die Marxisten, daß es einen solchen Staat, der mit diesen beiden Problemen fertig wird, auf der Grundlage des Produktionsmitteleigentums nicht geben kann (vgl. unten im Abschnitt „Staat“).

## V. Die Krise

### *Die Krise als Problem der Reproduktion*

Die Krise wird marxistisch als Beginn eines Zusammenbruchs des Funktionssystems des Kapitalismus verstanden. *Marx* selbst hat keine zusammenhängende und systematische Darstellung der Krise geliefert. Diese Aufgabe ist seinen Nachfahren überlassen worden. Es genügt in einer philosophischen Durchleuchtung der marxistischen Krisentheorie, auf die Grundkonzeption einzugehen, von der aus die Unausweichlichkeit von Krisen im Kapitalismus nachgewiesen wird. Vom marxistischen Standpunkt aus ist dieses Thema an sich leicht abzuhandeln, wenn man sich auf den entsprechenden Abstraktionsgrad einstellt, der für die marxistische Analyse kennzeichnend ist. Die marxistische Analyse geht von einem abstrakten, d. h. als solches nicht-geschichtlichen, aber in jeder geschichtlich gegebenen Wirtschaft implizierten Phänomen aus: Der Mensch produziert für die Erhaltung und Entfaltung seiner Existenz, er tauscht sein Produkt mit dem des Mitmenschen, um die materiellen Bedürfnisse in Arbeitsteilung zu befriedigen. Die Modalität des Tausches ist je nach Zeiten verschieden: Naturaltausch, Benutzung des Geldes als Tauschmittel, sei es zur Erleichterung des Tausches im Sinn der reinen Bedarfsdeckung, sei es, wie im Kapitalismus, zur Erzielung von Gewinn. Die originäre Produktionsweise, von der aus diese geschichtlichen Abwandlungen des Tausches betrachtet werden müssen, ist stets die einfache Warenproduktion.

Diese Betrachtungsweise bietet ohne Zweifel ein geeignetes Kriterium für die Bestimmung, inwieweit eine zeitlich gegebene Wirtschaft den Sinn des Wirtschaftens noch erfüllt. Der überzeitliche Charakter dieses Kriteriums verdient besondere Beachtung. Wenn von diesem Kriterium aus die Krise als unausweichliche Konsequenz eines bestimmten Wirtschaftssystems nachgewiesen werden kann, dann nützen alle zeitbedingten

Gegenargumente nichts. Es kann dann nur darum gehen, Argumente zu finden, die die Inkaufnahme der Möglichkeit von Krisen rechtfertigen, und Maßnahmen zu ersinnen, die sozial schädlichen Wirkungen der Krisen auszuglätten.

Was die nichtmarxistische Theorie in der Kreislauftheorie darstellt, demonstriert der Marxist an dem einfachen Beispiel der Reproduktion. Damit behält er die Nähe zum Urtyp der Werterhaltung. Eine Krise tritt dort auf, wo die in einer bestimmten Produktionsperiode eingesetzten Werte im Endzustand nicht mehr wiederhergestellt werden. Diese Vereinfachung hat den Vorteil, daß ein an sich sehr komplizierter Vorgang, wie er in der dynamischen, mit Marktpreisen rechnenden kapitalistischen Wirtschaft stattfindet, auf das Grundelement des Wirtschaftens zurückgeführt wird, nämlich auf die Produktion von Lebenswerten, die, wenn sie sinnvoll sein soll, keine Verluste registrieren darf, im Gegenteil sogar neue Werte schaffen soll, die den Ausgangszustand erweitern. Im ersten Fall, in dem nur der Ausgangszustand wiederhergestellt wird, handelt es sich um die einfache Reproduktion, im zweiten Fall, in dem neue Werte hinzugewonnen werden, um die erweiterte Reproduktion. Es ist klar, daß in dieser Vereinfachung viele Probleme des Wachstums nicht behandelt werden können. Aber das ist für den Marxisten, der den Wesenskern untersuchen will, unbedeutend. Am Ende auch des kompliziertesten Kreislaufprozesses, muß man feststellen können, daß das Uranliegen des Wirtschaftens erfüllt worden ist, nämlich daß möglichst alle arbeiten, essen und sich entfalten können, daß in dem Prozeß nicht eine Schicht von Menschen geopfert werden mußte, um den Erfolg für die andern zu verdienen. Diese selbstverständlichen Erwartungen sind in dem einfachen Reproduktionschema enthalten: die Produktionsmittel dürfen nicht vergeudet und die Arbeitskraft muß wiederhergestellt sein.

### 1. Möglichkeit der Krise in der einfachen Warenproduktion?

In der einfachen Warenproduktion ist der Urtyp des Tausches der Naturaltausch, wobei der Wert der Ware nicht nach einer auf dem Markt sich äußernden Nachfrage bestimmt wird, sondern nach der Arbeitsleistung, die zur Produktion der Ware *notwendig war*. *Von einer Krise kann man in diesem Status nicht sprechen*. Es könnte höchstens vorkommen, daß ein einzelner etwas produziert hat, wofür sein Nachbar keinen Bedarf hat. Aber ein Ungleichgewicht entstände nicht.

Das Ungleichgewicht ist erst möglich, wenn zwischen Ware und Ware das Tauschmittel Geld tritt. Sofern das Geld dem Zirkulationsprozeß der Ware entspricht, also echtes Tauschmittel für Ware bleibt, tritt eine Stauung in der Zirkulation erst ein, wenn ein Produzent das beim Verkauf seines Produkts kassierte Geld nicht wieder für den Ankauf von Ware ausgibt. Der Ausfall dieser Geldmenge verursacht unter sonst gleichen Bedingungen einen Nicht-Absatz von Ware und wirkt sich in Form einer Kettenreaktion auf andere Produzenten aus. Es liegt Ware da, für die es keinen Käufer gibt. Damit stehen wir vor der Krise der Überproduktion. Das heißt, der Ausgangswert ist am Ende nicht reproduziert worden. Es besteht also Ungleichgewicht.

Welches ist nun die Ursache dieser Krise? Die Überproduktion wird ausdrücklich nicht als Ursache der Krise bezeichnet. Sie ist vielmehr die Krise. Die Ursache liegt in den Umständen, die den Produzenten einer bestimmten Ware veranlassen, den Tausch seiner Produkte gegen Produkte anderer zu unterbrechen. Diese Nuance der Erklärung der Ursache ist nicht zu übersehen. Wenn man das Augenmerk darauf richtet, dann begreift man, daß der Streit um die verschiedenen Definitionen der Krise, ob Überproduktion oder Unterkonsumtion samt ihren verschiedenen Nuancierungen, im Grunde weniger von Belang ist, daß es vielmehr darauf ankommt, die Verhaltensweise der kapitalistischen Unternehmer zu studieren, ob in ihr

ein Widerspruch zum sinnvollen wirtschaftlichen Handeln festzustellen ist.

## 2. Die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus

Wie gesagt, zielt in der einfachen Warenproduktion und dem mit ihr verbundenen Tausch das Interesse der Produzenten einzig auf Güter im Hinblick auf die Konsumtion, dies auch in dem Fall, in dem Produktionsmittel getauscht werden. Im Wettbewerb der Produzenten dagegen ändert sich die Intention. Aus der Relation Ware - Geld - Ware wird Geld - Ware - Mehrgeld ( $G - W - G'$ ). Der Kapitalist beginnt mit Geldkapital, mit dem er Ware (Arbeitskraft und Produktionsmittel) kauft. Diese setzt er zum größtmöglichen Profit wiederum in Geld um, um neu zu investieren.

Was geschieht nun bei dieser von allen zur Kapitalistenklasse gehörenden Unternehmern verfolgten Unternehmenspolitik? In der Erklärung ihrer Folgen gehen die marxistischen Theoretiker auseinander. Ist es in erster Linie die fallende Profitrate, die zur Krise führt, oder ist es die Disproportionalität der Investitionen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, oder die Überproduktion, d. h. die Produktion von Gütermengen, die – ganz abgesehen von einer etwa fehlenden Kaufkraft – keinen Absatz finden, oder die Unterkonsumtion, die ihren Grund in der Verarmung der großen Masse hat, der die nötige Kaufkraft fehlt?

Im Zusammenhang mit dem Problem der Stabilisierungspolitik weist *R. Hickel* auf die im Gesetz der fallenden Profitrate beschlossene Tendenz zur Überakkumulation von Kapital im Vergleich zur Profitmasse und die daraus sich ergebende Marktsituation hin. „Überakkumulation von Kapital ist immer auch Überproduktion von Waren. Die Bedingungen dafür, daß eine ‚definitive‘ Konsumtionsbeschränkung die Realisierung von Produktion behindert, die die Krise zum konkreten Ausbruch bringt, müssen aus der spezifischen Konstellation der makro-

ökonomischen Größen erklärt werden. Da jedoch die ‚Konsumtionskraft‘ selbst Ergebnis ‚antagonistischer Distributionsverhältnisse‘ ist, wäre es ‚naiv‘ (Marx), über Lohnerhöhungen diese aufheben zu wollen. Das würde die schon zu niedrige Profitrate in der Produktionssphäre noch weiter senken. An der doppelten Funktion der Löhne läßt sich zeigen, wie sie einerseits als profitbelastender Kostenfaktor in der Produktionssphäre wirken, und sich andererseits darüber die prinzipielle Beschränktheit der Massenkonsumtionskraft bestimmt<sup>73</sup>. Durch die Akkumulation wird das Kostengewicht auf das Fixkapital verlagert. Konjunkturell hat dies seine Folgen. „Es ist unmittelbar einsichtig, daß das anteilmäßig wachsende Fixkapital für die unternehmerische Preispolitik von größter Bedeutung ist. Die sich aus dem Fixkapital bestimmenden Fixkosten sind von der Ausbringungsmenge unabhängig. Oder anders ausgedrückt: Sinkende Nachfrage kann aufgrund der Invarianz der Fixkosten gegenüber der Ausbringung nicht in sinkenden Preisen weitergegeben werden. Die Zunahme an Fixkapital innerhalb der Akkumulationsentwicklung verändert damit nachhaltig die Verlaufsform der Preise im Zyklus. Das Phänomen überzyklischer Preisentwicklung wird u. a. damit erklärbar. Dabei ist es jedoch festzuhalten, daß sich die fixkostenbegründete überkonjunkturelle Entwicklung der Preise nur als ein Moment aus der inneren Logik der Profitproduktion ergibt und damit nicht aus einer wie auch immer gearteten ‚Machttheorie‘ der Preissetzung erklärt werden kann“<sup>74</sup>. Die Fixkosten können in einer solchen Weise für die Produktionsgestaltung bestimmend werden, daß man, wie *Hickel* im Anschluß an *Eugen Schmalenbach* sagt, von einem epochalen Übergang der „freien Wirtschaft“ in eine „gebundene Wirtschaft“ sprechen könne<sup>75</sup>. Bei dieser Belastung der Produktion durch die Fixkosten ist, wie

<sup>73</sup> Ökonomische Stabilisierungspolitik, 99.

<sup>74</sup> A. a. O., 100.

<sup>75</sup> A. a. O.

aus dem zitierten Text aus *Hickel* hervorgeht, das Ausweichen in eine reduzierte Produktion wirkungslos. Bei monopolistisch-oligopolistischer Marktlage werden die Preise so hoch wie möglich festgelegt, um die Profitrate entsprechend dem Kapitaleinsatz zu halten. Mit anderen Worten: die Fixkostenökonomie ruft gesetzmäßig eine überzyklische Preissteigerung hervor. Die Güterpreise werden „in relativer Unabhängigkeit von den Nachfragebedingungen durch die anfallenden Kosten sowie einen Gewinnaufschlag“ bestimmt. Gegen dieses Phänomen der „administrierten Preise“ und der mit ihr gegebenen Inflation hat nach *Hickel* der Kapitalismus kein Rezept zur Stabilisierung.

Wirtschaftstheoretisch ist die Diskussion der Marxisten über die Krisenursachen im Kapitalismus nicht nur interessant, sondern auch von Bedeutung für die Einsicht in die Maßnahmen, die der Nichtmarxist anwenden muß, um die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zu sanieren. Verbleibt man auf dem Niveau philosophischer Überlegungen, dann spielen diese Auseinandersetzungen keine Rolle. Denn im Grunde treffen sich alle Theoreme der Marxisten darin, daß sie die Unfähigkeit des Kapitalismus unterstreichen, einerseits Kapitalvergeudung zu vermeiden und andererseits die Nachfrage in humaner und zugleich gerechter Weise zu befriedigen. Eine Ausnahme bildet die Theorie, die die Disproportionalität als die einzige Ursache der Krisen im Kapitalismus angibt, wie sie vom russischen Revisionisten *Michael Tugan-Baranowski* vorgetragen wurde.

In der Tat besteht die Schwierigkeit des Kapitalismus, wie *Keynes* und *Hayek* betonen, darin, die Nachfrage nach Kapital und nach Konsumgütern proportional zu ordnen. Die Disproportionalitätstheorie ist in dieser Sicht miteingeschlossen. Die Investitionen im Produktionssektor sollten nur in der Weise erfolgen, daß sie dem Konsummittelsektor entsprechen. Diese Proportion wird nach *Hayek*<sup>76</sup> nur garantiert, wenn die Investi-

<sup>76</sup> Vgl. die Zusammenfassung der Ideen *Hayeks* bei: *A. H. Hansen - H. Tout*: Investment and Saving in Business Cycle Theory.

tionen durch das freiwillige Sparen und nicht durch Bankkredite, d. h. durch die Ausweitung der Geldmenge finanziert werden. Der Marxist *John Strachey* meint hierzu, daß man nun die Bankiers zu Prügelknaben mache, während es zum Kapitalismus gehöre, anarchisch zu produzieren. Wenn es Schuld der Bankiers wäre, daß dort investiert wird, wo dafür nicht die nötigen freiwilligen Ersparnisse vorhanden sind, dann hätten sie den Bau von Eisenbahnen so lange verhindern müssen, bis die entsprechenden Ersparnisse vorgelegen hätten. „In gewisser Hinsicht mag Dr. Hayek recht haben, wenn er sagt, das wäre die einzige Methode gewesen, um wiederkehrende Krisen unter dem Kapitalismus zu dämpfen. Aber das läuft fast auf die Feststellung hinaus, daß die Methode zur Vermeidung von Krisen im Kapitalismus darin bestünde, den Kapitalismus am Aufkommen zu hindern“<sup>77</sup>.

*John Strachey* hat das philosophische Prinzip, das der marxistischen Auffassung von der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zugrundeliegt, angerührt: das Gesetz des Widerspruchs, hier angewandt auf das individualistische Prinzip kapitalistischer Produktionsweise: Chaotische Unternehmensentscheidungen, von denen jede nur die Maximierung des eigenen Gewinns im Auge hat, sind im Hinblick auf eine gesamtgesellschaftlich geordnete Versorgung ein Widerspruch. Was aber widersprüchlich ist, kann, streng unter dem Gesichtspunkt, unter dem es widersprüchlich ist, nicht sein<sup>78</sup>. Der Kapitalismus – stets gemäß der *Marx*'schen Definition verstanden – kann nicht geordnet, saniert werden, weil er widersprüchlich ist. Auf dieser philosophischen Grundlage stehen die vielen differenzierten Versuche der marxistischen Autoren, die Krisen im Kapitalismus wirtschaftstheoretisch zu erklären. Die wirtschaftstheoretischen Differenzen bezüglich der Erklärung der Krisen bewe-

<sup>77</sup> *John Strachey*, *The Coming Struggle for Power*, 111–118.

<sup>78</sup> Vgl. unten 124ff.

gen sich übrigens im Sog einer anderen Frage, ob nämlich die Widersprüchlichkeit kapitalistischen Wirtschaftens direkt, also im Gefolge der kapitalistischen Unternehmenstätigkeit selbst aufgelöst wird, d. h. zum Tod des Kapitalismus führt, oder ob es auch andere Akteure sein können, die diese Auflösung vollziehen. Damit kommen wir zu den Zusammenbruchstheorien.

### 3. Die Widersprüche des Kapitalismus und ihre Auflösung: Das Problem des Zusammenbruchs

#### *Die philosophische Grundlage der Zusammenbruchstheorie*

Ein absoluter Widerspruch ist nicht denkbar. Dieser Satz ist nichts anderes als ein anderer Ausdruck für das Kontradiktionsprinzip, wonach Sein nicht zugleich als Nicht-Sein denkbar ist. Unser auf die Wirklichkeit bezogenes Denken muß dieses Prinzip zugleich auch als Seinsprinzip annehmen. Das heißt, das Sein kann nicht zugleich Nicht-Sein sein. Was also nicht denkbar ist, kann auch nicht Seiendes sein. Damit ist nicht gesagt, was *Hegel* in dem Satz ausgedrückt hat, daß das, was rational ist, zugleich auch ist. Wenngleich aber diese Identität von rational und Sein nicht angenommen werden muß, so gilt doch immer und überall die negative Formulierung, daß etwas, was absolut, d. h. in sich und wesentlich, widerspruchsvoll ist, nicht sein kann. Wenigstens gilt dies für eine Erkenntnistheorie, gemäß der das Sein aus der Wirklichkeit abstrahiert worden ist. Anders allerdings würde formuliert in einer Erkenntnistheorie, die Erkennen und Wirklichkeit trennt: Der Begriff „Gott“ kann weder mit dem des Veränderlichen und Verursachten zusammen gedacht, noch kann er als existent mit dem Veränderlichen und Verursachten zusammen „begriffen“ werden. Dieser letzte Satz wäre aber eine Tautologie.

Die marxistische Erkenntnistheorie kennt allerdings die Abstraktion, die in dem soeben dargelegten Zusammenhang

supponiert wird, nicht. Für sie ist das Denken keine Theorie des Wirklichen, sondern Praxis des Wirklichen. Das heißt, einfach ausgedrückt, die Erkenntnis ist reflektiertes tätiges Umgehen mit der Wirklichkeit, in der man lebt. Dennoch kann auch der Marxist dem theoretischen Denken nicht entgehen. Denn indem er den Widerspruch des Kapitalismus analysiert, bewegt er sich im theoretischen Bereich, von dem aus er im Hinblick auf ein konkretes Phänomen erklärt, es beinhalte einen Widerspruch. Aus rein praktischer Erkenntnis wäre der Vergleich einer konkreten Situation mit einem Wesensbild nicht möglich.

Das Kontradiktionsprinzip bezieht sich auf einen absoluten Widerspruch, d. h. auf die Negation einer Position. Was immer existiert, beweist durch seine Existenz, daß es seismäßig keinen absoluten Widerspruch beinhaltet. Dennoch ist in einem realen Sein ein absoluter Widerspruch möglich, zwar nicht in Bezug auf seine Existenzmöglichkeit, wohl aber im Hinblick auf den Zweck, zu dem ein bestimmtes Seiendes vom Menschen benutzt oder auf den es ausgerichtet wird. Unter der Annahme, daß jedes reale Seiende eine seinem Wesen entsprechende Finalität hat, muß eine Zweckbestimmung, die dem Wesen dieses Seienden widerstrebt, als zweckwidrig, darum als absolut widersprüchlich bezeichnet werden. Unter diesem Betracht könnte man mit *Rosa Luxemburg* den Kapitalismus als sinnloses und zweckwidriges System betrachten, wobei vorausgesetzt würde, erstens, daß man mit der marxistischen Definition des Kapitalismus als eines Systems, in dem der Produktionsmittelbesitzer nur auf die Erhöhung der Mehrwertrate eingestellt ist, einig geht, und zweitens, daß gemäß der besonderen Annahme von *Rosa Luxemburg* der vereinnahmte Mehrwert nicht konsumiert werden kann, also die Reproduktion des eingesetzten konstanten Kapitals unmöglich und das Gewinnstreben illusorisch wird. *Rosa Luxemburg* geht hierbei irrtümlicherweise von der geschlossenen Wirtschaft aus, die es nicht oder vielleicht noch nicht gibt, und, was gravierender ist, von der einfachen Repro-

duktion (denn in der erweiterten Reproduktion kann der Mehrwert sehr wohl konsumiert werden). Sie meint daher, die kapitalistische Produktion gleiche einem Karussell, das sich im luftleeren Raum dreht<sup>79</sup>. Wenn das stimmen würde, dann wäre der Kapitalismus von seiner ihm wesentlichen Zweckrichtung aus widersprüchlich, darum unweigerlich dem Untergang geweiht. Dann wäre das an den Kapitalismus adressierte „memento mori“ *Kautskys* eine ebenso ernstzunehmende Mahnung wie die Mahnung an ein wesentlich vergängliches Wesen, sich nicht als unvergänglich zu wähnen.

Nur wenige Marxisten haben die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus so absolut formuliert. *Kautsky*, der anfangs mit der Zusammenbruchtheorie in solch radikaler Weise sympathisierte, hat sich später von ihr distanziert. So einfältig aber die These *Rosa Luxemburgs* vom wirtschaftswissenschaftlichen Standpunkt aus erscheinen mag, ihr philosophischer Gehalt ist dennoch bemerkenswert. Wenn nämlich der Kapitalismus als Wirtschaftssystem ein so sinnwidriges Unternehmen ist, wie es durch das gesamte Werk von *Marx* und seiner Gefolgschaft offenbar werden sollte, dann legt sich der Versuch nahe, diese Sinnwidrigkeit mit rein wirtschaftlichen Argumenten darzutun, das heißt seinen Zusammenbruch als mechanisch-funktional aufzufassen. Die anderen, verschiedenen mechanistischen Theorien des Zusammenbruchs (*Fritz Sternberg*, *Louis B. Boudin*, *Otto Bauer*, *Heinrich Cunow*), teilweise mit der Erklärung *Rosa Luxemburgs* einig gehend, teilweise mit anderen Argumenten arbeitend, mögen wirtschaftstheoretisch ebenso unzureichend sein, sie halten aber den engsten Kontakt mit der philosophischen Grundposition des Marxismus, wonach ein widersprüchliches Wesen sich nicht in der Existenz erhalten kann. Wenngleich *Marx*, *Engels* und *Lenin* sich nicht explizit für die These des mechanischen Zusammenbruchs ausgesprochen

<sup>79</sup> *Rosa Luxemburg*, Die Akkumulation des Kapitals, 114.

haben, so legt die materialistische Dialektik von *Marx* diese Erklärung doch nahe.

Jede andere Erklärung ist weniger philosophisch fundiert und entbehrt darum auch eines stringenten Argumentes. Aus dem zwingend eintretenden Zusammenbruch wird nun die Tendenz zu chronischer Depression. Die Diskussion mit diesen Thesen ist nichts anderes als eine wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung mit verschiedenen Krisentheorien. Zum Teil nehmen sie das Aussehen von nichtmarxistischen Krisentheorien an, so vor allem die Erklärung von *Sweezy*. Unterstellt man einmal die Ansicht der naturnotwendigen Tendenz des Kapitalismus zu chronischen Krisen als richtig, dann bleibt immer noch die Frage offen, ob die Abschaffung des Privateigentums nicht ebenso gefährliche Krankheiten produziert, also ebenso widersprüchlich ist wie das kapitalistische System. Es geht dann darum, die verschiedenen Widersprüchlichkeiten oder, besser gesagt, Lebensrisiken der alternativen Vorschläge zu untersuchen und miteinander zu vergleichen.

Die These von der Tendenz des Kapitalismus zu chronischen Depressionen wird noch in einer anderen, subtileren Version vorgetragen, die mit den rein ökonomischen Argumenten zugleich gesellschaftspolitische Gesichtspunkte verbindet. Es wird erklärt, daß der Kapitalismus sich nicht allein aus der Misere herausretten kann, vielmehr den Staat benötigt, der einerseits durch Subventionen die private Produktion erhalten und andererseits selbst Aufgaben übernehmen soll, die die privaten Produzenten nicht zu leisten vermögen (*R. Hickel*). Der Anteil des Staates am Sozialprodukt wächst unaufhaltsam, bis der Kapitalismus sich selbst auflöst. Das ist die These vom leisen Übergang des Kapitalismus in den Sozialismus. Der Kapitalist kann allerdings entgegnen, daß dieser Prozeß der Sozialisierung nicht der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung angelastet werden darf, vielmehr das Ergebnis des Leistungswiderwillens der Gesellschaftsglieder ist, die für sämtliche Versorgungsanliegen

den Staat haftbar machen. Daß das Füllhorn des Staates nur mit dem Geld der Steuerzahler, zu denen auch diejenigen gehören, die an den Staat appellieren, gefüllt werden kann, werde nicht bedacht. Diese Leistungsmüdigkeit der Bürger ist kein Charakteristikum des kapitalistischen Wirtschaftssystems, sondern des Menschen im allgemeinen, der die Neigung hat, mit möglichst wenig Anstrengung möglichst viel an Lebenskomfort – sogar auf Kosten anderer – zu gewinnen, was besonders für den Bürger der Wohlfahrtsgesellschaft gilt. Die starke Belastung des Staates durch soziale Ausgaben ist allerdings nicht nur die Folge eines verminderten Leistungswillens der Bürger zur Selbsthilfe. Die fortschreitende Arbeitsteilung, die Mobilität der Arbeitskräfte, die konjunkturelle Entwicklung mit ihrer Arbeitslosigkeit und Inflation machen die Absicherung des einzelnen Lebensschicksals auf breiter Basis notwendig. Doch wird damit nicht die Überführung des Kapitalismus in den Sozialismus erzwungen. Es wird nur geraten sein, die Bürger darüber aufzuklären, daß nur jene sozialen Hilfen vom Staat zu erwarten sind, für die vorgängig gearbeitet worden ist. Dieser sachgerechten Forderung kann auch eine Planwirtschaft nicht ausweichen. Sie hat allerdings den zweifelhaften Vorteil des Zwanges zur Leistung. Doch ist, wie die Erfahrung lehrt, gerade dieser Zwang unwirksam.

Die revisionistische These von der Möglichkeit des Kapitalismus, zum Besseren zu tendieren (*Eduard Bernstein*) oder gar alle Krankheitserscheinungen zu überstehen und sich zeitlich unbegrenzt am Leben zu erhalten (*Conrad Schmidt, Michael Tugan-Baranowski, Rudolf Hilferding*), beabsichtigt natürlich nicht die Verteidigung des Kapitalismus. Im Grunde ist Zweck dieser Argumentation, ein ganz andersgeartetes Beweisstück für den Untergang des Kapitalismus ins Feld zu führen, das unter Umständen den Ausschlag gibt: den angesichts der Tendenz des Kapitalismus, seine Widersprüche zu verewigen, sich regenden und vermehrenden Widerwillen der Arbeiterklasse, der zur

Umwälzung drängt. Damit ist die These des mechanistischen, d. h. rein wirtschaftlich-funktionellen Zusammenbruchs des Kapitalismus, die an sich der materialistischen Dialektik am konformsten wäre, aufgegeben zugunsten eines gesellschaftspolitischen und staatspolitischen Arguments.

Auf diesem Hintergrund müssen die abstrusen Ausführungen des russischen Revisionisten *Michael Tugan-Baranowski* zur Kenntnis genommen werden. *Tugans* Erklärung der kapitalistischen Krisen will die Theorie der fallenden Profitrate und die Unterkonsumtionstheorien widerlegen und einzig die Disproportionalitätstheorie verteidigen. *Tugan* geht unter Zugrundelegung dieser These von dem Gedanken aus, daß der Sektor der Produktionsmittel und der von den Kapitalisten zu konsumierenden Konsummittel seine eigene Gesetzmäßigkeit hat, die vom Konsum der Arbeiterklasse unabhängig ist. Zur Erhaltung dieses Kapitalistensektors sei einzig notwendig, daß immer die richtigen Proportionen zwischen den verschiedenen Produktionszweigen beibehalten werden: „Sind einmal alle Arbeiter bis auf einen einzigen verschwunden und durch Maschinen ersetzt, so wird dieser einzige Arbeiter die ungeheure Masse von Maschinen in Bewegung setzen und mit ihrer Hilfe neue Maschinen – und Konsumtionsmittel der Kapitalisten – herstellen. Die Arbeiterklasse wird verschwinden, was nicht im mindesten den Verwertungsprozeß des Kapitals stören wird. Die Kapitalisten werden keine geringere Masse von Konsumtionsmitteln bekommen, das gesamte hergestellte Produkt eines Jahres wird durch die Produktion und Konsumtion der Kapitalisten des folgenden Jahres verwertet und verbraucht. Wollen etwa die Kapitalisten ihre eigene Konsumtion einschränken, so bildet das keine Schwierigkeit; in diesem Fall wird auch die Produktion der Konsumtionsmittel der Kapitalisten teilweise aufhören und ein noch größerer Teil des gesellschaftlichen Produktes aus Produktionsmitteln bestehen, welche zur weiteren Ausdehnung der Produktion dienen werden. Die erweiterte Produktion von Eisen und

Kohle des folgenden Jahres wird die zugenommene Masse der im abgelaufenen Jahre hergestellten Produkte verbrauchen und so ad infinitum, bis der Vorrat an nötigen Mineralien erschöpft ist“<sup>80</sup>. Der Kapitalismus könne, meint *Tugan*, so lange mit seiner Überlebenschance rechnen, als er nicht durch die enttäuschte Arbeiterklasse beseitigt werde. Mit dieser Beseitigung ist aber angesichts der völligen Verelendung der Arbeiterklasse zu rechnen.

Die Revolution, die sich aus der Bewußtseinslage ergibt, in der sich die ausgebeutete Arbeiterklasse befindet, ist die Frucht eines unaufhaltsamen Reifeprozesses. Auch in dieser Erklärung des Niedergangs des Kapitalismus ist das marxistische Prinzip der Selbstauflösung des Widerspruchs noch in seinem ganzen Umfang wirksam. Der logische Weg über das Bewußtsein des Ausgebeutetseins kommt dem philosophischen Gehalt des Materialismus als eines Prinzips menschlicher Existenz noch näher als die rein ökonomische Beweisführung des Zusammenbruchs des Kapitalismus.

Das Prinzip des Widerspruchs, wie es der Marxismus versteht, hat, äußerlich betrachtet, manche Ähnlichkeit mit der naturrechtlichen Auffassung. Von beiden wird es als ein Seinsprinzip angesehen. Mit den rein ökonomischen Zusammenbruchstheorien ist allerdings der Vergleich nicht möglich. Denn die Naturrechtslehre stützt sich auf das natürliche Normenbewußtsein, das sie als seinsmäßige Anlage des Menschen begreift. Die physische Gesetzmäßigkeit, die in der ökonomischen Zusammenbruchstheorie angesprochen wird, gehört nicht in die Naturrechtslehre. Der Vergleich zwischen Naturrechtslehre und marxistischer Zusammenbruchstheorie ist darum nur hinsichtlich jener marxistischen Theorie möglich, die mit der Veränderung des Bewußtseins der Arbeiterklasse rechnet. Gemäß dem Naturrechtsdenken ergibt sich aus der Mißachtung

<sup>80</sup> *M. Tugan-Baranowski*, Theoretische Grundlagen des Marxismus, 230.

der wesentlichen Norm wirtschaftlichen Handelns, des Gemeinwohls, ebenfalls eine chaotische Unordnung. Aus ihr folgt aber im Unterschied zum Marxismus nicht mit Notwendigkeit das Bewußtsein von der Unausweichlichkeit der Revolution. Das moralische Bewußtsein als personales Normbewußtsein kann Alternativen erarbeiten und in personaler Verantwortung sich für eine derselben in Freiheit entscheiden. Immerhin ist auch gemäß dem naturrechtlichen Denken anzunehmen, daß diejenigen, die durch die Mißkennung natürlicher Ordnungsnormen zu leiden haben, den Widerspruch feststellen, also das Bewußtsein der Unzufriedenheit haben. Aus der Sozial- und politischen Psychologie dürfte diese realistische Sicht des Normbewußtseins sattsam bekannt sein. Man braucht also durchaus nicht der marxistischen Auffassung zu sein, daß das Normbewußtsein eine reine Widerspiegelung der wirtschaftlichen Bedingungen ist.

Es dürfte von Interesse sein, den von den Marxisten gerügten Widersprüchen im Zusammenhang mit dem natürlichen Normbewußtsein nachzugehen, um sie entsprechend zu gewichten. Davon soll im folgenden die Rede sein. Die rein ökonomischen Interpretationen scheiden naturgemäß aus.

### *Die Widersprüche der kapitalistischen Produktion unter dem Aspekt des ethischen Normbewußtseins*

*Das Privateigentum.* – Der Grundwiderspruch, aus dem alle anderen Widersprüche folgen, ist gemäß dem Marxismus das Privateigentum. Daß Güter, die gesellschaftlich erzeugt werden, in Privatbesitz übergehen, scheint ein offener Widerspruch zu sein, der nicht ohne Konsequenzen sein kann. Der Widerspruch ist am offenbarsten in der arbeitsteiligen industriellen Produktion. Er beginnt aber dort, wo ein Produzent sein Produkt nach Gebrauchswert austauscht, weil diese Bewertung bereits die Situation zugrundelegt, in der der Produzent sich als

Eigentümer seines Produkts betrachtet und darum den Preis nicht mehr nach der Arbeitszeit bestimmt.

Was ist nun vom Standpunkt natürlichen Wertdenkens aus zu diesem Widerspruch zu sagen?

Es ist offenbar ein Widerspruch, daß ein gesellschaftlich produziertes Gut privat angeeignet wird. Daß es sich nur um eine teilweise private Aneignung handelt, nämlich um jenen Teil, der dem Mehrwert entspricht, ist auch dem Marxisten klar. Doch könnte der kapitalistische Produzent den Mehrwert nicht als sein Eigentum betrachten, wenn nicht vorgängig die Produktionsmittel ihm gehörten. Daß der gesamte Ertrag eines Unternehmens nicht einfach unter den Unternehmensangehörigen entsprechend dem Arbeitseinsatz eines jeden verteilt werden kann, leuchtet auch den Marxisten ein. Abgesehen von der Amortisation, den Reserven für die Expansion usw. ist an gesamtgesellschaftliche Lasten zu denken wie Altersvorsorge, Wohlfahrt, Kultur und Bildung. Der Kapitalismus konnte entsprechend den Prämissen, mit denen er anfang, für die sozialpolitischen Anliegen nur wenig Verständnis aufbringen. In mancher sozialpolitischen Hinsicht kann man dem Kollektivsystem mehr Effizienz zuschreiben als dem Kapitalismus. Es ist nicht zu leugnen, daß der Mehrwert, d. h. der Gewinn kapitalistischer Unternehmen trotz höherer wirtschaftlicher Produktivität des kapitalistischen Systems den gesamtgesellschaftlichen Zwecken weniger leicht zugeführt werden kann als im kollektivistischen System, dies wegen der geringeren Verzahnung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Kapitalismus. Zwar betonen die nicht-marxistischen Wirtschaftler, daß die beste Wirtschaftspolitik zugleich auch die beste Sozialpolitik sei, da man nicht verteilen könne, was nicht vorher produziert worden sei. Dies mag stimmen. Dennoch muß man sich fragen, ob die Reinvestition der Gewinne im kapitalistischen System immer auf die gesamtgesellschaftlichen Zwecke abgestimmt wird, da der einzelne Unternehmer in erster Linie den Gewinn, nicht aber die für die

Gesamtgesellschaft notwendigen Gebrauchswerte im Auge hat. Die Replik der Vertreter der Marktwirtschaft, daß die Bedürfnisse der Gesellschaft sich am sichersten durch die Nachfrage auf dem Markt ermitteln lassen, rührt an den entscheidenden Punkt der Diskussion: Wird das Gemeinwohl im Sinn von *J. Bentham* als Summe der vielen Einzelwünsche definiert oder transzendiert das Gemeinwohl die Einzelwünsche? Die Frage führt in das erkenntnistheoretische Problem, ob ein solches Gemeinwohl, das über den vielen Einzelwohlvorstellungen liegt, überhaupt erkannt werden kann. An anderer Stelle<sup>81</sup> wurde dargestellt, daß wir immerhin Grenzwerte für die Gesamtheit erkennen können, wenngleich wir die konkrete Bestimmung des Gemeinwohls der Dynamik der freien Willensbildung aller überlassen müssen. Die Grenzwerte müssen einer den Markt transzendierenden gesamtgesellschaftlichen Kompetenz, d. h. dem Staat, anvertraut werden, der als Ordnungsmacht fungiert. Das kollektivistische System, das eine weltanschaulich einheitlich formierte, also nicht-pluralistische Gesellschaft voraussetzt, unterstellt die individuellen Wünsche der obrigkeitlich formulierten Gemeinwohldefinition. Der pluralistischen Gemeinwohlkonzeption widerspricht eine solche Machtbefugnis des Staates. Jedoch dürfte man nicht dem Extrem verfallen, jegliche Erkenntnismöglichkeit allgemeiner Grenzwerte zu negieren. Sonst bleibt der Widerspruch bestehen.

Für den Marxisten ist mit dieser Temperierung des Widerspruchs der Widerspruch selbst nicht aufgelöst, da er eine heile Welt konstruieren zu können vermeint. Es fragt sich aber, ob, selbst unter Voraussetzung einer von der Basis her legitimierten staatlichen Autorität, die Regierung eine Gemeinwohldefinition zu erstellen imstande ist, innerhalb deren die personale Freiheit zu ihrem Recht kommt. Der Marxist wird diese Frage bejahen in der Supposition, daß die Lebensauffassung aller sozialisiert ist.

<sup>81</sup> Vgl. *A. F. Utz*, Zwischen Neoliberalismus und Neomarxismus, 112ff.

Unter diesem Betracht ist natürlich jeder Widerspruch aufgehoben. Für denjenigen aber, der die personale Freiheit nicht als von der Gesellschaft oder vom Staat gegeben auffaßt, ergibt sich aus der marxistischen These ein noch grundsätzlicherer Widerspruch als es der sein kann, der in marxistischer Sicht zwischen Privateigentum und gesellschaftlicher Produktion besteht, der Widerspruch zwischen totaler staatlicher Macht und personaler Freiheit.

*Interesse des Kapitalisten an Tauschwerten, statt an Gebrauchswerten.* – Wenngleich der Marxist ein Produkt nicht nach seinem Gebrauchswert taxiert, sondern, wie gesagt, nach der in ihm vergegenständlichten Arbeit, so ist doch für ihn das Motiv der Arbeit die Schaffung von gesellschaftlich legitimierten Gebrauchswerten. Von diesem Motiv sieht er in seinem System die Produzenten beseelt. Dagegen impliziert das Motiv der Gewinnmaximierung die Intention, nur solche Werte zu schaffen, die sich auf dem Markt, also in der Verkehrs- oder Tauschwirtschaft durchsetzen, wie immer es um den Gebrauchswert der Ware stehe. Diese Sicht der Dinge ist aber nur unter der Bedingung richtig, daß die pointierend hervorhebende Abstraktion, mit der die Absicht der Gewinnmaximierung isoliert betrachtet wird, als real gültige Erkenntnisweise angenommen wird. Diese reale Gültigkeit hat aber, wie bereits dargestellt, die besagte Abstraktion nicht. Die Intention der Gewinnmaximierung ist nämlich eingebettet in einen funktionalen Zusammenhang von Produzent und frei urteilendem und wählendem Konsumenten. Daß selbst die sozialistische Wirtschaft diesen funktionalen Zusammenhang nicht außerachtlassen kann, beweist die Tatsache, daß sie den Tausch mittels des Geldes zuläßt und zulassen muß. Gewiß ist damit noch nicht bewiesen, daß der Produzent auch im sozialistischen System Tauschwerte statt Gebrauchswerte im Auge habe. Es ist aber soviel einsichtig, daß die Produktion von Tauschwaren nicht ohne Rücksicht auf deren Gebrauchswert möglich ist. Es

kommt jetzt nur noch darauf an, in welchem Ausmaß man dem Konsumenten die Bestimmung des Gebrauchswertes zumutet.

*Chaos der Investitionsentscheidungen im Kapitalismus.* – Der Vorwurf der chaotischen Investitionsentscheidungen im Kapitalismus deckt sich mit der These der Disproportionalität der Produktionssektoren, einer These, die von verschiedenen marxistischen Autoren als Argument der Krise und sogar des Zusammenbruchs des kapitalistischen Wirtschaftens benutzt wird. Im Modell der vollkommenen Konkurrenz ist für den Gedanken an ein Chaos der Investitionen kein Platz. Das geben auch alle marxistischen Autoren zu. Doch für die konkrete Wirklichkeit kann man sich nicht gut vorstellen, daß das vom reinen Gewinnstreben motivierte Planen unzähliger Unternehmer das Ziel der Gesamtwirtschaft, nämlich die allgemeine Wohlfahrt, realisieren könnte. Beträchtliche Vergeudung von Kapital, erkennbar an Unternehmenspleiten, ist unvermeidlich. Die Marxisten beabsichtigen, wenn sie von chronischen Krisen im Kapitalismus und dem darauf folgenden Zusammenbruch sprechen, keineswegs irgendwelche Prognosen. Die These des Widerspruchs soll lediglich abstrakt besagen, daß in einem System, in dem jeder Unternehmer nur im Sinn der Gewinnmaximierung entscheidet, keine Ordnung entstehen kann. Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen. Wie bereits gesagt, können summierte Einzelentscheidungen nie das ergeben, was man unter allgemeiner Wohlfahrt zu verstehen hat. Insofern besteht ein echter Widerspruch. Auch reine Spielregeln können den Widerspruch nicht auflösen. Trotz aller bis ins einzelne durchkonstruierten Spielregeln ist z. B. der Sport nicht davor bewahrt, als reiner meßbarer Leistungssport das eigentliche Ziel des Sports zu verfehlen. Konkurrenzregeln taugen nichts, wenn sie nicht einer inhaltlich bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik untergeordnet werden. Als man im Boom alle verfügbaren Arbeitskräfte, darunter besonders die Frauen und Familienmütter in den Arbeitsprozeß lockte, bedachte man die

Folgen für die Familien nicht. Damit hat sich eine doppelte Belastung der Gesellschaft ergeben, zunächst eine moralische, der nur schwer mehr reparierbare Niedergang der Familie, dann die Belastung der Sozialversicherung, von dem Problem der Gastarbeiter ganz zu schweigen. Auch hier stellt sich aber die Frage, ob ein kollektivistisches Wirtschaftssystem es besser machen kann. Gewiß vermag die Planungsbehörde, das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziel klar zu umreißen. Es ist aber damit die Unfreiheit der Gesellschaftsglieder verbunden. Und zudem ist zweifelhaft, ob das gesteckte wirtschaftliche Ziel je erreicht werden kann, weil dieses Ziel nicht mit der Motivierung der geistig noch nicht sozialistisch umgeschulten Arbeiter identisch ist, vor allem dann nicht, wenn das wirtschaftliche Ziel der militärischen Rüstung unterstellt wird. Die von den Marxisten am Kapitalismus gerügten „Fehlinvestitionen“ sind der Preis für die Freiheit. Der Versuch des Marxismus, die gesellschaftliche Wohlfahrt nach den gegebenen Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnissen vor auszuplanen, ist ein Versuch am falschen Objekt. Denn die unzerstörbare Freiheit des Menschen wird sich trotz Zwang und Kontrolle irgendwo Raum schaffen, davon zeugt die verminderte Effizienz der Planwirtschaften: der Kostenpreis der Unfreiheit. Wir können die Schicksalhaftigkeit unseres Lebens, besonders des sozialen, nie überwinden. Wir müssen uns mit trial and error abfinden. Das gesellschaftspolitische Ziel, dem die Marktwirtschaft zu dienen hat, läßt sich nur vage und in groben Umrissen bestimmen. Der Irrtum einer wirtschaftspolitischen Entscheidung ist in den meisten Fällen erst im nachhinein feststellbar, wengleich ein gut ausgebildetes Wertgefühl manche Fehlleitungen anhand der sozialetischen Normen vermeiden könnte.

*Der Widerspruch von Klassenbildung und Gesellschaft.* – Das private Eigentum an Produktionsmitteln schafft Abhängigkeit der Arbeitnehmer von den Kapitalbesitzern. Dies bedeutet einen Widerspruch zum Wesen der Gesellschaft als der Gemein-

schaft von verschiedenen Funktionsträgern im Hinblick auf ein einheitliches Ziel. Die Spaltung der Gesellschaft wird besonders deutlich in den Arbeitskämpfen. Nach *Marx* soll dieser Widerspruch durch die „Diktatur des Proletariats“ beseitigt werden. Die Neomarxisten drücken sich gemäßigter aus, indem sie einfach von unwürdiger Abhängigkeit und deren Überwindung durch den Sozialismus sprechen. Ohne Zweifel ist, geschichtlich betrachtet, der Kapitalismus durch diesen Widerspruch gekennzeichnet. Doch muß die Institution des Produktionsmitteleigentums, wie bereits erwähnt, nicht notwendigerweise die Klassengesellschaft verursachen. Ungleichheit und Abhängigkeit wird es überall geben, vor allem dort, wo, wie im Sozialismus, der Aufstieg des Arbeiters nicht durch Selbständigwerdung möglich ist. Über die Art und Weise, wie man die Klassengesellschaft im kapitalistischen Wirtschaftssystem überwinden kann, braucht hier nicht gesprochen zu werden.

*Enteignung der Kapitalisten durch Kapitalisten.* – Es liegt an sich in der Natur des Wettbewerbs, daß es Sieger und Besiegte geben kann. Der Besiegte dürfte aber nicht mehr zu ertragen haben, als daß er nicht Sieger ist. Im Konkurrenzkampf der Marktwirtschaft aber wird derjenige, der die Konkurrenz nicht aushält, eliminiert und ruiniert. Durch Akkumulation des Kapitals kann ein Unternehmen ein anderes, noch so nützliches Unternehmen aus dem Weg räumen. Hier liegt offenbar ein Widerspruch zu dem Auftrag vor, der der Wirtschaft erst Sinn verleiht, in Arbeitsteilung die Wohlfahrt der Gesellschaft zu verwirklichen. Daß bei einem Preiswettbewerb gleicher Güter das billigere Angebot den Sieg davonträgt, ist gerechtfertigt. Nur ist um der Gerechtigkeit willen zu bedenken, daß derjenige, der mehr Kapital besitzt, leichteres Spiel hat. Man könnte diese Ungleichheit dadurch rechtfertigen, daß die Kapitalkonzentration dem Fortschritt und der Forschung dient, also der Gesellschaft wiederum zugute kommt. Die Reduzierung der Zahl von vielen, im Modell der vollkommenen Konkurrenz vorgese-

henen Kleinwettbewerbern wäre damit legitimiert<sup>82</sup>. Diese Eliminierung hat allerdings irgendwann ihre Grenzen, nämlich dann, wenn im Monopol die Konkurrenz zum Erliegen kommt. Und auch der Fortschritt verliert im Zug der Konzentration seine Vitalität. Auf dem Weg dahin ist es zudem den Großunternehmen gelungen, die Realisierung von Erfindungen des Konkurrenten zu verhindern (Schubladenpatente). Der Markt ist ein Konkurrenzkampf von teilweise grausamer Härte. Das ist ohne Zweifel ein Widerspruch, da die Wirtschaft in ihrem Wesen eine gesellschaftliche Veranstaltung ist oder sein müßte.

Diese Vorwürfe gegen die Marktwirtschaft haben gewiß ihre Fundierung im menschlichen Wertbewußtsein. Ob sie aber für die Abschaffung der Marktwirtschaft zwingend sind, dürfte zweifelhaft sein. Es gibt ausreichende Ordnungsnormen, die Konkurrenz vor der Brutalität zu bewahren (z. B. Kartellgesetze, Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb).

*Die Inanspruchnahme staatlicher Hilfe zur Sanierung privater Unternehmen.* – Während kleinere Unternehmen, vor allem Selbständiger, auf dem Schlachtfeld der Konkurrenz liegen bleiben, gelingt es Großunternehmen, in Krisen, namentlich dann, wenn eine beträchtliche Zahl von Arbeitnehmern arbeitslos würde, mit Hilfe staatlicher Finanzhilfe sich zu sanieren. Es werden Steuergelder in die Privatwirtschaft hineingepumpt. Damit wird diese wiederum in die Lage versetzt, wenigstens teilweise, dem Staat in Form von Steuern aufzuhelfen, damit er die von der privaten Wirtschaft nicht getragenen sozialen (und ökologischen) Lasten übernehmen kann. Wenn staatliche Dienstleistungen nur aus Steuern finanziert werden können, dann muß für eine möglichst weite Steuerbasis gesorgt werden. Diese Steuerbasis ist im Kapitalismus die privat organisierte Wertschöpfung. Darum spricht *J. Schumpeter* vom „Steuerstaat“<sup>83</sup>.

<sup>82</sup> Vgl. *J. Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, bes. Kap. 8.

<sup>83</sup> Vgl. *R. Goldscheid – J. Schumpeter*, Die Finanzkrise des Steuerstaats.

Der Marxist findet hier einen doppelten Widerspruch. Erstens scheint es widersinnig zu sein, daß der Staat, wenn er schon soziale Lasten zu tragen hat, diese nicht durch eigene Produktion selbst finanzieren darf. Und zweitens vergrößert sich der Widerspruch, wenn der Staat zunächst der privaten Wirtschaft aufhelfen soll, um jene Gelder über die Steuern zu erhalten, deren er zur Erledigung seiner Aufgaben bedarf<sup>84</sup>.

Der marxistische Vorwurf des Widerspruchs des Staates in der kapitalistischen Konzeption geht von dem Mißverständnis aus, daß die privat organisierte Wirtschaft sich wie ein Staat im Staate verhalte. Die privat organisierte Wirtschaft steht in Funktionszusammenhang mit dem Ziel des Staates, nämlich dem Gemeinwohl. Das Produktionsmitteleigentum kann niemals als vom Staat getrennte Institution betrachtet werden. Die Wirtschaft, so privat sie auch organisiert sein mag, ist darum nie eine neben dem Staat sich betätigende Gesellschaft. Das Produktionsmitteleigentum erhält aber seine Legitimierung nicht vom Staat, sondern vom Gemeinwohl, dem ebenfalls der Staat untergeordnet ist. Immerhin obliegt dem Staat die konkrete Umschreibung der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, immer jedoch mit dem Blick auf die Freiheit, von deren Initiativen nicht nur die Effizienz der Wertschöpfung, sondern auch die gesellschaftliche Ordnung abhängen. Allerdings verfängt sich der „kapitalistische Staat“ in einem Widerspruch, wenn er die Großunternehmen in Krisenfällen im Vergleich zu den Kleinen bevorzugt subventioniert. Man müßte gerade von den Berufsmanagern der Großen eine erleuchteterere Unternehmensplanung als von den Kleinen erwarten dürfen.

*Die Unfähigkeit des Kapitalismus zu echter Entwicklungshilfe.* – Die Marktwirtschaft kennt keine Geschenke. Der Kapitalist kann darum ein Entwicklungsland nur im Sinn eines neuen

<sup>84</sup> Vgl. hierzu R. R. Grauhan – R. Hickel (Hrsg.), *Krise des Steuerstaats?* Näheres zu diesem Thema unten S. 160ff.

Wettbewerbspartners begreifen, das heißt, es in die Marktwirtschaft eingliedern. Er betrachtet darum das Entwicklungsland als ein neues Absatzgebiet. In diesem Bestreben sucht er, seine technisch fortgeschrittene Industrie im Entwicklungsland zu plazieren. Das Entwicklungsland wird auf diese Weise unvermittelt in ein Wirtschaftssystem hineingezogen, für das es noch gar nicht reif ist. Dies ist aber ein offenkundiger Widerspruch zur gesamten sozialökonomischen Situation und autochthonen Kultur des Entwicklungslandes. Vonseiten der nichtmarxistischen Wirtschaftspolitiker wird dieser Widerspruch bestätigt durch die Erklärung, daß der Abstand zwischen den Entwicklungsländern und den Industrieländern nicht beseitigt werden könne, daß er vielmehr noch vergrößert werde im Hinblick auf den technischen Fortschritt der Industrieländer.

Originäres Wertdenken kann sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben. Es war auch einmal Überzeugung kapitalistischer Unternehmer, daß der Arbeiter sich in den geschichtlich gewordenen Status der Abhängigkeit schicken müsse. Man konnte es sich damals, als große Massen von Arbeitern noch unter den Themsebrücken übernachteten, nicht vorstellen, daß einmal der Arbeiter durch seine Organisation ein dem Kapital überlegener Partner werden würde. Der Widerspruch, von dem die Rede war, ist aber nicht wesentlich mit der Marktwirtschaft verbunden. Wie das Produktionsmitteleigentum nur Dienstfunktion hat, so ebenfalls der Markt. Die dezentralisierte Planung durch den Markt, wie sie der Kapitalismus im Interesse der besseren Nutzung der latenten Arbeitskräfte und vor allem Kapitalien mit Recht promoviert, ist kein Allheilmittel, das für jede Volkswirtschaft zu jedem beliebigen Augenblick eingesetzt werden kann. Für die finanziell schwachen Entwicklungsländer, die durch die neueste Energiekrise mehr als die hochindustrialisierten Länder leiden, würde eine rein marktwirtschaftliche Eingliederung in den internationalen Wettbewerb eine den Industrieländern gleichwertige technologische Rationalisierung

der Produktion erfordern. Das hieße aber Nichteingliederung der großen Massen von Arbeitskräften in den Wirtschaftsprozess, im Gefolge unüberwindliche soziale und kulturelle Probleme. Die Entwicklungsländer müssen darum zuerst ihre Arbeits- und Gesellschaftsbedingungen berücksichtigen, bevor sie an die technologisch orientierte Rationalisierung und Kapitalisierung denken. Das heißt: „Weniger Traktoren und mehr Büffel und Landarbeiter, weniger Baukrane und mehr Bauarbeiter, weniger Kunstdünger und grüne Revolution und mehr Handarbeit, weniger Bulldozer und mehr Pickel und Schaufeln“<sup>85</sup>. Im Hinblick auf die Verschiebung der Preisrelationen zwischen Energiekosten und Arbeitskosten ist diese arbeitsintensive Produktionspolitik ohne Technologie auch vom typisch kapitalistischen Denken aus empfohlen. Doch, abgesehen von dieser marktpreisorientierten Überlegung, wird man zuallererst die gesellschaftlichen und kulturellen Bedingungen berücksichtigen, also mehr gesamtgesellschaftlich planen müssen. Vom rein kapitalistischen Standpunkt aus, in dem nur die güterwirtschaftliche Effizienz in Rechnung gezogen wird, mag eine solche Vollbeschäftigungspolitik als „unrationales Wirtschaften“ bezeichnet werden. Man wird dann von „versteckter Arbeitslosigkeit“<sup>85a</sup> sprechen. Der Marxist würde aber darauf erwidern, daß diese Kritik typisch dem Denken entspricht, für das die Ware Fetischcharakter hat.

Der Marxist mag Recht haben, wenn er die Gesellschafts- und Arbeitsbedingungen zum Ansatz für die Wirtschaftspolitik wählt. Für ihn sind aber die Gesellschaftsbedingungen ein für alle Male vorprogrammiert durch die sozialistische Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption, aus der kein Weg herausführen darf. Im Gegensatz zur marxistischen Konzeption gesamtgesellschaftlicher Planung strebt die auf Produktions-

<sup>85</sup> *Emil Küng*, *Wirtschaftsplanung in Entwicklungsländern*, 4.

<sup>85a</sup> *Karl C. Thalheim*, *Rationalisierung . . .*, 4.

eigentum eingestellte Wirtschaftsplanung, auch wenn sie zeitweise gewisse Instrumente der Zentralplanung übernimmt, nach der langsamen Integration in die internationalen Wettbewerbsbedingungen.

*Die Beseitigung der Spannungen  
als dauernde Aufgabe des Kapitalismus*

Der Kapitalismus wäre ohne Widersprüche nur denkbar, wenn man Wirtschaft, Gesellschaft und Staat als getrennte gesellschaftliche Bereiche definieren könnte, so daß jeder Bereich gemäß seinen eigenen Ordnungsregeln ohne Rücksicht auf die anderen Bereiche funktionieren könnte. Aber das ist nicht möglich. Der Mensch ist als Individuum und als soziales Wesen eine Einheit. Er kann immer nur tätig werden im Hinblick auf seinen ganzheitlichen Lebenszweck, der sowohl individueller wie sozialer Natur ist. Das wirtschaftliche Wohlergehen kann nicht isoliert werden vom Wohlergehen in Gesellschaft und Staat. Der Marxismus ist, rein theoretisch, dem Kapitalismus gegenüber im Vorteil, da er alle Tätigkeiten als politische begreift. Darum spricht er nicht von Wirtschaft als einem sozialen Teilbereich des Staates, sondern von politischer Ökonomie. Dieser geschlossene logische Gedanke könnte realisiert werden, wenn es dem Staat gelänge, dem einzelnen Gesellschaftsglied so viele materielle Güter und soviel Freiheit zu garantieren, wie es wünscht, um sein selbst gewähltes Lebensziel zu verwirklichen. Der Marxismus darf daher nicht mit der Knappheit der materiellen Ressourcen konfrontiert werden. Konsequenter diesem logischen Gedanken stellt darum *Marx* den Endzustand der sozialistischen Gesellschaft als irdisches Paradies dar. Die kommunistische Gesellschaft ist nach *Marx* eine Gesellschaft, in der „jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch ermöglicht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nach-

mittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden“<sup>86</sup>.

Der Kapitalismus hat von Anfang an die Knappheit der natürlichen Ressourcen als unabänderlich betrachtet. Um der Freiheit willen verzichtet er aufgrund seines Menschenbildes auf die Bestimmung des Wirtschaftszieles. Er kann lediglich einige Grundnormen aufstellen, gemäß denen jeweils die durch die freien Kräfte geschaffene Wohlfahrtssituation beurteilt wird. Damit steht er in einem dauernden Spannungsverhältnis zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll. Der Einsatz der individuellen Freiheit in Form des Privateigentums schafft zunächst eine Lücke zwischen Individualwohl und Gemeinwohl. Der Marxist sieht darin einen Widerspruch, weil er nicht begreift, daß man die Funktionen, die im Endzustand oder in der Endintention eine Einheit bilden, in der Ordnung der Mittel aufteilen kann. Jeder soziale Bereich, die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Politik, hat seine eigenen Regeln. Im Endziel aber muß der Staat erstehen, das heißt die unter einer obersten, mit eigener Verantwortung ausgestatteten Entscheidungsmacht stehende freie, in sozialer Gerechtigkeit geordnete Kulturgemeinschaft. Die Wirtschaft muß sozialen Zielen unterstellt werden, die ihrerseits vom Gesellschaftskörper in einem Wettstreit um die beste Wertordnung ihren Inhalt erhalten. Man darf daher der Wirtschaft keine Widersprüche anlasten, wenn der gesellschaftliche Bereich die ihm anheimgegebene Bildungs- und Kulturpolitik vernachlässigt hat. Eine gesunde Wirtschaft kann im kapitalistischen System nur gedeihen, wenn der gesellschaftliche Bereich gesund ist.

Es ergeht der Wirtschaft nicht anders als der Politik. In einer Demokratie hängt die politische Ordnung vom geistigen Zustand der Gesellschaft ab. Wenn in der Gesellschaft nicht ein

<sup>86</sup> *K. Marx – F. Engels, Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, 33.*

Grundkonsens über die gemeinsamen, gemeinsam zu verteidigenden Werte besteht, hat es der Politiker schwer, in der Außenpolitik mit dem Verteidigungswillen der Gesellschaftsglieder zu rechnen. Seine Stellung im Vergleich zu totalitären Staaten ist schwach. Wenn er z. B. Waffenlieferungen an einen Angreiferstaat unterbinden wollte, was an sich den ethischen Normen entsprechen würde, dann müßte er auf die Verzichtbereitschaft und den Opfersinn der Bürger zählen können, nämlich zu sparen und mehr zu leisten, um auf andere Weise die Wirtschaft konkurrenzfähig zu halten. Im kapitalistischen System gibt es keinen Zwang zu vaterländischer Gesinnung, zu Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung. Es gibt nicht die „Umschulung“ im Geist des Ganzen wie im Kommunismus. Die angeblichen Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftsystems müssen in der Hauptsache im gesellschaftlichen Bereich aufgelöst werden. Das ethische Verhalten der kapitalistischen Unternehmer wie auch das der Politiker hängt wesentlich von der im Gesellschaftsprozess erstellten Wertvorstellung bezüglich des Gemeinwohls ab. Andererseits müssen einsichtige Unternehmer, die die klaffende ethische Lücke im gesellschaftlichen Bereich feststellen, ihrerseits versuchen, das Verantwortungsdefizit in ihren Schulungen irgendwie wettzumachen. Wie die Demokratie im Vergleich zum Totalitarismus ein ethisch viel schwierigeres politisches System ist, so auch die Marktwirtschaft, die nicht bestehen kann und nicht durchzuhalten ist ohne ein hohes Maß von ethischer Verantwortung der am Wirtschaftsprozess Beteiligten, seien es nun Unternehmer oder Arbeitnehmer oder Konsumenten.

Ganz abgesehen davon, daß die Marktwirtschaft ein gewisses allgemeines nicht nur wirtschaftliches, sondern auch geistiges Niveau voraussetzt, hängt ihr gutes Funktionieren ebenfalls und sogar vordringlich von einer gleichen Lebensauffassung der am Wirtschaftsprozess Beteiligten ab. Die Konkurrenz zwischen Unternehmern ist dort nicht möglich, wo die einen ohne Rück-

sicht auf kulturelle und geistige Belange ihr Lebensziel in der hektischen Jagd nach Gewinn erkennen, während die anderen nicht nur arbeiten, sondern auch human leben möchten. Wenn alle ein gleichgewichtetes Leben führen würden, benötigte man zum Beispiel kein Ladenschlußgesetz, um die Startgleichheit der Konkurrenz im Einzelhandel zu garantieren. Auf internationaler Ebene erweitert sich die Distanz der verschiedenen Lebensauffassungen. Darf man beispielsweise von einem deutschen Arbeiter den gleichen Lebensrhythmus verlangen, wie ihn etwa der japanische Arbeiter hat? Da die sozialen Strukturen einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Unternehmens- und Arbeitsmoral ausüben, müßte man, um die wirtschaftlich gleiche Startlage zu verwirklichen, auch noch die Sozialstrukturen ummodellern. Die Konsequenzen reichen in die sozialen Versicherungen und sogar in die Familienstruktur hinein. Es darf nicht verhehlt werden, daß die „kapitalistischen“ Industrieländer gerade diese sozialen Strukturunterschiede zu ihren Gunsten ausnützen, um gewisse Fertigungen in armen Ländern erledigen zu lassen. Die „Kapitalistenländer“ können sich nur mit dem Hinweis entschuldigen, daß sie auf diese Weise in armen Ländern Arbeitsplätze schaffen. Vom Gesichtspunkt des gleichen Konkurrenzstartes aus ist diese Entschuldigung allerdings kein Argument.

## VI. Weltwirtschaft, Faschismus, Imperialismus, Kolonialismus

Jeder Produzent, ob Kapitalist oder Sozialist, muß daran interessiert sein, seine Produkte auch außerhalb seines Landes abzusetzen, schon aus dem Grund, weil jedes Land im Hinblick auf die Interdependenz der Wirtschaften um den Ausgleich der Zahlungsbilanz besorgt sein muß. Der Marxist wirft dem Kapitalisten vor, die Expansion auf fremde Märkte um der Erhöhung der Profitrate willen zu suchen. Aus diesem Interesse stimuliere

der Kapitalist den Staat, außenpolitisch tätig zu werden, wodurch Rassismus, Nationalismus und Faschismus gezüchtet würden. Die Rüstungsindustrie werde vorangetrieben. Der Geist des Kolonialismus treibe zur kriegerischen Invasion in fremde Länder, deren natürliche Ressourcen ausgebeutet werden. Der Imperialismus auf wirtschaftlichem und auf politischem Feld sei so offenbar.

Dieser Erklärung von Faschismus, Rassismus und Imperialismus fehlt die sachliche Begründung. Es mag teilweise stimmen, daß der Nationalsozialismus in seinen Expansionsgelüsten durch die Großindustrie gestützt wurde. Und es mag auch der von marxistischer Seite gemachte Hinweis korrekt sein, daß selbst mittelständische Unternehmer für die Machtergreifung *Hitlers* votiert haben. Die politische Schwäche der mittelständischen Unternehmer in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wurde auch von nichtmarxistischer Seite festgestellt. Der unternehmerische Mittelstand befand sich in einer schwierigen sozialen Lage. Da er weder zum Proletariat noch zur Großindustrie gehörte und ihm die konservative Funktion innerhalb der Politik abgestritten wurde, hatte er gegen zwei Fronten zu kämpfen. Im übrigen ist, wie *Roland Ruffieux*<sup>87</sup> nachweist, nicht zuletzt *Marx* selbst für diese Mindereinschätzung des unternehmerischen Mittelstandes verantwortlich. In der damaligen Weltkrise erhoffte der Mittelstand Besserung seiner wirtschaftlichen Situation vom Nationalsozialismus, von dem er glaubte, er würde im chaotischen Deutschland Ordnung schaffen. Doch wäre es unkorrekt, diese politische Schwäche dem kapitalistischen Unternehmer als solchem anzukreiden. Gewiß haben die Vertreter der Wirtschaft immer versucht, auf die Politik Einfluß zu gewinnen. Denn auf der politischen Ebene werden die Gesetze gemacht, an die sich die Wirtschaftenden zu halten haben. Es sind zweifelsohne private Interessen, d. h. Interessen im Sinn des

<sup>87</sup> Der politische Einfluß des Mittelstandes.

eigenen Unternehmens, die die Unternehmer stimulieren. Nicht weniger aber sind die Gewerkschaften am politischen Einfluß interessiert. Der Drang der Interessen nach oben in die politische Entscheidung ist in jedem Wirtschaftssystem festzustellen, nicht ausgenommen besonders das kommunistische. Die Politische Ökonomie des Sozialismus ist nichts anderes als die Politisierung der Wirtschaft. Allerdings kann der Kommunist erklären, daß in seiner Politischen Ökonomie keine Produktionsmittelbesitzer ihren Einfluß politisch geltend machen können, weil es sie nicht gibt. Was wird aber dabei eingehandelt? In der sozialistischen Politischen Ökonomie werden sämtliche Eigeninteressen nivelliert im Mehrheitsvotum und in der Folge in der Administration derer, die zu wissen glauben, was das Interesse aller sei. Es gibt keine Flucht in die individuelle Freiheit, die in der pluralistischen Gesellschaft, die sich zur Funktionsteilung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik bekennt, garantiert ist. Die Mißstände, die der Marxismus mit seinen Anklagen des Faschismus, Imperialismus, Kolonialismus und wie immer am Kapitalismus rügt, sind nicht dem System als solchem anzulasten, sondern den Menschen, die vergessen, daß mit Freiheit Verantwortung für das Ganze verbunden ist. Gegen die Dekadenz der Moral hat aber auch der Kommunismus, und er erst recht, kein Heilmittel. Im pluralistischen System ist immerhin genügend Raum für jene freien Kräfte, die die Gesellschaft moralisch aufzurüsten verstehen.



## FÜNFTES KAPITEL

# DIE MARXISTISCHE KRITIK AM KAPITALISTISCHEN STAAT

### 1. Der kapitalistische Staat als Staat der Konkurrenzwirtschaft

Alle Marxisten, besonders die Neomarxisten, sind sich in der Ablehnung des Rechtsstaates als der über der Wirtschaft und der Gesellschaft stehenden organisierten Herrschaft einig. Ihr Idealbild ist die sämtliche Bereiche durchwirkende politische Gesellschaft, die keine verwaltende Apparatur kennt und darum teilweise als herrschaftsfreie Gesellschaft bezeichnet wird<sup>88</sup>. Im Zentrum der Angriffe gegen den modernen Staatsbegriff steht die Anklage, daß der moderne Rechtsstaat einen rechtlichen Überbau geschaffen habe, der als Verwaltungsapparat das gesamte gesellschaftliche Leben dominiere und reprimiere. Im Sinn dieses Vorwurfs versteht sich der Kampf gegen höchste Gerichtshöfe, die die Normenkontrolle vorzunehmen sich anheischen. Das Recht könne nur als demokratisch-politischer Prozeß verständlich sein. Mit dieser Demokratisierung versucht man zugleich, einen eindeutigen Strich gegen das Sowjetsystem zu ziehen. Die Eurokommunisten, die vor allem im romanischen Sprachgebiet eine reiche Literatur zu verzeichnen haben, vertreten einen Staat, in dem sämtliche gesellschaftlichen Gruppen sich frei entfalten und ihren Einfluß auf die politische Entscheidung geltend machen können. In der polnischen gewerkschaftlichen Bewegung „Solidarität“ sehen sie ein deutliches Zeichen dieser heraufkommenden freiheitlichen kommunistischen Gesellschaft. Auf wirtschaftlicher Ebene werden folgerichtig die selbstverwalteten Unternehmen nach dem jugo-

<sup>88</sup> Vgl. hierzu: *P. P. Müller-Schmid*, Emanzipatorische Sozialphilosophie und pluralistisches Ordnungsdenken, 83–157.

slawischen Modell verteidigt. Die französische Literatur ist reich an Anregungen zu ähnlichen Arbeiterselbstverwaltungen.

Abgesehen von einigen amerikanischen Autoren haben sich besonders deutsche Neomarxisten eingehend mit den makroökonomischen Problemen befaßt, die sich dem modernen Rechtsstaat stellen. Unter ihnen kommt den Ausführungen von *Rudolf Hickel* und der ihn umgebenden Neomarxisten insofern besondere Bedeutung zu, als hier der Vorwurf gegen den modernen Staat, nichts anderes als ein Vasall der Konkurrenzwirtschaft zu sein, in vielfältiger Argumentierung zum Ausdruck kommt. Vor allem zeigt *Hickel* so deutlich wie kaum ein anderer Neomarxist, daß der Staatsbegriff des Marxismus nur ein Corollarium zur Wirtschaftsdefinition ist. Im folgenden werden wir darum untersuchen, wie *Hickel* die den modernen Rechtsstaat fundierende Konzeption der Wirtschaft interpretiert. Wenn seine Interpretation die einzige ist, gemäß der man sich den Staat, der das Produktionsmitteleigentum anerkennt, vorstellen kann, dann verbleibt nur die Möglichkeit, auch seine Staatsidee anzunehmen.

Den philosophischen Hintergrund der Aufteilung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat hat *Hickel* angerührt, wo er von der „aspekthaften neoklassischen Eroberungsstrategie“<sup>89</sup> spricht. Tatsächlich ist in der wirtschaftlichen Ordnung nur ein Aspekt menschlichen Handelns erfaßt. Der neoklassische Monetarismus unterlag in gewissem Sinn der Versuchung, diesen Aspekt zu substantivieren. Wirtschaftliche Wohlfahrt ist aber von der integral verstandenen Wohlfahrt nicht zu trennen. Und selbst wenn man die anderen Aspekte menschlichen Glücks mit in die wirtschaftliche Betrachtung einbezieht, dann ist noch zu überdenken, in welcher Hierarchie die verschiedenen Aspekte von Glück stehen. Wenn z. B. Bildung als Humankapital bezeichnet wird, weil sie langfristig die wirt-

<sup>89</sup> Ökonomische Stabilitätspolitik, 118.

schaftliche Basis sichert, dann wird sie lediglich als Kostenposten oder als ein Vermögen wie jedes andere Vermögen taxiert<sup>90</sup>. Damit wird menschliches Handeln „auf denjenigen ökonomischen Aspekt reduziert, der sich als ‚optimierungsfähig‘ erweist“<sup>91</sup>. Um die Absurdität rein aspekthaften ökonomischen Denkens im Sinn des „homo oeconomicus“ darzutun, weist *Hickel*<sup>92</sup> auf ein Beispiel aus *Harold Demsetz*<sup>93</sup> hin. Da die rassische Diskriminierung ein Phänomen der sozialen Ordnung ist, kann man diesen Defekt nicht der Wirtschaft anlasten. Die rassische Diskriminierung hat für den Unternehmer als ein Datum zu gelten, das auch der Diskriminierte als solches in Kauf nehmen muß, wenn er eine Anstellung sucht. Das heißt, der sozial Diskriminierte muß für die Anstellung seinen Preis durch Hinnahme eines geringeren Lohnes bezahlen. *Demsetz* nennt diesen Preis „wealth compensation“, von *Hickel* mit „Wohlfahrtskompensation“ übersetzt. Derartige Beispiele brauchen aber nicht aus Amerika geholt zu werden. *Hickel* hätte sie in seiner Nähe finden können. Eine europäische Firma, die an die Sowjetunion Waffen geliefert hat, konnte sich gegen Vorwürfe dahin äußern, daß vonseiten der staatlichen Autorität die Lieferung freigegeben worden war, so daß sie ihrerseits einzig nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung handeln konnte. Um die sozialen und politischen Konsequenzen brauchte sich der Waffenlieferant offenbar nicht zu kümmern. Daß in diesem Argumentieren etwas nicht stimmt, muß wohl auch einem Nicht-Marxisten aufgehen. Die drei Ordnungen, die wirtschaftliche, soziale und politische, lassen sich nicht so auseinanderdividieren, daß man in jedem Bereich nach separaten Prämissen vorgehen könnte. Es handelt sich eben nur um Aspekte, wenngleich um real fundierte, die nur vom integral erfaßten Gemeinwohl aus ihre Legi-

<sup>90</sup> A. a. O., 116f.

<sup>91</sup> A. a. O., 118.

<sup>92</sup> A. a. O., 118.

<sup>93</sup> Minorities in the Market Place.

timation erhalten. Eine andere Frage ist, ob das Einheitsmodell der Neomarxisten annehmbar ist. Jedenfalls ist diese aspekthafte Betrachtung der einzelnen Ordnungen das Gleiche wie die pointierende Abstraktion, die ihre Vertreter, die Liberalen, irrtümlicherweise mit der Totalabstraktion identifizieren. Wie dargestellt, herrscht dieser Irrtum heute in allen Sozialwissenschaften, einschließlich der Rechtswissenschaft. Die Ökonomie hat dabei den Vorreiter gemacht. Wenn *Hickel* diese Perversion wirtschaftspolitischen Denkens besonders dem neoklassischen Monetarismus vorwirft, dann könnten die Neomonetarier sich mit dem Hinweis entschuldigen, daß sie diese Abstraktionsweise der geistesgeschichtlichen Entwicklung der Wissenschaftstheorie verdanken und daß außerdem die monetarischen wirtschaftspolitischen Instrumente dann ihre Legitimation erhalten, wenn sie einzig im Sinn einer gesamtgesellschaftlichen Konzeption zur Erhaltung der Marktwirtschaft eingesetzt werden.

Dem neoklassischen Monetarismus lastet *Hickel* offenbar auch die Verteidigung des Produktionsmitteleigentums und der Konkurrenzökonomie, also, wie er sagt, die „Entstaatlichung“ der Ökonomie an mit den Konsequenzen der Reprivatisierung des Arbeitsrisikos und der steuerlichen Belastung der vom Kapital abhängigen Arbeitnehmer. Richtig ist ohne Zweifel, daß das Institut des Produktionsmitteleigentums die Marktwirtschaft begründet und daß damit die Wirtschaft als gewissermaßen (!) entstaatlichter Sektor ihre eigene Gesetzmäßigkeit hat, ja daß diese Entstaatlichung der Wirtschaft weiterhin auch die Unterscheidung von Gesellschaft und Staat erfordert. Das alles hat aber mit Verabsolutierung der Marktwirtschaft und Entstaatlichung der Wirtschaft nichts zu tun. Dennoch steht fest, daß die Konzeption der Wirtschaft stets auch die Staatsidee bestimmt. Darin hat *Hickel* unbedingt recht. Es kommt aber darauf an, mit welchen Konzepten man die Namen Rationalität und Produktivität, von deren Definition aus die Entscheidung für ein Wirt-

schaftssystem gefällt wird, belegt. Danach entscheidet es sich, was der Staat ist, bzw. sein soll.

Die Behauptung, daß die Konzeption der Wirtschaft die Staatsidee bestimmt, nimmt sich wie ein Zugeständnis an die marxistische Theorie aus, wonach die Wertordnung den wirtschaftlichen Verhältnissen entstammt. Das Gegenteil scheint nämlich der Fall zu sein. Im Jahre 1946 hatten die Bearbeiter der neuen Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie die Demokratie im Auge. Jedoch gibt es verschiedene Demokratien, darunter auch die totalitäre. Welche Demokratie man intendiert, wird entschieden gemäß der Einstellung zur Unterscheidung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat (= politische Ordnung). Diese Dreiteilung ist nur möglich auf der Grundlage der privaten Eigentumsordnung. Um die Wechselbeziehungen der drei Ordnungen richtig zu sehen und nicht in eine Trennung abzugleiten, bedarf es allerdings einer klaren Distanzierung von der *Kant*'schen formalen Freiheitsidee.

Der inhaltsleere, wertneutrale Freiheitsbegriff bringt es mit sich, daß auf der wirtschaftlichen Ebene nur die rein formale Seite wirtschaftspolitischer Entscheidungen ins Auge gefaßt werden kann. So z. B. deutlich im Kartellgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das sich auf die reine Konkurrenzsituation von Unternehmen beschränkt, ohne den Inhalt miteinzubeziehen, das, wofür gewirtschaftet wird. Diese Disjunktion von Form und Inhalt wird von *R. R. Grauhan* und *R. Hickel* als das Grundübel der Marktwirtschaft angesehen, aus dem sich, wie noch dargestellt werden wird, das Dilemma erklärt, vor dem der Rechtsstaat heute steht. Selbst die Gewerkschaften haben vor dem aus dieser Disjunktion folgenden Produktivitätsbegriff kapituliert, einem Produktivitätsbegriff, der einzig die gesellschaftliche *Form* der Wirtschaft trifft, der „als produktive Arbeit nur mehrwertschöpfende Arbeit im Sinne der Kapitalvermehrung und der Verteilung erwirtschafteter Kapitalerträge erfassen kann: Also die Produktivität im Sinne des Kapitals.

Dieser an der gesellschaftlichen *Form* der Kapitalverwertung orientierte Produktivitätsbegriff aber steht im Widerspruch zum gesellschaftlichen *Inhalt*. Auf diesen Widerspruch hat die langjährige Debatte um die ‚Grenzen des Wachstums‘ aufmerksam gemacht, indem sie die Frage aufwarf, ob eine weitere Steigerung der industriellen Erzeugung nach den Gesetzen der Wertproduktion angesichts des damit verbundenen Rohstoffverschleißes und der Naturzerstörungen in den schon hochindustrialisierten Ländern für diese überhaupt noch einen gesellschaftlichen Nutzen habe. Ob sie nicht mehr zerstöre als ‚produziere‘. Dieser Fragestellung lag ein Produktivitätsbegriff zugrunde, der nicht an der gesellschaftlichen Form, sondern am gesellschaftlichen Inhalt, der Nützlichkeit des Einsatzes von Arbeitskraft für *die Gesellschaft* orientiert war. Dieser Begriff ist in Gefahr, wieder völlig aus der politischen Diskussion zu verschwinden. Gegenwärtig liegt vor allem nahe, daß er in die Irregularität anscheinend ‚maschinenstürmerischer‘ Proteste gegen die Industrie- und Kernkraftansiedlungen als den sichtbaren Maßnahmen der ‚Wachstumsvorsorge‘ abgedrängt wird – und damit nach der polizeilichen ‚Störer‘-Definition des streitbaren Rechtsstaats kriminalisiert wird. Denn er ist der Gegenbegriff zur formalen Definition von Produktivität als in Geld rechenbarem Kapitalertrag und dementsprechend zur Sozialproduktberechnung ‚zu Marktpreisen‘. Diese formal bestimmte Produktivität aber ist noch daran zu messen, ob sie wirklich inhaltlich Produktivität für die Gesellschaft anzeigt, d. h. die Verausgabung gesellschaftlich nützlicher Arbeit. Im Sinne der Wertrechnung produktive Arbeit kann bekanntlich gesellschaftlich ganz unnützlich sein, wie andererseits gesellschaftlich nützliche Arbeit von der Wertrechnung gar nicht erfaßt wird“<sup>94</sup>. Die beiden Autoren weisen auf die Lohnarbeit im öffentlichen Dienst hin, „deren Produktivität im Sinne gesellschaftlich nützlicher

<sup>94</sup> R. R. Grauban – R. Hickel (Hrsg.), *Krise des Steuerstaats* ? 27f.

Arbeit von der gesellschaftlichen Form der Wertrechnung dann nicht erfaßt wird, wenn sie nicht in Warenpreise (Gebühren, Entgelte) eingeht“<sup>95</sup>. Der Begriff des Gebrauchswerts und der Gebrauchswertproduktion gebe nichts her, solange „er jenes materielle Substrat der Ware bezeichnet, die Träger des Tausch-werts sein kann und damit an die Form der Warenproduktion gebunden bleibt“<sup>96</sup>. Interessant ist in diesem Zusammenhang das von den beiden Autoren angeführte Beispiel, weil es zugleich die von ihnen anvisierte verpolitisierte Wirtschaft zum Ausdruck bringt: „Wenn nachts um eins ein Straßenbahnwagen fahrplanmäßig, aber leer fährt, dann hat sein Fahren mangels Fahrgästen, mangels konkreter ‚Marktnachfrage‘ also, auch keinen bestimm- baren Gebrauchswert. Dennoch kann der Nacht- verkehr der Straßenbahn gesellschaftlich nützlich sein – und die Arbeit des Fahrpersonals deshalb ‚produktiv‘ im Sinne der Verausgabung gesellschaftlich nützlicher Arbeit, weil jeder- mann sich darauf verlassen kann, noch um eins die Straßenbahn benutzen zu können. *Ob* dieser Nutzen aber erbracht werden soll, ob die verfügbare Arbeitskraft für die Erbringung gerade dieser Leistung oder einer anderen eingesetzt werden soll, läßt sich nur im vornhinein über *politische* Willensbildungsprozesse bestimmen – im Sinne der Entscheidung, welcher Aufwand den Betroffenen die Erbringung welcher Dienste ‚wert‘ ist. Mit diesem Problem schlagen sich gegenwärtig die Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs bei dem Versuch herum, ‚vom Markt nachgefragte‘ und ‚gemeinwirtschaftliche‘ Leistungen auseinanderzurechnen – wobei nach der dominanten steuerstaatlichen Form die ‚politisch‘ zu verantwortenden ‚gemeinwirtschaftlichen‘ Leistungen das privat zu erwirtschaftende Steueraufkommen belasten und sich so letztlich wieder den Formgesetzen der Wertproduktion fügen müssen“<sup>97</sup>.

<sup>95</sup> A. a. O., 28.

<sup>96</sup> A. a. O.

<sup>97</sup> A. a. O.

Produktiv ist also im streng ökonomischen Sinn nur das, was eine in Geld meßbare und tauschbare Ware hervorbringt. Die anderen menschlichen Leistungen wie Lehrtätigkeit, Hilfeleistung sind unter diesem Aspekt nur meßbar, sofern sie irgendwie in Waren umgesetzt werden können. Der Lehrer an einer öffentlichen Schule, dessen Leistung wie alle öffentlichen Dienstleistungen nicht im Marktprozeß steht, sollte, gesellschaftlich gedacht, eigentlich keinen Preis haben, er figuriert im Budget einzig als Kostenpunkt. Dagegen hat der Lehrer an einer Privatschule, wie *Grauhan* und *Hickel* sagen, einen Preis, da er im Hinblick auf die Unterrichtsgebühren im Budget auf der Einnahmenseite steht: „Der Lehrer, der Bildungsprozesse in Gang setzt, der Arzt, der Patienten gesund macht, der Sozialarbeiter, der soziale Mindestausstattungen schafft, produzieren, indem sie Menschen, nicht Dinge, ‚bearbeiten‘, was sie *produktiv* nur können, indem sie mit ihnen als Gleichgestellten ‚umgehen‘. Als Arbeit in der Interaktion schöpft Dienstproduktion genuinen Wert. Dieser Wert kann nun bei gesellschaftlicher Dominanz der Warenproduktion nicht erfaßt und ‚gerechnet‘ werden, wenn er nicht in Waren eingeht und darum keinen Marktpreis erzielt. Die Produktivität des unentgeltlich unterrichtenden Lehrers an einer öffentlichen Schule kann deshalb nur nach *Kosten* erfaßt werden, die er verursacht, die des Lehrers an einer Privatschule dagegen nach dem Warenwert, den er in Gestalt von Unterrichtspreisen einbringt“<sup>98</sup>.

Die neomarxistischen Autoren stören sich an dieser Umrechnung von humanen, d. h. geistigen Werten in Warenpreise. Für den Staatsbegriff hat diese rein konkurrenzwirtschaftliche Definition von produktiv und konsumtiv beträchtliche Konsequenzen. Was nämlich die Wirtschaft nicht mehr als produktiv erachtet, was aber gesellschaftlich unabdingbar ist, wälzt sie ab auf den Staat. Der Staat erhält damit seine Bestimmung aus der

<sup>98</sup> A. a. O., 29.

Konkurrenzökonomie. *Grauhan* und *Hickel* nennen dies die „Ökonomisierung“ staatlichen Handelns. „Ökonomisierung bedeutet diesem Verständnis nach, staatliches Handeln in den Strukturen marktpreisvermittelter Produktion und Verteilung aufzulösen. Sie zielt im Kern auf eine ‚Rekonstitution des Verhältnisses von Staat und Ökonomie‘ in dem Sinne ab, daß die profitorientierte, private Warenproduktion die entsprechenden Staatstätigkeiten bestimmen soll“<sup>99</sup>. Der Staat hat demnach eine doppelte Funktion, einmal die rechtlichen Bedingungen zum Schutz der Konkurrenzwirtschaft zu schaffen und zweitens „die Voraussetzungs- und Folgekosten“ der privat gehaltenen Marktwirtschaft zu tragen<sup>100</sup>. Die Begriffe des Rechtsstaats wie auch des Sozialstaats sind darum gemäß den Autoren nichts anderes als Bezeichnungen für einen Staat, der seine Definition von der Konkurrenzwirtschaft erhalten hat: der Staat als von der Ökonomie abgetrennte organisierte Gewalt sichert mit seinem individualistisch verstandenen Rechtssystem die Konkurrenzwirtschaft, andererseits trägt er die sozialen Lasten eben der gleichen Wirtschaft. „Der kontinentaleuropäische ‚Staat‘ konstituierte sich als von der Ökonomie abgetrennte Form ‚außerökonomischer‘ Politik durch die faktische Monopolisierung der ‚legitimen physischen Gewaltsamkeit‘ in einem zentralen Herrschaftsapparat, der die Durchdringung aller gesellschaftlichen Beziehungen mit rechtmäßiger Gewaltsamkeit aufgrund der feudalen Fehde-, Selbsthilfe- und Zweikampfrechte beseitigte. Dieser Monopolisierungsvorgang, der den Staat als spezialisierte Struktur politischer Herrschaft herausbildete, schaffte erst de facto jene gesellschaftliche Sphäre bürgerlicher ‚Ruhe, Sicherheit und Ordnung‘, in der sich die bürgerliche Ökonomie nach scheinbar gewaltfreien Marktgesetzen (Konkurrenz) entwickeln konnte – ohne fürchten zu

<sup>99</sup> A. a. O., 21.

<sup>100</sup> A. a. O., 15.

müssen, daß direkte Gewaltsamkeit als legitime in die Konkurrenzbeziehungen eindringt. Tut diese es dennoch, so wird sie nun staatlich als die illegitime Gewaltsamkeit des ‚Störers‘ bzw. ‚Täters‘ definiert, der der Sanktion des in Polizei, Gerichten, Bürokratie – und im Notstandsfall Militär – organisierten Apparats des staatlichen Gewaltmonopols anheimfällt“<sup>101</sup>.

Der Staat ist somit gegen die Wirtschaft und Gesellschaft abgetrennte politisch-hoheitliche Zwangsgewalt, die den ökonomischen Prozeß nach der Entwicklungsdynamik des Wertgesetzes garantieren soll<sup>102</sup>. Er ist Hilfskraft der Privatwirtschaft.

Um seine doppelte Aufgabe, die rechtliche Administration der Konkurrenzwirtschaft und vor allem die von der Privatwirtschaft nicht vollbrachten sozialen Leistungen, zu erfüllen, braucht der Staat natürlich Geld, das er aus den Steuern erhält. Er ist darum in einem doppelten Sinn von der Konkurrenzwirtschaft abhängig, indem er durch die notwendige Übernahme des Mediums Geld seine Dienstleistungsfunktion ebenfalls „verpreisen“ und der unter Umständen hinkenden Privatwirtschaft durch Subventionen aufhelfen muß, um aus ihr die für die öffentlichen Dienstleistungen notwendigen Steuerbeträge zu erhalten. Das ist gemäß den neomarxistischen Autoren, die sich um *Grauhan* und *Hickel* gruppieren das Charakteristikum des Steuerstaats. Steuerstaat ist nur ein anderer Name für Rechtsstaat und Interventionsstaat<sup>103</sup>. *Grauhan* und *Hickel* definieren den Steuerstaat in Anlehnung an *J. Schumpeter*<sup>104</sup> als „die spezifische Form, die das politische System in einer Gesellschaft annimmt, deren gesellschaftliche Wertschöpfung grundsätzlich in privatkapitalistischer Form organisiert ist. Deren Sicherung und Förderung ist deshalb auch eine in seine Grundstruktur eingelagerte Zweckbestimmung“<sup>105</sup>.

<sup>101</sup> *Grauhan* und *Hickel*, a. a. O., 9f.

<sup>102</sup> *R. Hickel*, Ökonomische Stabilisierungspolitik, 95.

<sup>103</sup> *Grauhan* und *Hickel*, a. a. O., 12.

<sup>104</sup> Vgl. *R. Goldscheid*, *J. Schumpeter*, Die Finanzkrise des Steuerstaats.

<sup>105</sup> *Grauhan* und *Hickel*, a. a. O., 8.

Vom gesellschaftspolitischen Standpunkt aus betrachtet, erscheint dieser Staat als Garant der Reproduktion der Klassen. Er ist, wie *Joachim Hirsch* ihn definiert, „ein von den gesellschaftlichen Klassen formell getrennter, zentralisierter, ‚außer-ökonomischer‘ und reaktiv auf den ökonomischen Reproduktionsprozeß bezogener Gewaltapparat“<sup>106</sup>, der „in dieser Eigenschaft zugleich materiell und ideologisch in den Prozeß der Reproduktion der Klassen“ eingreift<sup>107</sup>.

*Zusammenfassung* der neomarxistischen Kritik an der kapitalistischen Staatskonzeption. – Durch das Privateigentum an Produktionsmitteln ist ein eigener, vom Inhalt gesellschaftlicher Kooperation getrennter Sektor entstanden, die Konkurrenzökonomie. Die Sorge des Staates um die materielle Wohlfahrt der Gesellschaft ist damit auf das Funktionieren der Konkurrenzökonomie angewiesen. Dies heißt, der Staat muß die rechtlichen Bedingungen für die private Kapitalverwertung schaffen. Er muß ferner die Soziallasten, die die Ökonomie nicht tragen kann, übernehmen: Umweltschutz, Probleme der Arbeitslosigkeit, Aufnahme von Arbeitslosen in die staatliche Produktion, Übernahme von Produktion, die die Konkurrenzökonomie nicht zu leisten vermag. Schließlich muß er zu alledem seine Leistungen entsprechend den ökonomischen Gesetzen bemessen, d. h. sie „verpreisen“. Die Rückwirkung der Ökonomie auf den Staat bedeutet eine „Ökonomisierung“ der Staatstätigkeit, nachdem die Ökonomie „entstaatlicht“ worden ist. Die Abhängigkeit von der Konkurrenzökonomie ist charakterisiert durch die Bezeichnung „Steuerstaat“. In diesem Begriff ist zugleich eingeschlossen die Zwangslage des Staates, die private Kapitalverwertung durch Subventionen stützen zu müssen, um die Grundlage für die Steuereinnahmen zu sichern.

Die die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Kapitalismus betreffende Kritik, die teilweise in den zitierten Texten schon

<sup>106</sup> Was heißt eigentlich „Krise der Staatsfinanzen“?, 38.

<sup>107</sup> A. a. O., 34.

angesprochen wurde, wird die Hintergründe der soeben dargestellten Staatsidee noch deutlicher sichtbar machen. Gelegentliche Wiederholungen von bereits angesprochenen Gedanken sind unvermeidlich, schon deshalb, weil auch die Autoren in ihren verschiedenen Texten sich wiederholen.

## 2. Die marxistische Kritik der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik

Der staatliche Einfluß auf die Wirtschaft, in der das Privateigentum die wirtschaftlichen Entscheidungen bestimmt, kann nur gemäß den Bedingungen der Konkurrenzökonomie ausgeübt werden, wie die marxistischen Autoren wiederholt unterstreichen. Die staatliche Wirtschaftspolitik ist auf den Kapitalverwertungsprozeß bezogen, d. h. auf die Zirkulations-, nicht auf die Produktionssphäre. Der Staat muß also, um die Produktion zu tangieren, durch indirekte Maßnahmen, die sich an die Preisbildung der Marktwirtschaft halten, einen Umweg machen. Die staatliche Wirtschaftspolitik, die als dem Gemeinwohl verpflichtete Tätigkeit eigentlich vorausschauend, demnach ex ante projektieren sollte, kann aber immer nur ex post die Resultate der Konkurrenzwirtschaft feststellen, um anschließend korrigierend einzugreifen: „Wenn sich die Existenz des Staates aus der allgemeinen Sicherung der ökonomischen Konkurrenzverhältnisse begründet, dann können sich die staatlichen Interventionen normalerweise auch nur indirekt und allgemein auf den Reproduktionsprozeß beziehen. Aus der ‚Grundform‘ des Staates bestimmt sich *abstrakt* die generelle Begrenztheit staatlicher Politik. Sie ist resultathaft – also nicht ex-ante planend und direkt in Produktionsverhältnisse eingreifend – auf das Konkurrenzsystem bezogen. Dieser allgemeinen Form des Staates entsprechend ergeben sich im Prinzip die beiden universalistischen politischen Eingriffsmedien: (a) zum einen das Recht zur Sicherung kapitalistischer Ver-

kehrformen, (b) zum anderen das Geld als das allgemeine Tauschmedium in einer kapitalistischen Marktwirtschaft. In diesen beiden Typen von Eingriffsmedien schlägt sich die form-spezifische Begrenztheit staatlichen Handelns nieder. Sie sind indirekt auf den Kapitalverwertungsprozeß bezogen, d. h. auf einen ‚Umweg‘ angewiesen; ihre Einfallsstelle ist die Zirkulations- und nicht die Produktionssphäre. Mit dem Begriff ‚Steuerstaat‘ wird die ‚Grundform‘ des Staates sowie die diesem entsprechenden Interventionsmedien von der Seite seiner fiskalischen und zweckspezifischen Abhängigkeit aus betont. Insoweit als der Staat sich im Prinzip aus der Abschöpfung privater Wertschöpfung alimentieren muß, ist seine Politik auf indirekte Pflege der privaten ‚Wertschöpfungsquellen‘ angewiesen“<sup>108</sup>.

Die Krisen werden, so erklärt *R. Hickel*, von den Neoklassikern als außerökonomisches Fehlprodukt verstanden, darum auch ihre Lasten dem Staat überbürdet, der seinerseits die Mittel aus der Privatwirtschaft beziehen muß und so die Folgen verstärkt an die Wirtschaft weitergibt: „Strukturveränderungen, aus der Entwicklungsdynamik der Kapitalverwertung resultierend, evozieren Systemprobleme, die im Steuerstaat abgelagert werden, die dieser jedoch nicht widerspruchsfrei einlösen kann. Vielmehr werden diese Systemprobleme durch das Medium steuerstaatlichen Intervenierens auf das ökonomische System verschärfend zurückprojiziert. Daraus ergibt sich eine Tendenz für die Wirtschaftspolitik, die die Eingriffe an die indirekt gestiftete Struktur des Steuerstaats allgemein bindet“<sup>109</sup>. Zu Unrecht würden darum die Arbeitnehmer mit ihren Forderungen nach höheren Löhnen und Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem oder sogar steigendem Reallohnanspruch – d. h. die ‚Anspruchs-Inflation‘ – für die Krisen verantwortlich

<sup>108</sup> *Grauhan und Hickel*, a. a. O., 11.

<sup>109</sup> *R. Hickel*, Ökonomische Stabilisierungspolitik, 126.

gemacht. Tatsächlich würden die Krisen durch das privatdezentrale Produktionssystem hervorgerufen<sup>110</sup>.

Gemäß seinem rechtsstaatlichen, an dem Begriff der formalen Freiheit orientierten Strukturgesetz vermag nach *R. Hickel* der kapitalistische Staat in seiner Globalsteuerung nur abstrakte, allgemeine Maßnahmen zu ergreifen ohne regionale, branchenspezifische und an der Unternehmensgröße orientierte Struktur-differenzierungen. Konkrete Eingriffe in die wertgesetzlich regulierte Verteilung disponibler Arbeit seien prinzipiell ausgeschlossen. Transportmittel dieser Stabilisierungspolitik sei das Geld, das die Gesellschaftlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise vermittele. Anhand des Mediums Geld würden Korrekturen an den Staatsausgaben und -einnahmen oder/und an der allgemeinen, monetären Versorgung vorgenommen. Aus diesem Grund fällt auch die keynesianische Stabilisierungspolitik unter das Verdikt der „indirekten Wirtschaftspolitik“<sup>111</sup>.

Wie bereits erwähnt, zwingt gemäß den Ausführungen der Autoren die Fixkostenökonomie zur „Administrierung“ der Preise, d. h. zur Aufhebung des konkurrenzwirtschaftlichen Zusammenhangs von Preis- und Mengesystem. Die Stabilisierungspolitik stößt damit auf monopolistisch-oligopolistische Preissetzung. Sie muß darum „ihre Zielsetzung verfehlen“<sup>112</sup>. „Stabilitätspolitik, die sich also ihrer spezifischen Form nach auf das Konkurrenzsystem nur äußerlich, allgemein und abstrakt beziehen kann und daher ein preisreagibles Konkurrenzsystem zum Transport ihrer geld- und fiskalpolitischen Impulse unterstellt, muß sich angesichts monopolistisch-oligopolistischer Preisstarrheiten in Widersprüchen verfangen. Dazu ein illustrierendes Beispiel aus dem wirtschaftspolitischen Alltag: Wird eine inflationäre Situation einerseits keynesianisch identifiziert, also etwa auf gesamtwirtschaftlich effektive Übernachfrage zurück-

<sup>110</sup> *Grauhan und Hickel*, a. a. O., 18.

<sup>111</sup> *R. Hickel*, Ökonomische Stabilisierungspolitik . . . , 97.

<sup>112</sup> *R. Hickel*, a. a. O., 103.

geführt und dementsprechend mit einer kontraktiven Geld- und Fiskalpolitik bekämpft, ist jedoch andererseits diese Inflation tatsächlich durch Kostenüberwälzung bzw. Profitdurchsetzung verursacht, dann folgt (wie gesagt unter der Bedingung restriktiver Geldpolitik) unausweichlich eine Einschränkung der Produktion. Bei ungebrochenem Preisauftrieb produziert derartige Wirtschaftspolitik Arbeitslosigkeit. Das ist die eigentliche Begründung für das Phänomen ‚Stagflation‘.<sup>113</sup>

Zwar könne sich der Staat den strukturdifferenzierten Funktionserfordernissen nicht entziehen. Um diese Aufgabe aber wirksam zu erfüllen, bedürfe er bei einer nur indirekt und allgemein agierenden Stabilisierungsintervention erhöhter finanzieller Mittel. Damit verschärfe sich die fiskalische Misere<sup>114</sup>. Der Steuerstaat werde die Steuerschraube noch stärker anziehen müssen. Wenn die Lohnpolitik den Reallohn halten wolle, dann müsse sie die Inflation antizipieren. Daraus ergebe sich die Lohn-Preis-Steuer-Spirale<sup>115</sup>. Mit den „administrierten Preisen“, eine Folge der kapitalistischen Akkumulation, sei eine überzyklische Preisentwicklung verbunden, die die kapitalistische Wirtschaftspolitik vor ein unlösbares Dilemma stelle: die Unmöglichkeit, gleichzeitig Vollbeschäftigung und Preisstabilität zu realisieren<sup>116</sup>.

In der Erkenntnis, daß Arbeitslosigkeit dem Kapitalismus systemkonform, die Politik der Vollbeschäftigung also illusorisch ist, müssen die kapitalistischen Unternehmer, erklärt *R. Hickel* mit *M. Kalecki*<sup>117</sup>, eine den Arbeitnehmern entgegengesetzte Einstellung zum Thema Vollbeschäftigung hegen: das Klasseninteresse der Arbeitgeber an der Arbeitslosigkeit. Nur bei Arbeitslosigkeit seien sie in der Lage, ihre eigentumsbe-

<sup>113</sup> *R. Hickel*, a. a. O., 103f.

<sup>114</sup> *R. Hickel*, a. a. O., 104.

<sup>115</sup> *Grauhan* und *Hickel*, a. a. O., 17.

<sup>116</sup> *R. Hickel*, a. a. O., 104.

<sup>117</sup> Politische Theorie der Vollbeschäftigung, 176ff.

dingte Vormachtstellung zu behaupten<sup>118</sup>. Ihr Augenmerk müsse sich darum einseitig auf die Stabilisierungspolitik richten.

Wenn aber der Kapitalismus den für ihn kontradiktorischen Schritt zur Vollbeschäftigung wage, dann bedeute dies bereits einen Auflösungsprozeß des Kapitalismus: „Für *Kalecki* stellt damit der ‚Vollbeschäftigungskapitalismus‘ einen kontradiktorischen Übergangsbegriff dar. Vollbeschäftigung ernsthaft und erfolgreich zu garantieren, beinhaltet bereits die Transformation der kapitalistischen Eigentumsgesetze, verlangt die Aufhebung der systematisch daran angeknüpften indirekten Wirtschaftspolitik und fordert direkte Eingriffe nicht als Ausnahme, sondern als Regel heraus. Die ‚Vollbeschäftigungsgarantie‘ verlangt eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses, die die Kapitalstrukturen konservierende aktuelle Etatisierung ökonomischer Krisenprobleme durch bewußte Politisierung ablöst. Die systembedingte Arbeitslosigkeit als offene Flanke eines durch Preisadministrierung entkoppelten Wirkungszusammenhangs von Preis- und Mengensystem stellt das objektive Dilemma entwickelter kapitalistischer Reproduktion dar, das weder aus sich heraus, noch durch die indirekte Globalsteuerung überwunden werden kann. Denn die unterstellten Anpassungsmechanismen realisieren sich nicht“<sup>119</sup>.

Nach Meinung der marxistischen Autoren ist der Ruf nach dem starken Staat nichts anderes als ein Notruf an den Staat, das konkurrenzwirtschaftliche System mit konzentrierter Gewalt zu erhalten. Es komme dann darauf an, wie lange die Betroffenen, und das sind vor allem die Lohnabhängigen und Minderbemittelten, es ertragen, für ein unkontrollierbares System zu zahlen. Dieser Gedanke führt uns zu dem mehr sozialpolitischen Aspekt, der von den marxistischen Kritikern unter die Lupe genommen wird.

<sup>118</sup> R. Hickel, a. a. O., 109.

<sup>119</sup> R. Hickel, a. a. O., 111.

Es kann gemäß den Äußerungen der marxistischen Autoren nicht ausbleiben, daß die Tendenz, alle wirtschaftlichen Probleme im Sinn der Reprivatisierung zu lösen, auf sozialpolitischer Ebene üble Folgen hat. Durch die „Reprivatisierung des Beschäftigungsrisikos“ geraten die Löhne in Abhängigkeit von Beschäftigungssituationen. „Dem Einzelnen soll eine ‚Freiheit‘ zurückgewonnen werden, die es ihm ermöglicht, auch wieder zu niedrigen Löhnen zu arbeiten“<sup>120</sup>.

Zur Erhaltung der Konkurrenzökonomie sei der Staat gezwungen, dort einzusparen, wo seine Dienstleistungen am nötigsten wären, nämlich im Bildungssektor. „Unter dem neutralisierenden Stichwort ‚Konsolidierung‘ werden soziale dienstleistungsorientierte Ausgaben des Staates zurückgestutzt, um Finanzmittel für profitorientierte ‚Wachstumsvorsorge‘ freizumachen. Zugleich sollen die Massensteuern erhöht, Vermögens- und Gewerbesteuern aber gesenkt werden“<sup>121</sup>. Es sei aber nicht nur die Eindämmung der öffentlichen Dienstleistungen, die vom kapitalistischen System gefordert werde, vielmehr werden die staatlichen Dienstleistungsbetriebe mit den konkurrenzwirtschaftlichen Maßstäben gemessen, was sich gerade im sozialpolitischen Sektor als verhängnisvoll auswirke.

Die Staatsarbeiter können von der Konkurrenzwirtschaft nur als unproduktive Kostgänger betrachtet werden. Die marxistischen Autoren sehen den Widerspruch darin, daß Leistungen, die unmittelbar dem Gemeinwohl dienen und darum nur vom Staat erbracht werden können, gleich Leistungen der Marktwirtschaft nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage taxiert werden.

Die Gewerkschaften sind in ihrer Aktivität durch die private Kapitalverwertung eingeschränkt, weil sie sich nach der kapitalistischen Wachstumskonzeption richten müssen. Die marxisti-

<sup>120</sup> R. Hickel, a. a. O., 117.

<sup>121</sup> Grauhan und Hickel, a. a. O., 13.

schen Autoren nehmen an der Definition der Gewerkschaften als Lohnkartellen Anstoß. „Die in den Tarifauseinandersetzungen formalisierten ‚Verteilungskämpfe‘ zwischen Kapital und Lohnarbeit werden deshalb mit Recht ‚Verteilungskämpfe‘ genannt, weil sie um die *Verteilung* des in der Struktur der privaten Warenproduktion zuvor geschöpften ‚Werts‘ geführt werden. Die Gewerkschaftsbewegung hat ihre Organisationsformen deshalb auch konsequent auf den Kampf um Lohnprozente hin formalisiert, bleibt deshalb aber eben auch an die Struktur der Wertproduktion, an Auseinandersetzungen im Rahmen des Geldmediums und damit an die Befriedigung *marktvermittelter* Lebenschancen gebunden. Ihr fällt es darum – um es vorsichtig auszudrücken – aus strukturellen Gründen schwer, die ihr immer wieder angesonnenen Aufgaben zu übernehmen, auch nicht-monetäre Forderungen in die Tarifauseinandersetzungen mit aufzunehmen. Das gilt für die nach der Struktur der Warenproduktion mit Recht so genannten ‚externen Effekte‘ wie Umweltschäden und -gefahren von Industrieproduktion und Energieversorgung in bereits hochentwickelten Gesellschaften, weil diese inhaltlichen Probleme eben aus der *Form* von Wertproduktion und -verteilung herausfallen. An der Wertproduktion orientierte Verteilungsstrategien geraten darum in Konflikt mit Strategien, die gerade die inhaltlich destruktiven Wirkungen der am monetären Wertschöpfungskriterium orientierten Produktionsform thematisieren wollen: Gewerkschaftler geraten in Konflikt mit Umweltschützern und verteidigen ihnen gegenüber die ökonomischen Wachstumskalküle der Kapitaleseite. Ganz ähnliches gilt für ‚inhaltliche‘ Forderungen zur Qualität der Arbeitsbedingungen, wie sie unter dem Schlagwort der ‚Humanisierung des Arbeitslebens‘ diskutiert werden, wenn sie die ‚Investitionsneigung‘ zu gefährden drohen“<sup>122</sup>. Die Gewerkschaften werden, wie die Autoren aus-

<sup>122</sup> *Grauhan und Hickel*, a. a. O., 25.

führen, durch ihre Eingliederung in das kapitalistische System auch daran gehindert, Solidarverpflichtungen gegenüber den außerhalb des Wirtschaftsprozesses stehenden 'Mitbürgern' (Rentner u. a.) wahrzunehmen. Solchen sozialpolitischen Forderungen werden sie nicht gewachsen sein, sofern diese „sich auf ‚Umverteilung‘ zugunsten der aus dem Produktionsprozeß Herausfallenden richten, denn diese sind im Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht vertreten.“ Das gilt besonders für Sozialleistungen, die sich in Form von Geldtransfers, die Schaffung von ‚kaufkräftiger Nachfrage‘ für die wirklich Bedürftigen nicht wirksam erbringen lassen, wie die unmittelbaren Gesundheits-, Bildungs- und Sozialdienste<sup>123</sup>. Diese Interessen können, wie ausgeführt wird, nur ‚politisch‘, durch die Parteien, vertreten werden. „Diese aber sind nach der ausdifferenzierten Staats-Struktur des Politischen in ihren Handlungsmöglichkeiten wiederum durch das im Rahmen des Staatshaushalts ‚Machbare‘ beschränkt: Sowohl auf das ohne Gefährdung der weiteren Akkumulation aus der Wertproduktion fiskalisch Abschöpfbare – als auch auf das überhaupt mit Geld Machbare. Aus der Spezialisierung der Parteien auf den Prozeß der Parlamentswahlen im Rahmen der Staatsstruktur sind sie nach ihren Organisationszielen darauf programmiert, deren Struktur Grenzen, wenn überhaupt, dann zur Abwehr der ‚Inflation von Ansprüchen‘ zu thematisieren. Sie müßten sonst ihre eigene Leistungsfähigkeit in Zweifel ziehen, die sie, um Wahlen zu gewinnen, gerade hervorkehren müssen“<sup>124</sup>.

Gemäß den Ausführungen der neomarxistischen Autoren kann das Pochen der Politiker auf den „Sozialstaat“ nichts anderes als eine Verbrämung des hartnäckigen Festhaltens am Steuerstaat bedeuten. Sie betonen aber zugleich, daß die Krise des Sozialstaates nichts anderes als eine Krise des Steuerstaates

<sup>123</sup> *Grauhan und Hickel*, a. a. O., 25f.

<sup>124</sup> *Grauhan und Hickel*, a. a. O., 26.

sei. Das Ende der Prosperität sei zugleich auch das Ende des Sozialstaates und somit auch des mit der Konkurrenzwirtschaft verbundenen Staates. Und es sei damit zu rechnen, daß dieser Umstand auch politische Kreise ziehe. Zwischen den Zeilen liest man deutlich die Ansicht, der unausweichliche Zusammenbruch des Steuerstaates werde herbeigeführt durch das Aufbegehren der unzufriedenen Benachteiligten.

### 3. Die neomarxistische Konzeption von Staat, Wirtschafts- und Sozialpolitik

Es ist nicht leicht, den gesamten Aufbau des Staates, angefangen von der Wirtschaft über die gesellschaftlichen Gruppen bis hinauf zur politischen Entscheidungsmacht, zu ermitteln, weil die Autoren ihre Vision stets im Zusammenhang mit ihrer Kritik an der kapitalistischen Wirtschaft sichtbar werden lassen, und zwar zudem noch eng verknüpft mit aktuellen, konkreten wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen. Als Gesamtdarstellung der neomarxistischen Wirtschaftspolitik darf wohl das voluminöse Werk von *Ota Šik* „Humane Wirtschaftsdemokratie“<sup>125</sup> angesehen werden. Der Verfasser hat darin die in seinen früheren Büchern<sup>126</sup> dargestellten wirtschaftspolitischen Ideen systematisch zu einem Projekt der sozialistischen Marktwirtschaft ausgeformt. Seine Konzeption von Staat und Wirtschaft enthält die gleichen Züge wie die Publikationen von *R. R. Grauban* und *R. Hickel*. Es wäre interessant gewesen, wenn *R. R. Grauban* und *R. Hickel* zur Verdeutlichung ihrer Ideen auf *O. Šik* Bezug genommen hätten.

Bei allen Neomarxisten fällt auf, daß der Zugang zur Definition des Staates stets von der Wirtschaft aus gesucht wird. Dieser Umstand hängt mit der vordringlichen Kritik an der kapitalisti-

<sup>125</sup> Humane Wirtschaftsdemokratie, Ein Dritter Weg.

<sup>126</sup> Argumente für den Dritten Weg; Der dritte Weg; Plan und Markt im Sozialismus.

schen Wirtschaft und der entsprechenden Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen. Dadurch wird das eigentlich zuerst zu klärende Problem von Staat und Wertkonsens ausgeklammert. O. Šik kommt zwar auf die für eine umfassende Staatsphilosophie grundlegende Frage, wie Wertvorstellungen zustandekommen, zu sprechen. Noch in seinem Buch „Der dritte Weg“ huldigte er deutlich der marxistischen These, daß die Wertvorstellungen Widerspiegelungen der ökonomischen Verhältnisse seien: „Als verbreitete und historisch tradierte Verhaltensregeln drücken die moralischen Normen die allgemeinen Interessen der Menschen aus, soweit diese den ökonomischen Verhältnissen entsprechen“<sup>127</sup>. Allerdings sind diese marxistischen Spuren trotz des Bezuges zu *Kant* auch in seinem neueren Werk „Humane Wirtschaftsdemokratie“ nicht ausgelöscht. Der Begriff des Interesses, seiner Ansicht nach des Urgrundes der Moral, ist so eng mit der materiellen Bedürfnisbefriedigung verknüpft, daß man dabei nur an die sensualistisch und ökonomisch verstandenen Interessen denken kann. Verständlich wird zwar diese Einengung des Interessenbegriffes durch den Zweck seines Werkes, die Wirtschaftsdemokratie darzustellen. Andererseits wird damit von vornherein der Zugang zu einer umfassenden, der Wirtschaft vorgeordneten Staatsphilosophie verbaut. Zur Staatsphilosophie gehört an erster Stelle eine comprehensive Bestimmung des Gemeinwohls, das allen ökonomischen Interessen übergeordnet ist. R. R. *Grauhan* und R. *Hickel* kommen diesem Anliegen etwas näher. Bei ihnen kommt deutlicher als bei O. Šik das Suchen nach einer obersten Instanz zum Ausdruck, die im Interesse des Humanum sämtliche wirtschaftlichen Zielsetzungen von der Definition der Lebensqualität aus zu entscheiden hat. Es soll aber nicht abgestritten werden, daß dieses Anliegen auch bei O. Šik impliziert ist.

<sup>127</sup> Der Dritte Weg, 182.

Für alle Neomarxisten ist die Staatsphilosophie Demokratietheorie. Dies aus dem Grunde, weil sie alle objektiven, allgemeingültigen Wertvorstellungen verwerfen. Gemeinsame Werte gibt es nur aufgrund eines demokratisch-gesellschaftlichen Prozesses. Mit dieser These befinden sich die Marxisten auf dem gleichen Boden wie die Liberalen.

Denkt man diese Ethik zu Ende, dann kann man eigentlich, wie dies bei *Hayek* offenbar ist, nur bei einem individualistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem landen. Doch diese Logik umgehen die sozialistischen Autoren, wie es scheint, aufgrund eines staatsphilosophischen Aprioris, wonach Gesellschaft immer Gemeinschaft bedeutet, darum eine Gemeinwohllösung der Probleme gesucht werden muß. Das Mittel hierzu ist die im demokratischen Prozeß erarbeitete Gesamtwertvorstellung. Daß es eine solche Gesamtwertvorstellung geben muß, drängt sich den sozialistischen Autoren schon durch die Kritik an den durch den Individualismus hervorgerufenen Mängeln des kapitalistischen Systems auf. Damit ist zugleich erklärlich, warum die Staatsphilosophie der Neomarxisten von der Wirtschaft aus aufgerollt wird. Erste Absicht eines marxistischen Staatsphilosophen muß darum sein, die Wirtschaft in einen größeren, die gesamte Gesellschaft umfassenden Zusammenhang zu bringen.

Markant kommt diese Absicht bei *Grauhan* und *Hickel* zur Geltung, wenn immer wieder unterstrichen wird, daß die liberale Staatsidee eine Konsequenz der kapitalistischen Wirtschaftsphilosophie sei. Die Erkenntnistheorie, mit der die vom Kapitalismus geprägte Wirtschaftswissenschaft die Ökonomie angeht<sup>128</sup>, habe eine Ökonomisierung der Gesellschafts- und Staatsphilosophie zur Folge. Mit *Boulding* bekämpft darum *Hickel* diesen „unerträglichen Methodenimperialismus“<sup>129</sup>. *Hickel* sieht das gesamte wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Leben als einen einzigen Gesellschaftsprozess an, der

<sup>128</sup> Bei *R. Hickel* mit „Methode“ bezeichnet.

<sup>129</sup> Ökonomische Stabilisierungspolitik . . ., 118.

von der politischen, und zwar demokratischen Entscheidung seine wesentliche Einheit erhält, in einer Weise, daß nicht etwa ein organisierter Beamtenapparat, eine thronende Herrschaftsmacht wie eine äußere Form dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben aufgestülpt wird, sondern alle Entscheidungen, wie immer sie geartet sein mögen, als politische Entscheidungen gefällt werden. Man denkt unwillkürlich an eine totalitäre Staatsidee. Doch dürfte man den Ausdruck „totalitär“ nicht im Sinn von Staatssozialismus interpretieren. Bei *O. Šik* wird der Staatssozialismus abgewehrt, weil er mit der Idee des Staates als einzigem Eigentümer verbunden ist. *Hickel* verwirft den Staatssozialismus aus dem staatsphilosophischen Grund, weil er immer noch innerhalb der alten Staatskonzeption verbleibe, wonach der Staat die Verkörperung einer Bürokratie darstelle. Bei *Hickel* kommen mehr die sozialpolitischen Dienstleistungen, die zusammen mit der Wirtschaftspolitik ausgewogen werden und darum in einem gesamtpolitischen Programm entschieden werden müssen, zur Geltung. Die von der Privatwirtschaft und zugunsten der Privatwirtschaft organisierte Herrschaft müsse abgebaut werden. An ihre Stelle tritt dann der allumfassende politische Willensbildungsprozeß. *R. R. Grauhan* und *R. Hickel* nennen dies „die Entstaatlichung“. Die wirtschaftlichen wie auch die nicht-wirtschaftlichen Tätigkeiten sind, einmal dem Preismechanismus entzogen, nur noch durch den politischen Willensbildungsprozeß normiert. In welcher Weise diese demokratische Willensbildung ethisch legitimiert werden kann, wird näherhin nicht erörtert, es sei denn, daß man die formale Freiheit, wie sie von der idealistischen Ethik *Kants* unterstellt wird und wie sie deutlich von *O. Šik* proklamiert wird, als ausreichendes Argument für die Demokratie ansieht. Aber dann ist nicht mehr einzusehen, wie man das Anliegen rationalen Handelns der Kompetenz eines, wenn auch noch so demokratisch gewählten Plangremiums überantworten kann.

In der Sicht der totalen Demokratie, in der alle gesellschaftlich relevanten Inhalte nicht nach ihrer Wahrheit, sondern einfach nach der Methode ihrer Gewinnung, nämlich dem politischen Prozeß, gewertet werden, entfällt jede Überlegung gemäß Wahrheitskriterien. Die „Wahrheit“ ergibt sich als Resultat des Demokratieprozesses, der in Etappen von der Basis (Betrieb, einzelne Gruppen usw.) bis zur höchsten, umfassenden Entscheidung voranschreitet. In diesem Prozeß sind alle Leistungen gleichwertig, weil methodisch „korrekt“ dem politischen Normenprozeß entsprechend, gemäß dem das Gemeinwohl bestimmt wird. Alle Leistungen sind „politische Produktion“<sup>130</sup>.

Daß der Unterschied in der Wertung von produktiver und nichtproduktiver Arbeit einen gewissen Widerspruch enthält, worauf die beiden genannten Autoren hinweisen, ist durchaus verständlich, sofern man diesen Unterschied im Sinn der liberalen Wirtschaftstheorie versteht. Man braucht hierbei aber nicht vom wertneutralen demokratischen Willensbildungsprozeß auszugehen, wie dies bei den sozialistischen Autoren geschieht. Produktive und nicht-produktive Arbeit sind im Lichte der Staatsphilosophie wegen ihres Bezugs zum Gemeinwohl wertgleich. Die Art und Weise, wie das Gemeinwohl definiert werden soll, ist eine zweitrangige, nicht mehr grundsätzliche, sondern empirisch zu lösende Frage. Eine Staatsphilosophie, die zwar einerseits entgegen dem Individualismus als oberste Norm das Gemeinwohl annimmt, andererseits aber diese Norm nur als prozessual erzeugte Norm versteht ohne Bezug auf irgendeine der menschlichen Willkür vorgeordnete Wertordnung, kann hinsichtlich aller Leistungen nur noch von politischer Produktion sprechen. Der Weg in eine sinnvolle Unterscheidung von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Leistung ist endgültig verschlossen. Wir müssen auf diesen Gedanken später nochmals zurückkommen.

<sup>130</sup> *Grauhan und Hickel, a. a. O., 31.*

Im Lichte der sozialistischen Staatsphilosophie steht in der Wirtschaftspolitik nicht mehr die Kapitalverwertung, sondern die Arbeitskraft im Zusammenhang mit der gesamten Lebensgestaltung im Vordergrund. Von der höchsten politischen Werte aus ist im Sinn der Vollbeschäftigung der Wirtschaftsprozess zu steuern. Die Marktwahlprozesse sind darum dem politischen Wahlprozeß nachgeordnet, also Planung *ex ante*, nicht *ex post*. So deutlich auch bei O. Šik<sup>131</sup>, wengleich Šik zugleich großen Wert darauf legt, daß die Planbehörde die vom Eigeninteresse regulierte Marktwirtschaft berücksichtigen muß (wobei unter Eigeninteresse nicht das Interesse eines privaten Eigentümers, sondern das Interesse des Betriebskollektivs verstanden ist). Hickel fordert direkten Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen in Form von Investitionsverboten. Šik seinerseits bemüht sich, im einzelnen die Elemente der staatlichen Wirtschaftspolitik, die für die Realisierung der Makropläne entscheidend sind, darzustellen: Lohnpolitik, Gewinnbeteiligungspolitik, Unternehmensgewinnpolitik, Fiskalpolitik, Kreditpolitik, Währungspolitik<sup>132</sup>. Der direkte staatliche Eingriff in das Wirtschaftsgeschehen kommt bei Šik wohl am deutlichsten zum Ausdruck in seiner Forderung nach Festlegung der maximalen Unternehmensnettogewinne (nach Abzug der Steuern und Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter). Ob man diesen Eingriff als „direkten“ Eingriff in die Marktwirtschaft bezeichnen kann, dürfte übrigens fraglich sein. Denn Šik geht es im Grunde nur um die Offenlegung der Gewinnquoten im Hinblick auf den vom Wirtschaftsrat formulierten Makroplan, wobei die einzelnen Unternehmensentscheidungen innerhalb der Konkurrenz frei sein sollen, soweit damit die Makroplanung nicht gestört wird.

Vom grundsätzlichen, nämlich wirtschaftsethischen und wirtschaftsphilosophischen Standpunkt aus ist die Diskussion über die Eingriffe der staatlichen Wirtschaftspolitik in den Wirt-

<sup>131</sup> Humane Wirtschaftsdemokratie.

<sup>132</sup> A. a. O., 606 ff.

schaftsprozess nur unter dem Gesichtspunkt interessant, inwieweit sich ein Wirtschaftssystem von der privaten Verfügung über Produktionsmittel entfernen darf, ohne Grundnormen zu mißachten, die sich aus dem Menschenbild ergeben. Bei allen marxistischen und neomarxistischen Autoren ist das private Produktionsmitteleigentum ausgeschaltet. Vom wirtschaftsethischen Standpunkt aus können gegen Investitionsverbote oder die Festlegung von maximalen Unternehmensnettogewinnen und ähnliches keine Einwände erhoben werden. Der Wirtschaftsethiker kümmert sich vielmehr um die Frage, wer erstrangiges Subjekt von Produktionsmitteleigentum ist und als solches ein Dispositionsrecht über Produktionsmitteleigentum besitzt, ohne daß damit ein unbeschränktes Dispositionsrecht verstanden werden müßte. Wie jedes Individuum zugleich sozial ist, unterliegt auch jede individuelle Handlung sozialen Maßstäben. Dennoch muß gefragt werden, wer als erster Rechtsträger von Produktionsmitteln bezeichnet werden muß, ob ein einzelner, ein Betriebskollektiv oder der Staat, oder ob es vielleicht möglich ist, überhaupt keinen Rechtsträger zu bestimmen, sondern nur von Funktionsträgern zu sprechen, wie dies in den Ausführungen von O. Šik supponiert wird. Wenn die am Wirtschaftsprozess beteiligten Subjekte nur als Funktionsträger aufgefaßt werden, sind der Durchdemokratisierung der Wirtschaft und auch der Gesellschaft Tür und Tor geöffnet. Daraus ergeben sich unweigerlich Konsequenzen für die Staatsphilosophie.

#### 4. Würdigung der konstruktiven Ideen der neomarxistischen Staats- und Wirtschaftsphilosophie

##### *Einheit von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat*

Sämtliche Marxisten stoßen sich an der Isolierung der Wirtschaft vom übrigen gesellschaftlichen Leben und damit auch von der Politik. Sie haben eine als Kapitalismus bezeichnete

Wirtschaft vor sich, die wegen eines angeblichen originären subjektiven Rechts auf Produktionsmittel ihre eigene Gesetzmäßigkeit hat, die den Namen freier Markt trägt. An dieser Wirtschaftsform entzündete sich die Kritik am Kapitalismus. Historisch gesehen hat tatsächlich der Kapitalismus mit diesem individualistischen Vorzeichen begonnen. Von dieser Sicht aus verbleibt dem Staat nur die Funktion nachträglicher Korrektur im Hinblick auf die sozialen Anliegen, die zu ihrer Erfüllung von der Wirtschaft abhängen. Verbleibt man bei dieser Definition des Kapitalismus dann stimmt es, daß der Staat nur ein Anhängsel der Ökonomie ist. In der weiteren sozialgeschichtlichen Entwicklung hat sich allerdings dieser originäre Kapitalismus eine Menge von Abstrichen am Individualismus gefallen lassen müssen. Die Sozialgesetzgebungen legen davon Zeugnis ab. Auch hat man sich daran gewöhnt, daß der Staat in seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht abwartet, bis sich krasse soziale Widersprüche herausbilden, sondern die kommende wirtschaftliche Entwicklung mit den möglicherweise entstehenden sozialen Problemen vorausschauend abwägt, um mit marktkonformen Maßnahmen den Prozeß zu steuern. Damit hat sich die Definition des ursprünglichen Kapitalismus, der durch die Klassegegensätze gekennzeichnet ist, bereits geändert. Die Wirtschaft ist nicht mehr der von der übrigen Gesellschaft abgeschirmte Raum. Obwohl sich die Wirtschaftswissenschaftler darüber vielleicht keine Rechenschaft gegeben haben, ist zugleich eine andere Wirtschaftsphilosophie als Prämisse gewählt worden, nämlich die Ansicht, daß die Wirtschaft ein integraler Teil der Gesellschaftspolitik sein muß. Die Neomarxisten können sich aber mit dieser Integration nicht zufrieden geben, weil die Wirtschaft, solange noch das subjektive Recht auf Produktionsmitteleigentum besteht, vom politischen Willensbildungsprozeß losgelöst, immer noch nicht ausreichend ihre soziale Funktion zu erfüllen vermöge.

*Das Eigentumsrecht,  
das Hindernis der totalen Demokratisierung*

Die Marxisten rühren hier an den Nerv der Problematik, nämlich an die entscheidende Frage, ob das Recht auf Produktionsmitteleigentum, verstanden als subjektiver Rechtstitel über Kapital, in sich und aus sich keine soziale Funktion erfüllt, so daß man sich die Wirtschaft als soziales Gefüge nur vorstellen kann, wenn man nicht mehr an einen Rechtsträger von Eigentum, sondern nur an Funktionsträger hinsichtlich des Kapitals denkt. Ganz deutlich ist dies bei *O. Šik* der Fall, bei dem es weder den Staat, noch ein Kollektiv, noch ein Individuum gibt, von dem man als einem Eigentümer im eigentlichen Sinn sprechen könnte. Das Betriebskollektiv ist Verwalter von Kapital und es trägt am eigenen Leib die Folgen dieser Verwaltung. Damit ist nach Ansicht *Šiks* ausreichend garantiert, daß die im Wirtschaftsprozess Stehenden, ob Arbeiter oder Manager, das größte Interesse an der produktivsten Verwaltung haben. Das Betriebskollektiv, das Kollektiv einer „Stiftung“<sup>133</sup>, kann sich lediglich als Eigentümer „fühlen“. In Wahrheit ist es nicht Eigentümer, sondern, wie gesagt, nur von Eigeninteresse stimulierter Verwalter. In diesem Sinn ist der Text von *O. Šik* zu interpretieren: „Es geht also darum, für die Mitarbeiter Formen der Kapitalbeteiligung zu finden, bei denen sie sich mit der Zeit als echte Kollektiveigentümer mit den entsprechenden Entscheidungsrechten, aber auch mit fühlbarer Gewinn- und Verlustbeteiligung empfinden könnten. Erst mit einer solchen Entwicklung würde sich die reale Stellung der arbeitenden Menschen und damit auch ihre Interessen und ihr Bewußtsein zu ändern beginnen. Aus puren Lohnempfängern sollen sie sich zu Mitarbeiter-Miteigentümern verwandeln, deren Lohninteressen sich mit den Kapitaleinkommensinteressen verbinden würden.

<sup>133</sup> So deutlich bei den Schülern und Mitarbeitern von *O. Šik Ulrich Gärtner* und *Peter Luder*: Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft.

Das entstehende Interesse am Gewinn durch eine Gewinnbeteiligung würde erfahrungsgemäß das Interesse an der Kapitalentwicklung, an der Investitionstätigkeit des Betriebes, an seiner Produktions- und Geschäftsentwicklung, an seiner Effektivität, Führung usw. hervorrufen. Desinteresse und Gleichgültigkeit würden mit der Zeit und aufgrund von gesammelten Erfahrungen einer Anteilnahme an der Tätigkeit und der Entwicklung des Betriebes weichen<sup>134</sup>. Wie ist da noch von der Notwendigkeit eines mit subjektivem Recht, d. h. mit Investitionsbefugnis ausgestatteten Eigentümers zu sprechen? Bei dieser vollständigen Funktionalisierung des Eigentums, das natürlich unter diesen Umständen kein Eigentum mehr ist, sondern einfach verwaltetes Kapital, braucht man keinen Eigentümer mehr. Der Kapitalgeber erhält den Zins für sein Kapital. Er hat ein subjektives Recht auf die Substanz seines investierten Kapitals, jedoch ohne Dispositionsgewalt. Eine eigentliche Rendite kommt ihm nicht mehr zu. Die Verteilung der Gewinne ist ausschließlich Sache des Betriebskollektivs. Gerade für die kaufmännischen und administrativen Angestellten, die technische Intelligenz in den Unternehmen, „die einen weitaus besseren Einblick in die Wirtschaftssituation ihres Unternehmens haben als die Arbeiter, die zudem ein starkes Bedürfnis nach Identifizierung mit ihrer Firma zeigen, würde die Tatsache Miteigentum und Mitentscheidung sehr attraktiv sein. Gerade in dieser Schicht kommt in den großen Kapitalgesellschaften oft die Frage auf, warum der Gewinn zu firmenfremden Aktionären strömen muß, und warum nicht sie selbst über die Entwicklung der Firma entscheiden können. Sie haben den viel tieferen und genaueren Einblick in die Entwicklungsbedürfnisse des Unternehmens“<sup>135</sup>. *Sik* meint auch, daß diese Schicht mehr als Aktionäre Verständnis für die Idee der Makroplanung be-

<sup>134</sup> Humane Wirtschaftsdemokratie, 373.

<sup>135</sup> A. a. O., 690.

sitze, in der es unter anderem um die Erhaltung der Umwelt, um die Verbesserung der Wohn- und Transportbedingungen gehe. Wenn *Šik* von Miteigentum spricht, ist immer daran zu denken, daß es sich nicht um Anteilsscheine handelt, sondern um Eigentumsfunktionen im Sinn der Disposition.

Produktionsmitteleigentum im eigentlichen Sinn gibt es nur noch für Kleineigenunternehmer, d. h. Unternehmer, die als Eigentümer allein oder mit ihren Familienangehörigen wirtschaften. „Die Anerkennung der gesellschaftlichen Funktion privater Unternehmer sowie auch der notwendigen Gewinnmotivation in der angestrebten Wirtschaftsreform entspricht dem Ziel, das Leben der breiten Bevölkerungsschichten durch Effektivitätssteigerungen und durch das bloße Verhindern unnötiger Wirtschaftsverluste zu verbessern“<sup>136</sup>.

Dieser Wandel des Eigentumsrechts wurde auch von Nicht-Marxisten als mit der freiheitlichen Marktwirtschaft durchaus vereinbar begrüßt oder zumindest als normal hingegenommen. Undifferenziert wird, worauf bereits früher hingewiesen wurde<sup>137</sup>, erklärt, die Marktwirtschaft funktioniere ebenso gut ohne den Produktionsmitteleigentümer wie mit ihm.

Da das Eigentumsrecht als subjektives Recht durch die oberste Norm wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, nämlich das Gemeinwohl, legitimiert ist, kann man diese soziale Funktion nicht nachträglich durch eine Umfunktionierung eliminieren. Der Optimismus *O. Šiks*, daß das interessenstimulierte Betriebskollektiv ein größeres und wirksameres Interesse an der Unternehmensentwicklung beweise als der dem Unternehmen entfremdete Kapitalbesitzer, entbehrt zwar nicht jeder Grundlage. Er ist aber nur aufrechtzuerhalten, wenn die Mitarbeiter fest an ihren Arbeitsplatz gebunden sind. Es besteht aber die Gefahr, daß die Arbeitnehmer dem Unternehmen zu viele

<sup>136</sup> A. a. O., 692.

<sup>137</sup> Vgl. S. 45.

Lohnanteile entnehmen. In irgendeiner, wenngleich im Hinblick auf die weite Distanz zwischen Unternehmen und Kapitalgeber abgeschwächten Weise muß der Eigentümer zum Zuge kommen. Das Wirtschaftssystem kann darum nicht so durchdemokratisiert werden, daß es dem politischen Willensbildungsprozeß einverleibt wird, als wäre es nur eine Verlängerung der Politik. Die Forderung nach einem Rahmenplan steht damit keineswegs im Widerspruch. Auch sind direkte wirtschaftspolitische Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen nicht ausgeschlossen. Wenigstens gilt dies von dem philosophisch-anthropologischen Standpunkt aus, von dem aus in den vorangegangenen Erörterungen das Produktionsmitteleigentum als legitimiert erklärt worden ist. Ob vom wirtschaftswissenschaftlichen und praktisch-wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt aus der von Šik vorgeschlagene Makroplan und direkte wirtschaftspolitische Eingriffe ratsam und klug sind, ist eine andere Sache. Ordnungspolitisches Prinzip bleibt aber die weitestmögliche Funktionsfreiheit des Produktionsmitteleigentümers.

Die Institution des Produktionsmitteleigentums, einschließlich der Dispositionsgewalt, soll dem Menschen einen Freiheitsraum schaffen, von dem aus er sich gegen überbordende Administration zu schützen vermag. Wenn man schon den Kleinunternehmer als Produktionsmitteleigentümer anerkennt, muß man ebenfalls in größeren Unternehmensdimensionen die Bindung des Kapitals an einen rechtlich definierbaren Eigentümer beachten. *Marx* würde an dieser Stelle entsprechend seiner Methode nicht so schnell die originäre Wertanalyse über Bord werfen, indem er das Produktionsmitteleigentum auf den gewerblichen Kleinbetrieb einschränkte und in den Großunternehmen plötzlich sozialistische Parameter anwendete.

Eigentlich ist kein Wort darüber zu verlieren, daß der Kapitalismus auch in der sozialen Ausformung, wie sie von einem aus dem Gemeinwohl abgeleiteten Eigentumsbegriff gefordert ist, nicht frei von Krisen ist. Aber er sollte nicht solche Widersprüche

aufweisen, wie sie z. B. *Hickel* zu recht geißelt. Es ist nicht ganz logisch, wenn in blindem Akkumulationsdrang Industrien sich zum Teil unter Ausnutzung eines deformierten Wertmaßstabes der Konsumenten und unter Mißachtung ökologischer Erfordernisse aufblähen und dann in der Rezession aus „sozialen“ Gründen vom Staat Subventionen erwarten. Doch treffen alle Einwendungen *R. R. Grauhans*, *R. Hickels* und Gefährten nur gewisse Modalitäten des Kapitalismus, die sich durch eine gesellschaftspolitisch umrahmte Unternehmenspolitik beheben lassen, in keiner Weise aber den Kapitalismus als solchen, d. h. das Produktionsmitteleigentum als Grundlage der Wirtschaftsordnung.

Dasselbe gilt bezüglich des Vorwurfs, der Kapitalismus verpreise oder vermarkte die staatlichen sozialen Dienstleistungen. Im privat-rechtlichen Denken, das für den Kapitalismus charakteristisch ist, liegt beschlossen, daß die staatlichen Dienstleistungen nicht einfach Vorleistungen sein dürfen, die die Eigeninitiative des einzelnen ersetzen. Typisch für eine solche Mißkennung der sozialen Bedeutung der Eigeninitiative ist in manchen Ländern das *à fonds perdu* Stipendienangebot des Staates an die Studierenden. Damit hat man nichts anderes als eine „sine-cura-Schicht“ von Intellektuellen geschaffen. Gewisse Härten sind in jedem System unvermeidlich. Davon ist auch die Demokratie nicht ausgenommen. Vollkommene Gerechtigkeit, d. h. jene heile Welt, die der Maxismus anzubieten glaubt, ist eine Illusion.

Der Marxismus sucht die absolute Gerechtigkeit inhaltlich zu verwirklichen, der Liberalismus sieht in seinem Agnostizismus den Werten gegenüber das Absolute in der Methode, wirtschaftlich ausgedrückt, in den Konkurrenzregeln. Während der marxistischen Ablehnung des Eigentumsrechts insoweit zuzustimmen ist, als das Eigentumsrecht kein absoluter Wert ist, ist ihm entgegenzuhalten, daß das subjektive Recht auf Privateigentum und das für den sozialen Bereich daraus folgende Prinzip der Selbsthilfe eine grundsätzliche Ordnungsfunktion zur

Verwirklichung des Gemeinwohls erfüllen. In der Wirtschaftspolitik kommt darum dem Privateigentum die Priorität zu. Diese Priorität fußt nicht auf einer ausschließlich wirtschaftlichen Einschätzung im Sinn der Produktivität des Kapitals, sondern auf einer gesamt menschlichen Wertschätzung der personalen Verantwortung, durch die die materiellen Güter der vollen Entfaltung der menschlichen Person dienstbar gemacht werden sollen. Der Begriff der Produktivität hat darum hier einen tieferen Sinn als nur den, den die Monetaristen im Auge haben.

### *Die verfassungsrechtliche Formulierung des Wirtschaftssystems*

Die Neomarxisten stoßen sich am Produktionsmitteleigentum, weil es als subjektives Recht jede soziale Steuerung der Wirtschaft verhindert. Weil sich in der Tat aus der verfassungsrechtlichen Formulierung des subjektiven Rechts auf Privateigentum eine sehr liberale und in konkreten Situationen oft unsoziale Marktwirtschaft ergibt, muß eine Ergänzung zur Umschreibung des Wirtschaftssystems gesucht werden. Übrigens gilt dies für alle subjektiven Rechte, die sogenannten Menschenrechte. Es gilt auch für die Koalitionsfreiheit, aus der die Tarifautonomie abgeleitet wird. Die Tarifautonomie ist nicht der Weisheit letzter Schluß für eine freiheitliche soziale Ordnung. Sie muß aber bleiben, wenn man für die äußersten Fälle an der Möglichkeit der organisierten Selbsthilfe der Arbeitnehmer durch Streik festhalten will. Dies besagt natürlich nicht, daß das Streikrecht originär durch die Tarifautonomie legitimiert ist. Es ist ursprünglich ein Notstandsrecht. Wenn man aber die Interpretation dieses Notstandsrechts der Administration eines Gerichts (das unter Umständen im Dienst der Staatsmacht stehen könnte) entziehen will, muß man es einer vom Staat unterschiedenen Ordnung, nämlich der freien Wirtschaft, juristisch zuordnen. Dies kann dann nur in Form der Tarifauto-

nomie geschehen, durch die der Arbeiter dem Unternehmer gleichberechtigt in seine subjektiven Rechte eingesetzt wird. Um die Tarifautonomie nicht zum Nachteil der Gesamtordnung ausufern zu lassen, wird man gewisse juristische Schleusen einbauen müssen, durch die die soziale Ordnung gewährleistet wird (z. B. Verlängerung oder Vervielfältigung der Etappen der Diskussion zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, angefangen von der Aufkündigung des Tarifvertrages bis zum Streik).

Ähnliches gilt nun auch für das subjektive Recht auf Privateigentum. Da das Eigentumsrecht wesentlich auf die Person bezogen ist, wird man die bislang übliche Formulierung des Eigentumsrechts als eines Grundrechts des Individuums beibehalten müssen. Man muß sie aber durch den wirtschaftspolitischen, d. h. gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt ergänzen. Als Maxime der Wirtschaftspolitik ist neben Stabilität, Vollbeschäftigung usw. auch die Priorität der Dispositionsgewalt des/der Eigentümer zu nennen. Die Priorität der Dispositionsgewalt des/der Eigentümer im Hinblick auf die Investition verlangt die marktwirtschaftliche Ordnung. Gerade zur Unterscheidung des Begriffs des auf dem vollumfänglichen Eigentumsrecht an Produktionsmitteln gegründeten Wirtschaftssystems gegenüber der sozialistischen Marktwirtschaft ist die besagte Priorität der Dispositionsgewalt sicherzustellen.

## LITERATURVERZEICHNIS

### ABKÜRZUNGEN

- AESC = Annales, Économies Sociétés Civilisations, Paris  
AfSS = Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Tübingen  
ARSP = Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Neuwied  
BCES = Boletín del Centro de Estudios Sociales de la Santa Cruz del Valle de los Caídos, Madrid  
BJS = British Journal of Sociology, London  
CSF = Chronique sociale de France, Lyon  
Diog = Diogène, Paris  
Ds = Droit social, Paris  
DZP = Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Berlin  
Ec = Economica, London  
EcJ = The Economic Journal, London  
EH = Economie et Humanisme, Caluire  
EsFil = Estudios Filosóficos, Valladolid  
Espr = Esprit, Paris  
FH = Frankfurter Hefte, Frankfurt  
GCFI = Giornale critico della Filosofia italiana, Firenze  
GK = Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn  
GMK = Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln  
HJWG = Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen  
IkZC = Internationale katholische Zeitschrift Communio, Frankfurt  
JbS = Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Göttingen  
JEcLit = Journal of Economic Literature, Cambridge/Mass.  
JNSt = Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart  
JPolE = The Journal of Political Economy, Chicago  
K = Kyklos, Basel  
Konp = Konjunkturpolitik, Berlin

- Lev = Leviathan, Düsseldorf  
 Merkur = Merkur, Baden-Baden  
 MEW = K. Marx - F. Engels, Werke, Berlin 1956ff.  
 NG = Die neue Gesellschaft, Berlin  
 NH = Neues Hochland, München  
 NR = Das Neue Reich, Innsbruck  
 NV = Nova et Vetera, Genève  
 NZ = Neue Zeit, Stuttgart  
 OeZR = Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, Wien  
 Ordo = Ordo, Düsseldorf  
 PM = Die politische Meinung, Bonn  
 Proj = Projet, Paris  
 PS = Politische Studien, München  
 PV = Politische Vierteljahresschrift, Köln  
 QJec = Quarterly Journal of Economics, Cambridge/Mass.  
 RDPSP = Revue du Droit Public et de la Science Politique en France  
 et à l'Étranger, Paris  
 REL = Recherches Économiques de Louvain, Louvain  
 REP = Revue d'économie politique, Paris  
 RES = Revue économique et sociale, Lausanne  
 RevIS = Revue de l'Institut de Sociologie, Bruxelles  
 RHES = Revue d'histoire économique et sociale, Paris  
 RIDC = Revue internationale de Droit comparé, Paris  
 RP = Res publica, Bruxelles  
 SJGVV = Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und  
 Volkswirtschaft, Berlin  
 SJWS = Schmollers Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialwissen-  
 schaften, Berlin  
 SRs = Schweizer Rundschau, Solothurn  
 StST = Studies in Soviet Thought, Dordrecht  
 SZ = Stimmen der Zeit, Freiburg i. Br.  
 TMod = Les Temps Modernes, Paris  
 Wd = Wirtschaftsdienst, Hamburg  
 WwA = Weltwirtschaftliches Archiv, Hamburg  
 ZhwF = Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung,  
 Leipzig  
 ZStW = Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen  
 ZWS = Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften,  
 Berlin

- ABDEL-FADIL, M.: La planification des prix en économie socialiste. Essai méthodologique. Paris 1975.
- ABROMEIT, H.: Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im gegenwärtigen Kapitalismus. In: PV 17 (1976) 2–22.
- ADAM, H.: Staatsmonopolistischer Kapitalismus oder soziale Demokratie? Köln 1980.
- ADLER, G.: Die Grundlagen der Karl Marx'schen Kritik der bestehenden Volkswirtschaft. Kritische und ökonomisch-literarische Studien. Tübingen 1887.
- AFANESYEV, V. G.: The scientific management of society. Moscow 1971.
- AFTALION, F.: Socialismo y economía. Madrid 1980.
- ALBERS, F. J.: Zum Begriff des Produzierens im Denken von Karl Marx. Meisenheim 1975.
- ALBERTINI, J.-M.: Du capitalisme au néocapitalisme. In: EH 28, 190 (1969) 6–17.
- Capitalismes et socialismes à l'épreuve. Initiation aux régimes économiques. Paris 1976.
- ALTHUSSER, L. – BALIBAR, É.: Lire Le capital. 2 vols. Paris 1968.
- — Leggere Il Capitale. Milano 1968.
- — Reading Capital. New York 1971.
- — Das Kapital lesen. 2 Bde. Reinbek 1972.
- ALTMANN, E. – REICHENBERG, R.: Die erweiterte sozialistische Reproduktion. Berlin <sup>2</sup>1981.
- ALTVATER, E.: Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus. Frankfurt - Wien 1969.
- ANDERS, H.-D. – SCHILAR, H. – SCHWARZ, K.: Zum Bewertungsproblem im Sozialismus. Berlin 1974.
- ANTONELLI, É. C.: Études d'économie humaniste. IV: Les problèmes de structures. Le capitalisme. V: Les problèmes de structures. Communisme. Montpellier 1962.
- APEL, E. – MITTAG, G.: Ökonomische Gesetze des Sozialismus und neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1964.
- ARNASZUS, H.: Spieltheorie und Nutzenbegriff aus marxistischer Sicht. Eine Kritik aktueller ökonomischer Theorien. Frankfurt 1974.
- ARNDT, H.: Kapitalismus, Sozialismus, Konzentration und Konkurrenz. Tübingen <sup>2</sup>1976.

- BABY, J.: *Principes fondamentaux d'économie politique*. Paris 1949.  
 — *Le marxisme*. Paris 1949.
- BAHRO, R.: *Die Alternative*. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Köln - Frankfurt 1979.  
 — *Plädoyer für schöpferische Initiative*. Zur Kritik von Arbeitsbedingungen im real existierenden Sozialismus. Köln 1980.
- BALINKY, A.: *Marx's Economics. Origin and development*. Lexington 1970.
- BARAN, P. A.: *Zur politischen Ökonomie der geplanten Wirtschaft*. Frankfurt 1968.  
 — *Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums*. Mit einem Nachwort von Paul M. Sweezy. 2. Auflage. Neuwied - Berlin 1971.  
 — *The Political Economy of Growth*. Reprint. Harmondsworth 1978.
- BARAN, P. A. — SWEETZ, P. M.: *Monopolkapital*. Ein Essay über die amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Frankfurt 1967.  
 — — *Le capitalisme monopoliste*. Un essai sur la société américaine. Paris 1968.
- BARJONET, A.: *Qu'est-ce que l'Économie Politique?* Paris 1962.
- BARTOLI, H.: *La doctrine économique et sociale de Karl Marx*. Paris 1950.  
 — *Sur la société capitaliste de ce temps*. In: *Espr* 38, 3 (1970) 469-499.
- BÄRTSCHI, W.: *Marxsche Weltgeldtheorie und sozialistische Währungs politik*. In: *Komp* 19 (1973) 153-174.
- BARZEL, A.: *Der Begriff „Arbeit“ in der Philosophie der Gegenwart*. Bern - Frankfurt 1973.
- BASSO, L.: *Neocapitalismo e sinistra europea*. Bari 1969.
- BATAILLE, G.: *Das theoretische Werk*. I: *Die Aufhebung der Ökonomie*. München 1975.
- BAUER, O.: *Die Akkumulation des Kapitals*. In: *NZ* 31, 1 (1912/13) 831-838, 862-874.  
 — *Das Weltbild des Kapitalismus*. In: *Der lebendige Marxismus*. Festschrift zum 70. Geburtstag von K. Kautsky. 1922.
- BAUMGARTNER, P.: *Konvergenztheorien - Ihre Bedeutung für das künftige Ost-West-Verhältnis*. In: *SRs* 73 (1974) 305-320.
- BAUMOL, W. J.: *The Transformation of Values: What Marx "Really" Meant (An Interpretation)*. In: *JEcLit* 12 (1974) 51-62.
- BECKER, J. F.: *Économie politique marxiste*. Paris 1980.
- BECKER, W.: *Kritik der Marxschen Wertlehre*. Die methodische Irrationalität der ökonomischen Basistheorien des Kapitals. Hamburg 1972.

- Die Achillesferse des Marxismus: der Widerspruch von Kapital und Arbeit. Hamburg 1974.
- Dialektik als Methode in der ökonomischen Werttheorie von Marx. Eine kritische Analyse der dialektischen Struktur der Wertgleichung des „Kapitals“ (1. Band). In: JNSSt 188 (1973/1974) 339–348.
- BEHRENS, F.: Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Werttheorie im Sozialismus. Berlin 1961.
- Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. I: Die politische Ökonomie bis zur bürgerlichen Klassik. Berlin 1962.
- Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. III: Die bürgerliche Ökonomie bis zur allgemeinen Krise des Kapitalismus. Berlin 1979.
- Kritik der politischen Ökonomie und ökonomischen Theorie des Sozialismus. In: GMK 18 (1967) 713–720.
- BELL, D.: Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt - New York 1975.
- BÉNARD, J.: La conception marxiste du capital. Paris 1952.
- BERGSON, A.: Market Socialism Revisited. In: JPolE 75 (1967) 655–673.
- BERNHOLZ, P.: Grundlagen der Politischen Ökonomie, 3 Bde. Tübingen 1972, 1975, 1979.
- BERNSTEIN, E.: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1899.
- Arbeitswert und Nutzwert. Antwort an Kautsky. In: NZ 17, 2 (1899) 548–554.
- Zur Theorie des Arbeitswerts. In: NZ 18, 1 (1900) 356–363, 398–404.
- BERTHOUD, A.: Travail productif et productivité du travail chez Marx. Paris 1974.
- BETTELHEIM, C.: Les problèmes théoriques et pratiques de la planification. Paris 1946.
- Loi de la valeur et construction du socialisme. Paris 1964.
- La transition vers l'économie socialiste. Paris 1968.
- La transizione all'economia socialista. Milano 1969.
- Calcul économique et formes de propriété. Paris 1970.
- Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen. Berlin 1970.
- Sur la persistance des rapports marchands dans les „pays socialistes“. In: TMod 26, 284 (1970) 1417–1445.
- Chine et U.R.S.S.: Deux »modèles« d'industrialisation. In: TMod 27, 289–290 (1970) 193–214.
- Theorie und Praxis sozialistischer Planung. München 1971.

- Cálculo económico y formas de propiedad. Madrid 1973.
- The Transition to Socialist Economy. Hassocks 1975.
- Economic Calculation and Forms of Property. New York 1975.
- BEYME, K. v.: Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern. München - Zürich 1975.
- Sozialismus oder Wohlfahrtsstaat? Sozialpolitik und Sozialstruktur der Sowjetunion im Systemvergleich. München 1977.
- BIANCHI, M.: Marx o la critica dell'economia politica. Torino 1978.
- BIČANIĆ, R.: Economic policy in socialist Yugoslavia. Soviet and East European studies. London 1973.
- BIET, B.: Théories Contemporaines du Profit. Paris 1956.
- BIGO, P.: Marxisme et humanisme. Introduction à l'oeuvre économique de Karl Marx. Préface de Jean Marchal. Paris 1961.
- Marxismo y Humanismo. Introducción a la obra económica de Carlos Marx. Prólogo de Jean Marchal. Madrid 1966.
- La propiedad. Madrid 1968.
- BINSWANGER, H. C. – GEISSBERGER, W. – GINSBURG, T. – Hrsg.: Der NAWU-Report. Wege aus der Wohlstandsfalle. Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise. Frankfurt 1978.
- BISCHOFF, J.: Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff. Über wissenschaftliche Dialektik. Interpretationen zum Kapitel 1. Berlin 1973.
- Red.: Entfremdung und Arbeit. Hamburg 1980.
- BLAKELEY, T. J. – ed.: Themes in Soviet Marxist Philosophy. Selected Articles from the „Filosofskaja Entsiklopediia“. Dordrecht - Boston 1975.
- BLAUG, M.: Economic Theory in Retrospect. Homewood 1962. Reprint Cambridge 1980.
- Systematische Theoriegeschichte der Ökonomie. I: Vom Merkantilismus zu Ricardo. II.: Say, Mill, Marx. III: Marshalls Ökonomie; Die Revolution des Marginalismus; Grenznutzen und Grenzproduktivitätstheorie; Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung. München 1971, 1972, 1975.
- BLUM, R.: Soziale Marktwirtschaft. Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus. Tübingen 1969.
- BOCCARA, P.: Études sur le capitalisme monopoliste d'État, sa crise et son issue. Paris 1973.
- Studien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Krise und seine Überwindung. Frankfurt 1976.

- BOELCKE, W. A.: Sozialistische Planwirtschaft. Ihre Ursprünge, Grundlagen und Probleme aus historischer Sicht. In: SJWS 88 (1968) 641-695.
- BOETTCHER, E. - Hrsg.: Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme. Berlin 1970.
- BÖHM, F.: Wirtschaftsordnung und Geschichtsgesetz. Tübingen 1974.
- BÖHM-BAWERK, E. v.: Zum Abschluß des Marxschen Systems. In: Staatswissenschaftliche Arbeiten. Festgaben für Karl Knies. Hrsg. v. Otto Freiherr v. Boenigk. Berlin 1896.
- Kapital und Kapitalzins. I: Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien. II: Positive Theorien des Kapitals. Innsbruck 1900, 1902.
  - The positive theory of capital. Freeport 1971.
  - Karl Marx and the close of his system. HILFERDING, R.: Böhm-Bawerk's criticism of Marx. Together with an appendix consisting of an article by Ladislaus von Bortkiewicz on the transformation of values into prices of production in the Marxian system. Edited with an introduction by Paul M. Sweezy. Clifton 1973.
- BOLZ, K.: Reformen im sowjetischen Wirtschaftssystem. In: Wd 50 (1970) 384-393.
- Die Aussagen der Konvergenztheorie. In: Wd 52 (1972) 149-153.
- BORNSTEIN, M. - ed.: Comparative Economic Systems. Models and Cases. Homewood 1965.
- - ed.: Plan and Market. Economic Reform in Eastern Europe. New Haven 1973.
  - - ed.: Economia di mercato ed economia pianificata. Un'analisi comparata: teoria e casi. A cura di Morris Bornstein. Milano 1973.
- BORNSTEIN, M. - FUSFELD, D. R. - ed.: The Soviet economy. A book of readings. Homewood 1974.
- BORTKIEWICZ, L. v.: Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System. In: AfSS 23 (1906) 1-50.
- Der Kardinalfehler der Böhm-Bawerkschen Zinstheorie. In: SJGVV 30 (1906) 943-972.
  - Zur Berichtigung der grundlegenden theoretischen Konstruktion von Marx im dritten Band des 'Kapital'. In: JNSt 89 (1907) 319-335.
  - Zur Zinstheorie. In: SJGVV 31 (1907) 1288-1303.
  - Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System. Lollar - Gießen 1976.
- BOSE, A.: Marxian and post-Marxian political economy. An introduction. Harmondsworth - Baltimore 1975.
- BOTTA, F.: Teoria economica e marxismo. Contributi a una scienza critica della società. Bari 1973.

- BOUDIN, L. B.: Das theoretische System von Karl Marx. Mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Karl Kautsky. Stuttgart 1909.
- BRAUN, H.: Leistung und Leistungsprinzip in der Industriegesellschaft. Soziale Normen im Wandel. Freiburg - München 1977.
- BRAUNREUTHER, K.: Studien zur Geschichte der politischen Ökonomie und der Soziologie. Berlin 1978.
- BRD - DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971.
- BREDOW, W. v.: Vom Antagonismus zur Konvergenz? Studien zum Ost-West-Problem. Frankfurt 1972.
- BRENKERT, G. G.: Marx and utilitarianism. In: Canadian Journal of Philosophy (Alberta) 5 (1975) 421-434.
- BRESS, L.: Kommunismus bei Karl Marx. Von der spekulativen zur ökonomischen Konzeption. Stuttgart 1972.
- BRESS, L. - HENSEL, K. - Hrsg.: Wirtschaftssysteme des Sozialismus im Experiment - Plan oder Markt? Frankfurt 1972.
- BRIEFS, G.: Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie. Mit besonderer Berücksichtigung des Problems der Durchschnittsprofitrate. Jena 1915.
- Klassische Nationalökonomie. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band VI. Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1959. 4-19.
- Wirtschaft zwischen Ordnung und Chaos. Anmerkungen zu neuer Kommunismusliteratur. In: IkZC 1 (1972) 459-468.
- Das allgemeine Sozialproblem und der ‚proletarische Sozialismus‘. In: Gesammelte Schriften, Berlin 1980, 352-375.
- Heilserwartung und Kollektivismus. In: Gesammelte Schriften, Berlin 1980, 431-452.
- BRITTAN, S.: Die Ökonomie der Freiheit. Plädoyer für eine liberale Wirtschaft. Frankfurt - New York 1976.
- BROWDER, E. R.: Marx and America. A study of the doctrine of impoverishment. Westport 1974.
- BROWN, M. B.: La teoría económica del imperialismo. Madrid 1975.
- BRUNHOFF, S. de: La Monnaie chez Marx. Paris 1973.
- La politique monétaire. Un essai d'interprétation marxiste. Avec la collaboration de Paul Bruini. Paris 1973.
- BRUS, W.: Problèmes généraux du fonctionnement de l'économie socialiste. Paris 1968.
- Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft. Frankfurt 1971.
- Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politischen Ökonomie. Frankfurt 1972.
- The market in a socialist economy. London - Boston 1972.

- The Economics and Politics of Socialism. Collected Essays. London-Boston 1973.
- Sozialisierung und politisches System. Frankfurt 1975.
- Socialist Ownership and Political Systems. London - Boston 1975.
- BUCHARIN, N. I.: Eine Ökonomie ohne Wert. In: NZ 32, 1 (1914) 806–816, 850–858.
- Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals. Berlin 1927.
- Imperialismus und Weltwirtschaft. Nachdruck der Ausgabe Wien Berlin 1929. Frankfurt 1969.
- BUHR, M. – KOSING, A.: Kleines Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie. Berlin <sup>2</sup>1974.
- BULGAKOFF, S.: Die naturphilosophischen Grundlagen der Wirtschaftstheorie. In: AfSS 36 (1913) 359–393.
- BURG, H.: Inflation und Klassenkampf. Ursachen, Widersprüche und Konsequenzen der Inflation im Imperialismus. Berlin 1977.
- CAFIERO, C.: Einführung in das „Kapital“ von Marx. Kronberg/Ts. 1974.
- CAMPBELL, R. W.: The Soviet-type economies. Performance and evolution. Boston <sup>3</sup>1973.
- CANAPA, M.-P.: Réforme économique et socialisme en Yougoslavie. Paris 1970.
- LE CAPITAL DANS LA FONCTION DE PRODUCTION. Colloque international du Centre national de la recherche scientifique, Institut de recherche en économie de la production, Paris, 18–20 novembre 1976. Paris 1978.
- CARANDINI, G.: Lavoro e capitale nella teoria di Marx. Padova 1971.
- CARSON, R. L.: Comparative Economic Systems. New York 1973.
- CARTELIER, J.: Surproduit et reproduction. La formation de l'économie politique classique. Grenoble - Paris 1976.
- CASTELLS, M.: La teoría marxista de las crisis económicas. Madrid 1978.
- CAVALLI, A.: Le origini del capitalismo. Torino 1973.
- LE CENTENAIRE DU „CAPITAL“. Exposés et entretiens sur le marxisme. Paris - La Haye 1969.
- CERRONI, U.: Teoria della crisi sociale in Marx. Una reinterpretazione. Bari 1971.
- CERVANTES CAMPOS, I.: Vom Staatskapitalismus zur Selbstverwaltung. (Typologie einiger sozialistischer Wirtschafts-Modelle). In: Christlich-demokratisches Panorama (Rom) 8, 1 (1975) 20–34.

- CHAMBERLIN, W. H. : The Soviet Planned Economic Order. New York 1969.
- CHAMBRE, H. : Économies et sociétés socialistes. In: Proj (1969) 1102-1115.
- L'Économie planifiée. Paris <sup>4</sup>1975.
- CHANG, S. H. M. : The Marxian Theory of the State. New York 1965.
- CHARBONNEAU, B. : Le système et le chaos. Critique du développement exponentiel. Paris 1973.
- CHARPILLOZ, A. : Marx et Keynes. Rapprochement des deux formulations. Neuchâtel 1975.
- CHMIELEWICZ, K. : Arbeitnehmerinteressen und Kapitalismuskritik in der Betriebswirtschaftslehre. Reinbek 1975.
- CHROMUŠIN, G. B. : Der Marxismus und die sowjetische Ökonomik. Moskau 1969.
- COGOY, M. : Wertstruktur und Preisstruktur. Die Bedeutung der linearen Produktionstheorie für die Kritik der politischen Ökonomie. Frankfurt 1977.
- COLE, G. D. H. : Principles of Economic Planning. London 1935.
- COLEMAN, J. R. : Comparative economic systems. An inquiry approach. New York 1968.
- COLLETTI, L. – a cura di: Il Marxismo e il crollo del capitalismo. Roma - Bari 1975.
- CONVERGENCE OF COMMUNISM AND CAPITALISM. The Soviet view. Coral Gables/Fla. 1973.
- COTTA, A. : Le Capitalisme. Paris 1977.
- COTTIER, G. : Valeur de l'„Analyse marxiste“? In: NV 46 (1971) 173-187.
- CROCE, B. : Materialismo storico ed economica marxistica. Bari 1961.
- Historical materialism and the economics of Karl Marx. New York - London 1966.
- CSIKÓS-NAGY, B. : Socialist economic policy. Budapest - London 1973.
- Das Marktproblem. Kernfrage der sozialistischen Planwirtschaft. Wien 1980.
- CUNOW, H. : Zur Zusammenbruchstheorie. In: NZ 17, 1 (1899) 356-364, 396-403, 424-430.
- Philosophie und Wirtschaft. In: NZ 18, 1 (1900) 421-428, 463-470.
- Erkenntnistheoretische Marx-Kritik. In: NZ 19, 2 (1901) 420-429, 457-463.
- Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie. Grundzüge der Marxschen Soziologie. 2 Bde. Berlin 1920, 1921.

- DAHRENDORF, R. : Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx. Hannover <sup>2</sup>1971.
- DALLEMAGNE, J.-L. : L'Inflation capitaliste. Paris 1972.
- Autogestion ou dictature du prolétariat. Essai sur la gestion des États ouvriers. Paris 1976.
  - L'économie du „Capital“. Paris 1978.
- DALTON, G. : Economic systems and society. Capitalism, Communism, and the Third World. Baltimore 1974.
- Sistemas Económicos y Sociedad. Madrid 1974.
- DEBATE SOCIALISTA SOBRE EL CAPITALISMO ACTUAL. Barcelona 1975.
- DÉCAILLOT, M. : Le Mode de production socialiste. Essai théorique. Paris 1973.
- DEMSETZ, H. : Minorities in the Market Place. In: The North Carolina Law Review 43, 2 (1965).
- DENIS, H. : La valeur. Paris 1950.
- Valeur et Capitalisme. Paris 1957.
  - L'„Économie“ de Marx. Histoire d'un échec. Paris 1980.
- DEUTSCHMANN, C. : Der linke Keynesianismus. Frankfurt 1973.
- DIÁLEKTIK DES GESCHICHTSPROZESSES IN DER EPOCHE DES ÜBERGANGS VOM KAPITALISMUS ZUM SOZIALISMUS. V. Philosophie-Kongreß der DDR, 21.–23. November 1979 in Berlin. Berlin 1980.
- DICKINSON, H. D. : A Comment on Meek's "Notes on the Transformation Problem". In: EcJ 66 (1956) 740–741.
- Economics of socialism. Freeport 1971.
- DIEHL, K. – MOMBERT, P. – Hrsg. : Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Wirtschaftskrisen. Frankfurt - Berlin - Wien 1979.
- DIETZ, R. : Sowjetökonomie, Warenwirtschaft oder Sachverwaltung. Ein Beitrag zur Begründung einer alternativen Theorie des Sozialismus. Studie zur Werttheorie. Achberg 1977.
- DIRLAM, J. – PLUMMER, J. : An introduction to the Yugoslav economy. Columbus 1973.
- DIVISION DU TRAVAIL ET TECHNIQUE DU POUVOIR. In: TMod 26, 285 (1970) 1559–1586.
- DMITRIEV, V. K. : Essais économiques. Esquisse de synthèse organique de la théorie de la valeur-travail avec la théorie de l'utilité marginale. Postface de Henri Denis. Strasbourg - Paris 1968.
- DOBB, M. : Political Economy and Capitalism. Some Essays in Economic Tradition. London 1937.
- „Vulgar Economics“ and „Vulgar Marxism“. A Reply. In: JPolE 48 (1940) 251–258.

- On economic theory and socialism. Collected papers. London 1955.
- An Essay on Economic Growth and Planning. London 1960.
- Capitalism yesterday and today. New York 1962.
- Studies in the development of capitalism. Revised edition. New York 1964.
- Papers on Capitalism, Development and Planning. New York 1967.
- Ökonomisches Wachstum und Planung. Frankfurt - Wien 1968.
- Études sur le développement du capitalisme. Paris 1969.
- Welfare Economics and the Economics of Socialism. Towards a Common-Sense Critique. London 1969.
- Économie du bien-être et économie socialiste. Paris 1972.
- El cálculo económico en una economía socialista. Barcelona <sup>2</sup>1972.
- Organisierter Kapitalismus. Fünf Beiträge zur politischen Ökonomie. Frankfurt <sup>2</sup>1973.
- Ensayos sobre capitalismo, desarrollo y planificación. Madrid 1973.
- El nuevo socialismo. Vilassar de Mar 1973.
- Theories of value and distribution since Adam Smith. London 1973.
- Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine nationalökonomische Dogmengeschichte. Frankfurt 1977.
- DOBIAS, P.: Das jugoslawische Wirtschaftssystem. Entwicklung und Wirkungsweise. Tübingen 1969.
- Zur Struktur des Marxschen Systems. In: WwA 105 (1970) 279–303.
- Theorie und Praxis der Planwirtschaft. Paderborn 1977.
- DOMAR, E. D.: Essays in the theory of economic growth. New York 1957.
- On the Optimal Compensation of a Socialist Manager. In: QJec 88 (1974) 1–18.
- DOPFER, K.: Ost-West-Konvergenz. Werden sich die östlichen und westlichen Wirtschaftsordnungen annähern? Zürich - St. Gallen 1970.
- DOSTALER, G.: Marx, la valeur et l'économie politique. Paris 1978.
- DOWNES, A.: Ökonomische Theorie der Demokratie. Tübingen 1968.
- DOZ, A.: Analyse de la marchandise chez Marx et théorie de la mesure chez Hegel. In: D'Hondt, Jacques – dir.: La logique de Marx. Paris 1974. 91–103.
- DRAGUILEV, M.: La crise générale du capitalisme. Moscou - Paris 1960.
- DREWNOWSKI, J.: The Economic Theory of Socialism. A Suggestion For Reconsideration. In: JPolE 69 (1961) 341–354.
- DRU, J.: Besoins contradictoires et projets révolutionnaires. Paris 1974.
- DUBUCS, J.: La notion de transformation chez Marx. Paris 1977.

- DUMÉNIL, G. : *Le concept de loi économique dans „Le Capital“*. Paris 1978.
- DUMONT, L. : *From Mandeville to Marx. The genesis and triumph of economic ideology*. Chicago 1977.
- DUMONT, R. : *Sovkhoz, kolkhoz, ou Le problématique communisme*. Paris 1964.
- *Soujos, Koljos o el problemático comunismo*. Barcelona 1966.
- *Problemi agrari del Comunismo*. Milano 1966.
- DURBIN, E. F. M. : *Economic Calculus in a Planned Economy*. In: *EcJ* 46 (1936) 676–690.
- DUVE, F. – Hrsg. : *Der Thesenstreit um „Stamokap“*. Die Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten. Reinbek 1973.
- EATON, J. : *Political economy. A Marxist textbook*. New revised edition. London 1963.
- EBBIGHAUSEN, R. – Hrsg. : *Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Frankfurt 1974.
- EBERLE, F. – Hrsg. : *Aspekte der Marxschen Theorie*. I: Zur methodischen Bedeutung des 3. Bandes des ‚Kapital‘. II: Zur Wertformanalyse. Frankfurt 1973, 1974.
- EBERT, G. – TITTEL, G. : *Das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus*. Berlin 1977.
- ECHAVARRIA SALVAT, O. A. : *On socialism*. Miami 1975.
- ECKSTEIN, A. – ed. : *Comparison of economic systems. Theoretical and methodological approaches*. Berkeley 1971.
- ECKSTEIN, G. : *Die vierfache Wurzel des Satzes vom unzureichenden Grunde der Grenznutzentheorie. Eine Robinsonade*. In: *NZ* 20, 2 (1902) 810–816.
- *Die Gewerkschaftstheorie des Marxismus*. In: *NZ* 32, 2 (1914) 513–525.
- EGNELL, E. – PEISSIK, M. : *URSS, l'entreprise face à l'État*. Paris 1974.
- EHLERT, W. – JOSWIG, H. – LUCHTERHAND, W. – Hrsg. : *Wörterbuch der Ökonomie – Sozialismus*. Berlin<sup>3</sup> 1973.
- EICHHORN, W. – BAUER, A. – KOCH, G. : *Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen*. Berlin 1975.
- EIGENTUMSORDNUNG UND KATHOLISCHE SOZIALLEHRE. Köln 1970.
- ELGOZY, G. : *Le Bourgeois socialiste ou Pour un post-libéralisme*. Paris 1977.
- EMMANUEL, A. : *Le profit et les crises. Une approche nouvelle des contradictions du capitalisme*. Paris 1974.

- ENDLER, K. – WENZEL, M. : Führungsentscheidungen im sozialistischen Betrieb. Berlin 1967.
- ENGST, P. – SCHÜSSLER, L. : Möglichkeit und Grenzen des Effizienzvergleichs von Wirtschaftssystemen. Dargestellt am Beispiel der mittel- und westdeutschen Wirtschaft. Opladen 1974.
- EUCHNER, W. : Egoismus und Gemeinwohl. Studien zur Geschichte der bürgerlichen Philosophie. Frankfurt 1973.
- EUCHNER, W. – SCHMIDT, A. – Hrsg. : Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre „Kapital“. Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967, veranstaltet vom Institut für Politikwissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der Europäischen Verlagsanstalt. Frankfurt - Wien 1968.
- EUCKEN, W. : Die Grundlagen der Nationalökonomie. Godesberg<sup>5</sup> 1947.
- Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen - Zürich<sup>3</sup> 1960.
- FABER, M. : Remettra-t-on en question la division du travail? In: EH 16 (1957) 219-226.
- FAHRENHOLZ-HILWIG, H. : Wertgesetz und Wirtschaftssystem. Frankfurt - New York 1977.
- FAMULLA, G.-E. : Geschichtsbegriff und Politische Ökonomie. Untersuchungen zu einem problematisch gewordenen Selbstverständnis. Frankfurt - New York 1978.
- FAUCCI, R. : Marx interprete degli economisti classici. Firenze 1979.
- FEDORENKO, N. P. : Economic reform in the U.S.S.R. In: REL 37 (1971) 193-199.
- FEDORENKO, N. P. – BUNITSCH, P. G. – SCHATALIN, S. S. : Effektivität in der sozialistischen Wirtschaft. Berlin 1972.
- FEHL, U. : Kapitalzins und Allokation. Zum Kardinalfehler der Marx-schen Arbeitswerttheorie. In: ZStW 130 (1974) 297-324.
- FEHLBAUM, R. P. : Saint-Simon und die Saint-Simonisten. Vom Laissez-Faire zur Wirtschaftsplanung. Basel - Tübingen 1970.
- FEIWEL, G. R. : On the Economic Theory of Socialism. Some Reflections on Lange's Contributions. In: K 25 (1972) 601-618.
- FETSCHER, I. : Armut als Problem des Marxismus. In: NH 64 (1972) 43-51.
- Der Marxismus. Seine Geschichte in Dokumenten. I: Philosophie, Ideologie. München - Zürich<sup>3</sup> 1976.
- Hrsg. : Grundbegriffe des Marxismus. Eine lexikalische Einführung. Hamburg 1976.

- FIELDHOUSE, D. K. - comp.: The theory of capitalist imperialism. New York 1967.
- FINE, B.: Marx's Capital. London 1975.
- FINE, B. - HARRIS, L.: Rereading Capital. Irvington/N.Y. 1979.
- FIORITO, R.: Divisione del lavoro e teoria del valore. L'Economia sociologica di Adam Smith. Bari 1971.
- FISCHER, A. M.: Der reale Schein und die Theorie des Kapitals bei Karl Marx. Zürich 1978.
- FISZEL, H.: Einführung in die Theorie der Planwirtschaft. Tübingen 1973.
- FITTER, J. C.: Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsordnungen. Köln 1975.
- FJEDININ, W.: Sozialismus und Wettbewerb. Berlin 1972.
- FOLGEN EINER THEORIE. Essays über Das Kapital von Karl Marx. Frankfurt <sup>3</sup>1969.
- FÖRSTER, W.: Rechnungswesen und Wirtschaftsordnung. Ein Beitrag zur Diagnose der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und ihrer Reformen aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Berlin 1967.
- FRADIN, J.: Les fondements logiques de la théorie néoclassique de l'échange. Le postulat du numéraire. Introduction à la critique de l'économie politique contemporaine. Grenoble - Paris 1976.
- FREEDMAN, R.: Marx and Economics. London 1962.
- FREY, B. S.: Entwicklung und Stand der Neuen Politischen Ökonomie. In: H. P. Widmaier - Hrsg.: Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt 1974.
- Moderne Politische Ökonomie. Die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik. München - Zürich 1977.
- Politisch-ökonomische Modelle. Übersicht und Stand der Forschung. In: E. Helmstädter - Hrsg.: Neuere Entwicklungen in den Wirtschaftswissenschaften. Berlin 1978.
- FREY, B. S. - MEISSNER, W.: Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie - Marxismus und ökonomische Theorie der Politik. Frankfurt 1974.
- FREY, R. L.: Öffentliche Armut in der Marktwirtschaft? In: HJWG 19 (1974) 99-113.
- FRIEDMAN, M.: Kapitalismus und Freiheit. Stuttgart 1971.
- FRIEDRICH, M.: Philosophie und Ökonomie beim jungen Marx. Berlin 1960.
- FURTAJ, R. K.: Jugoslawien. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Hamburg 1975.

- GABLERS WIRTSCHAFTSLEXIKON. Hrsg. v. R. Sellien und H. Sellien. 2 Bde. Wiesbaden <sup>7</sup>1967.
- GADÓ, O.: Das Verhältnis von Preis und Planung als Lenkinstrumente in einer zentralgeleiteten Volkswirtschaft. In: WwA 106 (1971) 279-300.
- GAGERN, M.: Zur gesellschaftlich notwendigen durchschnittlichen Arbeitszeit. Ein Beitrag zur Lektüre des Kapital. In: StST 16 (1976) 195-237.
- GAJANO, A.: La dialettica della merce. Introduzione allo studio di Per la critica dell'economia politica di Marx. Napoli 1979.
- GALBRAITH, J. K.: Gesellschaft im Überfluß. München - Zürich 1959.  
 - Die moderne Industriegesellschaft. München - Zürich 1968.  
 - Wirtschaft für Staat und Gesellschaft. München - Zürich 1974.
- GAMBAZZI, P.: Il metodo marxiano di analisi economica. Dai 'Manoscritti' alla 'Misera della filosofia'. In: Aut Aut (Milano) 112 (1969) 46-70.
- GARAUDY, R.: Die Aktualität des Marxschen Denkens. Frankfurt 1969.  
 - Karl Marx: The Evolution of His Thought. London 1967.  
 - Reconquête de l'espoir. Paris 1971.  
 - Karl Marx. Paris 1972.  
 - Die große Wende des Sozialismus. München 1972.  
 - L'Alternative. Paris 1972.  
 - Die Alternative. Ein neues Modell der Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Kommunismus. Wien - München - Zürich 1973.  
 - La alternativa. Madrid <sup>3</sup>1976.  
 - Le projet espérance. Paris 1976.  
 - Das Projekt Hoffnung. Wien - Zürich - München 1977.
- GARCIA DE ARO, R.: Karl Marx: El capital. Madrid 1977.
- GÄRTNER, U. - LUDER, P.: Ziele und Wege einer Demokratisierung der Wirtschaft. 2 Bde. Diessenhofen 1979.
- GAUDEMAR, J.-P. de: Mobilité du travail et accumulation du capital. Paris 1976.
- GAUGLER, E.: Eigentum im Unternehmen. In: Eigentumsordnung und katholische Soziallehre. 99-137.
- GELD UND FINANZEN IN DER SOZIALISTISCHEN REPRODUKTION. Berlin 1977.
- GERSCHBERG, S.: Sozialistischer Wettbewerb. Wesen und Ziele. Moskau 1973.
- DIE GESCHICHTE DER POLITISCHEN ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS. Grundrisse. Berlin 1973.

- GLASTETTER, W.: Wachstumskonzeption und Politische Ökonomie. Eine dogmenkritische Auseinandersetzung mit der These von der Überflußgesellschaft. Köln 1971.
- GLEZERMAN, G.: Socialist society. Scientific principles of development. Moscow 1971.
- Der historische Materialismus und die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Berlin <sup>2</sup>1973.
- GODELIER, M.: Rationalité et irrationalité en économie. Paris 1966.
- System, Struktur und Widerspruch im ‚Kapital‘. Berlin 1970.
  - Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie. Frankfurt 1972.
- GODWIN, W.: Das Eigentum. Leipzig 1904.
- GOLDMAN, M. I. – ed.: Comparative economic systems. A reader. New York <sup>2</sup>1971.
- GOLDSCHIED, R. – SCHUMPETER, J.: Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen. Frankfurt 1976.
- GORZ, A.: Stratégie ouvrière et néo-capitalisme. Paris 1964.
- Le socialisme difficile. Paris 1967.
  - ed.: The Division of Labour. The Labour Process and Class-Struggle in Modern Capitalism. Atlantic Highlands 1976.
- GRAUHAN, R.-R.: Grenzen des Fortschritts? Widersprüche der gesellschaftlichen Rationalisierung. München 1975.
- GRAUHAN, R.-R. – HICKEL, R. – Hrsg.: Krise des Steuerstaats? Widersprüche, Perspektiven, Ausweichstrategien. Opladen 1978.
- GRAZIADEI, A.: Preis und Mehrpreis in der kapitalistischen Wirtschaft. Kritik der Marxschen Werttheorie. Berlin 1923.
- Der Begriff der Mehrarbeit und die Werttheorie. Die Mehrarbeit als Klassenphänomen. Berlin 1925.
  - Syndikate und Löhne. Berlin 1926.
  - Le crisi del capitalismo e le variazioni del profitto. Milano 1940.
  - Cosa è il marxismo. 12 conferenze all'Università di Roma. Roma 1947.
  - Il capitale e il valore. Critica della economia marxista. Roma 1948.
- GREGORY, P. R. – STUART, R. C.: Soviet economic structure and performance. New York 1974.
- GRENDI, E.: Sulla teoria dei sistemi e delle forme economiche. Marxismo, storia, antropologia. Torino 1971.
- GROSSMAN, G.: Sistemi economici comparati. Bologna 1969.
- ed.: Essays in Socialism and Planning in Honor of Carl Landauer. Englewood Cliffs 1970.
  - Economic systems. Englewood Cliffs <sup>2</sup>1974.

- GROSSMANN, H.: Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems. Frankfurt 1967.
- Marx, die klassische Nationalökonomie und das Problem der Dynamik. Frankfurt - Wien 1969.
  - Marx, l'économie politique classique et le problème de la dynamique. Paris 1975.
- GUELFAT, I.: Nouvelle étape dans le développement de la pensée économique en U.R.S.S. In: RHES 46 (1968) 56–99.
- GUEULLETTE, A. D.: A propos du livre de Jean Marczewski: Crise de la planification socialiste? In: REP 84 (1974) 580–583.
- GUGGENBERGER, B.: Wem nützt der Staat? Kritik der neomarxistischen Staatstheorie. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1974.
- GUTMANN, G.: Zum Verteilungsproblem in der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine modelltheoretische Studie. In: WwA 100 (1968) 41–71.
- HABERLER, G.: Marxian Economics in Retrospect and Prospect. In: W. Weber – Hrsg.: Einheit und Vielfalt in den Sozialwissenschaften. Wien 1966.
- HABERMAS, J.: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt 1973.
- HAFFNER, F.: Grundbegriffe der marxistischen politischen Ökonomie des Kapitalismus. Interpretationen und kritische Hinweise in lexikalischer Darstellung. Berlin 1974.
- HAGEMANN, M. – KLEMENČIĆ, A.: Die sozialistische Marktwirtschaft Jugoslawiens. Stuttgart 1974.
- HAHN, G.: Investitionslenkung im sowjetischen Wirtschaftssystem. Stuttgart 1967.
- HALL, SIR R. L.: The economic system in a socialist state. New York 1967.
- HALLER, F.: Sozialistische Akkumulations- und Wachstumstheorie. Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus in der DDR. Berlin 1974.
- HALM, G. N.: Economic Systems. A Comparative Analysis. New York 1960.
- Wirtschaftssysteme. Eine vergleichende Darstellung. Berlin 1960.
  - Mises, Lange, Liberman: Allocation and Motivation in the Socialist Economy. In: WwA 100 (1968) 19–40.
- HAMEL, H.: Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands. Berlin 1966.

- Hrsg.: Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Ökonomische und wirtschaftspolitische Probleme. München 1974.
- HAMPE, P.: Die ökonomische Imperialismustheorie. Kritische Untersuchungen. München 1976.
- HANSEN, A. H. – TOUT, H.: Investment and Saving in Business Cycle Theory. In: *Econometrica*, Menasha/Wis., 1 (1933) 119–147.
- HARBUSCH, P. – WIEK, D. – Hrsg.: Marktwirtschaft. Eine Einführung in das Konzept der freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Stuttgart 1975.
- HARDACH, G. – KARRAS, D.: Sozialistische Wirtschaftstheorie. Darmstadt 1975.
- HAYEK, F. A. v.: Der Weg zur Knechtschaft. München 1971.
- Die Verfassung der Freiheit. Tübingen 1971.
- Individualismus und wirtschaftliche Ordnung. Salzburg <sup>2</sup>1976.
- ed.: Collectivist economic planning. Critical studies on the possibilities of socialism. Reprint. Clifton 1975.
- HEDTKAMP, G.: Wirtschaftssysteme. Theorie und Vergleich. München 1974.
- Hrsg.: Zur Marxistischen und Neuen Politischen Ökonomie. Berlin 1981.
- HEIDT, U.: Arbeit und Herrschaft im „realen Sozialismus“. Frankfurt - New York 1979.
- HEIMANN, E.: Mehrwert und Gemeinwirtschaft. Kritische und positive Beiträge zur Theorie des Sozialismus. Berlin 1922.
- Soziale Theorie der Wirtschaftssysteme. Tübingen 1963.
- Teoría Social de los Sistemas Económicos. Madrid 1968.
- Anmerkungen zur Unhaltbarkeit der Marx'schen Arbeitswerttheorie. In: *HJWG* 13 (1968) 267–269.
- HELBERGER, C.: Marxismus als Methode. Wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie. Frankfurt 1974.
- HELLER, A.: Theorie der Bedürfnisse bei Marx. Berlin 1976.
- HENGUER, A.: L'accumulation capitaliste: par et contre l'homme. In: *Espr* 43, 11 (1975) 606–614.
- HENRY, M.: Forces productives et subjectivité. Le socialisme selon Marx. In: *Diog* 88 (1974) 95–118.
- Marx. 2 vols. Paris 1976.
- HENSEL, K. P.: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Lenkungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung. Stuttgart <sup>2</sup>1959.

- Strukturgegensätze oder Angleichungstendenzen der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme von Ost und West? In: *Ordo* 12 (1960–1961) 305–329.
  - Die sozialistische Marktwirtschaft in der Tschechoslowakei. Stuttgart 1968.
  - Das Verhältnis von Allokations- und Wirtschaftssystemen. In: E. Boettcher – Hrsg., *Beiträge zum Vergleich der Wirtschaftssysteme*. Berlin 1970.
  - Über die sozialwissenschaftliche Bestimmung von Wirtschaftssystemen. In: H. Sauer mann, E.-J. Mestmäcker – Hrsg., *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*. Tübingen 1975.
  - Grundformen der Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft – Zentralverwaltungs-wirtschaft. München<sup>3</sup>1978.
- HENSEL, K. P. – WESSELY, K. – WAGNER, U.: *Das Profitprinzip – seine ordnungspolitischen Alternativen in sozialistischen Wirtschaftssystemen*. Stuttgart 1972.
- HERDER-DORNEICH, P.: *Wirtschaftsordnungen. Pluralistische und dynamische Ordnungspolitik*. Berlin 1974.
- HERETH, M. – Hrsg.: *Grundprobleme der Politischen Ökonomie*. München 1977.
- HERKNER, H.: *Die Arbeiterfrage. Eine Einführung*. 2 Bde. Berlin<sup>7</sup>1921.
- HERMANIN, F. – MONTE, K. – ROLSHAUSEN, C. – Hrsg.: *Monopolkapital. Thesen zu dem Buch von Paul A. Baran und Paul M. Sweezy*. Frankfurt<sup>2</sup>1973.
- HERMANIN, F. – LAUER, M. – SCHÜRMAN, A.: *Drei Beiträge zur Methode und Krisentheorie bei Marx*. Gießen 1973.
- HERRE, G.: *Verelendung und Proletariat bei Karl Marx. Entstehung einer Theorie und ihre Quellen*. Düsseldorf 1973.
- HEUER, U.-J.: *Demokratie und Recht im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft*. Berlin 1965.
- HEYDER, U.: *Der sozialwissenschaftliche Systemversuch Eduard Heimanns. Darstellung und Kritik der Möglichkeit einer einheitlichen Theorie der modernen Wirtschafts- und Sozialsysteme*. Frankfurt - Bern - Las Vegas 1977.
- HICKEL, R.: *Krisenprobleme des „verschuldeten Steuerstaats“*. In: R. Goldscheid – J. Schumpeter: *Die Finanzkrise des Steuerstaats*. Frankfurt 1976. 7–39.
- *Ökonomische Stabilisierungspolitik in der Krise. Ursachen und Ausweichparadoxien*. In: R.-R. Grau han – R. Hickel, Hrsg.: *Krise des Steuerstaats?* Opladen 1978. 92–130.

- Konjunktur und Krise – neu betrachtet. In: K. Diehl – P. Mombert, Hrsg.: Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie. Frankfurt 1979. V–CXLV.
- HICKEL, R. – SCHMIEG, G.: Orientierung ohne Perspektive. Anmerkungen zum zweiten Orientierungsrahmen der SPD. In: Lev 3 (1975) 170–206.
- HICKS, J. R.: Value and Capital. Oxford <sup>2</sup>1950.
- The Theory of Wages. London <sup>2</sup>1966.
- HILFERDING, R.: Zur Geschichte der Werttheorie. In: NZ 21,1 (1903) 213–217.
- Böhm-Bawerks Marx-Kritik. In: Marx-Studien I. Wien 1904. 1–61.
- Zur Problemstellung der theoretischen Ökonomie bei Karl Marx. In: NZ 23,1 (1905) 101–112.
- Die Konjunktur. In: NZ 25,2 (1907) 140–158.
- Geld und Ware. In: NZ 30,1 (1912) 773–782.
- Organisationsmacht und Staatsgewalt. In: NZ 32,2 (1914) 140–156.
- Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. Frankfurt - Wien 1968.
- Le capital financier. Étude sur le développement récent du capitalisme. Paris 1970.
- HIMMELMANN, G.: Arbeitswert, Mehrwert und Verteilung. Zur Problematik von Theorie und Praxis in der Marxschen Lehre. Opladen 1974.
- HIRSCH, J.: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Frankfurt 1974.
- Was heißt eigentlich „Krise der Staatsfinanzen“? In: R. R. Grauhan – R. Hickel, Hrsg.: Krise des Steuerstaats? Opladen 1978. 34–50.
- HOBBSAWM, E. J. – ed.: The History of Marxism. I: Marxism in Marx's Day. Brighton 1981.
- HODGSKIN, T.: Verteidigung der Arbeit gegen die Ansprüche des Kapitals. Leipzig 1909.
- HOFMANN, H. – LOOSE, W.: Ökonomie, Politik, Ideologie. Berlin 1976.
- HOFMANN, W.: Sozialökonomische Studientexte. I: Wert- und Preislehre. II: Einkommenstheorie vom Merkantilismus bis zur Gegenwart. III: Theorie der Wirtschaftsentwicklung vom Merkantilismus bis zur Gegenwart. Berlin 1964, 1965, 1966.
- HOLESOVSKY, V.: Economic Systems. Analysis and Comparison. New York 1977.
- HOLLANDER, S.: The Economics of Adam Smith. London 1973.

- HONDRICH, K. O.: Systemtheorie als Instrument der Gesellschaftsanalyse. Forschungsbezogene Kritik eines Theorieansatzes. In: F. Maciejewski - Hrsg.: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Frankfurt 1973.
- HOROWITZ, D. - ed.: Marx and Modern Economics. New York - London 1968.
- HOWARD, M. C. - KING, J. E.: The political economy of Marx. Harlow 1975.
- HUFFSCHMID, J.: Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Frankfurt 1971.
- HÜLSMANN, H.: Karl Marx. Antagonismus und Eigentum. Frankfurt 1980.
- HÜLST, D.: Tauschprinzip und antagonistische Gesellschaft. Zum Verhältnis von Konflikt und Integration in der „Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx. Frankfurt 1973.
- HUNT, E. K.: History of economic thought. A critical perspective. Belmont 1979.
- HUTCHISON, T. W.: A Review of Economic Doctrines, 1870-1929. Reprint. Westport/Conn. 1975.
- IGNATOWSKI, P. A.: Der entwickelte Sozialismus. Seine ökonomische Dynamik. Berlin 1975.
- IONASCO, A.: Les types et les formes de propriété en droit socialiste. In: RIDC 21 (1969) 499-508.
- JÄGER, K.-H.: Arbeiterselbstverwaltung und gesellschaftliches Eigentum. Ein Beitrag zum Status jugoslawischer Unternehmen. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1969.
- JAHN, G. - Hrsg.: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China. Berlin 1962.
- JAKOWEZ, J. W.: Die Preise in der Planwirtschaft. Berlin 1976.
- JENSSEN, O.: Staatssozialismus oder Staatskapitalismus? In: NZ 35,2 (1917) 419-426, 442-448.
- JOVANOVIĆ, N.: Streik und Selbstverwaltung in Jugoslawien. In: GMK 24 (1973) 355-364.
- Merkmale jugoslawischer Streiks. In: GMK 24 (1973) 375-382.
- JUGOSLAWIEN: Eigentumsverhältnisse und Arbeiterselbstverwaltung. Köln 1978.
- JUNG, H. - SCHLEIFSTEIN, J.: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 1979.

- KALECKI, M.: *Theory of Economic Dynamics*, London <sup>3</sup>1956.
- Politische Theorie der Vollbeschäftigung. In: Frey, B. S. – Meissner, W. – Hrsg.: *Zwei Ansätze der Politischen Ökonomie*. Frankfurt 1974. 176–185.
- KAMANKIN, W. P.: *Die ökonomischen Interessen der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*. Berlin 1980.
- KARDELJ, E.: *Les contradictions de la propriété sociale dans le système socialiste*. Paris 1976.
- KASER, M.: *Wirtschaftspolitik in der Sowjetunion. Ideologie und Praxis*. München 1970.
- KATZENSTEIN, R.: *Technischer Fortschritt. Kapitalbewegung – Kapitalfixierung. Einige Probleme der Ökonomie des fixen Kapitals unter den gegenwärtigen Bedingungen der Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Berlin 1971.
- Politik und Ökonomie im gegenwärtigen Kapitalismus. Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Köln, 7 (1973) 715ff.
- Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus. In: *Das Argument*, Sonderband 6 (1975) 93ff.
- KAUL, D.: *Sowjetideologie und Landwirtschaft. Bewährungskrisen einer Ideologie. Die Kolchose in der Sowjetunion und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR im Vergleich*. Andernach 1969.
- KAULLA, R.: *Die geschichtliche Entwicklung der modernen Werttheorien*. Tübingen 1906. Neudruck Vaduz 1977.
- KAUTSKY, K.: *Karl Marx' ökonomische Lehren*. Stuttgart 1887.
- Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. Stuttgart 1892.
- Krisentheorien. In: *NZ* 20,2 (1902) 37–47, 76–81, 110–118, 133–143.
- Finanzkapital und Krisen. In: *NZ* 29,1 (1911) 764–772, 797–804, 838–846, 874–883.
- KELLER, B.: *Doktrinen Marxistischer Ökonomie in der Kritik moderner Wissenschaftslehre*. Bochum 1976.
- KEMP, T.: *Theories of imperialism*. London 1967.
- *Teorie dell'imperialismo. Da Marx a oggi*. Torino 1969.
- KEMPSKI, J. v.: *Wirtschaft zwischen West und Ost. „Der Dritte Weg“ des Ota Šik*. In: *Merkur* 27 (1973) 675–684.
- KENDE, P.: *Économie et socialisme*. In: *Centenaire du »capital«*.

- KERNIG, C.-D. - Hrsg.: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie. 6 Bde. Freiburg - Basel - Wien 1966-1972.
- Hrsg.: Person und Revolution: Marx - Lenin - Mao. Freiburg 1972.
- Marxismus im Systemvergleich. Ökonomie. Redaktion: Gottfried Frenzel. 4 Bde. Frankfurt - New York 1973.
- KERR, C.: Marshall, Marx and Modern Times. The multi-dimensional society. London 1969.
- La sociedad multidimensional. Marshall, Marx y la época actual. Madrid 1970.
- KETTENBACH, H. W.: Lenins Theorie des Imperialismus. I: Grundlagen und Voraussetzungen. Köln 1965.
- KEYNES, J. M.: The General Theory of Employment, Interest, and Money. New York 1936.
- Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. München - Leipzig 1936.
- KITSCHKE, A.: Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft als konkurrierende Wirtschaftsordnungen. Paderborn - München 1975.
- KLAGES, H.: Technischer Humanismus. Philosophie und Soziologie der Arbeit bei Karl Marx. Stuttgart 1964.
- KLAUS, G. - BUHR, M. - Hrsg.: Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie. 3 Bde. Reinbek 1972.
- KLEIN, D.: Allgemeine Krise und staatsmonopolistischer Kapitalismus. Berlin 1974.
- Ökonomische Widersprüche im Kapitalismus. Berlin - Frankfurt 1976.
- KNIAZEFF, I.: L'épargne dans l'économie soviétique. In: EH 217 (1974) 45-58.
- KNIRSCH, P.: Die ökonomischen Anschauungen Nikolaj I. Bucharins. Berlin 1959.
- Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung. Berlin 1969.
- Aspekte der Wirtschaftsreformen in Osteuropa. In: HJWG 15 (1970) 101-118.
- KÖHLER, H.: Welfare and Planning. An analysis of capitalism versus socialism. New York 1966.
- Planificación y bienestar. Estudio comparativo de los sistemas capitalista y socialista. Buenos Aires 1970.

- KOHLMEY, G.: Vergesellschaftung und Integration im Sozialismus. Berlin 1973.
- KOLAKOWSKI, L.: Main Currents of Marxism. Its Rise, Growth and Dissolution. 3 vols. Oxford 1978.
- Los principales corrientes del marxismo. 3 vol. Madrid 1980.
- Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall. 3 Bde. München - Zürich <sup>2</sup>1981.
- KÖLLNER, L.: Wirtschaftswissenschaft versus politische Ökonomie. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1973.
- KÖNIG, E.: Vom Revisionismus zum demokratischen Sozialismus. Zur Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland. Berlin 1964.
- KÖRNER, H.: Hypothesen über die Konvergenz von Wirtschaftssystemen als Ausdruck aktueller Tendenzen in der Theorie der Wirtschaftspolitik. In: SJWS 90 (1970) 593-603.
- KORSCH, K.: Schriften zur Sozialisierung. Frankfurt 1969.
- KOSTA, J.: Die Konvergenzthese im Lichte der realen Entwicklung. In: FH 27 (1972) 560-568.
- Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis. Opladen 1974.
- KOSTA, J. - MEYER, J. - WEBER, S.: Warenproduktion im Sozialismus. Überlegungen zur Theorie von Marx und zur Praxis in Osteuropa. Frankfurt 1973.
- KOURSKII, A. D.: La planification en U.R.S.S. et dans les autres pays socialistes. La Haye - Paris 1969.
- KRAMER, D.: Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft. Köln <sup>2</sup>1977.
- KRÄMER-BADONI, T.: Zur Legitimität der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Untersuchung des Arbeitsbegriffs in den Theorien von Locke, Smith, Ricardo, Hegel und Marx. Frankfurt - New York 1978.
- KRAMM, L.: Stamokap - Eine kritische Abgrenzung. Zur Rolle des Staates in der demokratisch-kapitalistischen Gesellschaft. Bonn 1974.
- KRAUSE, G.: Das Elend der „Linken“. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Linksrevisionismus. Berlin 1977.
- KRAUSE, G. - MÜLLER, K. O. W.: Der „wahre“ Marxismus des Ernest Mandel. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Linksradikalismus. Berlin - Frankfurt 1980.
- KRELLE, W.: Preistheorie. 2 Bde. Tübingen <sup>2</sup>1976.

- KREMENDAHL, H. – MEYER, T.: Sozialismus und Staat. 2 Bde. Kronberg/Ts. 1974.
- KRISE UND KAPITALISMUS BEI MARX. 2 Bde. Frankfurt 1975.
- KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE HEUTE. 100 Jahre »Kapital«. Frankfurt 1968.
- KRÖMKE, C.: Wirtschaftsorganisation und komplexe sozialistische Rationalisierung. Berlin 1967.
- KROMPHARDT, J.: Wachstumstheoretische Beziehungen in der Akkumulationstheorie von Karl Marx. In: JNSt 164 (1962) 258-261.
- Wachstum und Konjunktur. Grundlagen ihrer theoretischen Analyse und wirtschaftspolitischen Steuerung. Göttingen <sup>2</sup>1977.
- Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus – von seiner Entstehung bis zur Gegenwart. Göttingen 1980.
- KÜHNE, K.: Das gemeinwirtschaftliche Unternehmen als Wettbewerbsfaktor. Frankfurt 1971.
- Ökonomie und Marxismus. 3 Bde. Neuwied 1972–1974.
- Neue Linke und Gemeinwirtschaft. Köln 1980.
- KÜNG, E.: Wirtschaftsplanung in Entwicklungsländern. In: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung 19,7. München 1980.
- KURUMA, S. – Hrsg.: Marx-Lexikon zur politischen Ökonomie. Vaduz 1977.
- KUSMINOW, I. I.: Abriss der politischen Ökonomie des Sozialismus. Methodologie. Berlin 1976.
- LABEDZ, L. – ed.: Revisionism. Essays on the History of Marxist Ideas. New York 1962.
- LACAZE, D.: Croissance et dualité en économie marxiste. Paris 1976.
- LAFARGUE, P.: Le Communisme et l'Évolution Économique. Lille 1892.
- LAMBERT, D. C.: Systèmes économiques et types de sociétés dans les pays occidentaux. In: CSF 78,4 (1970) 3–29.
- LANDAUER, C.: Das Eindringen marktwirtschaftlicher Vorstellungen in die sozialistische Ideenwelt. In: HJWG 12 (1967) 142–158.
- LANDSHUT, S.: Die Gegenwart im Lichte der Marxschen Lehre. In: HJWG 1 (1956) 42–55.
- LANE, D.: The end of inequality? Stratification under state socialism. Harmondsworth - Baltimore 1971.

- LANGE, O.: Political Economy. I: General Problems. Oxford - New York 1963.
- Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse. Wien - Köln - Stuttgart 1964.
  - Theory of Reproduction and Accumulation. Oxford 1969.
  - Politische Ökonomie. 2 Bde. Frankfurt - Wien 1963, 1968.
  - Ökonomisch-theoretische Studien. Frankfurt - Köln 1977.
  - ed.: Problems of Political Economy of Socialism. New Delhi 1962.
- LANGNER, F.: Angebot und Nachfrage im Sozialismus. Studie zum Gesetz der planmäßigen Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage im Sozialismus. Berlin 1975.
- LANTZ, G.: Eigentumsrecht, ein Recht oder ein Unrecht? Eine kritische Beurteilung der ethischen Argumente für das Privateigentum bei Aristoteles, Thomas von Aquino, Grotius, Locke, Hegel, Marx und in den modernen katholischen Sozialenzykliken. Uppsala - Stockholm 1977.
- LÄPPLE, D.: Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infrastrukturtheorien. Berlin 1973.
- Kapitalistische Vergesellschaftungstendenzen und Staatsinterventionismus. In: Brandes, V. - Hrsg.: Staat. Frankfurt - Köln 1977.
- LAUTERBACH, A.: Kapitalismus und Sozialismus in neuer Sicht. Reinbek 1963.
- The 'Convergence' Controversy Revisited. In: K 29 (1976) 733-754.
- LAUTERBACH, H. - SÖDER, G.: Planung - Wissenschaft oder Spekulation? Berlin 1965.
- LAVERGNE, B.: Le socialisme à visage humain. L'ordre coopératif. Paris 1971.
- LAUVIGNE, M.: Les économies socialistes soviétique et européennes. Paris 1970.
- The Socialist Economies of the Soviet Union and Europe. London 1974.
- LAY, R.: Marxismus für Manager. München 1975.
- LAZAR, J.: Eigentum in der bürgerlichen Rechtstheorie. Berlin 1980.
- LEDERER, E.: Grundzüge der ökonomischen Theorie. Eine Einführung. Tübingen 1922.
- LEEMAN, W. A. - ed.: Capitalism, market socialism, and central planning. Readings in comparative economic systems. Boston 1963.

- Capitalismo, socialismo de mercado y planificación central. Barcelona <sup>2</sup>1975.
- Centralized and Decentralized Economic Systems. The Soviet-Type Economy, Market Socialism, and Capitalism. Chicago 1977.
- LEENEN, W.-R.: Zur Frage der Wachstumsorientierung der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik in der DDR. Berlin 1977.
- LEGRADIĆ, R.: Über Eigentumsdialektik. In: ARSP 57 (1971) 503–511.
- LEHMANN, H. G.: Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Vom Marxismus zum Revisionismus und Bolschewismus. Tübingen 1970.
- LEHMANN, H.: Grenznutzentheorie. Kritik der theoriegeschichtlichen Grundlagen der heutigen bürgerlichen politischen Ökonomie. Berlin 1977.
- LEHRBUCH POLITISCHE ÖKONOMIE. 2 Bde. Berlin 1972.
- LEIPOLD, H.: Betriebsdemokratie, ökonomische Systemrationalität. Eine organisationstheoretische Analyse der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung. Stuttgart 1974.
- Hrsg.: Sozialistische Marktwirtschaften. Konzeptionen und Lenkungsprobleme. München 1975.
- Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftssysteme. Stuttgart <sup>2</sup>1980.
- LEMMNITZ, A. – Hrsg.: Politische Ökonomie des Kapitalismus. Berlin 1980.
- LEMMNITZ, A. – SCHÄFER, H.: Politische Ökonomie des Kapitalismus. Einführung. Frankfurt 1972.
- LENIN, W. I.: Werke. Berlin 1957ff.
- LENINS LEHRE VON DEN ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN DES SOZIALISMUS. Berlin 1974.
- LEONTIEF, W. W.: Die Bedeutung der Marxschen Wirtschaftslehre für die gegenwärtige ökonomische Theorie. In: R. Jochimsen – H. Knobel – Hrsg.: Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie. Köln 1971.
- LEPAGE, H.: Demain le capitalisme. Paris 1978.
- Der Kapitalismus von morgen. Frankfurt - New York 1979.
- Mañana, el capitalismo. Madrid 1979.
- Autogestion et capitalisme. Réponse à l'anti-économie. Paris - New York - Barcelone 1978.
- LERNER, A. P.: From Vulgar Political Economy to Vulgar Marxism. In: JPolE 47 (1939) 557-567.

- LEWINSOHN, G.: Kontrolle, Bestandteil sozialistischer Leitungstätigkeit. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis der sozialistischen Wirtschaftsführung. Berlin 1967.
- LIBERMAN, E. G.: Methoden der Wirtschaftslenkung im Sozialismus. Ein Versuch über die Stimulierung der gesellschaftlichen Produktion. Frankfurt 1974.
- LILGE, H.-G.: Arbeiterselbstverwaltung, das Beispiel Jugoslawien. Probleme der Unternehmungsführung in selbstverwalteten Unternehmungen. Bern - Stuttgart 1978.
- LINDBECK, A.: The political economy of the new left. An outsider's view. New York 1971.
- L'Économie selon la „nouvelle gauche“. Paris 1973.
  - La economía política de la nueva izquierda. Madrid 1973.
  - Die Politische Ökonomie der Neuen Linken. Betrachtungen eines Außenseiters. Göttingen 1973.
  - Sistemas económicos y política asignativa. Villasar de Mar/Barcelona 1977.
- LINDBLOM, C. E.: Politics and Markets. The World's Political Economic Systems. New York 1977.
- LINK, J. - Hrsg.: Beiträge und Materialien zur Spätkapitalismuskritik. München 1975.
- LÖBL, E.: Geistige Arbeit - die wahre Quelle des Reichtums. Entwurf eines neuen sozialistischen Ordnungsbildes. Wien - Düsseldorf 1968.
- LOHMANN, U.: Stand und Kritik der „marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtslehre“. Zum Erscheinen entsprechender Lehrbücher in der UdSSR und der DDR. In: ARSP 63 (1977) 543-556.
- LÖHNBERG, E.: „Das Kapital“ zum Selbststudium. Eine Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx. 2 Bde. Frankfurt 1975.
- LORENTZ, S.: Die Entstehung des Unternehmergewinnens. Eine Theorie der Vorenthaltungsmacht. Wien 1937.
- LORENZ, R.: Anfänge der bolschewistischen Industriepolitik. Köln 1965.
- LÖSCH, D. - ORTLIEB, H.-D.: Kapitalismuskritik. Der Streit um die Marktwirtschaft. München - Wien 1974.
- LOVENSTEIN, M.: Capitalism, Communism, Socialism. Comparative Economic Systems. Minneapolis 1962.
- LÖW, K.: Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. 2 Bde. Köln<sup>2</sup>1977.
- Warum fasziniert der Kommunismus? Eine systematische Untersuchung. Köln 1980.

- LUBEN, D.: La fonction de directeur dans l'entreprise autogérée yougoslave. In: EH 210 (1973) 67-78.
- LUKACS, G.: Geschichte und Klassenbewußtsein. Berlin 1923.
- LUXEMBURG, R.: Sozialreform oder Revolution? Leipzig 1899.
- Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Berlin 1922.
  - Politische Schriften. Hrsg. und eingel. v. O. K. Flechtheim. 3 Bde. Frankfurt - Wien 1968, 1969.
  - Gesammelte Werke. Berlin 1970ff.
  - Einführung in die Nationalökonomie. Hrsg. v. Karl Held. Reinbek 1972.
- MAAREK, G.: Introduction au „Capital“ de Karl Marx. Un essai de formalisation. Paris 1975.
- Introduction to Marx's ‚Capital‘. London 1978.
- MAGUIRE, J. M.: Marx's theory of politics. London - New York 1978.
- MAIER, H.: Gibt es Grenzen des ökonomischen Wachstums? Berlin 1977.
- MAIGNIEN, Y.: La Division du travail manuel et intellectuel et sa suppression dans le passage au communisme chez Marx et ses successeurs. Paris 1975.
- MANDEL, E.: Traité d'Économie Marxiste. Paris 1962.
- L'Apogée du néo-capitalisme et ses lendemains. In: TMod 20, 219-220 (1964) 193-210.
  - La formation de la pensée économique de Karl Marx, de 1843 jusqu'à la rédaction du Capital. Étude génétique. Paris 1967.
  - Che cos'è la teoria marxista dell'economia? Roma 1967.
  - Marxist economic theory. 2 vol. London 1968.
  - Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie. Frankfurt<sup>3</sup>1968.
  - Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx. Frankfurt - Wien 1968.
  - La formazione del pensiero economico di Karl Marx. Dal 1843 alla redazione del Capitale. Studio genetico. Bari 1969.
  - Trattato marxista di economia, I. Roma<sup>2</sup>1969.
  - An introduction to Marxist economic theory. New York 1969.
  - The formation of the economic thought of Karl Marx, 1843 to Capital. New York 1971.
  - La formation de la pensée économique de Karl Marx. Paris 1972.
  - Marxistische Wirtschaftstheorie. 2 Bde. Frankfurt 1972.
  - Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt 1972.

- Iniciación a la Economía Marxista. Barcelona 1974.
- Le troisième âge du capitalisme. 3 vol. Paris 1976.
- La Crisis. Barcelona<sup>2</sup>1977.
- Alienación y emancipación del proletariado. Madrid 1978.
- MÄNDLE, E. – MÖLLER, A. – VOIGT, F. – Hrsg.: Wirtschaftspolitik in Theorie und Praxis. Hans Georg Schachtschabel zum 65. Geburtstag gewidmet. Wiesbaden 1979.
- MANSILLA, H. C. F. – Hrsg.: Probleme des dritten Weges. Darmstadt – Neuwied, 1974.
- MANUEL D'ÉCONOMIE POLITIQUE. Texte conforme à la 2<sup>e</sup> édition (1955). Paris 1975.
- MARCHAL, J.: Deux Essais sur le Marxisme. Paris 1955.
- MARCUS, L.: Dialectical economics. An introduction to Marxist political economy. Lexington 1975.
- MARCZEWSKI, J.: Crise de la planification socialiste? Paris 1973.
- Crisis in socialist planning. Eastern Europe and the USSR. New York 1974.
- Crisis de la planificación socialista? Madrid 1975.
- MAROZZI, L.: Critico „Il capitale“, difendo il capitale. Roma 1961.
- MARX, K.: OEuvres. I: Économie. Préface par François Perroux. Paris 1977.
- MARX ET L'ÉCONOMIE POLITIQUE. Essais sur les „Théories sur la plus-value“. Grenoble – Paris 1977.
- DIE MARX-KRITIK DER ÖSTERREICHISCHEN SCHULE DER NATIONAL-ÖKONOMIE. Gießen 1974.
- MARX-STUDIEN. Blätter zur Theorie und Politik des wissenschaftlichen Sozialismus. Herausgegeben von Max Adler und Rudolf Hilferding. I: R. Hilferding, Böhm-Bawerks Marx-Kritik; J. Karner [d. i. Karl Renner], Die soziale Funktion der Rechtsinstitute; M. Adler, Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft. Wien 1904. X, 433 S. – II: O. Bauer, Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie. Wien 1924. XXX, 675 S. – III: R. Hilferding, Das Finanzkapital; T. Grigorovici, Die Wertlehre bei Marx und Lassalle. Wien 1910. XI, 575 S. – IV/1: G. Eckstein, Der Marxismus in der Praxis; K. Kautsky, Kriegsmarxismus. Wien 1918. XXIV, 206 S. – IV/2: M. Adler, Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode. Wien 1922. 315 S. – V/1: O. Leichter, Die Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Gesellschaft. Wien 1923. 109 S. – Neudruck. Glashütten 1971.

- MARX, K. – ENGELS, F.: Werke (MEW). Berlin 1956ff.
- Studienausgabe in 4 Bänden. Herausgegeben von I. Fetscher. Frankfurt 1969.
  - Manifest der Kommunistischen Partei. Grundsätze des Kommunismus. Mit einem Nachwort von I. Fetscher. Stuttgart 1970.
- MARXHAUSEN, T.: Der Begriff „ökonomische Wissenschaft“ bei Karl Marx. In: DZP 26 (1978) 1388-1400.
- MARZ, E.: Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen. Ist sie heute noch gültig? Wien 1959.
- Sozialismus, Pragmatismus und Gesellschaft im Überfluß. In: GMK 14 (1963) 398-404.
  - Einführung in die Marxsche Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Frühkapitalismus und Kapitalismus der freien Konkurrenz. Wien 1976.
- MASNATA, A.: Le système socialiste-soviétique. Essai d'une étude générale de son économie. Neuchâtel 1965.
- MATTICK, P.: Kritik der Neomarxisten und andere Aufsätze. Frankfurt 1974.
- Crítica de los neomarxistas. Barcelona 1978.
- MAUKE, M.: Die Klassentheorie von Marx und Engels. Frankfurt 1970.
- MAURICE, P.: L'exploitation du travail: insuffisance de l'explication marxiste. In: EH 135 (1961) 10-20.
- Exploitation du travail et humanisme total. In: EH 138 (1962) 14-27.
- MEANS, G. C.: Industrial Prices and their Relative Inflexibility. In: Senate Document No. 13, 74th Congress, 1st Session, Washington 1935.
- MEDWEDEW, W. A.: Die sozialistische Produktion. Berlin 1978.
- MEEK, R. L.: Studies in the Labour Theory of Value. London - New York 1956.
- Some Notes on the »Transformation« Problem. In: EcJ 66 (1956) 94-107.
  - Der Fall der Profitrate. In: C. Rolshausen – Hrsg.: Kapitalismus und Krise. Frankfurt 1970. 64-80.
  - Ökonomie und Ideologie. Studien zur Entwicklung der Wirtschaftstheorie. Frankfurt 1973.
- MEIER, A.: Systematische staatliche Wirtschaftspolitik. Tübingen 1973.
- MEISSNER, H.: Konvergenztheorie und Realität. Berlin 1969.
- Theorie des Wirtschaftswachstums. Hoffnung und Dilemma der bürgerlichen Ökonomie. Frankfurt 1972.
  - Hrsg.: Bürgerliche Ökonomie ohne Perspektive. Berlin 1976.

- MEISSNER, H. – WITTENBURG, G. – Hrsg.: Beiträge zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Berlin 1975.
- MEISTER, A.: OÙ va l'autogestion yougoslave? Paris 1971.
- La Participation pour le développement. Paris 1978.
- MELIS, R.: Il socialismo antisociale. Dal socialismo utopistico alla lebbra dirigistica. Roma 1976.
- MENGER, A.: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag in geschichtlicher Darstellung. Stuttgart <sup>2</sup>1891.
- Le droit au produit intégral du travail. Étude historique. Paris 1900.
- Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen. Tübingen <sup>4</sup>1908. Nachdruck Darmstadt 1974.
- MENSCH UND WIRTSCHAFT. Zur Kritik der Auffassung des Menschen in der bürgerlichen politischen Ökonomie. Berlin 1967.
- MESA-LAGO, C. – BECK, C. – ed.: Comparative socialist systems. Essays on politics and economics. Pittsburgh 1975.
- MESSNER, J.: Der Ausgang des Kapitalismus, zu Jostocks Buch gleichen Titels, München 1928. In: NR 10, 30 (1928) 609-612.
- Marx. In: Staatslexikon der Görresgesellschaft. 5. Aufl. Band III. Freiburg i. Br. 1929. 1170-1175.
- Marxismus. ebda. 1175-1196.
- Das englische Experiment des Sozialismus – auf Grund ökonomischer Tatsachen und sozialistischer Selbstzeugnisse dargestellt. Innsbruck – Wien – München 1954.
- Die soziale Frage. Innsbruck – Wien – München <sup>6</sup>1956.
- Das Naturrecht. Handbuch der Gesellschaftsethik, Staatsethik und Wirtschaftsethik. Innsbruck – Wien – München <sup>5</sup>1966.
- Das Dilemma des sozialistischen Wirtschaftskonzeptes. In: Wirtschaftspolitische Blätter, Wien, 3, 2 (1956) 3-6.
- Eigentumpolitik und Eigentumsethik. In: W. Weber – Hrsg.: Einheit und Vielfalt in den Sozialwissenschaften, Festschrift für Alexander Mahr. Wien 1966. 177-189.
- Marxistischer Humanismus. In: OeZR 17 (1967) 330-342.
- Ist die christliche Soziallehre antikapitalistisch? In: GK 14, 22 (1967) 269-276.
- Eigentum und Mitbestimmung. In: A. Rauscher – Hrsg.: Mitbestimmung. Köln 1968. 127-134.
- Marx-Renaissance? In: GK 15, 13 (1968) 151-153.
- Was ist Kapitalismus? In: PS 19, 179 (1968) 271-274.
- Institution und Funktion des Privateigentums. In: GK 18, 2 (1971) 13-17.

- Marxsche Gesellschaftsanalyse in kirchlicher Soziallehre? In: GK 21,12 (1974) 133-138.
  - Marx in kirchlicher Soziallehre? Zur aktuellen Diskussion über die vermeintliche Nähe von Marxismus und christlicher Soziallehre. In: GK 22, 20/21 (1975) 235-237.
  - Marxismus, Neomarxismus und der Christ. Köln 1975.
  - Marx in der kirchlichen Soziallehre? In: H. Schambeck – Hrsg.: Kirche und Staat. Festschrift für F. Eckert. Berlin 1976. 403-417.
  - Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft? Köln 1976.
  - Wie unterscheidet sich christliches und Marxsches Menschenbild? In: IkZC 5 (1976) 365-373.
- MÉSZÁROS, I.: Der Entfremdungsbegriff bei Marx. München 1973.
- MIETHE, H.: Sozialistischer Wettbewerb und ökonomische Gesetze. Berlin 1975.
- MIGUÉLEZ, F.: El Sindicato obrero ante la organización capitalista del trabajo. Barcelona 1977.
- MILL, J. S.: Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie. 2 Bde. Jena <sup>2</sup>1924, 1921.
- Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy. London 1876.
  - Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy. London <sup>7</sup>1871.
- MISES, L. V.: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1922.
- The anti-capitalistic mentality. South Holland/Ill. 1972.
  - Die Wurzeln des Antikapitalismus. Frankfurt <sup>2</sup>1979.
- MITTAG, G.: Probleme der Wirtschaftspolitik der Partei bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR. Berlin 1967.
- MOCHALOV, B. M.: Man and his requirements under socialism. Moscow 1973.
- MOLITOR, B.: Lohnt sich die Systemüberwindung? Hamburg 1974.
- MÖLLER, U. – SCHILLING, G. – Hrsg.: Sozialistische Planwirtschaft, effektivstes Wirtschaftssystem. Berlin 1980.
- DAS MONOPOL, ÖKONOMISCHER KERN DES HEUTIGEN KAPITALISMUS. Theoretische und aktuelle Gesichtspunkte der marxistisch-leninistischen Monopoltheorie. Frankfurt 1976.
- MORF, O.: Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie. Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx. Frankfurt 1970.

- MORGENSTERN, K.: Sozialistische internationale Arbeitsteilung. Die Entwicklung effektiver Volkswirtschaftsstrukturen in den sozialistischen Ländern. Berlin 1972.
- MORISHIMA, M.: Marx's Economics. A Dual Theory of Value and Growth. Cambridge 1973.
- La teoría económica de Marx. Madrid 1976.
- MOSSÉ, E.: Marx et le problème de la croissance dans une économie capitaliste. Paris 1957.
- MOSSÉ, R.: Démocratie économique et transformation des entreprises publiques et privées. In: RevIS (1961) 83–99.
- L'appréciation des besoins dans les économies socialistes. In: RevIS (1961) 453–466.
- Un colloque international du C.N.R.S. sur les besoins. In: DS 24 (1961) 513–515.
- MOSZKOWSKA, N.: Das Marxsche System. Ein Beitrag zu dessen Ausbau. Berlin 1929.
- Zur Kritik moderner Krisentheorien. Prag 1935.
- Zur Dynamik des Spätkapitalismus. Zürich 1943.
- MUHS, K.: Anti-Marx. Betrachtungen über den inneren Aufbau der Marxschen Ökonomie. I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. Jena 1927.
- MÜLLER, F.: Die Außenwirtschaftstheorie in der Planwirtschaft. Berlin 1975.
- MÜLLER, K. O. W.: Neokeynesianismus. Kritische Untersuchung einer modernen staatsmonopolkapitalistischen Wirtschaftslehre. Berlin 1972.
- MÜLLER-ARMACK, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration. Freiburg 1966.
- MÜLLER-SCHMID, P. P.: Emanzipatorische Sozialphilosophie und pluralistisches Ordnungsdenken. Stuttgart 1976.
- NAHR, H.: Mehrwert heute. Leistung und Verteilung in der Industriegesellschaft. Frankfurt - New York 1977.
- NAPHTALI, F.: Wirtschaftsdemokratie. Frankfurt <sup>2</sup>1968.
- NAPOLEONI, C.: Grundzüge der modernen ökonomischen Theorien. Frankfurt <sup>4</sup>1972.
- Ricardo und Marx. Studien über soziale Bedeutung und formale Probleme wirtschaftswissenschaftlicher Theoriebildung. Frankfurt 1974.
- NAUMANN, M.: Die Lehre vom Wert. Leipzig 1893.

- NAVILLE, P.: La nouveau Léviathan. 4 vols. Paris 1970, 1974.
- NEGRI, A.: Marx au-delà de Marx. Cahiers de travail sur les „Grundrisse“. Paris 1979.
- Marx oltre Marx. Quaderno di lavoro sui Grundrisse. Milano 1979.
- NELL-BREUNING, O. v.: Kapitalismus und gerechter Lohn. Freiburg - Basel - Wien 1960.
- Auseinandersetzung mit Karl Marx. München 1969.
- Formen und Deutungen der Wettbewerbsgesellschaft. In: SZ 188 (1971) 377-385.
- Kapitalismus - kritisch betrachtet. Zur Auseinandersetzung um das bessere „System“. Freiburg - Basel - Wien 1974.
- NELL-BREUNING, O. v. – MÜLLER, J. H.: Vom Geld und vom Kapital. Freiburg - Basel - Wien 1962.
- NEUBERGER, E. – DUFFY, W. J.: Comparative Economic Systems. A Decision-Making Approach. Boston 1976.
- NEUMANN, F.: Behemoth. New York 1963.
- NICHOLS, T.: Capital and Labour. London 1979.
- NICK, H.: Marktwirtschaft – Legende und Wirklichkeit. Berlin 1974.
- NICOLAUS, M.: Konkurrenz und Mehrwert. 2 Aufsätze zur Klassentheorie bei Marx. Berlin 1970.
- NONOMURA, K.: Essays on Soviet Economy. Tokyo 1969.
- NOTKIN, A. I. – MAIER, H. – Hrsg.: Das Gesetz der sozialistischen Akkumulation. Probleme der Theorie und der Planung. Berlin 1974.
- NOVACK, G.: Problemas básicos de la transición del Capitalismo al Socialismo. Barcelona 1975.
- NOVE, A.: Das sowjetische Wirtschaftssystem. Baden-Baden 1980.
- NOVE, A. – NUTI, D. M. – ed.: Socialist economics. Selected readings. Harmondsworth 1972.
- NUTZINGER, H. G.: Die Stellung des Betriebes in der sozialistischen Wirtschaft. Allokationsmodelle zum Verhältnis von betrieblicher Entscheidung und gesamtwirtschaftlicher Abstimmung. Frankfurt - New York 1974.
- NUTZINGER, H. G. – WOLFSTETTER, E. – Hrsg.: Die Marxsche Theorie und ihre Kritik. Eine Textsammlung zur Kritik der Politischen Ökonomie. Frankfurt - New York 1974.
- OFFE, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Frankfurt 1972.
- ÖKONOMISCHE GESETZE DES SOZIALISMUS IN DER DISKUSSION. Ein methodologischer Abriss. Berlin 1974.

- ÖKONOMISCHE GESETZE UND SOZIALISTISCHE PLANWIRTSCHAFT. Berlin 1975.
- ÖKONOMISCHE THEORIE, POLITISCHE STRATEGIE UND GEWERKSCHAFTEN. Auseinandersetzung mit neoreformistischen und neosyndikalistischen Anschauungen. Beiträge einer Tagung des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen am 17./18. April 1971 in Frankfurt a. M. Frankfurt 1971.
- OLIVER, H. M.: The Concept and the Classification of Economic Systems. In: R. S. Smith - F. T. de Vyver - ed.: Economic Systems and Public Policy. Essays in Honor of Calvin Bryce Hoover. Durham/N.C. 1966.
- OPPENHEIMER, F.: Theorie der reinen und politischen Ökonomie. Ein Lehr- und Lesebuch für Studierende und Gebildete. Berlin 1911.
- Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Jena 1913.
  - Wert und Kapitalprofit. Neubegründung der objektiven Wertlehre. Jena 1916.
  - Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Mit einem Geleitwort von Erich Preiser. Stuttgart <sup>3</sup>1962.
- OPPOLZER, A. A.: Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung bei Karl Marx. Köln 1974.
- ORTLIEB, H.-D.: Die verantwortungslose Gesellschaft oder wie man die Demokratie verspielt. München <sup>2</sup>1973.
- DER OSTEN AUF DEM WEGE ZUR MARKTWIRTSCHAFT? Berlin 1967.
- OTIS, F.: Pour une nouvelle économie politique ou Commentaire de l'économie politique capitaliste et socialiste à travers l'économie de l'U.R.S.S. Paris 1975.
- PALLOIX, C.: Proceso de producción y crisis del capitalismo. Madrid 1980.
- PARSONS, T.: Wants and Activities in Marshall. In: QJEC (1931).
- PARVUS: Die Bedeutung der Marxschen Werththeorie. In: NZ 19,2 (1901) 332-337.
- PASCHKOW, A. I.: Ökonomische Probleme des Sozialismus. Berlin 1974.
- PASZTORY, T. v.: Von marxistischer Ideologie zur Planwirtschaft. Darstellung, Analyse und Kritik. Berlin 1964.
- PÉREZ-DÍAZ, V. M.: State, bureaucracy and civil society. A critical discussion of the political theory of Karl Marx. London 1978.

- PERROUX, F. : L'économie du XX<sup>e</sup> siècle. Paris <sup>2</sup>1964.  
 – L'economia del XX secolo. Milano 1965.
- PETER, H. : Einführung in die Politische Ökonomie. Stuttgart - Köln 1950.
- PETERS, H.-R. : Hauptsächliche Determinanten von Wirtschaftsordnungen. In: ZWS 93 (1973) 385–409.  
 – Grundzüge sektoraler Wirtschaftspolitik. Bern - Stuttgart <sup>2</sup>1975.  
 – Politische Ökonomie des Marxismus. Anspruch und Wirklichkeit. Göttingen 1980.
- PETRY, F. : Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie. Jena 1915.
- PHELPS, E. - ed. : Private Wants and Public Needs. New York 1965.
- PICCIONI, L. : Teoria del valore e „teoria del bisogno“ in Marx. Filosofia morale o critica dell'economia politica? In: GCFI 57 (1978) 357–388.
- PIERKOWSKY, M.-B. : Sozialistische Warenproduktion und Betriebswirtschaftslehre. Zur Entwicklung der Unternehmen und der Unternehmenstheorie im Sozialismus sowjetischen Typs. Berlin 1980.
- PIETTRE, A. : Marx et marxisme. Paris <sup>4</sup>1966, <sup>5</sup>1973.  
 – Marx y Marxismo. Madrid 1977.
- PIGOU, A. C. : Socialism versus Capitalism. London 1937.  
 – The Economics of Welfare. London <sup>4</sup>1938. Reprint London - New York 1963.  
 – Socialismo y capitalismo comparados. La „Teoría general“ de Keynes. Barcelona 1968.
- PILZ, F. : Das System der Sozialen Marktwirtschaft. München 1974.
- POKRYTAN, A. K. : Produktionsverhältnisse und ökonomische Gesetze des Sozialismus. Eine methodische Studie zur Analyse und zur Theorie. Berlin 1973.
- POLANYI, K. : The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Frankfurt 1978.
- POLITISCHE ÖKONOMIE. Parteihochschule beim ZK der KPdSU. Unter der Gesamtdirektion von G. A. Koslow. 4 Bde. Berlin 1973–1977.
- POLITISCHE ÖKONOMIE DES KAPITALISMUS UND DES SOZIALISMUS. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagstudium. Berlin 1974.
- POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS. Berlin 1973.
- POLITISCHE ÖKONOMIE UND WIRTSCHAFTSLEITUNG. Berlin 1974.
- POLLOCK, F. : Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjet-Union, 1917–1927. Frankfurt 1971.

- PRAGER, T.: Konkurrenz und Konvergenz. Wirtschaft, Umwelt, Wissenschaft. Wien - München - Zürich 1972.
- PREISER, E.: Das Wesen der Marxschen Krisentheorie. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Oekonomie und Soziologie der Gegenwart. Festschrift für Franz Oppenheimer zu seinem 60. Geburtstag. Frankfurt 1924. Neudruck Frankfurt 1969. 249-274 [auch in: Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert].
- Politische Ökonomie im 20. Jahrhundert. Probleme und Gestalten. München 1970.
- PREOBRASHENSKIJ, E.: Die sozialistische Alternative. Marx, Lenin und die Anarchisten über die Abschaffung des Kapitalismus. Berlin 1974.
- PREYER, G.: Untersuchung zu Voraussetzungen und zur Systematik der „Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx. Frankfurt - Bern - Las Vegas 1977.
- PROFT, G. - LIEBSCH, H. - WERNER, K.: Planung in der sozialistischen ökonomischen Integration. Berlin 1973.
- PROPP, P. D.: Zur Transformation einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs in eine Marktwirtschaft. Berlin 1964.
- PROUDHON, P.-J.: Was ist Eigentum? Erste Denkschrift. Untersuchungen über den Ursprung und die Grundlagen des Rechts und der Herrschaft. Zum ersten Male vollständig übersetzt und mit einem Vorwort von Alfons Fedor Dohn. Um eine neue Einleitung vermehrter Nachdruck der Ausgabe Berlin 1896. Mit einer Einführung von Manfred Kramer. Graz 1971.
- PRYBYLA, J. S.: Soviet Economic Reforms in Industry. In: WwA 107 (1971) 272-316.
- ed.: Comparative Economic Systems. New York 1969.
- PRYOR, F. L.: Property and Industrial Organization in Communist and Capitalist Nations. Bloomington 1973.
- PULT, G.: La théorie de la valeur de Marx aujourd'hui. In: RES 27 (1969) 325-343.
- QUARTO, G. - CIPRIANI, L.: Karl Marx e il concetto di classe sociale. Roma 1961.
- QUEVARA, E. C.: Ökonomie und Bewußtsein. Berlin 1969.
- RADAJEW, W. W.: Ökonomische Interessen im Sozialismus. Berlin 1974.
- RAMM, T. - Hrsg.: Der Frühsozialismus. Quellentexte. Stuttgart<sup>2</sup> 1968.
- RANCIÈRE, J.: Der Begriff der Kritik und die Kritik der politischen Ökonomie von den „Pariser Manuskripten“ zum „Kapital“. Berlin 1972.

- RANKOFF, I. : Das ideologische Element in der Theorie der Wirtschaftsordnung. In: SJGVV 87 (1967) 385–415.
- Wesen und Entwicklung der Wirtschaftsordnung Bulgariens. In: HJWG 14 (1969) 257–278.
- RASMUSSEN, D. : Capital, Sociality and the Status of the Subject. In: StST 16 (1976) 157–173.
- RAUPACH, H. : Kapital und Management in sozialistischen Volkswirtschaften. In: SJWS 88 (1968) 513–523.
- Sowjetwirtschaft. 2 Bde. Reinbek <sup>2</sup>1970.
- RAUSCHER, A. – Hrsg. : Kapitalismuskritik im Widerstreit. Köln 1973.
- RAVINES, E. : Capitalismo o Comunismo. Disyuntiva del siglo. Madrid 1976.
- REICHEL, H. : Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx. Frankfurt <sup>4</sup>1973.
- La struttura logica del concetto di capitale in Marx. Bari 1973.
- REIMANN, G. : Der rote Profit. Preise, Märkte, Kredite im Osten. Eine Reportage und kritische Untersuchung der Revision des Staatssozialismus. Frankfurt 1968.
- REINICKE, H. : Ware und Dialektik. Darmstadt - Neuwied 1974.
- RENNER, K. : Staatswirtschaft, Weltwirtschaft und Sozialismus. Berlin 1929.
- RICARDO, D. : Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. Frankfurt 1972.
- On the principles of political economy and taxation. Hildesheim - New York 1977.
- Des Principes de l'économie politique et de l'impôt. Paris 1977.
- RICHTA-Report. Politische Ökonomie des 20. Jahrhunderts. Frankfurt 1971.
- RICHTER, H. – SCHLIESSER, W. : Die Warenproduktion im Sozialismus. Berlin <sup>3</sup>1981.
- RIDDELL, D. S. : Social self-government. The background of theory and practice in Yugoslav socialism. In: BJS 19 (1968) 47–75.
- RIPP, G. : Politische Ökonomie und Ideologie. Kritische Betrachtungen zur ökonomischen Ideologie des gegenwärtigen Kapitalismus. Frankfurt 1974.
- RITTER, U. P. : Konvergenz der Wirtschaftssysteme – ein Weg zur optimalen Wirtschaftsordnung? In: ZWS 92 (1972) 257–269.
- RITTIG, G. : Die Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Bemerkungen zu dem gleichnamigen Werk von Paul M. Sweezy. In: HJWG 3 (1958) 163–170.

- ROBERTS, P. C.: Alienation and the Soviet economy. Toward a general theory of Marxian alienation, organizational principles, and the Soviet economy. Albuquerque 1971.
- Oskar Lange's Theory of Socialist Planning. In: JPolE 79 (1971) 562–577.
  - The Theory of Socialist Planning. Reply. In: JPolE 81 (1973) 465–470.
- ROBINSON, J.: Doktrinen der Wirtschaftswissenschaften. Eine Auseinandersetzung mit ihren Grundgedanken und Ideologien. München 1965.
- An Essay on Marxian Economics. London - New York <sup>2</sup>1966.
  - Essai sur l'économie de Marx. Paris 1971.
  - Economía de mercado versus economía planificada. Barcelona 1973.
  - Value before Capitalism. In: K 28 (1975) 143–148.
- RODBERTUS, K.: Overproduction and Crisis. With an introduction by John B. Clark. London 1898.
- RODRIGUEZ ECHEVERRIA, M. A.: El mito de la racionalidad del socialismo. Una investigación sobre la posibilidad del cálculo económico en régimen de dirección central. San José/Costa Rica 1963.
- RÖHRICH, W.: Marx und die materialistische Staatstheorie. Ein Überblick. Darmstadt 1980.
- ROLSHAUSEN, C. – Hrsg.: Kapitalismus und Krise. Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Frankfurt - Wien 1970.
- RÖMER, P.: Entstehung, Rechtsform und Funktion des kapitalistischen Privateigentums. Köln 1978.
- RÖPKE, W.: Lehre von der Wirtschaft. Wien 1937.
- ROSDOLSKY, R.: Zur neueren Kritik des Marxschen Gesetzes der fallenden Profitrate. In: K 9 (1956) 208–226.
- Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen »Kapital«. Der Rohentwurf des Kapital 1857–1858. Nachdruck der Teile I–VI der überarbeiteten 2. Auflage 1969. 2 Bde. Frankfurt 1971, <sup>3</sup>1973.
- ROSE, G.: Konvergenz der Systeme. Legende und Wirklichkeit. Köln 1970.
- Industriegesellschaft und Konvergenztheorie. Genesis - Strukturen - Funktionen. Berlin 1971.
- ROSENBERG, D. J.: Die Entwicklung der ökonomischen Lehre von Marx und Engels in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Berlin 1958.

- ROSENBERG, N.: Karl Marx on the Economic Role of Science. In: JPolE 82 (1974) 713-728.
- ROSENTHAL, M. M.: Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx. Berlin 1973.
- ROSSI, E.: Critica del Capitalismo. Milano 1950.
- RÖSSLER, H. - SCHMIDT, H. - SEIDL, H.: Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach Arbeitsleistung. Die gesellschaftlichen Fonds der Konsumtion. Berlin 1978.
- ROSTOW, W. W.: Las etapas del crecimiento económico. Un manifiesto no comunista. México - Buenos Aires 1961.
- Les étapes de la croissance économique. Paris 1962.
- Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie. Göttingen <sup>2</sup>1967.
- The stages of economic growth. A non-communist manifesto. London <sup>2</sup>1971.
- Politics and the stages of growth. London 1971.
- ROTHSCHILD, K. W.: Preistheorie und Oligopol. In: A. E. Ott - Hrsg.: Preistheorie. Köln - Berlin 1968.
- RUBIN, I. I.: Studien zur Marxschen Werttheorie. Frankfurt 1973.
- RUFFIEUX, R.: Der politische Einfluß des Mittelstandes. In: Utz, A. F. - Hrsg.: Der Mittelstand in der Wirtschaftsordnung heute. Die Akten des internationalen Mittelstandskongresses von Madrid (7.-11. Mai 1958). Heidelberg 1959. 457-494.
- RÜSTOW, A.: Zwischen Kapitalismus und Kommunismus. In: Ordo 2 (1949) 100-169.
- RÜTHER, B.: Die Auseinandersetzungen zwischen Böhm-Bawerk und Hilferding über Marx. Darstellung und Kritik. Köln 1926.
- RUWWE, H.-F.: Die Stellung der Konsumgenossenschaften im Sozialismus Osteuropas. Tübingen 1972.
- SAGAINOW, L. I.: Sozialistischer Staat und ökonomische Gesetze. Berlin 1978.
- SALERNO, M.: Automazione e teoria marxista. Cosenza 1971.
- SALIN, E.: Politische Ökonomie. Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart. Tübingen - Zürich 1967.
- SAMUELSON, P. A.: Understanding the Marxian Notion of Exploitation. A Summary of the So-Called Transformation Problem Between Marxian Values and Competitive Prices. In: JEclit 9 (1971) 399-431.
- The Canonical Classical Model of Political Economy. In: JEclit 16 (1978) 1415-1434.

- SANMANN, H.: *Marxismus und Wirtschaftsordnung*. In: Arndt, E. – Michalski, W. – Molitor, B. – Hrsg.: *Wirtschaft und Gesellschaft. Ordnung ohne Dogma*. Heinz-Dietrich Ortlieb aus Anlaß seines 65. Geburtstages gewidmet. Tübingen 1975.
- SARRAZIN, T. – SPREER, F. – TIETZEL, M.: *Krise und Planung in marxistischer Sicht. Das Beispiel Habermas*. In: HJWG 19 (1974) 293–318.
- SAUERMANN, H. – MESTMÄCKER, E. J. – Hrsg.: *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag*. Tübingen 1975.
- SAY, J. B.: *Traité d'économie politique, ou Simple Exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*. 2 vol. Paris 1803, <sup>8</sup>1876.
- SCHACHTSCHABEL, H. G.: *Wirtschaftspolitische Konzeptionen*. Stuttgart <sup>3</sup>1976.
- Hrsg.: *Wirtschaftsstufen und Wirtschaftsordnungen*. Darmstadt 1971.
- SCHÄFER, H.: *Lohn. Zu einigen Fragen der marxistischen Lohntheorie und Lohnpolitik. Darstellung, Probleme, Diskussion*. Frankfurt 1975.
- SCHAFF, A.: *Alienation as a social phenomenon*. Oxford 1980.
- SCHEEL, H. – Hrsg.: *Ökonomische Gesetze des Sozialismus und ihre Ausnutzung*. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Jg. 1974, Nr. 12. Berlin 1975.
- SCHENAJEW, W. N.: *Die Krise der sozialen Marktwirtschaft. Theorie und Wirklichkeit*. Frankfurt 1973.
- SCHENK, F.: *Das rote Wirtschaftswunder. Die zentrale Planwirtschaft als Machtmittel der SED-Politik*. Stuttgart 1969.
- SCHENK, K.-E.: *Marktwirtschaft ohne Privateigentum am Produktivvermögen?* In: Wd 52 (1972) 540–546.
- Hrsg.: *Lenkungsprobleme und Inflation in Planwirtschaften*. Berlin 1980.
- SCHUCH, E. K. – Hrsg.: *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der „Neuen Linken“ und ihrer Dogmen*. Köln 1968.
- SCHLEIFSTEIN, J.: *Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin*. München <sup>2</sup>1973.
- SCHMALENBACH, E.: *Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung*. In: ZhwF 22 (1928) 241–251.
- SCHMIDT, C.: *Der natürliche Arbeitslohn*. Jena 1887.

- SCHMIDT, E.: Die objektiven Grundlagen der Dialektik von gesellschaftlichen, kollektiven und individuellen Interessen im Sozialismus. In: DZP 16 (1968) 152-169.
- SCHMIDT, H.: Der Arbeitslohn und die Prämie im Sozialismus. In: H. Rössler - H. Schmidt - H. Seidl: Das ökonomische Gesetz der Verteilung. Berlin 1978. 41-87.
- SCHMIDT, J. L.: Neue Probleme der Krisentheorie. Berlin 1956.
- SCHMIEDE, R.: Grundprobleme der Marx'schen Akkumulations- und Krisentheorie. Frankfurt 1973.
- SCHMOLLER, G.: Die soziale Frage. Klassenbildung, Arbeiterfrage, Klassenkampf. München - Leipzig 1918.
- SCHNEIDER, J.: Der Beitrag der Arbeitswertlehre zur Theorie der kapitalistischen Warenproduktion. Frankfurt - New York 1980.
- SCHÖNE, U.: Preis im Widerstreit der Ideologien. Berlin 1981.
- SCHUMPETER, J. A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. München - Leipzig <sup>2</sup>1926.
- Business Cycles. A theoretical, historical, and statistical analysis of the capitalist process. 2 vols. New York - London 1939.
  - Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern <sup>2</sup>1950.
  - Capitalism, Socialism, and Democracy. London <sup>4</sup>1965.
  - History of Economic Analysis. New York 1954.
  - Geschichte der ökonomischen Analyse. 2 Bde. Göttingen 1965.
  - Die Krise des Steuerstaats. In: R. Goldscheid - J. Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaats. Frankfurt 1976. 329-379.
- SCHÜRSMANN, A.: Wertgesetz und gesellschaftliche Entwicklung. Voruntersuchung zu einer materialistischen Systemtheorie der Gesellschaft. Gießen 1974.
- SCHWARTZ, P.: John Stuart Mill and Laissez Faire: London Water. In: Ec, n.s. 33 (1966) 71-83.
- SCIENCES POLITIQUES EN POLOGNE. In: Rp 15 (1973) 9-154.
- SEIBERT, F.: Profit kontra Lebensqualität. Frankfurt 1973.
- SEIDENFUS, H. S.: Spätkapitalismus. Einige Bemerkungen zum Stand der Diskussion. In: JbS 14,3 (1963) 141-166.
- SELUCKÝ, R.: Reformmodell ČSSR, Entwurf einer sozialistischen Marktwirtschaft oder Gefahr für die Volksdemokratie? Reinbek 1969.
- SEMJENOW, W. S.: Kapitalismus und Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Berlin 1972.

- SERING, P.: *Jenseits des Kapitalismus. Ein Beitrag zur sozialistischen Neuorientierung.* Nürnberg<sup>3</sup>1948.
- SEWALL, H. R.: *The theory of value before Adam Smith.* New York 1968.
- SHAFFER, H. G. - ed.: *The Soviet Economy. A Collection of Western and Soviet Views.* New York<sup>2</sup>1969.
- SHERMAN, H.: *Radical political economy. Capitalism and socialism from a Marxist-humanist perspective.* New York 1972.
- *The Theory of Socialist Planning. Comment.* In: JPolE 81 (1973) 450-458.
- SHIBATA, K.: *On the General Profit Rate.* In: Kyoto University Economic Review 14 (1939) 40-66.
- SHONFIELD, A.: *Geplanter Kapitalismus. Wirtschaftspolitik in Westeuropa und USA.* Köln - Berlin 1968.
- SIEBER, R.: *Wirtschaftstheorien, die die Rechtssozialisten verteidigen.* Berlin 1962.
- SIEBER, R. - RICHTER, H.: *Die Herausbildung der marxistischen politischen Ökonomie.* Berlin 1969.
- ŠIK, O.: *Ökonomie, Interessen, Politik.* Berlin 1966.
- *Plan und Markt im Sozialismus.* Wien 1967.
- *Plan and market under socialism.* White Plains 1968.
- *Das Wirtschaftsmodell des demokratischen Sozialismus. Eine Deklaration und 10 Antworten.* In: Merkur 24 (1970) 364-382.
- *Der Strukturwandel der Wirtschaftssysteme in den osteuropäischen Ländern.* Zürich 1971.
- *Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft.* Zürich 1971.
- *Czechoslovakia. The Bureaucratic economy.* White Plains 1972.
- *Der dritte Weg. Die marxistisch-leninistische Theorie und die moderne Industriegesellschaft.* Hamburg 1972.
- *Argumente für den Dritten Weg.* Hamburg 1973.
- *La troisième voie. La théorie marxiste-léniniste et la société industrielle moderne.* Paris 1974.
- *Argumentos para una tercera vía.* Barcelona 1975.
- *Für eine Wirtschaft ohne Dogma.* München 1974.
- *Der Widerspruch zwischen der Entwicklung der Produktionsstruktur und den Verteilungsprozessen im marktwirtschaftlichen System.* In: K 28 (1975) 613-640.
- *Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg.* Hamburg 1979.
- SIMON, N.: *Management et économie socialiste.* In: EH 200 (1971) 79-88.

- SISMONDI, J. C. L. *Simonde de: Political economy*. Reprint. New York 1966.
- *Political economy and the philosophy of government*. Reprint. New York 1966.
- SLOAN, P.: *Marx and the orthodox economists*. Totawa - Oxford 1973.
- *Marx y la economía ortodoxa*. Madrid 1974.
- SMIRNOW, I.: *Die Gewerkschaften der UdSSR. Fragen und Antworten*. Berlin 1974.
- SMITH, A.: *The Theory of Moral Sentiments, 1759*. Reprint New York 1966.
- *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. 1776, 4<sup>1786</sup>. [Reprint New York 1966].
- *Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes*. 3 Bände. Jena 1923. [Neudruck Gießen 1973].
- *Works*. The Glasgow edition of the works and correspondance of Adam Smith commissioned by the University of Glasgow to celebrate the bicentenary of the *Wealth of Nations*. Oxford 1976 ss.
- SMITH, H.: *The Economics of Socialism Reconsidered*. London - New York 1962.
- SMITH, R. S. – VYVER, F. T. de – ed.: *Economic Systems and Public Policy. Essays in Honor of Calvin Bryce Hoover*. Durham/N.C. 1966.
- SMOLKOW, W. G.: *Wettbewerb und Kommunismus*. Berlin 1973.
- SMYTH, R. L. – ed.: *Essays in the Economics of Socialism and Capitalism*. London 1964.
- SNAVELY, W. P.: *Theory of Economic Systems. Capitalism, Socialism and Corporatism*. London 1969.
- *Teoría de los sistemas económicos*. Madrid 1976.
- SOBRE LA ESTRUCTURA DE LA SOCIEDAD SOCIALISTA. Barcelona 1978.
- SOFRI, G.: *Il modo di produzione asiatico. Storia di una controversia marxista*. Torino 1969.
- SOHN-RETHEL, A.: *Die ökonomische Doppelnatur des Spätkapitalismus*. Darmstadt - Neuwied 1972.
- SOKOLOFF, G.: *Les mécanismes de la dépendance économique en Europe de l'Est*. In: *Proj* (1971) 327-336.
- SOPER, K.: *On Human Needs. Open and Closed Theories in a Marxist Perspective*. Brighton 1981.
- SOWELL, T.: *Marxian Value Reconsidered*. In: *Ec* 30 (1963) 297-308.
- DIE SOZIALISTISCHE ÖKONOMISCHE INTEGRATION, ihre Leitung, Planung und Stimulierung. Berlin 1974.

- SOZIALISTISCHER WETTBEWERB UND MORAL. Politisch-ideologische Probleme bei der Führung des sozialistischen Wettbewerbs. Berlin 1973.
- SPÄTKAPITALISMUS OHNE PERSPEKTIVE. Tendenzen und Widersprüche des westdeutschen Imperialismus am Ende der 60er Jahre. Berlin 1969.
- DER SPÄTMARXISMUS UND SEIN PUBLIKUM. Anspruch und Wirklichkeit. Stuttgart 1976.
- SPENCE, T.: Das Gemeineigentum am Boden. Aus dem Englischen übersetzt von F. v. Eichmann. Leipzig 1904.
- SPULBER, N.: Soviet Strategy for Economic Growth. Bloomington 1964.
- Hrsg.: Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth. Bloomington 1965.
  - On Some Issues in the Theory of the „Socialist Economy“. In: K 25 (1972) 715-735.
- DER STAATSMONOPOLISTISCHE KAPITALISMUS. Frankfurt 1972.
- STAÏNOV, P.: La nature juridique des actes de planification dans l'État socialiste. In: RDPSP 79 (1963) 917-938.
- STAMATIS, G.: Die „speziellen kapitalistischen Produktionsmethoden“ und der tendenzielle Fall der allgemeinen Profitrate bei Karl Marx. Berlin 1977.
- STANFIELD, R.: The economic surplus and neo-Marxism. Lexington 1973.
- STEHR, U.: Vom Kapitalismus zum Kommunismus. Bucharins Beitrag zur Entwicklung einer sozialistischen Theorie und Gesellschaft. Düsseldorf 1973.
- STEITZ, W.: Einführung in die Politische Ökonomie des Marxismus. Paderborn 1977.
- STERNBERG, F.: Der Imperialismus. Berlin 1926. Neuauflage Frankfurt 1971.
- Kapitalismus und Sozialismus vor dem Weltgericht. Hamburg 1951.
  - Marx und die Gegenwart. Entwicklungstendenzen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Köln 1955.
  - Wer beherrscht die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts? Köln – Berlin 1961.
  - Anmerkungen zu Marx – heute. Frankfurt 1965.
- STOJANOVIĆ, S.: Kritik und Zukunft des Sozialismus. München<sup>2</sup> 1970.
- Critique et avenir du socialisme. Paris 1971.
  - Crítica del socialismo de Estado. Madrid 1972.

- Between Ideals and Reality. A critique of socialism and its future. New York 1973.
- STRACHEY, J.: The Coming Struggle for Power. London 1933.
- A Program for Progress. New York 1940.
- Contemporary Capitalism. London 1956.
- Kapitalismus heute und morgen. Düsseldorf 1957.
- STRATIGHIOU, M.: Kapitalismus und Sozialismus bei Schumpeter. Eine vergleichende Darstellung und Kritik von Schumpeter und Marx. Lörrach 1961.
- STREISSLER, E.: Gefahren für das Eigentum. In: PM 14, 128 (1969) 60-72.
- STREITHOFEN, H.-B.: Zweifel an Ost-Reformen. Keine Konvergenz der westlichen und östlichen Wirtschaftssysteme. In: PM 16, 135 (1971) 49-60.
- STROTMANN, P. – Hrsg.: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Eine Diskussion marxistischer Ökonomen des Westens über die Wirtschaftsreform in den Ländern Osteuropas. Berlin 1969.
- SUCHAN, K.: Das neue ökonomische System in der CSSR. Auf der Suche nach dem optimalen Verhältnis zwischen Plan und Markt. In: Wd 46 (1966) 661-665.
- SUPEK, R. – BOŠNJAK, B. – Hrsg.: Jugoslawien denkt anders. Marxismus und Kritik des etatistischen Sozialismus. Wien – Frankfurt – Zürich 1971.
- SUR LE «MODE DE PRODUCTION ASIATIQUE». Préface de Roger Garaudy. Paris 1969.
- SWEETZ, P. M.: The Theory of Capitalist Development. London 1942.
- Socialism. New York 1949.
- Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie. Köln 1959.
- Der Sozialismus. Geschichte und Probleme. München 1970.
- Die Zukunft des Kapitalismus und andere Aufsätze zur politischen Ökonomie. Frankfurt 1970.
- Modern capitalism and other essays. New York 1972.
- Ansätze zu einer Kritik der Nationalökonomie. In: W. Vogt – Hrsg.: Seminar Politische Ökonomie. Frankfurt 1973. 169-179.
- Le capitalisme moderne. Paris 1976.
- SWEETZ, P. M. – BETTELHEIM, C.: Lettres sur quelques problèmes actuels du socialisme. Tchécoslovaquie, U. R. S. S., Cuba, Yougoslavie, Chine. Paris 1970.
- – On the transition to socialism. New York 1972.

- LES SYSTÈMES ÉCONOMIQUES dans l'histoire et dans la théorie. Paris 1974.
- SZEPLAKI, L.: Socialist Economic Reforms and Enterprise Finances. Hungary, 1950-1971. In: WwA 108 (1972) 427-461.
- TAMEDLY, E. L.: Socialism and international economic order. Caldwell 1969.
- TCHEPRAKOV, V.: Le capitalisme monopoliste d'État. Moscou - Paris 1969.
- TEORIAS ECONOMICAS Y REALIDAD SOCIAL. Crítica soviética a las teorías de John Galbraith, Adolf Berle y Colin Clark. Barcelona 1970.
- THALHEIM, K. C.: Über die soziale Theorie der Wirtschaftssysteme. Bemerkungen zu dem Buch von Eduard Heimann. In: HJWG 11 (1966) 213-219.
- Rationalisierung und Vollbeschäftigung in Ländern mit zentraler Wirtschaftsplanung. In: Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung 19, 8. München 1980.
- THORNER, D.: Marx et l'Inde: le mode de production asiatique. In: AESC 24 (1969) 337-369.
- TINBERGEN, J.: Wirtschaftspolitik. Freiburg 1968.
- TJAPKIN, N. K.: Die kommunistische Organisation der gesellschaftlichen Arbeit. Berlin 1973.
- TJULPANOW, S. I. – SCHEINIS, V. L.: Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus. Berlin - Frankfurt 1975.
- TOLKSDORF, M.: Theorie und Praxis der sozialistischen Marktwirtschaft. Gedanken zur Schrift Radoslav Seluckýs. In: SJWS 91 (1971) 313-337.
- TSURU, S. – ed.: Has Capitalism Changed? An International Symposium on the Nature of Contemporary Capitalism. Tokyo 1961.
- TUCHSCHEERER, W.: Bevor Das Kapital entstand. Die Herausbildung und Entwicklung der ökonomischen Theorie von Karl Marx in der Zeit von 1843-1858. Berlin 1968.
- TUGAN-BARANOWSKY, M. I. v.: Der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung im Lichte der nationalökonomischen Theorie. In: AfSS 19 (1904) 273-306.
- Theoretische Grundlagen des Marxismus. Leipzig 1905.
- Soziale Theorie der Verteilung. Berlin 1913.
- Les crises industrielles en Angleterre. Paris 1913.
- TURBAN, M.: Marxsche Reproduktionsschemata und Wirtschaftstheorie. Die Diskussion ihres analytischen Gehalts in verschiedenen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungstraditionen. Berlin 1980.

- UITERMARK, P. J.: The Theory of Socialist Planning. Comment. In: JPolE 81 (1973) 459-464.
- UTZ, A.: Zwischen Neoliberalismus und Neomarxismus. Die Philosophie des 3. Weges. Köln 1975.
- Entre le néo-libéralisme et le néo-marxisme. Recherche philosophique d'une troisième voie. Paris 1976.
  - Entre neoliberalismo y neomarxismo. Filosofía de una vía media. Barcelona 1977.
  - Crítica del capitalismo y democratización de la economía. In: EsFil 20 (1971) 235-252.
- VACCA, G.: Marxismo e analisi sociale. Bari 1969.
- VANEK, J.: Marktwirtschaft und Arbeiterselbstverwaltung. Frankfurt – New York 1975.
- VARGA, E.: Goldproduktion und Teuerung. In: NZ 30, 1 (1912) 212-220.
- Die Überschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Kapital-exports und des Imperialismus. In: NZ 34, 2 (1916) 512-517.
  - Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft. Hamburg <sup>2</sup>1922.
  - Die Niedergangsperiode des Kapitalismus. Hamburg 1922.
  - Aufstieg oder Niedergang des Kapitalismus. Hamburg 1924.
  - Grundfragen der Ökonomie und Politik des Imperialismus. Berlin 1955.
  - Der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts. Berlin 1962.
  - Essais sur l'économie politique du capitalisme. Moscou 1967.
  - Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Frankfurt – Wien 1969.
- VARGA, S.: Über den eigenartigen Charakter der sozialistischen Finanzwissenschaft. In: ZStW 119 (1963) 83-117.
- VECA, S.: Marx e la critica dell'economia politica. Milano 1973.
- VERCELLI, A.: Teoria della struttura economica capitalistica. Torino 1973.
- VESTER, M. – Hrsg.: Die Frühsozialisten 1789-1848, I. Reinbek 1970.
- VIDAKOVIC, Z. – PAVLOVIC, V.: Die jugoslawischen Gewerkschaften und die Arbeiterklasse in der Übergangsperiode zu einem auf Selbstverwaltung beruhenden Sozialismus. In: GMK 24 (1973) 350-354.
- VIDAL VILLA, J. M.: Iniciación a la Economía Marxista. Barcelona 1973.
- VINOGRADOV, V. A.: Socialist property. Its formation and economic advantages. Moscow 1968.
- VITO, F.: Economía marxista y planificación colectivista. In: BCES 6,1 (1966) 17-28.

- VOGT, W.: Zur langfristigen ökonomischen Entwicklung eines kapitalistischen Systems. In: Lev 1 (1973) 161-188.
- VYGODSKY, V.: The everlasting significance of Marx's „Capital“. Moscow 1975.
- WACHTEL, H. M.: Workers' Management and Workers' Wages in Yugoslavia. The Theory and Practice of Participatory Socialism. Ithaca 1973.
- WÄDEKIN, K. E.: The private sector in Soviet agriculture. Berkeley <sup>2</sup>1973.
- Sozialistische Agrarpolitik in Osteuropa. I: Von Marx bis zur Vollkollektivierung. Berlin 1974.
- WAGENER, H.-J.: Zur Analyse von Wirtschaftssystemen. Eine Einführung. Berlin – Heidelberg – New York 1979.
- WAGNER, W.: Verelendungstheorie – die hilflose Kapitalismuskritik. Frankfurt 1976.
- WALKER, A.: Marx, his theory and its context. Politics as economics. Introduction and critical essay on the political economy of Karl Marx. Harlow 1978.
- WALKER, P. – ed.: Between Labour and Capital. Hassocks 1979.
- WANNENMACHER, W.: Der geduldete Kapitalismus. Wesen und Wege der Wirtschaft in West und Ost. Düsseldorf 1964.
- WATRIN, C. – Hrsg.: Information, Motivation und Entscheidung. Studien zum Vergleich von Wirtschaftssystemen. Berlin 1973.
- Gesellschaftliches Eigentum und Arbeiterselbstverwaltung – ein Weg zur Humanisierung der Gesellschaft? In: Ordo 26 (1975) 79-96.
- Hrsg.: Studien zum Marktsozialismus. Berlin 1976.
- WATRIN, C. – WILLGERODT, H. – Hrsg.: Widersprüche der Kapitalismuskritik. Festschrift zum 75. Geburtstag von Alfred Müller-Armack. Bern – Stuttgart 1976.
- WEBER, M.: Wirtschaft und Gesellschaft. Köln – Berlin 1964.
- Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, 1917. In: M. Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen <sup>2</sup>1951. 475-526.
- WEBER, W.: Konvergenz der Wirtschaftsordnungen von Ost und West? Wien 1971.
- Zwei Beiträge zu politischer Ökonomie: „Gibt es eine Konvergenz von Wirtschaftssystemen in Ost und West?“ – „Ökonomische Gesichtspunkte öffentlicher Budgetplanung“. Graz 1975.

- WEBER, W.: Der Unternehmer. Eine umstrittene Sozialgestalt zwischen Ideologie und Wirklichkeit. Köln 1973.
- WEDIG, W. : Konjunktur und Krise im „Spätkapitalismus“. Einige Bemerkungen zu „spätmarxistischen“ Auffassungen. In: *Konp* 20 (1974) 243-264.
- WEGENER, R. : Jürgen Habermas und die Kritik der „Kritik der politischen Ökonomie“. STAMATIS, G. : Zum Marx'schen Gesetz vom tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate. GLOMBOWSKI, J. : Gleichgewichtige erweiterte Reproduktion und fixes Kapital. Berlin 1976.
- WEIDAUER, R. : Sozialistische Wirtschaftsführung. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis. Berlin 1968.
- WEISS, O. G. : Critique de l'économie marxiste traditionnelle. Paris 1978.
- WEIZSÄCKER, C. C. v. : Grenzen der traditionellen Globalsteuerung. In: *JNSt* 189 (1975) 1-41.
- WELLISZ, S. : Initiation aux économies socialistes. Paris 1968.
- WICKSTEED, P. H. : The Common Sense of Political Economy, and Selected Papers and Reviews on Economic Theory. 2 vols. London 1944, 1945.
- WIDMAIER, H. P. – Hrsg. : Politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates. Eine kritische Darstellung der Neuen Politischen Ökonomie. Frankfurt 1974.
- WILCZYNSKI, J. : L'economia dei paesi socialisti. Bologna 1973.
- Das sozialistische Wirtschaftssystem. Grundsätze der zentralen Planwirtschaften in der UdSSR und in Osteuropa unter dem Neuen System. Köln 1974.
- Desarrollo y Reforma en los Países Socialistas. Barcelona 1974.
- Economía del Socialismo. Madrid 1978.
- WILD, G. : Portée et limites du „modèle“ soviétique. In: *Proj* (1971) 317-326.
- WILLE, E.- GLÄSER, M. : Staatsausgaben bei Adam Smith – eine Würdigung unter Allokationsaspekten. In: *Ordo* 28 (1977) 34-77.
- WILSON, T. – SKINNER, A. – ed. : The Market and the State. Essays in Honour of Adam Smith. Oxford 1976.
- WINDHOFF, B. : Darstellung und Kritik der Konvergenztheorie. Gibt es eine Annäherung der sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftssysteme? Bern – Frankfurt 1971.
- WINKLER, H. A. – Hrsg. : Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge. Göttingen 1974.

- WINTERER, B. : Traktat über Elend und Bedürfnis. Vorüberlegungen zu einer Theorie der Verelendung. Hamburg 1973.
- WIRTH, M. : Kapitalismustheorie in der DDR. Entstehung und Entwicklung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Frankfurt 1972.
- WIRTSCHAFTSSYSTEME DES SOZIALISMUS IM EXPERIMENT - Plan oder Markt. Frankfurt 1972.
- WIRTSCHAFTSSYSTEME ZWISCHEN ZWANGSLÄUFIGKEIT UND ENTSCHEIDUNG. Marburger Forschungsseminar. F. Blaich, I. Bog, G. Gutmann, K. P. Hensel. Stuttgart 1971.
- WOHLGEMUTH, H. H. : Staatseingriff und Arbeitskampf. Zur Kritik der herrschenden Arbeitskampfdoktrin. Köln - Frankfurt 1977.
- WOHLMUTH, K. : „Nutzen“ und „Knappheit“ in der sozialistischen Wirtschaftstheorie. Die Reökonomisierung der Planungstheorie. In: JbS 21 (1970) 327-365.
- WOLFFHEIM, F. : Betriebsorganisation oder Gewerkschaften? In: F. Kool - Hrsg. : Die Linke gegen die Parteiherrschaft. Olten - Freiburg/BrsG. 1970. 248-260.
- WOLFSON, M. : A reappraisal of Marxian economics. New York 1966.
- WOLFSTETTER, E. : Wert, Profitrate und Beschäftigung. Aspekte der Marxschen und der klassischen Wirtschaftstheorie. Frankfurt - New York 1977.
- WOLL, A. : Allgemeine Volkswirtschaftslehre. München <sup>3</sup>1971.
- Karl Marx im Licht der modernen Volkswirtschaftslehre. In: HJWG 19 (1974) 21-31.
- WRANGEL, G. v. : Wird der Ostblock kapitalistisch? Die kommunistischen Wirtschaftsreformen und ihre Bedeutung. München 1966.
- WYGODSKI, S. L. : Der gegenwärtige Kapitalismus. Versuch einer theoretischen Analyse. Berlin 1972.
- WYGODSKI, W. S. : Das Werden der ökonomischen Theorie von Marx und der wissenschaftliche Kommunismus. Berlin 1978.
- ZANDER, E. : Kommunismus und Leistungsprinzip. Heidelberg <sup>2</sup>1975.
- ZINN, K. G. : Konsum und Krise bei Marx. Analyse der konsumtheoretischen Implikationen in der Reproduktions- und der Krisentheorie und die Sonderstellung des Luxus. In: JbS 21 (1970) 302-326.
- Sozialistische Planwirtschaftstheorie. Grundlagen und aktuelle Probleme der Arbeitswertlehre. Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1971.

- Wohlstand und Wirtschaftsordnung. Zur Leistungsfähigkeit von marktwirtschaftlichen und planwirtschaftlichen Systemen. Darmstadt 1972.
  - Arbeitswerttheorie. Zum heutigen Verständnis der positiven Wirtschaftstheorie von Karl Marx. Herne – Berlin 1972.
  - Der Niedergang des Profits. Eine Streitschrift zu den Risiken der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Köln 1978.
- ZOLL, R.: Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie. Frankfurt 1976.
- ZUR BEDEUTUNG DER ÖKONOMISCHEN THEORIE VON KARL MARX IN DER GEGENWART. Leipzig 1968.
- ZUR THEORIE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS. R. Gundel, H. Heininger, P. Hess, K. Zieschang. Berlin 1967.
- ZYBENKO, R.: A propos des modifications dans la doctrine économique soviétique en connexion avec la réforme économique. In: REL 37 (1971) 75-88.

## PERSONENVERZEICHNIS

- Abdel-Fadil, M. 185  
 Abromeit, H. 185  
 Adam, H. 185  
 Adler, G. 185  
 Adler, M. 213  
 Afanasyev, V. G. 185  
 Aftalion, F. 185  
 Albers, F. J. 185  
 Albertini, J. M. 185  
 Althusser, L. 185  
 Altmann, E. 185  
 Altvater, E. 185  
 Anders, H.-D. 185  
 Antonelli, É. C. 185  
 Apel, E. 185  
 Aristoteles 11, 209  
 Arnaszus, H. 185  
 Arndt, E. 225  
 Arndt, H. 185  
  
 Baby, J. 186  
 Bahro, R. 186  
 Balibar, É. 185  
 Balinky, A. 186  
 Baran, P. A. 186, 202  
 Barjonet, A. 186  
 Bartoli, H. 186  
 Bärtschi, W. 186  
 Barzel, A. 186  
 Basso, L. 186  
 Bateille, G. 186  
 Bauer, A. 195  
 Bauer, O. 126, 186, 213  
 Baumgartner, P. 186  
 Baumol, W. J. 101, 186  
 Beck, C. 215  
 Becker, J. F. 186  
  
 Becker, W. 186  
 Behrens, F. 187  
 Bell, D. 187  
 Bénard, J. 187  
 Bentham, J. 133  
 Bergson, A. 187  
 Berle, A. 231  
 Bernholz, P. 187  
 Bernstein, E. 128, 187  
 Berthoud, A. 187  
 Bettelheim, C. 187, 230  
 Beyme, K. v. 188  
 Bianchi, M. 188  
 Bičanić, R. 188  
 Biet, B. 188  
 Bigo, P. 188  
 Binswanger, H. C. 188  
 Bischoff, J. 188  
 Blaich, F. 235  
 Blakeley, T. J. 188  
 Blaug, M. 188  
 Blum, R. 188  
 Boccara, P. 188  
 Boelcke, W. A. 189  
 Boenigk, O. Fr. v. 189  
 Boettcher, E. 189, 202  
 Bog, I. 235  
 Böhm, F. 189, 225  
 Böhm-Bawerk, E. v. 61, 189, 203,  
     213, 224  
 Bolz, K. 189  
 Bombach, G. 81  
 Bornstein, M. 189  
 Bortkiewicz, L. v. 113, 189  
 Bose, A. 189  
 Bošnjak, B. 230  
 Botta, F. 189

- Boudin, L. B. 126, 190  
 Boulding, K. E. 81, 170  
 Brandes, V. 209  
 Braun, H. 190  
 Bredow, W. v. 190  
 Brenkert, G. G. 190  
 Bress, L. 190  
 Briefs, G. 190  
 Brittan, S. 190  
 Browder, E. R. 190  
 Brown, M. B. 190  
 Bruini, P. 190  
 Brunhoff, S. de 190  
 Brus, W. 190  
 Bucharin, N. I. 191, 206, 229  
 Buhr, M. 191, 206  
 Bulgakoff, S. 191  
 Bunitsch, P. G. 196  
 Burg, H. 191  
  
 Cafiero, C. 191  
 Campbell, R. W. 191  
 Canapa, M.-P. 191  
 Carandini, G. 191  
 Carson, R. L. 191  
 Cartelier, J. 191  
 Castells, M. 191  
 Cavalli, A. 191  
 Cerroni, U. 191  
 Cervantes C., I. 191  
 Chamberlin, W. H. 192  
 Chambre, H. 192  
 Chang, S. H. M. 192  
 Charbonneau, B. 192  
 Charpilloz, A. 192  
 Chmielewicz, K. 192  
 Chromušin, G. B. 192  
 Cipriani, L. 221  
 Clark, C. 231  
 Clark, J. B. 223  
 Cogoy, M. 192  
  
 Cole, G. D. H. 192  
 Coleman, J. R. 192  
 Colletti, L. 192  
 Cotta, A. 192  
 Cottier, G. 192  
 Croce, B. 192  
 Csikós-Nagy, B. 192  
 Cunow, H. 126, 192  
  
 Dahrendorf, R. 193  
 Dallemagne, J.-L. 193  
 Dalton, G. 193  
 Davenport, H. J. 21  
 Décaillot, M. 193  
 Demsetz, H. 151, 193  
 Denis, H. 193  
 Deutschmann, C. 193  
 D'Hondt, J. 194  
 Dickinson, H. D. 193  
 Diehl, K. 193, 202  
 Dietz, R. 193  
 Dirlam, J. 193  
 Dmitriev, V. K. 193  
 Dobb, M. 193  
 Dobias, P. 194  
 Dohn, A. F. 221  
 Domar, E. D. 194  
 Dopfer, K. 194  
 Dostaler, G. 194  
 Downs, A. 194  
 Doz, A. 194  
 Dragulev, M. 194  
 Drewnowski, J. 194  
 Dru, J. 194  
 Dubucs, J. 194  
 Duffy, W. J. 218  
 Duménil, G. 195  
 Dumont, L. 195  
 Dumont, R. 195  
 Durbin, E. F. M. 195  
 Duve, F. 195

- Eaton, J. 195  
Ebbighausen, R. 195  
Eberle, F. 195  
Ebert, G. 195  
Echevarría S., O. A. 195  
Eckert, F. 216  
Eckstein, G. 195, 213  
Egnell, E. 195  
Ehlert, W. 195  
Eichhorn, W. 195  
Eichmann, F. v. 229  
Elgozy, G. 195  
Emmanuel, A. 195  
Endler, K. 196  
Engels, F. 23, 93, 94, 126, 143,  
214, 223, 225  
Engst, P. 196  
Euchner, W. 196  
Eucken, W. 13, 38, 196  
  
Faber, M. 196  
Fahrenheit-H., H. 196  
Famulla, G.-E. 196  
Faucci, R. 196  
Fedorenko, N. P. 196  
Fehl, U. 196  
Fehlbaum, R. P. 196  
Feiwel, G. R. 196  
Fetscher, I. 196, 214  
Feuerbach, L. 94  
Fieldhouse, D. K. 197  
Fine, B. 197  
Fiorito, R. 197  
Fischer, A. M. 197  
Fiszal, H. 197  
Fitter, J. C. 197  
Fjedenin, W. 197  
Flechtheim, O. K. 212  
Föhl, C. 81  
Förster, W. 197  
Fradin, J. 197  
  
Franklin, B. 64  
Freedman, R. 197  
Frey, B. S. 197, 205  
Frey, R. L. 197  
Friedman, M. 197  
Friedrich, M. 197  
Furtak, R. K. 197  
Fusfeld, D. R. 189  
  
Gadó, O. 198  
Gagern, M. 198  
Gajano, A. 198  
Galbraith, J. K. 198, 231  
Galen, B. Gr. v. 8  
Gambazzi, P. 198  
Garaudy, R. 198, 230  
García de Aro, R. 198  
Gärtner, U. 176, 198  
Gaudemar, J.-P. de 198  
Gaugler, E. 45, 198  
Geissberger, W. 188  
Gerschberg, S. 198  
Ginsburg, T. 188  
Gläser, M. 85, 234  
Glastetter, W. 199  
Glezerman, G. 199  
Glombowski, J. 234  
Godelier, M. 199  
Godwin, W. 199  
Goldman, M. I. 199  
Goldscheid, R. 138, 158, 199,  
202, 226  
Goldthorpe, J. H. 85  
Gorz, A. 199  
Grauhan, R.-R. 139, 153, 154,  
156, 157, 158, 161, 162, 163,  
165, 166, 167, 168, 169, 170,  
171, 172, 180, 199, 202, 203  
Graziadei, A. 199  
Gregory, P. R. 199  
Grendi, E. 199

- Grigorovici, T. 213  
 Grossman, G. 199  
 Grossmann, H. 200  
 Grotius, H. 209  
 Guelfat, I. 200  
 Gueullette, A. D. 200  
 Guggenberger, B. 200  
 Gundel, R. 236  
 Gutmann, G. 200, 235  
  
 Haberler, G. 200  
 Habermas, J. 200, 225, 234  
 Haffner, F. 200  
 Hagemann, M. 200  
 Hahn, G. 200  
 Hall, R. L. 200  
 Haller, F. 200  
 Halm, G. M. 200  
 Hamel, H. 200  
 Hampe, P. 201  
 Hansen, A. H. 122, 201  
 Harbusch, P. 201  
 Hardach, G. 201  
 Harris, L. 197  
 Hayek, F. A. v. 122, 123, 170, 201  
 Hedtkamp, G. 201  
 Hegel, G. W. F. 36, 124, 194, 207, 209  
 Heidt, U. 201  
 Heimann, E. 201, 202, 231  
 Heiningcr, H. 236  
 Helberger, C. 201  
 Held, K. 212  
 Heller, A. 201  
 Helmstädter, E. 197  
 Henguer, A. 201  
 Henry, M. 201  
 Hensel, K. P. 38, 190, 201, 202, 235  
 Herder-D., P. 202  
 Hereth, M. 202  
  
 Herkner, H. 202  
 Hermanin, F. 202  
 Herre, G. 202  
 Hess, P. 236  
 Heuer, U.-J. 202  
 Heyder, U. 202  
 Hickel, R. 8, 15, 114, 115, 120, 121, 122, 127, 139, 150, 151, 152, 153, 154, 156, 157, 158, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 180, 199, 202, 203  
 Hicks, J. R. 203  
 Hieronimi, T. 8  
 Hilferding, R. 61, 128, 189, 203, 213, 224  
 Himmclmann, G. 203  
 Hirsch, J. 159, 203  
 Hitler, A. 146  
 Hobsbawm, E. J. 203  
 Hodgskin, T. 203  
 Hofmann, H. 203  
 Hofmann, W. 203  
 Holesovsky, V. 46, 203  
 Hollander, S. 25, 203  
 Hondrich, K. O. 203  
 Hoover, C. B. 219, 228  
 Horowitz, D. 204  
 Howard, M. C. 204  
 Huffsclimid, J. 204  
 Hülsmann, H. 204  
 Hülst, D. 204  
 Hunt, E. K. 204  
 Husserl, E. 13  
 Hutchison, T. W. 204  
  
 Ignatowski, P. A. 204  
 Ionasco, A. 204  
  
 Jäger, K.-H. 204  
 Jahn, G. 204

- Jakowez, J. W. 204  
Jenssen, O. 204  
Jochimsen, R. 210  
Jostock, P. 215  
Joswig, H. 195  
Jovanov, N. 204  
Jung, H. 204
- Kaldor, N. 81  
Kalecki, M. 163, 164, 205  
Kamankin, W. P. 205  
Kant, I. 153, 169, 171  
Kardelj, E. 205  
Karner, J. 213  
Karras, D. 201  
Kaser, M. 205  
Katzenstein, R. 205  
Kaul, D. 205  
Kaulla, R. 205  
Kautsky, K. 126, 186, 187, 190,  
205, 213  
Keller, B. 205  
Kemp, T. 205  
Kempski, J. v. 205  
Kende, P. 205  
Kernig, C.-D. 206  
Kerr, C. 206  
Kettenbach, H. W. 206  
Keynes, J. M. 85, 122, 192, 206,  
220  
King, J. E. 204  
Kitsche, A. 206  
Klages, H. 206  
Klaus, G. 206  
Klein, D. 206  
Klemenčič, A. 200  
Kniazeff, I. 206  
Knies, K. 189  
Knirsch, P. 206  
Knobel, H. 210  
Koch, G. 195
- Köhler, H. 206  
Kohlmey, G. 207  
Kolakowski, L. 207  
Köllner, L. 207  
König, E. 207  
Kool, F. 235  
Körner, H. 207  
Korsch, K. 207  
Kosing, A. 191  
Koslow, G. A. 220  
Kosta, J. 207  
Kourskii, A. D. 207  
Kramer, D. 207  
Kramer, M. 221  
Krämer-B., T. 207  
Kramm, L. 207  
Krause, G. 207  
Krelle, W. 81, 207  
Kremendahl, H. 208  
Krömke, C. 208  
Kromphardt, J. 208  
Kühne, K. 208  
Küng, E. 141, 208  
Kuruma, S. 208  
Kusminow, I. I. 208
- Labeledz, L. 208  
Lacaze, D. 208  
Lafargue, P. 208  
Lambert, D. C. 208  
Landauer, C. 199, 208  
Landshut, S. 208  
Lane, D. 208  
Lange, O. 196, 200, 209, 223  
Langner, F. 209  
Lantz, G. 109  
Läpple, D. 209  
Lassalle, F. 213  
Lauer, M. 202  
Lauterbach, A. 209  
Lauterbach, H. 209

- Lavergne, B. 209  
 Lavigne, M. 209  
 Lay, R. 209  
 Lazar, J. 209  
 Lederer, E. 209  
 Leeman, W. A. 209  
 Leenen, W.-R. 210  
 Legradić, R. 210  
 Lehmann, H. G. 210  
 Lehmann, H. 210  
 Leichter, O. 213  
 Leipold, H. 210  
 Lemnitz, A. 210  
 Lenin, W. I. 94, 126, 206, 210, 221, 225  
 Leontief, W. W. 210  
 Lepage, H. 210  
 Lerner, A. P. 210  
 Lewinsohn, G. 211  
 Liberman, E. G. 200, 211  
 Liebsch, H. 221  
 Lilge, H.-G. 211  
 Lindbeck, A. 211  
 Lindblom, C. E. 211  
 Link, J. 211  
 Löbl, E. 211  
 Locke, J. 207, 209  
 Lohmann, U. 211  
 Löhnberg, E. 211  
 Loose, W. 203  
 Lorentz, S. 211  
 Lorenz, R. 211  
 Lösch, D. 211  
 Lovenstein, M. 211  
 Löw, K. 211  
 Luben, D. 212  
 Luchterhand, W. 195  
 Luder, P. 176, 198  
 Lukács, G. 73, 212  
 Luxemburg, R. 125, 126, 212  
 Maarek, G. 212  
 Maciejewski, F. 204  
 Maguire, J. M. 212  
 Mahr, A. 215  
 Maier, H. 212, 218  
 Maignien, Y. 212  
 Mandel, E. 207, 212  
 Mandeville, B. de 195  
 Mändle, E. 213  
 Mansilla, H. C. F. 213  
 Mao 206  
 Marchal, J. 188, 213  
 Marcus, L. 213  
 Marczewski, J. 200, 213  
 Marozzi, L. 213  
 Marshall, A. 21, 61, 188, 206, 219  
 Marx, K. 14, 22-25, 29, 31, 37, 44, 45, 51, 54-59, 61, 63, 64, 66-70, 72, 87, 90, 92, 93, 98, 99, 103, 104, 107, 110, 112-114, 121, 123, 126, 127, 137, 142, 143, 146, 179, 185-236  
 Marxhausen, T. 214  
 März, E. 214  
 Masnata, A. 214  
 Mattick, P. 214  
 Mauke, M. 214  
 Maurice, P. 214  
 Means, G. C. 214  
 Medwedew, W. A. 214  
 Meek, R. L. 214  
 Meier, A. 214  
 Meissner, H. 214, 215  
 Meissner, W. 197, 205  
 Meister, A. 215  
 Melis, R. 215  
 Menger, A. 215  
 Mesa-L., C. 215  
 Messner, J. 215  
 Mestmäcker, E.-J. 202, 225

- Mészáros, L. 216  
Meyer, J. 207  
Meyer, T. 208  
Michalski, W. 225  
Miethe, H. 216  
Miguélez, F. 216  
Mill, J. S. 43, 44, 188, 216, 226  
Mises, L. v. 200, 216  
Mittag, G. 185, 216  
Mochalov, B. M. 216  
Molitor, B. 216, 225  
Möller, A. 213  
Möller, U. 216  
Mombert, P. 193, 202  
Monte, K. 202  
Morf, O. 216  
Morgenstern, K. 217  
Morishima, A. 217  
Mossé, R. 217  
Moszkowska, N. 217  
Muhs, K. 217  
Müller, F. 217  
Müller, J. H. 218  
Müller, K. O. W. 207, 217  
Müller-A., A. 217, 233  
Müller-S., P. P. 8, 149, 217
- Nahr, H. 14, 68, 69, 70, 217  
Naphtali, F. 217  
Napoleoni, C. 217  
Naumann, M. 217  
Naville, P. 218  
Negri, A. 218  
Nell-B., O. v. 218  
Neuberger, E. 218  
Neumann, F. 218  
Nichols, T. 218  
Nick, H. 218  
Nicolaus, M. 218  
Niehans, J. 81  
Nonomura, K. 218
- Notkin, A. I. 218  
Novack, G. 218  
Nove, A. 218  
Nuti, D. M. 218  
Nutzinger, H. G. 218
- Ockenfels, W. 8  
Offe, C. 218  
Oliver, H. M. 219  
Oppenheimer, F. 219, 221  
Oppolzer, A. A. 219  
Ortlieb, H.-D. 60, 211, 219, 225  
Otis, F. 219  
Ott, A. E. 224
- Palloix, C. 219  
Parsons, T. 61, 219  
Parvus 219  
Paschkow, A. I. 219  
Pavlovic, V. 232  
Pásztory, T. v. 219  
Peissik, M. 195  
Pérez-D., V. M. 219  
Perroux, F. 220  
Peter, H. 220  
Peters, H.-R. 220  
Petry, F. 53, 62, 220  
Phleps, E. 220  
Piccioni, L. 220  
Pierkowsky, M.-B. 220  
Piettre, A. 220  
Pigou, A. C. 220  
Pilz, F. 220  
Platon 224  
Plummer, J. 193  
Pokrytan, A. K. 220  
Polanyi, K. 220  
Pollock, F. 220  
Popper, K. R. 26  
Prager, T. 221  
Preiser, E. 81, 219, 221

- Preobrashenskij, E. 221  
 Preyer, G. 221  
 Proft, G. 221  
 Propp, P. D. 221  
 Proudhon, P.-J. 221  
 Prybyla, J. S. 221  
 Pryor, F. L. 221  
 Pult, G. 221  
 Quarto, G. 221  
 Quevara, E. C. 221  
 Radajew, W. W. 221  
 Ramm, T. 221  
 Rancière, J. 221  
 Rankoff, I. 222  
 Rasmussen, D. 222  
 Raupach, H. 222  
 Rauscher, A. 215, 222  
 Ravines, E. 222  
 Reichelt, H. 222  
 Reichenberg, R. 185  
 Reimann, G. 222  
 Reinicke, H. 222  
 Renner, K. 213, 222  
 Ricardo, D. 21, 64, 188, 207, 217, 222  
 Richter, H. 222, 227  
 Riddell, D. S. 222  
 Ripp, G. 222  
 Ritter, U. P. 222  
 Rittig, G. 222  
 Robbins, L. C. 21  
 Roberts, P. C. 223  
 Robinson, J. 223  
 Rodbertus, K. 223  
 Rodríguez E., M. A. 223  
 Röhrich, W. 223  
 Rolshausen, C. 202, 214, 223  
 Römer, P. 223  
 Röpke, W. 223  
 Rosdolsky, R. 223  
 Rose, G. 223  
 Rosenberg, D. J. 223  
 Rosenberg, N. 224  
 Rosental, M. M. 224  
 Rossi, E. 224  
 Rößler, H. 71, 81, 82, 88, 89, 224, 226  
 Rostow, W. W. 224  
 Rothschild, K. W. 224  
 Rubin, I. I. 224  
 Ruffieux, R. 146, 224  
 Rüstow, A. 224  
 Rüter, B. 224  
 Ruwwe, H.-F. 224  
 Sagainow, L. I. 224  
 Saint-Simon, H. 196  
 Salerno, M. 224  
 Salin, E. 224  
 Samuelson, P. A. 224  
 Sanmann, H. 225  
 Sarrazin, T. 225  
 Sauer mann, H. 202, 225  
 Say, J. B. 188, 225  
 Schachtschabel, H. G. 225  
 Schäfer, H. 210, 225  
 Schaff, A. 225  
 Schambeck, H. 216  
 Schatalin, S. S. 196  
 Scheel, H. 225  
 Scheinis, V. L. 231  
 Schenajew, W. N. 225  
 Schenk, F. 225  
 Schenk, K. E. 225  
 Scheuch, E. K. 225  
 Schilar, H. 185  
 Schilling, G. 216  
 Schleifstein, J. 204, 225  
 Schliesser, W. 222  
 Schmalenbach, E. 121, 225  
 Schmidt, A. 196

- Schmidt, C. 128, 225  
Schmidt, E. 226  
Schmidt, H. 71, 82, 93, 94, 96,  
224, 226  
Schmidt, J. L. 226  
Schmiede, R. 226  
Schmieg, G. 203  
Schmoller, G. 226  
Schneider, J. 226  
Schöne, U. 226  
Schumpeter, J. A. 60, 138, 158,  
199, 202, 226, 230  
Schürmann, A. 202, 226  
Schüssler, L. 196  
Schwartz, P. 44, 226  
Schwarz, K. 185  
Seibert, F. 226  
Seidenfus, H. S. 226  
Seidl, H. 71, 82, 224, 226  
Sellien, H. 198  
Sellien, R. 198  
Selucký, R. 226, 231  
Semjonow, W. S. 226  
Sering, P. 227  
Sewall, H. R. 227  
Shaffer, H. G. 227  
Sherman, H. 227  
Shibata, K. 106, 227  
Shonfield, A. 227  
Sieber, R. 227  
Sieg, R. 9  
Šik, O. 13, 14, 16, 19, 45, 62,  
103, 168, 169, 171, 173, 174,  
176, 177, 178, 179, 205, 227  
Simon, N. 227  
Sismondi, J. C. L. S. de 228  
Skinner, A. 234  
Sloan, P. 228  
Smirnow, I. 228  
Smith, A. 21, 25, 50, 64, 85, 194,  
197, 203, 207, 227, 228, 234  
Smith, H. 228  
Smith, R. S. 219, 228  
Smolkow, W. G. 228  
Smyth, R. L. 228  
Snavely, W. P. 228  
Söder, G. 209  
Sofri, G. 228  
Sohn-R., A. 228  
Sokoloff, G. 228  
Soper, K. 228  
Sowell, T. 228  
Spence, T. 229  
Spreer, F. 225  
Stainow, P. 229  
Stamatis, G. 229, 234  
Stanfield, R. 229  
Stehr, U. 229  
Steitz, W. 229  
Sternberg, F. 126, 229  
Stojanović, S. 229  
Strachey, J. 123, 230  
Stratighiou, M. 230  
Streissler, E. 45, 230  
Streithofen, H.-B. 230  
Strotmann, P. 230  
Stuart, R. C. 199  
Suchan, K. 230  
Supek, R. 230  
Sweezy, P. M. 21, 22, 28, 54,  
56, 57, 58, 59, 60, 61, 99, 112,  
127, 186, 189, 202, 222, 230  
Szeplaki, L. 231  
Tamedly, E. L. 231  
Tcheprakov, V. 231  
Thalheim, K. C. 141, 231  
Thomas v. Aquin 34, 36, 209  
Thorner, D. 231  
Tietzel, M. 225  
Tinbergen, J. 231  
Tittel, G. 195

- Tjapkin, N. K. 231  
 Tjulpanow, S. I. 231  
 Tocqueville, A. de 35  
 Tolksdorf, M. 231  
 Tout, H. 122, 201  
 Tsuru, S. 231  
 Tuchscheerer, W. 231  
 Tugan-B., M. 122, 128, 129, 130, 231  
 Turban, M. 231  
  
 Uitermark, P. J. 232  
 Utz, A. F. 50, 83, 133, 224, 232  
  
 Vacca, G. 232  
 Vanek, J. 232  
 Varga, E. 232  
 Varga, S. 232  
 Veca, S. 232  
 Vercelli, A. 232  
 Vester, M. 232  
 Vidakovic, Z. 232  
 Vidal V., J. M. 232  
 Vinogradov, V. A. 232  
 Vito, F. 232  
 Vogt, W. 230, 233  
 Voigt, F. 213  
 Vygodsky, V. 233  
 Vyver, F. T. de 219, 228  
  
 Wachtel, H. M. 233  
 Wädekin, K. E. 233  
 Wagener, H.-J. 233  
 Wagner, U. 202  
 Wagner, W. 233  
 Walker, A. 233  
 Walker, P. 233  
 Wannenmacher, W. 233  
 Watrin, C. 47, 233  
 Weber, M. 28, 51, 233  
 Weber, S. 207  
 Weber, W. 55, 234  
 Weber, W. 200, 215, 233  
 Wedig, W. 234  
 Wegener, R. 234  
 Weidauer, R. 234  
 Weiskirch, H. 9  
 Weiss, O. G. 234  
 Weizsäcker, C. C. v. 234  
 Wellisz, S. 234  
 Wenzel, M. 196  
 Werhahn, P. 8  
 Werner, K. 221  
 Wessely, K. 202  
 Wicksteed, P. H. 234  
 Widmaier, H. P. 197, 234  
 Wiek, D. 201  
 Wilczynski, J. 234  
 Wild, G. 234  
 Wille, E. 85, 234  
 Willgerodt, H. 233  
 Wilson, T. 234  
 Windhoff, B. 234  
 Winkler, H. A. 234  
 Winterer, B. 235  
 Wirth, M. 235  
 Wittenburg, G. 215  
 Wohlgemuth, H. H. 235  
 Wohlmuth, K. 235  
 Wolffheim, F. 235  
 Wolfson, M. 235  
 Wolfstetter, E. 218, 235  
 Woll, A. 235  
 Wrangel, G. v. 235  
 Wygodski, S. L. 235  
 Wygodski, W. S. 235  
  
 Zander, E. 235  
 Zieschang, K. 236  
 Zinn, K. G. 235  
 Zoll, R. 236  
 Zybenko, R. 236

Aus den früheren Veröffentlichungen  
der Internationalen Stiftung Humanum:

**Arbeitskonflikte und Arbeitskampf**

Auswirkungen und Berechtigungen von Arbeitskonflikten.

Mit Beiträgen von Karl H. Friedmann, Ben C. Roberts,  
Malcolm R. Fisher, Folke Schmidt, Gerhard Müller,  
Bernardo Zanetti, Walter R. Schlupep,  
Jack Keiser, Friedrich Beutter, August Vanistendael.

Weber, Wilhelm:

**Der Unternehmer**

Eine umstrittene Sozialgestalt zwischen Ideologie  
und Wirklichkeit.

Utz, Arthur:

**Zwischen Neoliberalismus und Neomarxismus**

Die Philosophie des Dritten Weges.

**Neomarxismus und pluralistische Wirtschaftsordnung**

Mit Beiträgen von Günter Geisseler, Rudolf Hickel,  
Peter Paul Müller-Schmid, Heinz-Dietrich Ortlieb,  
Hans Tietmeyer, Günter Triesch,  
Arthur F. Utz, Bernardo Zanetti.

Demnächst erscheint:

**Kann der Christ Marxist sein? - Muß er Kapitalist sein?**

Mit Beiträgen von Oswald v. Nell-Breuning,  
Arthur F. Utz, Wilhelm F. Kasch, Alfred Klose.

